



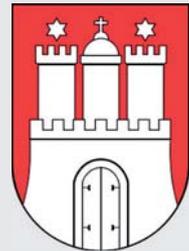
Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 43

2017

STATISTISCHE ANALYSEN



Rheinland-Pfalz

Ein Ländervergleich in Zahlen

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erschienen im Oktober 2017

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/rlp-laendervergleich_2017.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



"Zusammen sind wir Deutschland" – unter diesem Motto feiern die Länder der Bundesrepublik in diesem Jahr in Mainz das Fest zum Tag der Deutschen Einheit. Die "Einheit Deutschland" besteht in unserem föderalen System aus 16 Bundesländern. Jedes Land hat seine Besonderheiten und seine Stärken – und jedes einzelne Land trägt in der solidarischen Gemeinschaft dazu bei, dass Deutschland mehr ist als die Summe seiner Teile.

Mithilfe von statistischen Indikatoren können Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch statistische Daten natürlich nicht abgebildet werden. Dennoch bieten sie eine Grundlage für einen fruchtbaren Vergleich der Länder untereinander und können eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sein.

Der Vergleich der Länder zeigt, dass den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern im Durchschnitt die meisten Quadratmeter an Wohnfläche zur Verfügung stehen. Rheinland-Pfalz hat den größten Waldanteil und die höchste Straßendichte. Unser Land verzeichnete bei der letzten Europawahl die höchste Wahlbeteiligung und weist die höchste Betreuungsquote bei Kindern von drei bis sechs Jahren aus. Bei vielen weiteren Indikatoren nimmt das Land zwar nicht die Spitzenposition ein, steht aber auf guten Plätzen im oberen Drittel. So hat Rheinland-Pfalz schon seit vielen Jahren die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland – auch unter den Jugendlichen. Bei den Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen belegt die rheinland-pfälzische Wirtschaft den vierten Platz. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben im Ländervergleich die vierthöchste Exportquote. Auch im privaten Bereich zeigt sich die wirtschaftliche Stabilität. Dies belegt die vergleichsweise hohe Sparquote in den privaten Haushalten und die geringe Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Bei beiden Merkmalen nimmt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den vierten Platz ein. Die Wohneigentumsquote hierzulande ist die zweithöchste in Deutschland.

Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ stellt das Statistische Landesamt zum fünften Mal für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dar. Die Daten werden in übersichtlichen Grafiken und mit kurzen textlichen Kommentierungen präsentiert. Die Zusammenfassung am Anfang der Analyse gibt einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz. Sie enthält Angaben über die Spannweiten zwischen den Ergebnissen der Länder mit den höchsten und den niedrigsten Merkmalswerten und ermöglicht so eine Einordnung der rheinland-pfälzischen Daten. Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten Erhebungen herangezogen wurden.

Bad Ems, im Oktober 2017

(Marcel Hürter)

Präsident des Statistischen Landesamtes



Vorwort	3
Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise	8
Karte von Deutschland	9
Zusammenfassung	11
1 Bevölkerung	
Bevölkerung 2015	19
Altersstruktur der Bevölkerung 2015	20
Jugend- und Altenquotient 2015	21
Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2015	22
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2005–2015	23
Eheschließungen und Ehescheidungen 2015	24
Ausländische Bevölkerung 2015	25
Haushaltsgröße 2015	26
2 Wohlstand und Soziales	
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2015	27
Sparquote der privaten Haushalte 2015	28
Verbraucherinsolvenzen 2016	29
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2016	30
Betreuungsquote unter 3-Jähriger im März 2016	31
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger im März 2016	32
Elterngeldempfänger/-innen 2014	33
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes 2014	34
Armutsgefährdungsquote 2015	35
Armutsgefährdungsquote 2015 nach Altersgruppen	36
Einkommensreichumsquote 2015	37
3 Gesundheit und Pflege	
Niedergelassene Ärztinnen bzw. Ärzte und Zahnärztinnen und Zahnärzte 2015	38
Aufgestellte Betten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2015	39
Pflegequote 2015	40
Pflegebedürftige 2015 nach Art der Versorgung	41
Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2013	42
Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2013	43
4 Wahlen	
Landtagswahlen	44
Bundestagswahl 2013	45
Europawahl 2014	46

5 Bildung

Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16	47
Schulabgänge von allgemeinbildenden Schulen 2015 nach Abschlussart	48
Studienanfängerquote 2015 nach Land des Studienortes	49
Bildungsausländer/-innen im Wintersemester 2015/16	50
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen im Prüfungsjahr 2015	51
Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2015/16	52

6 Verkehr

Straßendichte 2015 und Pkw-Bestand 2016	53
Straßenverkehrsunfälle 2016	54

7 Wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche 2015	55
Wohneigentumsquote 2014	56

8 Umwelt

Nutzung der Bodenfläche 2015	57
Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2016	58
Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2013	59
Energieproduktivität 2013	60
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch 2013	61
CO ₂ -Emissionen 2013	62
Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2014	63

9 Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt 2016	64
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität) 2015	65
Bruttowertschöpfung 2016 nach Wirtschaftsbereichen	66
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2016	67
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2016	68
Umsatz im Bauhauptgewerbe 2016	69
Bruttoanlageinvestitionen 2014	70
Gewerbeanmeldungen und Unternehmensinsolvenzen 2016	71
Gästeintensität im Tourismus 2016	72
Gäste aus dem Ausland im Tourismus 2016	73
Übernachtungsintensität im Tourismus 2016	74
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 2016	75
Bettendichte im Tourismus 2016	76

10 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2013 77

FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) im Wirtschaftssektor 2013 78

Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2016 79

Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2016 80

Patentdichte 2013–2016 81

Innovationsindex 2016 82

Gründungsintensität 2012–2015 83

11 Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort 2016 84

Arbeitsplatzdichte 2016 85

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2016 86

Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2016 87

Selbstständige 2016 88

Arbeitsvolumen 2016 89

Teilzeitbeschäftigte 2015 90

Frauenerwerbsquote 2015 91

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 2016 92

Arbeitslosenquote 2016 93

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2016 94

Berufsauspendler/-innen 2016 95

Berufseinpendler/-innen 2016 96

12 Öffentliche Finanzen

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2016 97

Kassenmäßige Steuereinnahmen 2016 nach Gebietskörperschaften 98

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2016 99

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2016 100

Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich 2016 101

Einnahmen im Länderfinanzausgleich 2016 102

Tabellenanhang 103

Glossar 151

Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise

Zeichenerklärung	x	Nachweis nicht sinnvoll	-	nichts vorhanden
	.	Zahl unbekannt oder geheim	...	Zahl fällt später an

Datenquellen Bundesagentur für Arbeit, Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Deutsches Patent- und Markenamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kraftfahrtbundesamt, Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Mannheimer Unternehmenspanel.

Sonstige Hinweise Der Vergleich zwischen den Ländern erfolgt überwiegend mit einwohnerbezogenen Kennzahlen. Zur Berechnung dieser Kennzahlen wird grundsätzlich die Bevölkerung am 31. Dezember verwendet; Abweichungen von dieser Regel sind gekennzeichnet. Für das Jahr 2016 lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung keine Bevölkerungszahlen vor; für die Kennzahlenberechnung wurde in der Regel die Bevölkerung des Jahres 2015 herangezogen.

Bei der Bildung von Rangfolgen erhält grundsätzlich das Land mit dem höchsten Merkmalswert den Rang 1. Ausnahmen bilden Merkmale, bei denen ein hoher Wert als eindeutig negativ angesehen wird. In diesen Fällen wird dem Land mit dem niedrigsten Merkmalswert der Rang 1 zugeordnet.

Im Allgemeinen werden die Einzelangaben und Summen unabhängig voneinander auf die kleinste in der jeweiligen Grafik bzw. Tabelle dargestellte Einheit auf- bzw. abgerundet. Dadurch kann die Summe der Einzelpositionen geringfügig von dem nachgewiesenen Gesamtergebnis abweichen.

Bei Merkmalen und Indikatoren, die im Zeitablauf größeren Schwankungen unterliegen, ergeben sich – je nach Wahl der Länge und des Basisjahres des Vergleichszeitraums – stark voneinander abweichende Veränderungsrate (unter Umständen mit Vorzeichenwechsel). Daher werden in solchen Fällen Durchschnittswerte von Vergleichszeiträumen gebildet, um kurzfristige Schwankungen auszugleichen. Änderungsrate werden aus den Durchschnittswerten ermittelt.





Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Bevölkerung								
Bevölkerung	2015	Anzahl	7	4 052 803	NW	17 865 516	HB	671 489
Anteil an der Gesamtbevölkerung	2015	%	7	4,9	NW	21,7	HB	0,8
Veränderung	2015/ 2005	%	8	-0,1	BE	3,7	ST	-9,1
Anteil der unter 20-Jährigen	2015	%	7	18,3	BW	19,3	ST	15,5
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen	2015	%	8	60,7	BE HH	63,2	SN	58,4
Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2015	%	10	21,0	SN ST	25,1	HH	18,7
Jugendquotient	2015	Quotient	7	30,2	NI	31,9	ST	26,1
Altenquotient*	2015	Quotient	7	34,6	HH	29,6	SN	43,0
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige)	2015	%	8	33,5	HH	40,3	ST	28,0
Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren)	2015	je 1 000 Frauen	9	1 511	SN	1 588	SL	1 378
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	2005– 2015	je 10 000 Einwohner/-innen	9	-318	BE	35	ST	-621
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	2005– 2015	je 10 000 Einwohner/-innen	9	311	BE	811	ST	-296
Eheschließungen	2015	je 10 000 Einwohner/-innen	6	50,4	MV	69,2	HH	36,2
Ehescheidungen	2015	je 10 000 Einwohner/-innen	2	21,9	SH	22,2	MV	16,0
Anteil der ausländischen Bevölkerung	2015	%	8	9,5	BE	15,5	BB	3,6
Veränderung	2015/ 2005	Prozentpunkte	6	1,8	HE	2,9	HH	0,5
Haushalte	2015	1 000	8	1 919	NW	8 681	HB	365
Anteil der Ein-Personen-Haushalte	2015	%	16	37,1	BE	54,7	RP	37,1
Anteil der Zwei-Personen-Haushalte	2015	%	8	35,7	ST	39,0	BE	28,1
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen	2015	%	2	27,3	BW	27,8	BE	17,3
Wohlstand und Soziales								
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2015	EUR je Einwohner/-in	5	22 292	HH	23 862	MV	17 700
Veränderung	2015/ 2005	%	7	22,8	ST	27,9	HH	11,8
Sparquote der privaten Haushalte	2015	%	4	10,2	BW	11,6	MV	6,0
Veränderung	2015/ 2005	Prozentpunkte	3	-0,1	HH	0,2	BE	-1,3
Verbraucherinsolvenzen*	2016	je 10 000 Einwohner/-innen	4	8,2	BW	5,9	HB	18,8
Veränderung*	2016/ 2007	%	11	-25,5	BE	-43,5	HB	2,2
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)*	2016	je 100 unter Altersgrenze	3	7,2	BY	4,3	BE	19,1
Veränderung*	2016/ 2005	je 100 unter Altersgrenze	11	-0,4	MV	-6,7	SL	1,6

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Wohlstand und Soziales								
Betreuungsquote unter 3-jähriger in Kindertagesbetreuung	2016	je 100 Kinder	9	29,9	BB	57,2	NW	25,7
Veränderung	2016/2007	je 100 Kinder	5	17,9	SH	22,7	ST	5,2
Betreuungsquote 3- bis 6-jähriger in Kindertagesbetreuung	2016	je 100 Kinder	1	96,6	RP	96,6	HB	87,8
Veränderung	2016/2007	je 100 Kinder	9	1,9	SH	9,6	TH	-0,3
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	2014	je 10 000 Einwohner/-innen	11	104,2	HH	143,7	SL	89,0
Anteil der Frauen	2014	%	7	76,5	SL	80,4	SN	68,8
Anteil der Männer	2014	%	10	23,5	SN	31,2	SL	19,6
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Frauen	2014	EUR	10	596	HH	704	ST	562
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Männern	2014	EUR	5	1 177	BW	1 274	TH	963
Armutgefährdungsquote*	2015	%	5	15,2	BY	11,6	HB	24,8
Veränderung*	2015/2005	Prozentpunkte	8	1,0	BB MV	-2,4	NW	3,1
unter 18-Jährige*	2015	%	5	19,4	BY	12,3	HB	34,2
65-Jährige und Ältere*	2015	%	15	16,9	BE	11,9	SL	19,7
Einkommensreichumsquote	2015	%	5	8,6	HH	12,0	MV	2,9
Veränderung	2015/2005	Prozentpunkte	8	0,7	HH	1,8	BE	-0,9
Gesundheit und Pflege								
Niedergelassene Ärzte/-innen	2015	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	11	713	HH	511	ST	810
Niedergelassene Zahnärzte/-innen	2015	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	15	1 817	BE	1 191	SL	1 840
Aufgestellte Betten in Krankenhäusern	2015	je 100 000 Einwohner/-innen	9	624	HB	756	BW	516
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	2015	je 100 000 Einwohner/-innen	11	182	MV	648	BE	17
Pflegequote (ab 70 Jahren)*	2015	%	5	16,8	SH	14,1	MV	21,5
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger/-innen	2015	%	2	51,8	HE	53,7	SH	40,4
Anteil der ambulanten Pflege	2015	%	14	21,8	HH	30,0	BW	20,1
Anteil der stationären Pflege	2015	%	9	26,4	SH	37,7	BB	21,8
Body-Mass-Index (ab 18 Jahre)*	2013	kg je m ²	10	26,0	HH	25,0	MV	26,7
Veränderung*	2013/2005	kg je m ²	5	0,4	HH	0,2	HB	0,6
Anteil der Raucher/-innen (ab 15 Jahre)*	2013	%	6	23,9	BY	22,1	BE	28,9
Veränderung*	2013/2005	Prozentpunkte	12	-2,1	MV	-5,1	ST	-0,1
Wahlen								
Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl	letzte	%	2	70,4	HE	73,2	BB	47,9
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung (Landtag)	letzte	%	4	35,6	TH	40,6	BW	24,5

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Wahlen								
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl	2013	%	5	72,8	BW	74,3	ST	62,1
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung (Bundestag)	2013	%	6	41,9	HB	66,7	HH	23,1
Wahlbeteiligung bei der Europawahl	2014	%	1	57,0	RP	57,0	HB	40,3
Bildung								
Allgemeinbildende Schulen								
Anteil der ausländischen Schüler/-innen	SJ 2015/16	%	10	6,6	BE	13,1	TH	2,7
Veränderung	2015/16/ 2005/06	Prozentpunkte	10	-1,0	MV	2,1	HH	-6,2
Anteil der Schulabgänger								
mit Hochschulreife	2015	%	11	33,0	HH	54,7	BY	28,4
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	2015	%	10	42,1	SN	49,9	HH	23,1
mit Hauptschulabschluss	2015	%	3	18,9	SL	25,1	SN	9,7
ohne Hauptschulabschluss*	2015	%	9	6,0	HE	4,1	ST	10,3
Studienanfängerquote	2015	%	13	49,6	BE	98,0	SH	32,4
Veränderung	2016/ 2005	Prozentpunkte	15	11,3	BE	48,6	SH	4,9
Anteil der Bildungsausländer/-innen	WS 2016/15	%	13	7,4	BE	14,6	SH	5,9
Veränderung	2015/16/ 2005/06	Prozentpunkte	11	-1,4	TH	6,1	SL	-3,0
Durchschnittliche Fachstudiendauer*	2015	Semester	15	8,7	NI	7,6	MV	8,9
Veränderung*	2016/ 2005	Semester	14	-1,8	HH	-3,6	MV	-1,5
Wanderungssaldo der Studierenden	WS 2016/15	Anzahl	10	-3 327	BE	34 933	NI	-48 310
Verkehr								
Straßendichte	2015	m je km ² Fläche	1	926	RP	926	HH	252
Pkw-Bestand	2015	je 1 000 Einwohner/-innen	2	595	SL	618	BE	335
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden*	2016	je 100 000 Einwohner/-innen	9	377	TH	310	HB	478
Verkehrstote*	2016	je 1 Mio. Einwohner/-innen	8	40	BE HH	16	ST	59
Wohnen								
Durchschnittliche Wohnfläche	2011	m ² je Einwohner/-in	2	52,9	SL	53,3	BE	39,5
	2011	m ² je Wohnung	1	104,0	RP	104,0	BE	73,1
Wohneigentumsquote	2014	%	2	57,5	SL	62,6	BE	14,2
Veränderung	2014/ 2006	Prozentpunkte	11	3,2	SL	7,7	BE	0,1
Umwelt								
Bodenfläche	2015	km ²	9	19 854	BY	70 550	HB	420
Anteil der Waldfläche	2015	%	1	42,3	RP	42,3	HB	2,1
Anteil der Landwirtschaftsfläche	2015	%	13	41,5	SH	69,7	BE	4,3
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2015	%	8	14,3	BE	70,2	MV	8,2

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Umwelt								
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	2016	%	8	8,8	HB	17,7	NI	3,5
Veränderung	2016/2010	Prozentpunkte	3	3,4	HB	7,9	TH	-0,3
Wasserverbrauch privater Haushalte*	2013	l je Einwohner/-in und Tag	9	119	SN	86	HH	138
Veränderung*	2013/2007	%	9	0,8	HB	-4,7	BB	10,2
Energieproduktivität	2013	1991=100	16	111,9	TH	234,9	RP	111,9
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch	2013	%	8	23,1	MV	91,9	BE	2,2
Veränderung	2013/2005	Prozentpunkte	6	15,2	MV	60,9	BE	1,4
CO ₂ -Emissionen*	2013	t je Einwohner/-in	8	6,6	TH	4,8	BB	23,4
Veränderung*	2013/2005	%	12	3,1	SH	-22,9	SN	10,8
Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	2014	%	6	16,8	BE	29,8	BY	6,0
Veränderung	2014/2009	Prozentpunkte	10	1,1	BE	23,3	HB	-7,5
Wirtschaft								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	2016	Mill. EUR	6	139 452	NW	669 676	HB	32 259
BIP preisbereinigt								
Veränderung	2016/2015	%	9	1,5	BE	2,7	SL	0,0
Veränderung	2016/2005	%	6	18,5	BE	26,0	SL	4,7
Arbeitsproduktivität	2015	EUR	7	68 177	HH	89 857	MV	54 027
Veränderung	2016/2005	%	7	23,5	TH	32,2	HH	7,1
Bruttowertschöpfung								
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2016	%	4	1,2	MV	2,1	BE HB	0,0
Anteil des Produzierenden Gewerbes	2016	%	4	34,3	BW	40,1	BE	15,4
Anteil der Dienstleistungsbereiche	2016	%	14	64,5	BE	84,6	BW	59,5
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	2016	1 000 EUR je Beschäftigte/-n	4	316,4	HH	797,4	TH	199,4
Veränderung	2016/2005	%	5	24,9	HB	65,0	BE	-10,6
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	2016	%	4	53,3	HB	61,1	ST	28,5
Veränderung	2016/2005	Prozentpunkte	9	6,4	BE	27,1	SH	-1,2
Umsatz im Bauhauptgewerbe	2016	1 000 EUR je Beschäftigte/-n	9	164,1	HH	304,0	ST	135,1
Veränderung	2016/2005	%	10	24,8	BB	48,9	HB	-1,0

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
noch: Wirtschaft								
Bruttoanlageinvestitionen (Anteil am BIP in jeweiligen Preisen)	2014	%	6	21,3	BY	23,4	HB	14,2
Veränderung	2014/ 2005	%	5	2,6	SH	4,1	MV	-4,9
Gewerbeanmeldungen	2016	je 10 000 Einwohner/-innen	6	82	BE	121	ST	52
Unternehmensinsolvenzen*	2016	je 10 000 Unternehmen	4	50	BW	37	HB NW	98
Gästeankünfte im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	7	2 149	MV	4 712	SL	1 029
Veränderung	2016	%	16	22,2	BE	91,1	RP	22,2
Gäste aus dem Ausland	2016	Anteil in %	7	21,5	BE	39,6	MV	5,0
Veränderung	2016/ 2005	%	16	-1,5	BE	9,3	RP	-1,5
Übernachtungen im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	7	5 428	MV	18 865	NW	2 794
Veränderung	2016/ 2005	%	16	10,6	BE	106,2	RP	10,6
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2016	Tage	8	2,5	MV	4,0	HB	1,9
Veränderung	2016/ 2005	%	13	-9,4	HH	8,9	BY	-14,6
Bettendichte im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	3	57	MV	171	NW	21
Veränderung	2016/ 2005	%	13	-1,4	BE	63,9	BY	-2,5
Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale								
Ausgaben für FuE (Anteil am BIP)	2013	%	10	2,1	BW	4,8	SL ST	1,4
Veränderung	2013/ 2007	Prozentpunkte	5	0,4	NI	0,7	BE	0,1
FuE-Personal im Wirtschaftssektor	2013	je 1 000 Erwerbstätige	5	6,7	BW	17,1	MV	2,0
Veränderung	2013/ 2007	je 1 000 Erwerbstätige	5	1,2	BW	2,2	BY	-0,6
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen (Anteil an allen Beschäftigten)	2016	%	4	14,3	BW	21,6	MV	5,4
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen (Anteil an allen Beschäftigten)	2016	%	14	37,7	BE	50,9	BW	37,0
Beschäftigte mit Hochschulabschluss (Anteil an allen Beschäftigten)	2016	%	15	10,9	BE	23,9	SH	10,3
Patentdichte (jährlich)	2013– 2016	je 100 000 Einwohner/-innen	7	25	BW	134	MV ST	10
Veränderung	2013–16/ 2005–08	%	15	-34,2	NI	16,7	HE	-35,3
Innovationsindex	2016	Wert (0–100)	6	45	BW	70	MV ST	30
Gründungsintensität (jährlich)	2012– 2015	je 10 000 Erwerbsfähige	7	32	HH	54	ST	21
Veränderung	2012–15/ 2004–07	%	10	-38,5	BE	-15,3	BB	-50,0

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Arbeitsmarkt								
Erwerbstätige am Arbeitsort	2016	1 000	7	2 001	NW	9 292	HB	424
Veränderung	2016/ 2015	%	12	0,7	BE	2,7	MV	0,1
Veränderung	2016/ 2005	%	8	9,6	BE	21,6	ST	0,9
Arbeitsplatzdichte (Erwerbstätige bezogen auf Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren)	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	13	748	HH	1 011	BB	689
Veränderung	2016/ 2005	je 1 000 Einwohner/-innen	15	63	BE	154	SL	60
Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe	2016	%	7	25,6	BW	30,9	BE	11,6
Veränderung	2016/ 2005	Prozentpunkte	7	-0,9	ST	1,2	NW SL	-2,4
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen	2016	%	11	72,3	BE	88,4	BW	68,0
Veränderung	2016/ 2005	Prozentpunkte	9	1,1	NW SL	2,4	ST	-1,1
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen	2016	%	7	10,1	BB	12,0	HB	7,3
Veränderung	2016/ 2005	Prozentpunkte	8	-1,3	BB HH	-0,6	HB	-2,5
Arbeitsvolumen	2016	Stunden je Erwerbstätige/-n	13	1 335	TH	1 440	SL	1 324
Veränderung	2016/ 2005	%	2	-2,4	NI	-2,1	BE	-6,1
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen	2015	%	3	30,3	HB	34,3	ST	23,4
Veränderung	2015/ 2005	Prozentpunkte	8	4,7	MV	8,3	NW	2,7
Frauenerwerbsquote (weibliche Erwerbspersonen bezogen auf Frauen im erwerbsfähigen Alter)	2015	%	12	71,8	ST	77,9	HB	68,4
Veränderung	2015/ 2005	Prozentpunkte	8	6,1	NI	7,8	MV	1,1
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	4	65,2	HB	68,9	ST	35,0
Veränderung	2016/ 2005	%	2	4,5	BE	5,0	SN	-8,9
Arbeitslosenquote*	2016	%	3	5,1	BY	3,5	HB	10,5
Veränderung*	2016/ 2005	Prozentpunkte	14	-3,7	SN	-10,8	BW	-3,2
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen*	2016	%	3	4,7	BW	2,9	MV	10,9
Veränderung*	2016/ 2005	Prozentpunkte	11	-0,9	BE	-5,3	SL	0,0
Berufsauspendler/-innen	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	3	75	BB	112	NW	17
Veränderung	2016/ 2005	je 1 000 Einwohner/-innen	5	15	BB	27	SN	5
Berufseinpendler/-innen	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	8	42	HB	201	MV	18
Veränderung	2016/ 2005	je 1 000 Einwohner/-innen	5	13	HH	33	NW	6

* Niedrigster Wert = Rang 1.

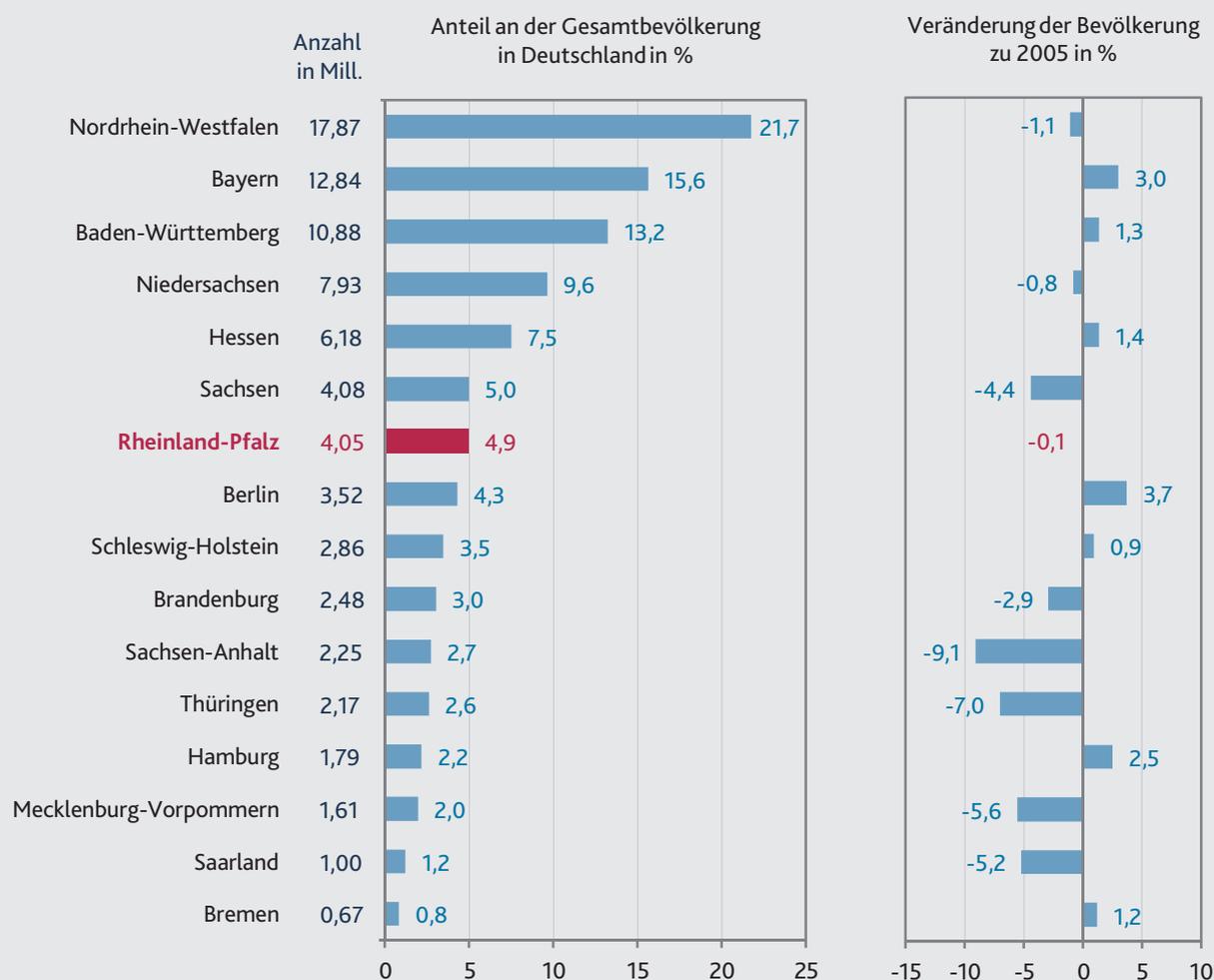
Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Öffentliche Finanzen								
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände	2016	EUR je Einwohner/-in	15	4 366	HB	6 686	NI	4 353
Veränderung	2016/2005	%	8	67,0	HB	85,9	SN	39,4
Anteil des Landes	2016	%	9	76,5	MV	84,8	HH	66,7
Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände	2016	%	8	23,5	HH	33,3	MV	15,2
Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich*	2016	EUR je Einwohner/-in	10	11 199	SN	1 300	HB	31 756
Veränderung*	2016/2015	%	12	-1,2	SN	-19,4	HH	7,3
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich*	2016	EUR je Einwohner/-in	9	8 059	SN	453	HB	31 756
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich*	2016	EUR je Einwohner/-in	12	3 140	BW	815	SL	3 784
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	10	40,5	BE	51,3	SH	37,2
Einnahmen im Länderfinanzausgleich*	2016	Mill. EUR	7	388	BY	-5 821	BE	3 919
Veränderung*	2016/2005	Mill. EUR	7	309	BY	5 261	BE	3 254

* Niedrigster Wert = Rang 1.



G 1 Bevölkerung 2015



Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

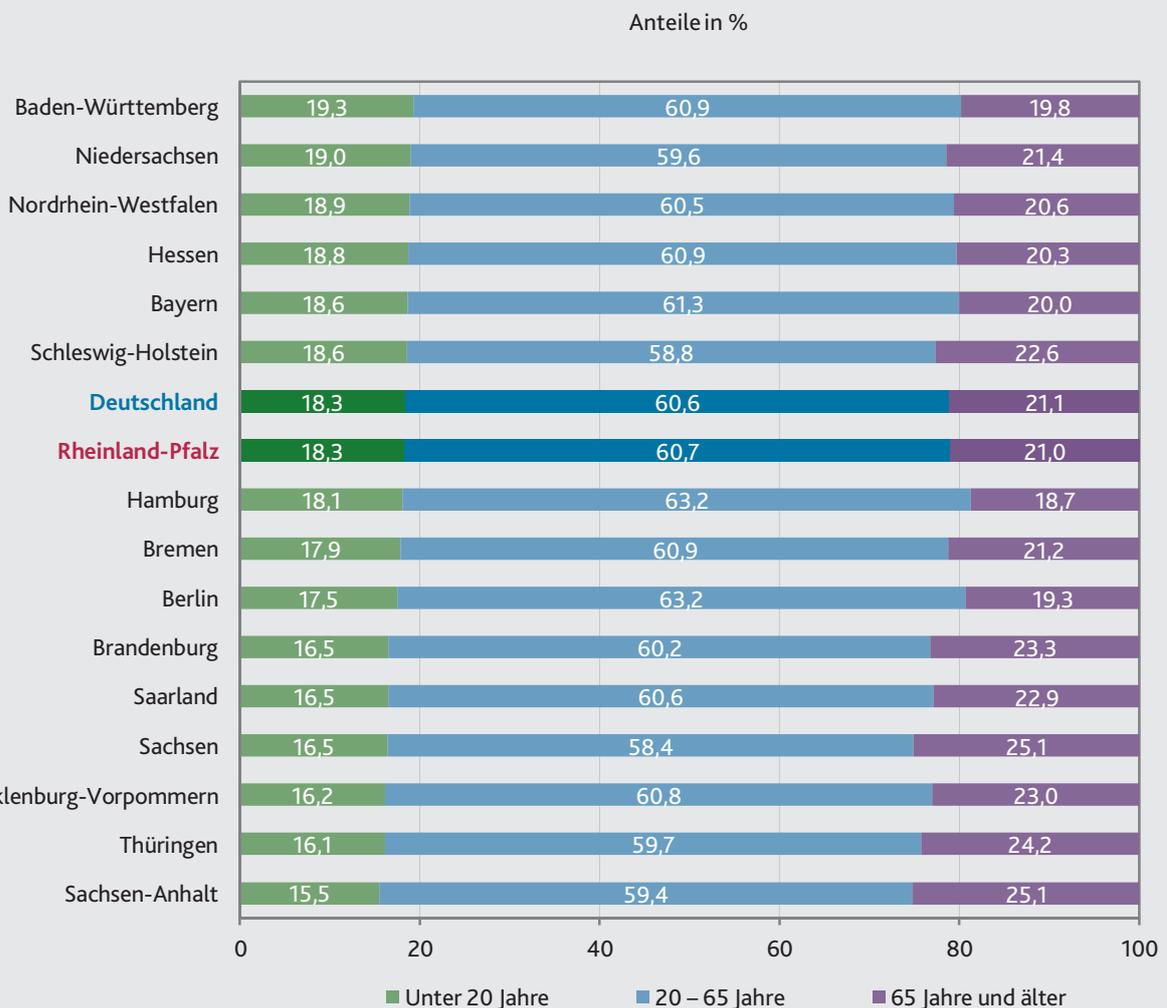
Fast fünf Prozent der Bevölkerung von Deutschland leben in Rheinland-Pfalz

Ende 2015 wohnten in Rheinland-Pfalz 4,05 Millionen Menschen und damit fast fünf Prozent der 82,18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands. In einer Rangliste der Bevölkerungsstärke steht das Land damit auf Platz sieben. Den größten Anteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen; mehr als jede bzw. jeder Fünfte lebt dort. Am geringsten ist der Anteil mit 0,8 Prozent im Stadtstaat Bremen.

Der bisherige höchste Bevölkerungsstand wurde in Rheinland-Pfalz 2004 mit 4,06 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht. Danach ging die Bevölkerung zurück. Von 2005 bis 2012 konnten die Geburtendefizite nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen werden. Seit Mitte 2013 führt die sehr hohe Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden aus verschiedenen Krisengebieten der Erde sowie von Migrantinnen und Migranten, die eher aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa wandern, wieder dazu, dass das Geburtendefizit überkompensiert wird und die Einwohnerzahl steigt. Für 2016 ist mit 4,07 Millionen Menschen (vorläufige Schätzung) sogar die höchste Einwohnerzahl in der 70-jährigen Landesgeschichte zu erwarten.

1 Bevölkerung

G 2 Altersstruktur der Bevölkerung 2015

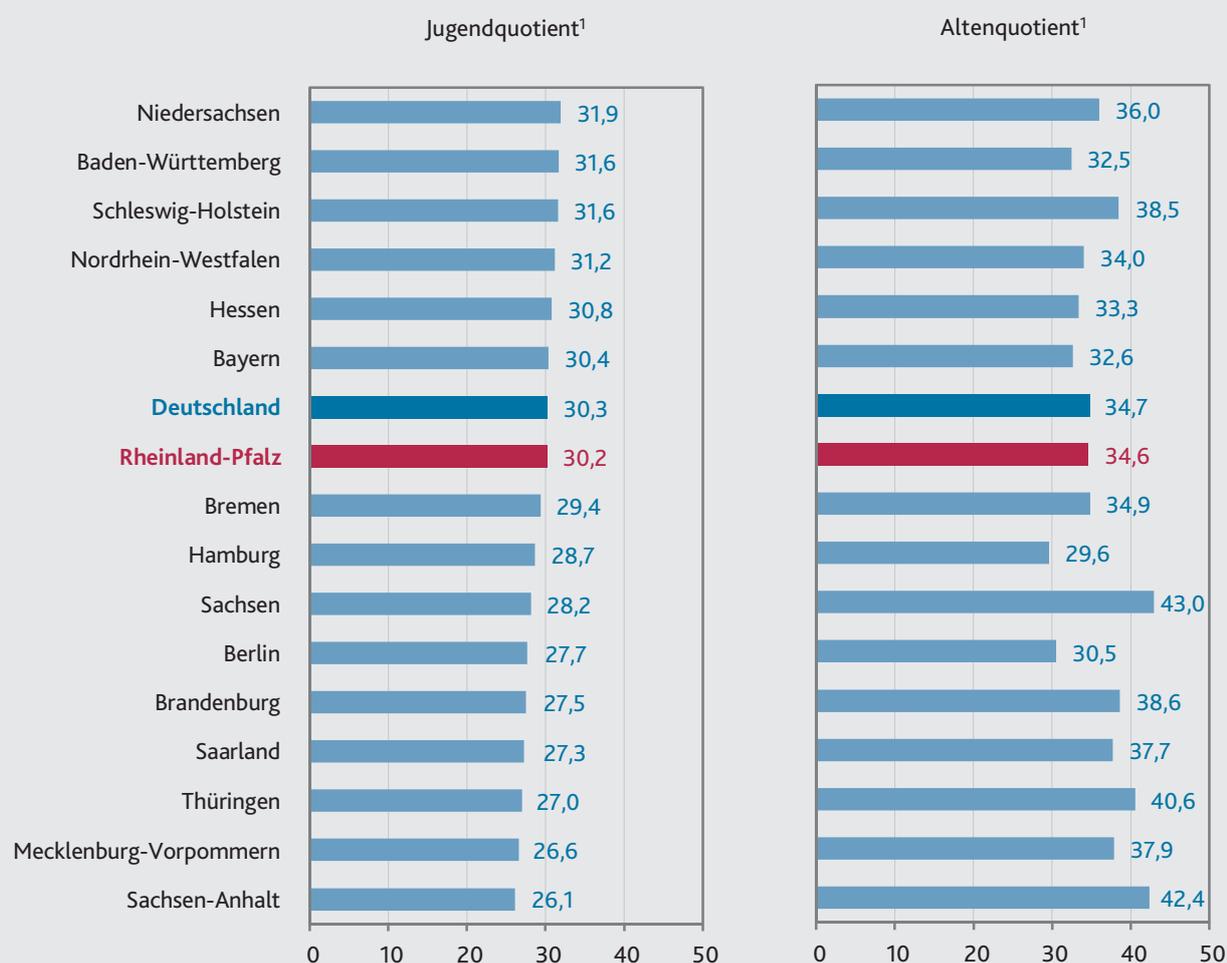


Jede bzw. jeder Fünfte hat das Ruhestandsalter bereits erreicht

Die demografische Alterung der Gesellschaft schreitet voran: In Rheinland-Pfalz war 2015 nur noch knapp ein Fünftel der Menschen jünger als 20 Jahre. Drei Fünftel waren zwischen 20 und 65 Jahren. Ein gutes Fünftel hatte das 65. Lebensjahr bereits erreicht. Dies entspricht annähernd der Altersstruktur in Deutschland.

Während der Anteil der 20- bis 65-Jährigen seit 2005 um 1,2 Prozentpunkte auf knapp 61 Prozent gestiegen ist, hat sich der Bevölkerungsanteil der Jüngeren um 2,5 Prozentpunkte auf gut 18 Prozent verringert. Der Anteil der älteren Bevölkerung ist um 1,3 Prozentpunkte auf 21 Prozent gestiegen. Nach der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes wird sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen. Treffen die Annahmen der mittleren Variante zu, so wären 2060 lediglich noch 16 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre und nur noch 51 Prozent zwischen 20 und 65 Jahre alt. Dagegen könnte der Anteil der 65-Jährigen und Älteren auf 33 Prozent zunehmen.

G 3 Jugend- und Altenquotient 2015



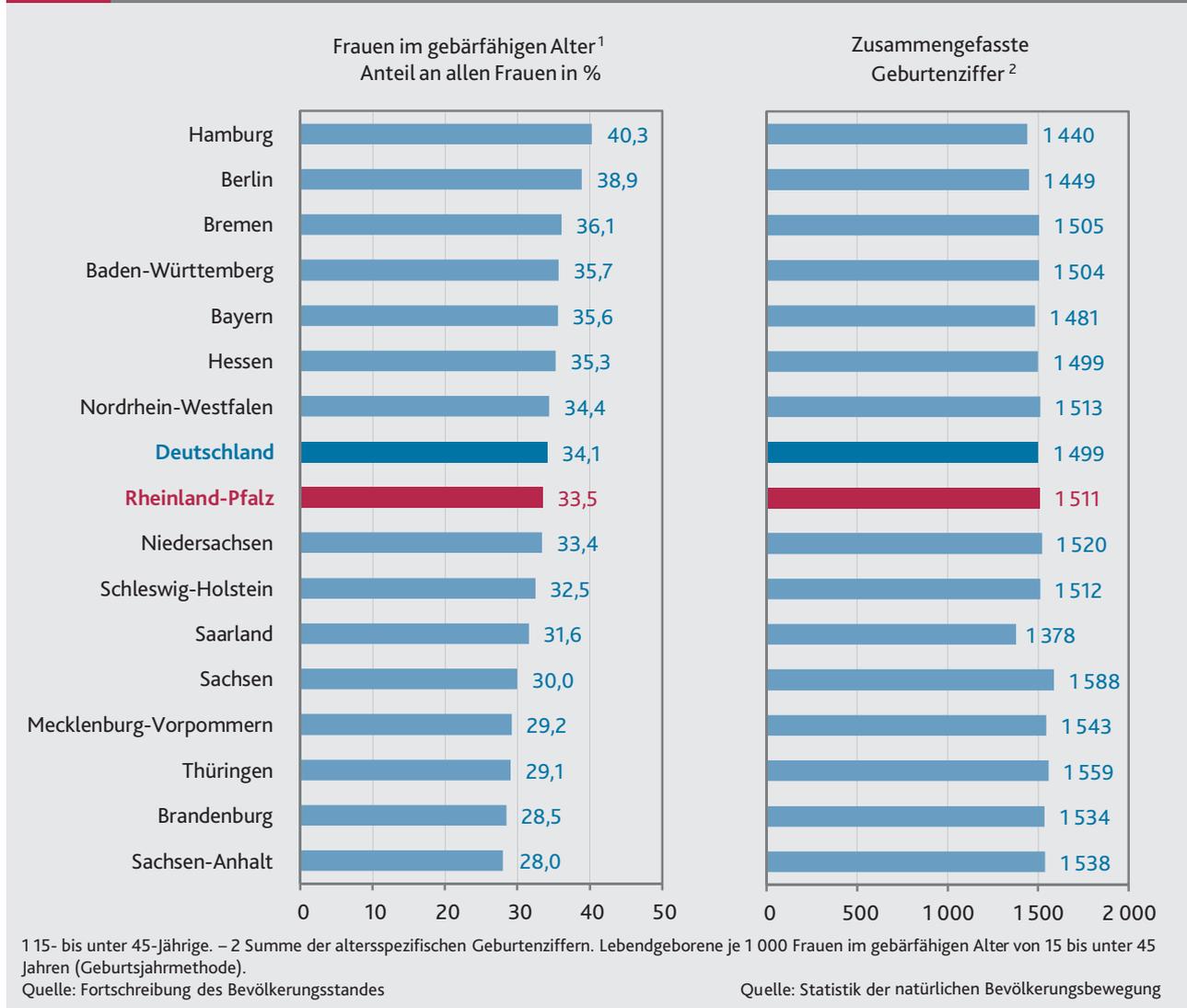
¹ Unter 20-Jährige (Jugendquotient) bzw. 65-Jährige und Ältere (Altenquotient) bezogen auf die Bevölkerung zwischen 20 bis unter 65 Jahren.
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Altenquotient steigt nachhaltig

Jugend- und Altenquotient vermitteln einen Eindruck von den Belastungen der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Transfers aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen an die jüngeren und älteren Menschen. Die Jüngeren sind in der Regel noch nicht erwerbstätig, die Älteren nicht mehr.

Beide Kennzahlen liegen für Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt. Auf 100 Menschen von 20 bis 65 Jahren kommen in Rheinland-Pfalz derzeit 30 unter 20-Jährige. Gegenüber 2005 ist der Jugendquotient um fünf Punkte gesunken und vom dritten auf den siebten Rang gefallen. Dagegen ist der Altenquotient in den vergangenen Jahren gestiegen: Seit 2005 erhöhte er sich um fast zwei Punkte auf knapp 35 und damit von Platz zehn auf Platz sieben. Hier wird der demografische Wandel sichtbar, der durch den starken Geburtenrückgang Anfang der 70er-Jahre in Gang gesetzt wurde und sich nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes auch in Zukunft fortsetzen wird. Nach der mittleren Variante könnte der Altenquotient bis 2060 hierzulande sogar auf 65 steigen, während der Jugendquotient in etwa konstant bliebe.

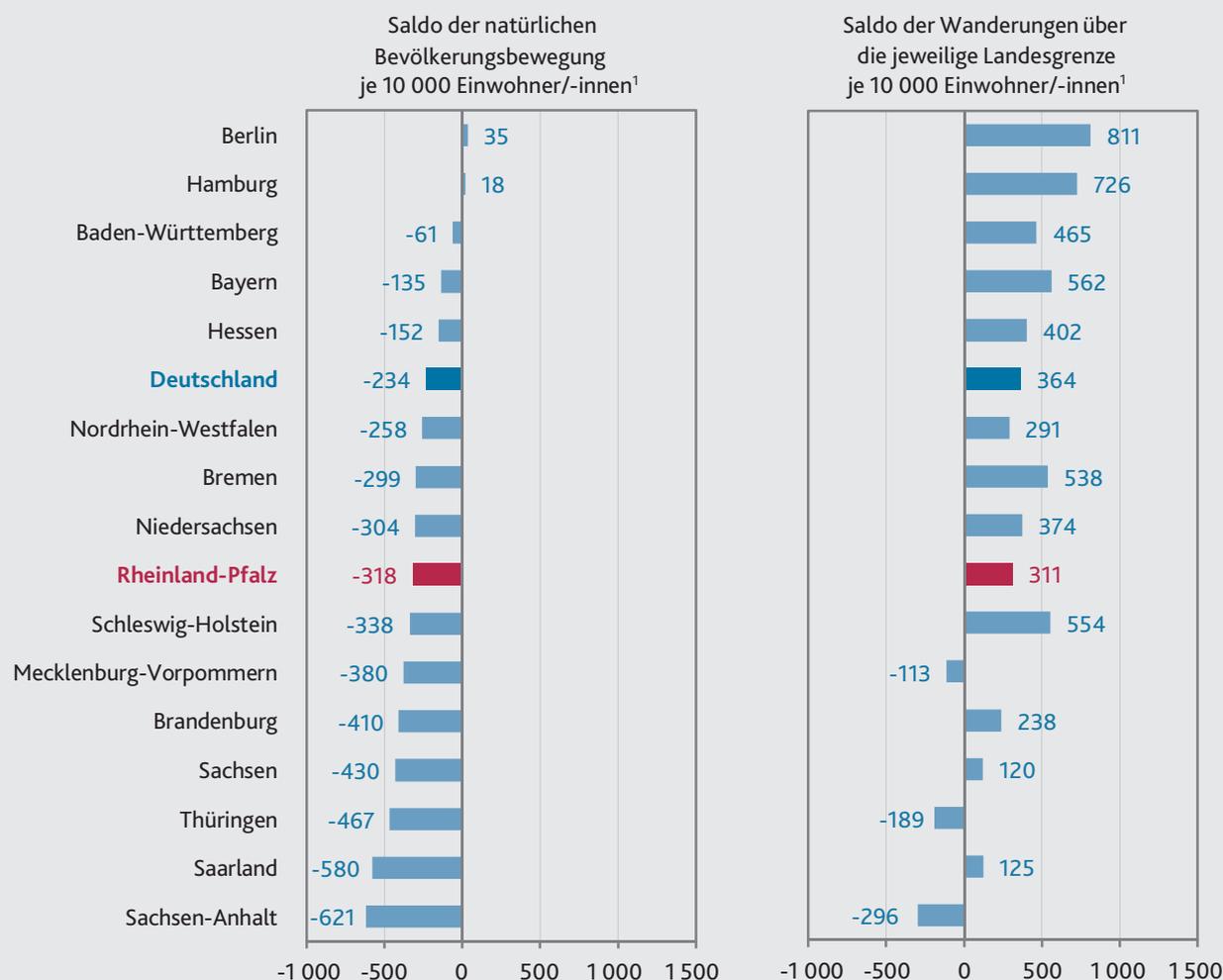
G 4 Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2015



Steigende Geburtenrate führt seit 2014 zu einem kleinen Babyboom

Im Jahr 2015 kamen in Rheinland-Pfalz 34 900 Kinder zur Welt; zehn Jahre zuvor waren es 32 600. Das geburten-schwächste Jahr seit der Landesgründung war 2009 mit 30 800 Geburten. Auf die Geburtenzahl wirken zwei Einflussgrößen: die Zahl der Frauen im sogenannten „gebärfähigen Alter“ und die Zahl der Kinder, die diese Frauen zur Welt bringen. Auskunft über die Zahl der Kinder gibt die zusammengefasste Geburtenziffer (hier: Summe der altersspezifischen Geburtenziffern je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren). Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommt. Zuletzt waren nur noch knapp 34 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen zwischen 15 und 45 Jahre alt. Im Jahr 2005 waren es noch 38 Prozent. Der Anteil der Frauen dieser Altersklasse war in allen Ländern rückläufig. Rheinland-Pfalz rückte im Ländervergleich vom zehnten auf den achten Rang. Dagegen stieg die zusammengefasste Geburtenziffer in den Jahren 2014 und vor allem 2015 bundesweit deutlich an. Zuletzt kam Rheinland-Pfalz mit 1511 Kindern je 1000 Frauen – dem höchsten Wert seit 1974 – auf Rang neun im Bundesvergleich. Im Jahr 2005 wurde mit 1346 Kindern je 1000 Frauen noch der sechste Rang erreicht.

G 5 Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2005–2015



¹ Durchschnittsbevölkerung.

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

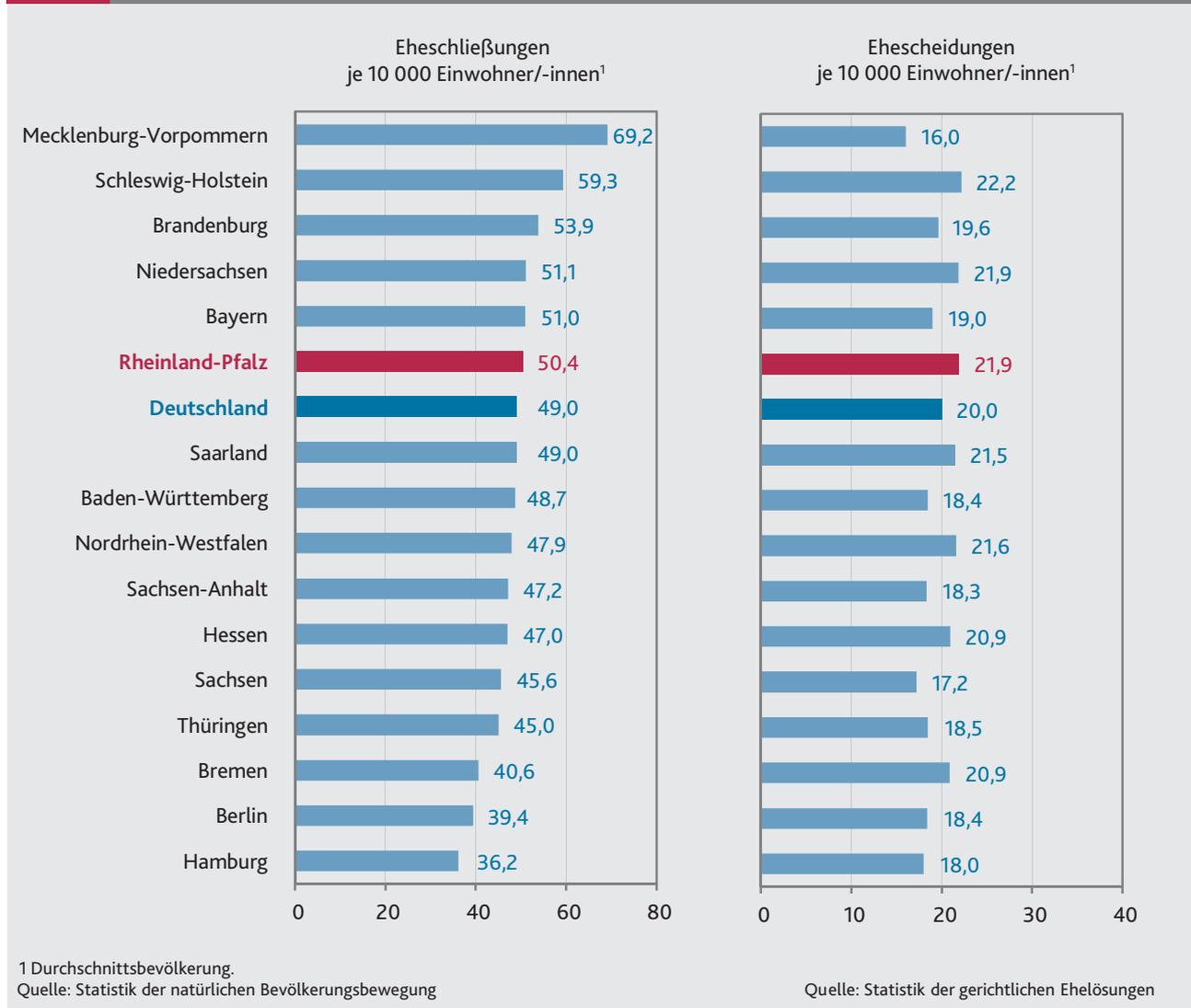
Quelle: Wanderungsstatistik

Hohe Zuwanderung kann Geburtendefizit nicht ganz ausgleichen

In den Jahren von 2005 bis 2015 wurden in Rheinland-Pfalz 354 200 Kinder geboren und 481 900 Menschen starben. Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergab sich für diesen Zeitraum ein Geburtendefizit von 318 Menschen. Das ist Rang neun im Ländervergleich. Im selben Zeitraum zogen 1,223 Millionen Menschen nach Rheinland-Pfalz zu und 1,098 Millionen verließen das Land. Der Wanderungssaldo belief sich auf 311 Personen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (ebenfalls Rang neun).

Die stärksten Wanderungsbewegungen gab es zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Allein aus Nordrhein-Westfalen kamen im Betrachtungszeitraum 187 800 Menschen, 191 300 Personen zogen dorthin fort. Kräftige Wanderungsverflechtungen gab es auch mit dem Ausland. Rund 483 600 Menschen zogen aus dem Ausland hierher und 341 400 Personen verließen das Land. Seit 2014 wurde das Wanderungsgeschehen mit dem Ausland vor allem durch die Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden sowie der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien geprägt.

G 6 Eheschließungen und Ehescheidungen 2015

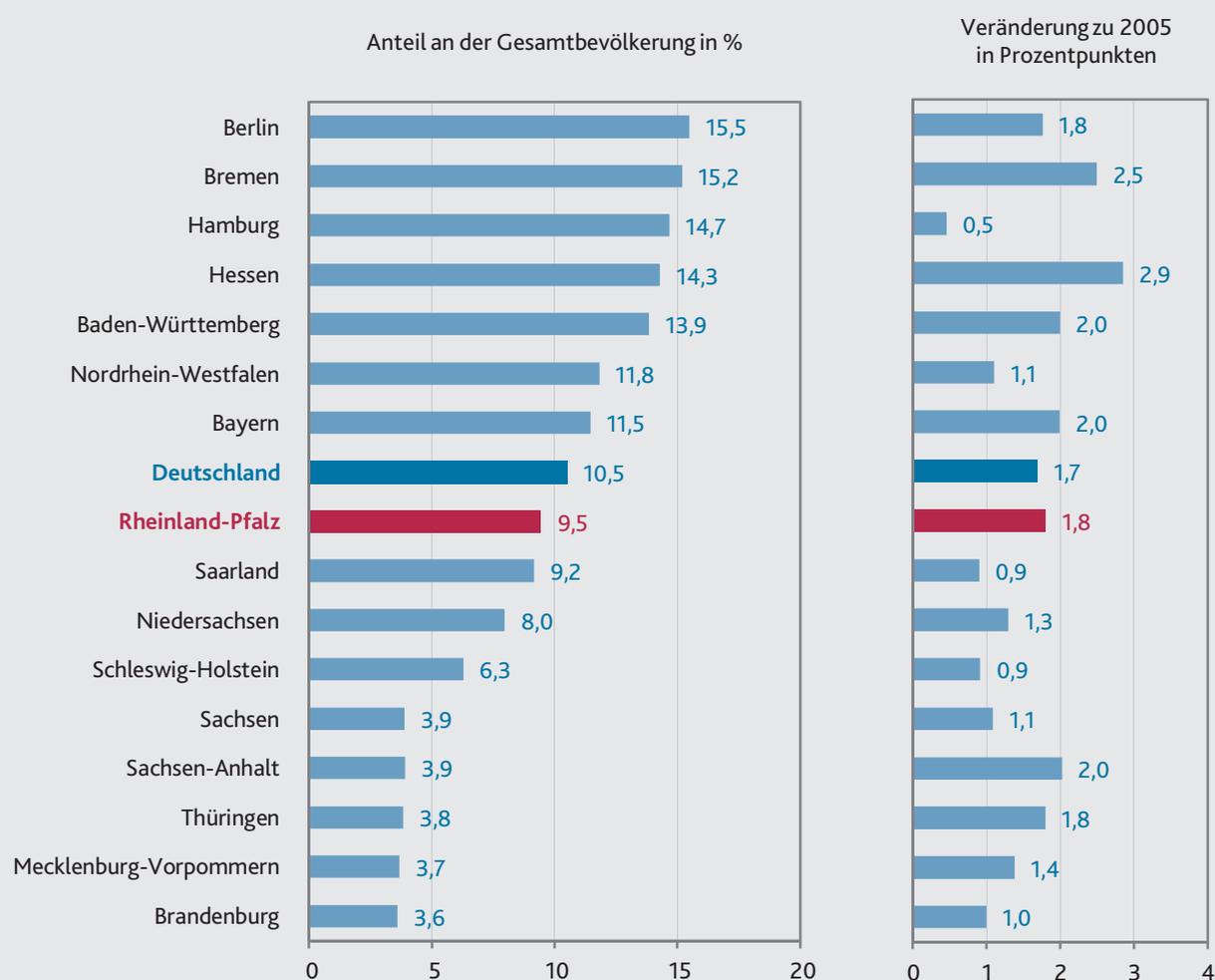


Viele Hochzeiten, aber auch viele Scheidungen

Im Jahr 2015 gab es bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner etwa 50 Eheschließungen. Damit steht Rheinland-Pfalz auf dem sechsten Rang. Die höchsten Relationen ergaben sich für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Die beiden Küstenländer sind jedoch auch für viele Menschen aus anderen Regionen attraktive Heiratsorte. Die hohe Zahl der Eheschließungen geht daher nicht allein auf die eigene Bevölkerung zurück. Die niedrigste Zahl an Eheschließungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner errechnete sich für die Stadtstaaten Hamburg (36), Berlin (39) und Bremen (41).

Aber hierzulande wird nicht nur häufig geheiratet, sondern die Ehen werden auch häufig geschieden. Unter allen Ländern weist Rheinland-Pfalz mit 22 Scheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner nach Schleswig-Holstein die höchste Scheidungsrate auf. Die niedrigste Scheidungsquote hatten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit 16 bzw. 17 Ehescheidungen bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Einflüsse der unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern werden jedoch hier nicht berücksichtigt.

G 7 Ausländische Bevölkerung 2015



Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

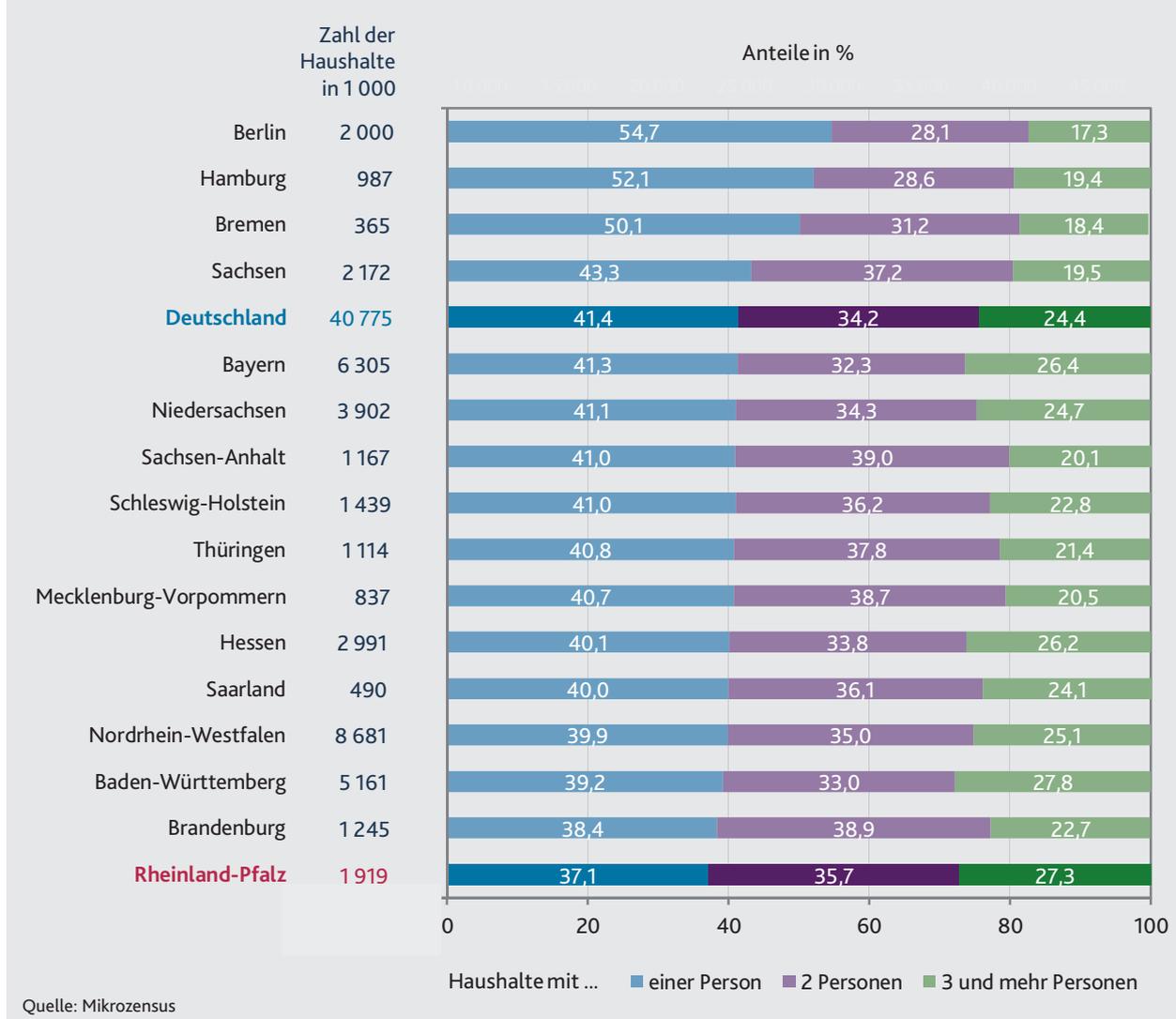
Fast die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer kommen aus EU-Mitgliedstaaten

Ende 2015 lebten in Rheinland-Pfalz 383 000 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das sind 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung; deutschlandweit waren es 10,5 Prozent. Eine Ursache für den unterdurchschnittlichen Ausländeranteil mag die eher ländliche Siedlungsstruktur und die geringe Zahl an Großstädten in Rheinland-Pfalz sein, da tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil besteht. Die höchsten Ausländeranteile errechnen sich daher für die Stadtstaaten Berlin (15,5 Prozent), Bremen (15,2 Prozent) und Hamburg (14,7 Prozent).

Die mit Abstand meisten im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz leben, stammen aus der Türkei (59 300). Werden nur die EU-Staaten betrachtet, so leben hierzulande besonders viele Menschen aus Polen (40 300) und Italien (29 500). Insgesamt kommen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 190 200 Bürgerinnen und Bürger (48 Prozent). Aus dem Vereinigten Königreich, wo der EU-Austrittsprozess im März 2017 rechtlich wirksam in die Wege geleitet wurde, stammen 4 400 Menschen.

1 Bevölkerung

G 8 Haushaltsgröße 2015

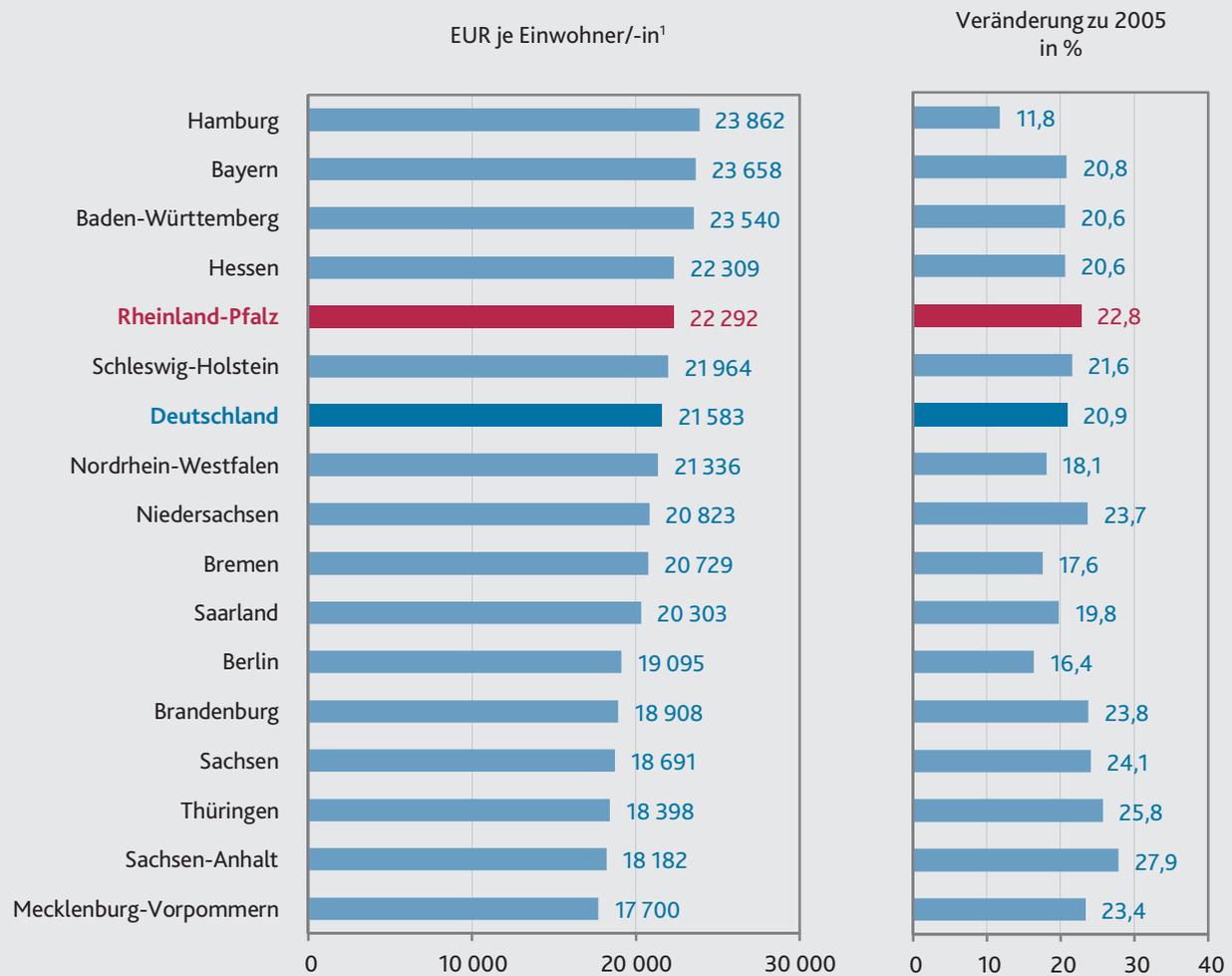


Jeder dritte Haushalt ist ein Einpersonenhaushalt

Die Zahl der Haushalte in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich zu 2005 um rund 2,5 Prozent auf 1,9 Millionen gewachsen, obwohl die Bevölkerung nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2015 wieder ähnlich hoch ist wie 2005. Das liegt daran, dass es immer mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte und immer weniger große Haushalte gibt. In 37 Prozent der Haushalte lebte 2015 eine Person allein, in 36 Prozent wohnten zwei Personen zusammen. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen lag bei 27 Prozent. Damit gibt es in keinem Land weniger kleine Haushalte und nur in Baden-Württemberg häufiger große Haushalte als in Rheinland-Pfalz.

Im Schnitt wohnen hierzulande 2,1 Personen in einem Haushalt. Das ist zusammen mit Baden-Württemberg die höchste durchschnittliche Haushaltsgröße. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist die durchschnittliche Haushaltsgröße besonders niedrig: In mehr als der Hälfte der Haushalte dort lebt eine Person allein.

G 1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2015



¹ Durchschnittsbevölkerung.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

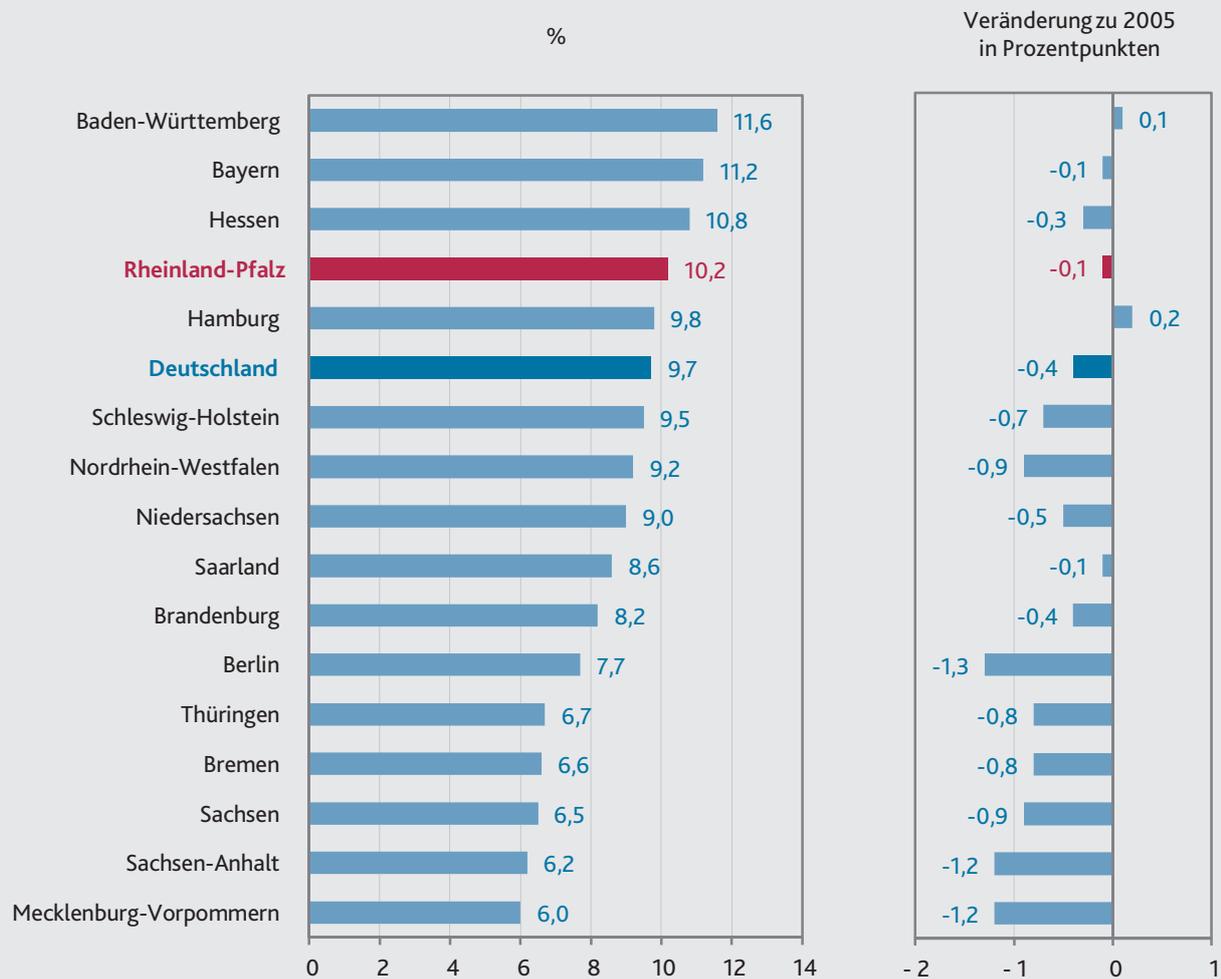
Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 22 300 Euro

Im Jahr 2015 betrug das verfügbare Einkommen je Rheinland-Pfälzerin bzw. Rheinland-Pfälzer 22 292 Euro. Dieser Betrag stand den Menschen – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Im Ländervergleich ist das Rang fünf. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen wurde in Hamburg erreicht (23 862 Euro). Das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen erzielten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern (17 700 Euro).

Seit dem Jahr 2005 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um gut 4 100 Euro bzw. 23 Prozent gestiegen. Dies ist allerdings die Veränderung des nominalen – also nicht preisbereinigten – Pro-Kopf-Wertes. Die reale Kaufkraft hat jedoch weniger stark zugenommen, da der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum um rund 14 Prozent zulegte.

2 Wohlstand und Soziales

G 2 Sparquote der privaten Haushalte 2015



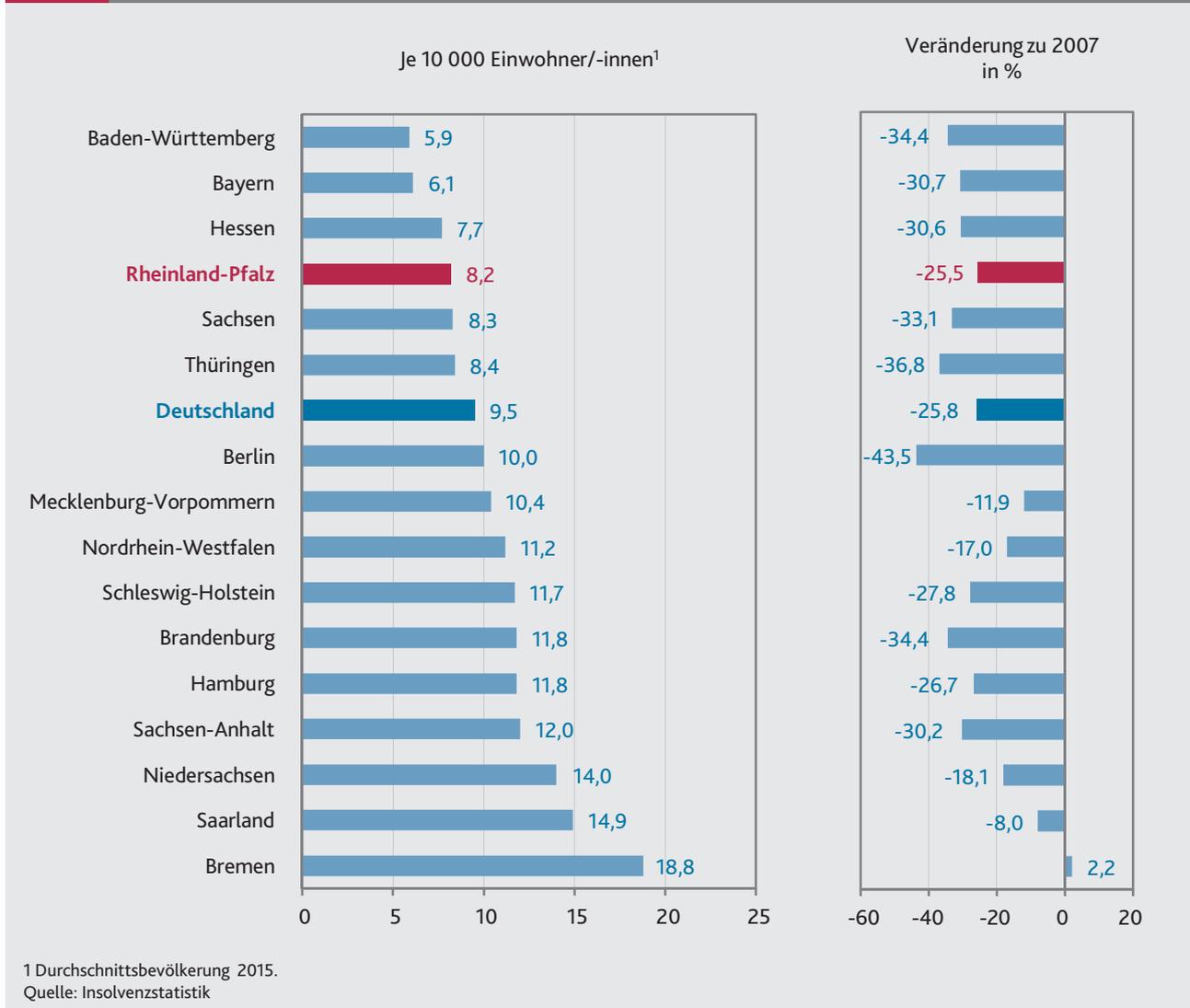
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Jeder zehnte Euro wird gespart

Die Sparquote ergibt sich aus der Relation der Ersparnis zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, jeweils einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Mit einer Sparquote von 10,2 Prozent im Jahr 2015 erreicht Rheinland-Pfalz den vierten Rang im Vergleich der Bundesländer. Die fleißigsten Sparerinnen und Sparer leben in Baden-Württemberg (11,6 Prozent), gefolgt von den Hessen und Bayern mit rund elf Prozent. Mit sechs Prozent sparen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern am wenigsten.

Werden die absoluten Sparbeträge betrachtet, fällt Rheinland-Pfalz mit einem Pro-Kopf-Wert von 2 336 Euro auf den fünften Rang zurück. Aufgrund des höheren verfügbaren Einkommens sparen die Menschen in Hamburg (2 397 Euro) absolut mehr, obwohl sie eine niedrigere Sparquote aufweisen. Baden-Württemberg liegt mit 2 804 Euro auch absolut an der Spitze. Weniger als die Hälfte dieses Sparbetrags wird von den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zurückgelegt (1 083 Euro). Damit nehmen sie den letzten Platz im Ländervergleich ein.

G 3 Verbraucherinsolvenzen 2016



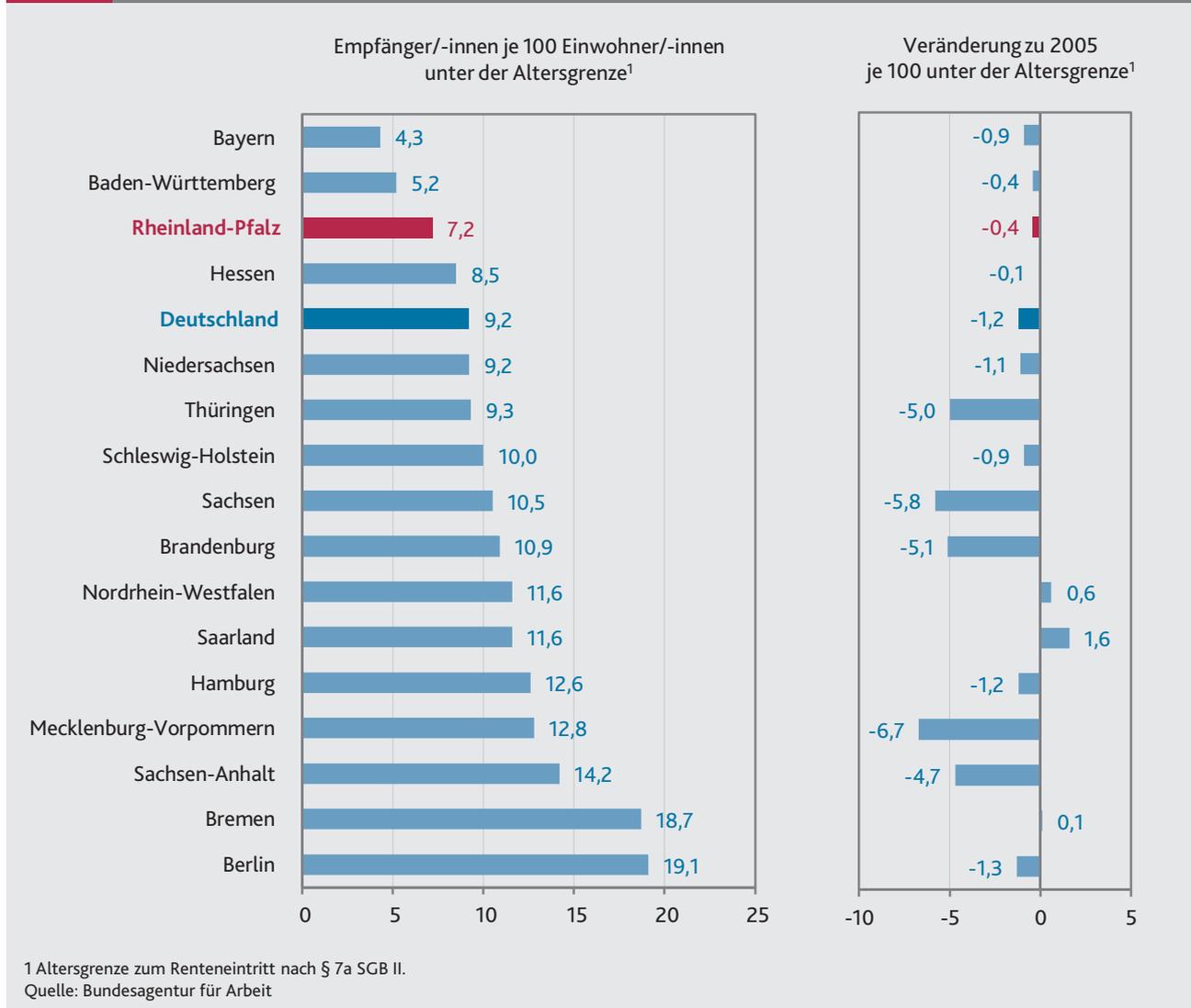
Weniger Verbraucherinsolvenzen

Im Jahr 2016 gab es in Rheinland-Pfalz 3 309 Verbraucherinsolvenzen in Rheinland-Pfalz. Das bedeutet, auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 8,2 Verbraucherinsolvenzen. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich hinter Baden-Württemberg (5,9), Bayern (6,1) und Hessen (7,7) auf Rang vier. Der bundesweite Durchschnitt beträgt 9,5; den letzten Platz belegt Bremen mit 18,8 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Möglichkeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurde 1999 eingeführt. Die bislang höchste Zahl an Verbraucherinsolvenzen wurde 2010 im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise registriert. Damals meldeten mehr als 5 000 Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz Insolvenz an. Seitdem geht die Zahl kontinuierlich zurück. Dieser Trend ist auch für Deutschland insgesamt festzustellen. Nach den Ergebnissen der Überschuldungsstatistik sind die häufigsten Auslöser einer Privatinsolvenz Arbeitslosigkeit, Erkrankung, Sucht oder Unfall sowie Trennung, Scheidung oder Tod der Partnerin oder des Partners.

2 Wohlstand und Soziales

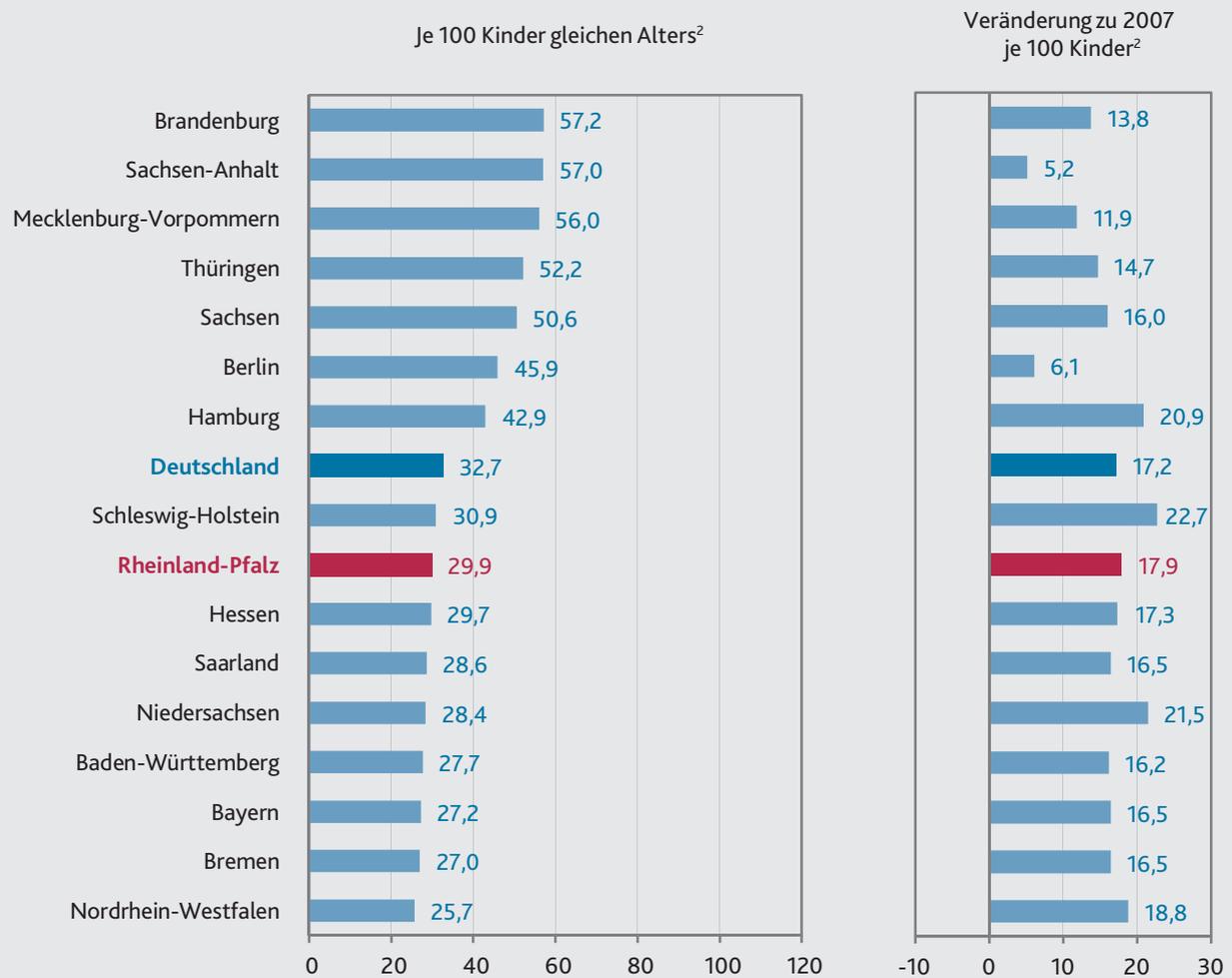
G 4 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2016



Rheinland-Pfalz hat drittniedrigste SGB II-Quote

In Rheinland-Pfalz erhielten Ende 2016 von 100 Menschen unter der Regelaltersgrenze 7,2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II. Nur in Bayern und Baden-Württemberg war die Quote mit 4,3 bzw. 5,2 Prozent niedriger. Die höchste SGB II-Quote weist Berlin auf; dort war fast jeder Fünfte unter der Regelaltersgrenze auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) angewiesen.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende löste 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ab und ist im SGB II geregelt. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen. Von den rund 231750 Leistungsberechtigten in Rheinland-Pfalz bezogen 165250 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den übrigen Personen handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige sowie sonstige Leistungsberechtigte.

G 5 **Betreuungsquote¹ unter 3-Jähriger im März 2016**

1 Kinder in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege). – 2 Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres.
Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

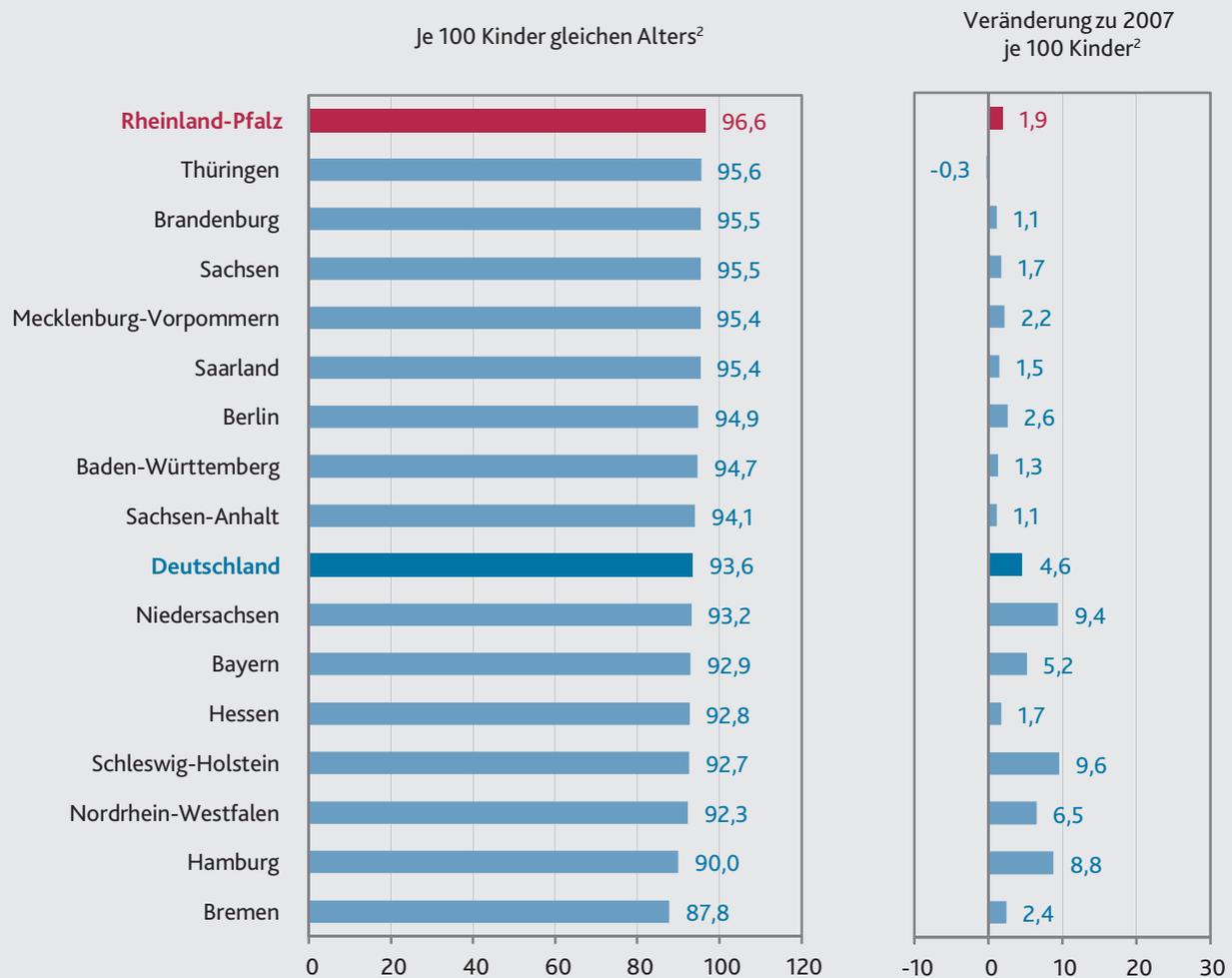
Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz: Beitragsfrei ab Zwei

Kindertagesstätten spielen für die Bildung und die Erziehung von Kindern eine große Rolle und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei sind die Kosten, die für die Eltern anfallen, je nach Land, Kommune oder Träger unterschiedlich hoch. In Rheinland-Pfalz ist die Kinderbetreuung bereits für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr beitragsfrei.

Zum Stichtag 1. März 2016 befanden sich in Rheinland-Pfalz knapp 30 Prozent der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung. Unter den westdeutschen Flächenländern ist das die zweithöchste Betreuungsquote, im Vergleich aller Länder Platz neun. Besonders hoch ist die Betreuungsquote der Jüngsten in den neuen Ländern. An der Spitze steht Brandenburg mit mehr als 57 betreuten Kindern je 100 unter 3-Jährige. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren wurde in den vergangenen Jahren in allen Ländern ausgebaut. Ab dem 1. August 2013 besteht bundesweit ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

2 Wohlstand und Soziales

G 6 Betreuungsquote¹ 3- bis 6-Jähriger im März 2016

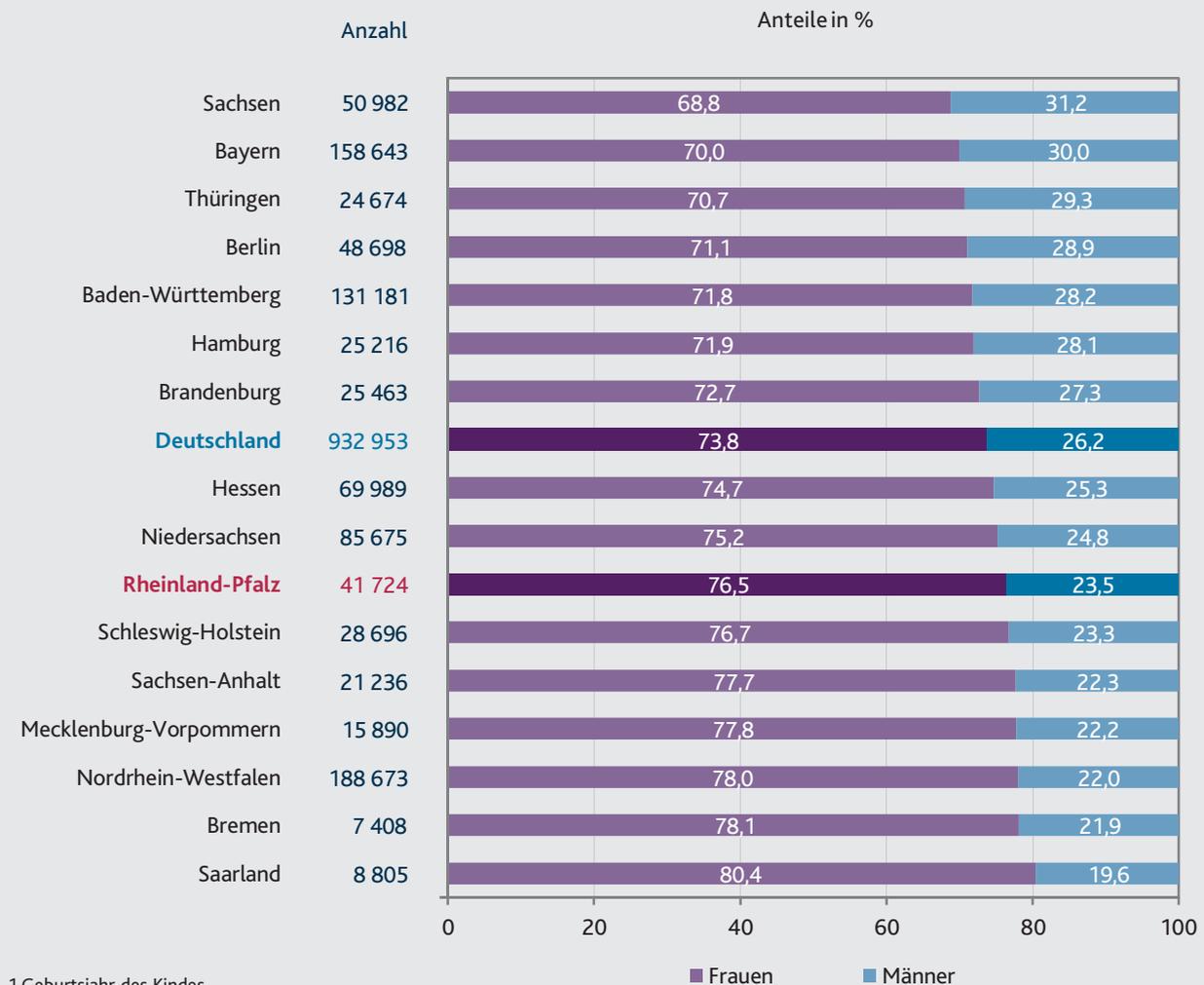


¹ Kinder in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege). – ² Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres.
Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Spitzenposition bei der Versorgung der 3- bis 6-jährigen Kinder

Kinder im klassischen Kindergartenalter werden in Rheinland-Pfalz besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Von 100 Kindern dieser Altersgruppe besuchten im März 2016 fast 97 Kinder eine Kindertageseinrichtung oder wurden von einer Tagespflegeperson betreut. Damit belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer Platz eins. Mit einer Betreuungsquote von knapp 88 Prozent steht Bremen am Ende der Rangliste. Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat in fast allen Ländern in den letzten Jahren weiter zugenommen.

Die rheinland-pfälzische Quote liegt bereits seit 2010 bei rund 97 Prozent. Ein Grund für diese hohe Quote dürfte der beitragsfreie Betreuungsplatz ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr sein. Bei der Interpretation der Ergebnisse muss auch berücksichtigt werden, dass die finanzielle Belastung, die bei der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung auf die Eltern zukommt, in den Ländern unterschiedlich hoch ist.

G 7 Elterngeldempfänger/-innen 2014¹

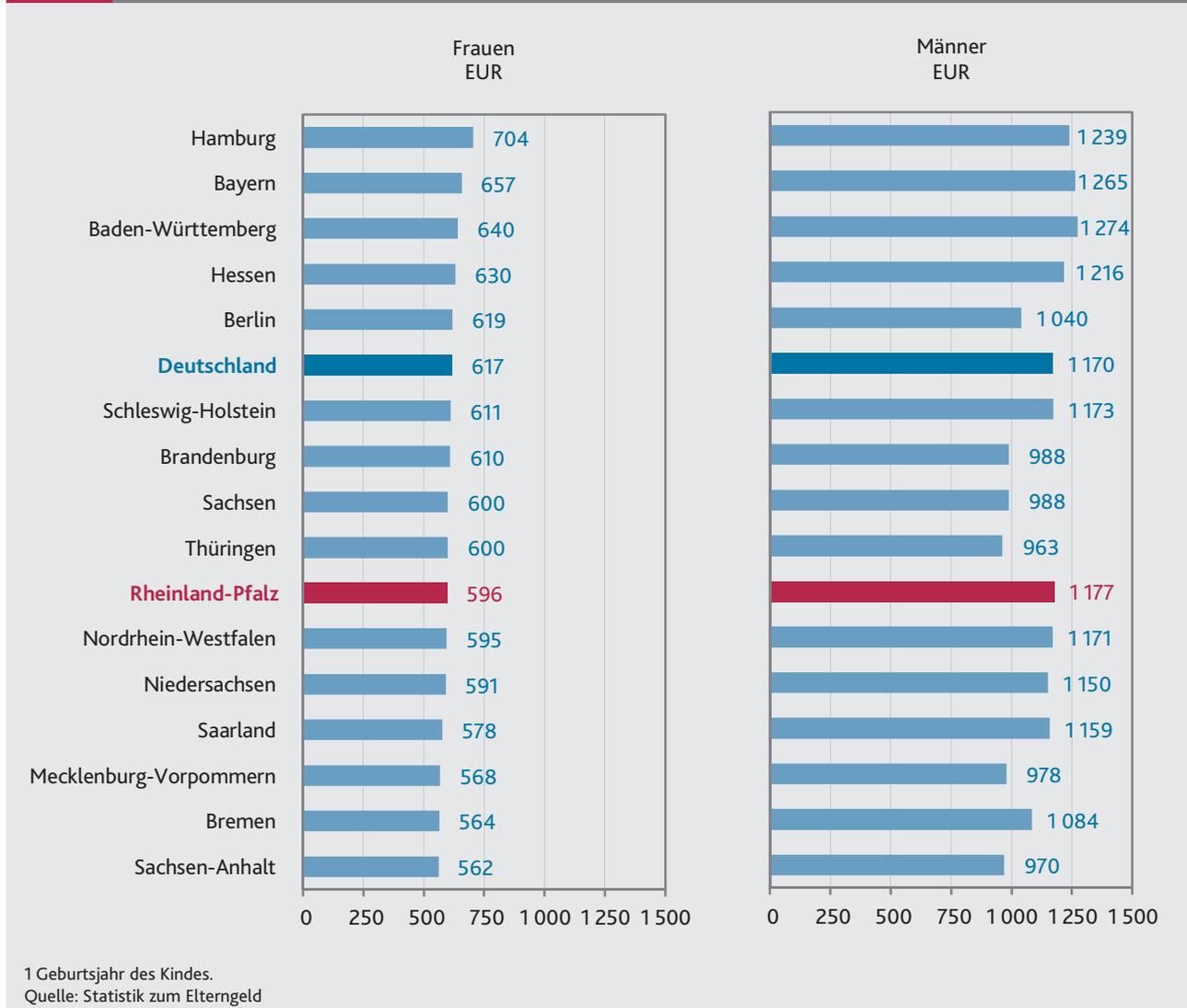
Väter nutzen häufiger Elternzeit

In Rheinland-Pfalz wurden für im Jahr 2014 geborene Kinder rund 41 720 Elterngeldbezüge registriert. Der Anteil der Frauen an den Elterngeldbezieherinnen und -beziehern lag bei 76,5 Prozent. Mit 23,5 Prozent belegen die rheinland-pfälzischen Männer im Ländervergleich den zehnten Platz. Gegenüber 2009 ist der Anteil der Väter, die Elternzeit nutzen, in allen Bundesländern gestiegen (Rheinland-Pfalz: +6,6 Prozentpunkte). Besonders hoch war die Väterbeteiligung in Sachsen mit rund 31 Prozent.

Das Elterngeld ist eine staatliche Sozialleistung für junge Familien und löste vor einigen Jahren das Erziehungsgeld ab. Die Bezugsdauer beträgt zwölf Monate für ein Elternteil bzw. 14 Monate bei Alleinerziehenden oder bei geteilter Inanspruchnahme von beiden Eltern. Die Mehrheit der Väter entscheidet sich nach wie vor für die Mindestbezugsdauer von zwei Monaten, während der Großteil der Mütter die maximale Bezugsdauer von zwölf Monaten wählt. Das 2015 neu eingeführte Elterngeld Plus konnte für Kinder des Geburtsjahrgangs 2014 noch nicht in Anspruch genommen werden.

2 Wohlstand und Soziales

G 8 Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes 2014¹



Deutliche Unterschiede bei der Höhe des Elterngeldanspruchs

Rheinland-pfälzische Mütter erhielten knapp 600 Euro Elterngeld für Kinder, die 2014 geboren wurden. Im Ländervergleich bedeutet das Rang zehn. Die höchsten Beträge gab es für Mütter in Hamburg (700 Euro), die niedrigsten für Mütter in Sachsen-Anhalt und Bremen mit jeweils rund 560 Euro. Deutlich höher waren die ausgezahlten Beträge für Väter. In Rheinland-Pfalz bekamen die Männer mit durchschnittlich 1180 Euro im Mittel fast doppelt so viel Elterngeld wie die Frauen. Den höchsten Betrag erhielten Väter in Baden-Württemberg mit 1270 Euro. Väter in Thüringen lagen mit 960 Euro am Ende der Rangliste.

Die Höhe des Elterngeldes hängt ab vom durchschnittlich verfügbaren Erwerbseinkommen im Jahr vor der Geburt. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro. Der maximale Betrag liegt bei 1800 Euro pro Monat. Gründe für die deutlichen Unterschiede in der Höhe des Elterngeldanspruchs von Müttern und Vätern sind zum einen die im Vorfeld des Elterngeldbezugs höheren Nettoeinkommen der Männer, zum anderen sind sie auch häufiger erwerbstätig als Frauen.

G 9 Armutsgefährdungsquote¹ 2015

¹ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians (hier: Bundesmedian) der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.
Quelle: Mikrozensus

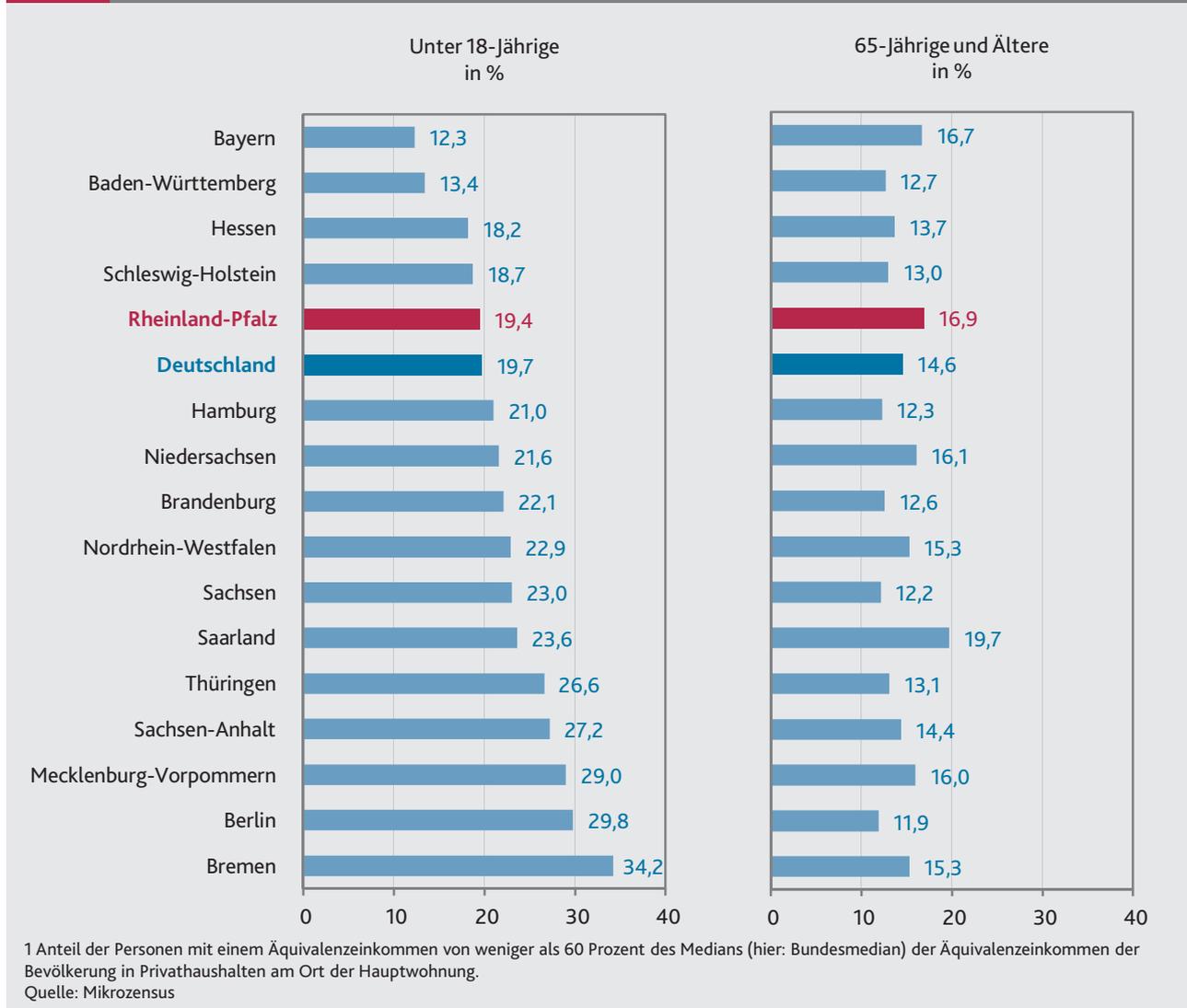
Fast jede siebte Einwohnerin bzw. jeder siebte Einwohner in Rheinland-Pfalz von Armut bedroht

Im Jahr 2015 waren 15,2 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung von Armut bedroht. Dieser Wert liegt nahe dem Bundesdurchschnitt mit 15,7 Prozent und bedeutet Rang fünf im Ländervergleich. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote weist Bayern mit knapp zwölf Prozent auf. Mehr als doppelt so hoch ist dagegen die Quote in Bremen mit rund 25 Prozent gefolgt von Berlin mit über 22 Prozent.

Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß EU-Konvention der Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt die Schwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 942 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich eine Armutsgefährdungsschwelle von 1 978 Euro. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen (z. B. geringerer Mietanteil, niedrigere Heizkosten pro Person).

2 Wohlstand und Soziales

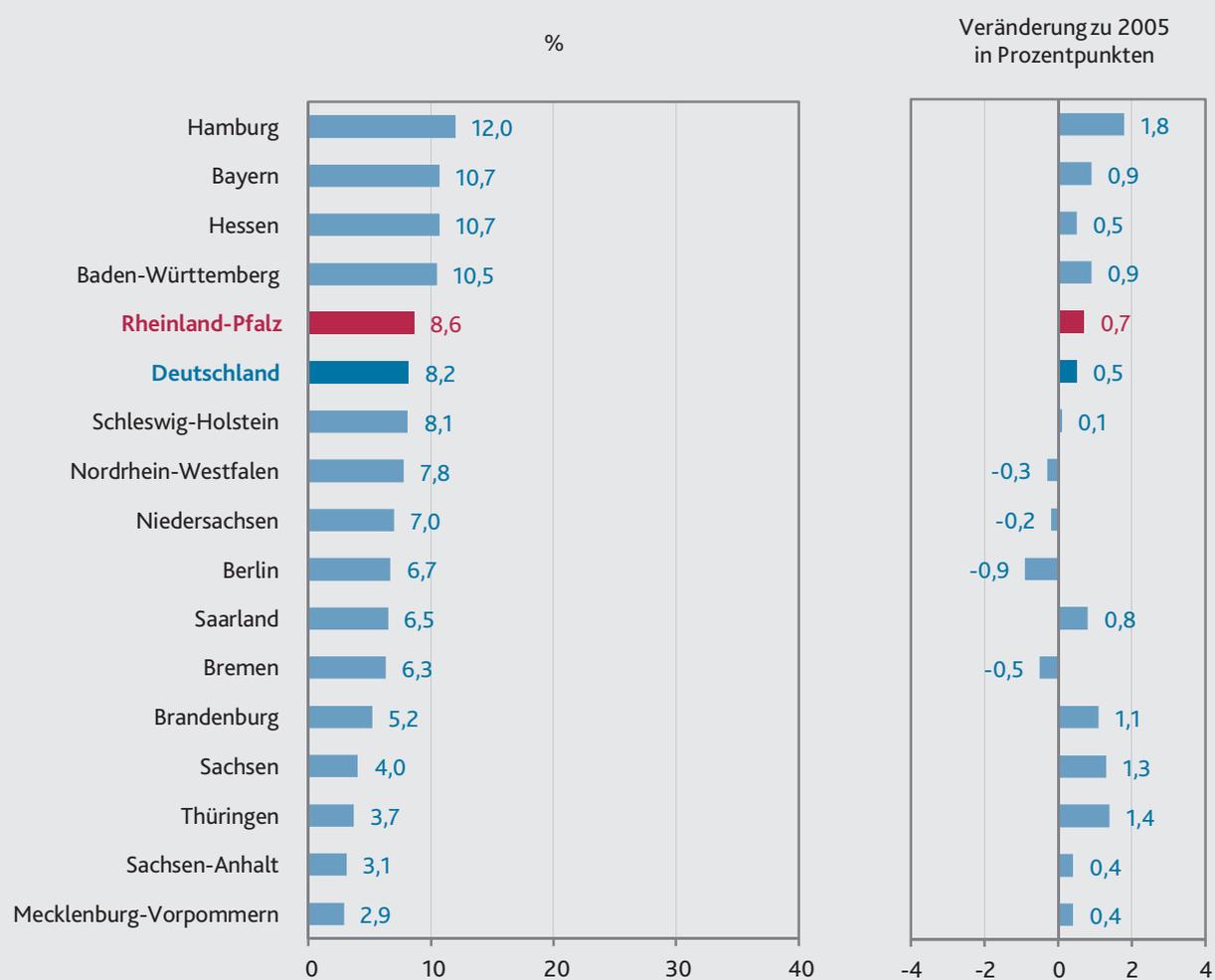
G 10 Armutsgefährdungsquote¹ 2015 nach Altersgruppen



Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten bei jüngeren und Älteren

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen, die sich oft noch in der Ausbildung befinden dürften, in erhöhtem Maß von Armut bedroht sind. Für die unter 18-Jährigen ergibt sich für das Jahr 2015 in Rheinland-Pfalz eine Quote von rund 19 Prozent. Deutlich weniger waren die Jugendlichen in Bayern mit zwölf Prozent betroffen. In Bremen dagegen fiel jede bzw. jeder Dritte in dieser Altersgruppe unter die Armutsgefährdungsschwelle.

Auch die Älteren ab 65 Jahren wiesen 2015 in Rheinland-Pfalz mit 17 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Das ist der zweithöchste Wert im Ländervergleich. Besonders die Frauen in dieser Altersgruppe waren von Armut bedroht (20 Prozent), während die Quote der gleichaltrigen Männer deutlich niedriger lag (13 Prozent). Hier dürften unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen – z. B. durch Kindererziehungszeiten oder Pflege von Angehörigen – eine Rolle spielen.

G 11 Einkommensreichumsquote¹ 2015

¹ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 Prozent des Medians (hier: Bundesmedian) der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.
Quelle: Mikrozensus

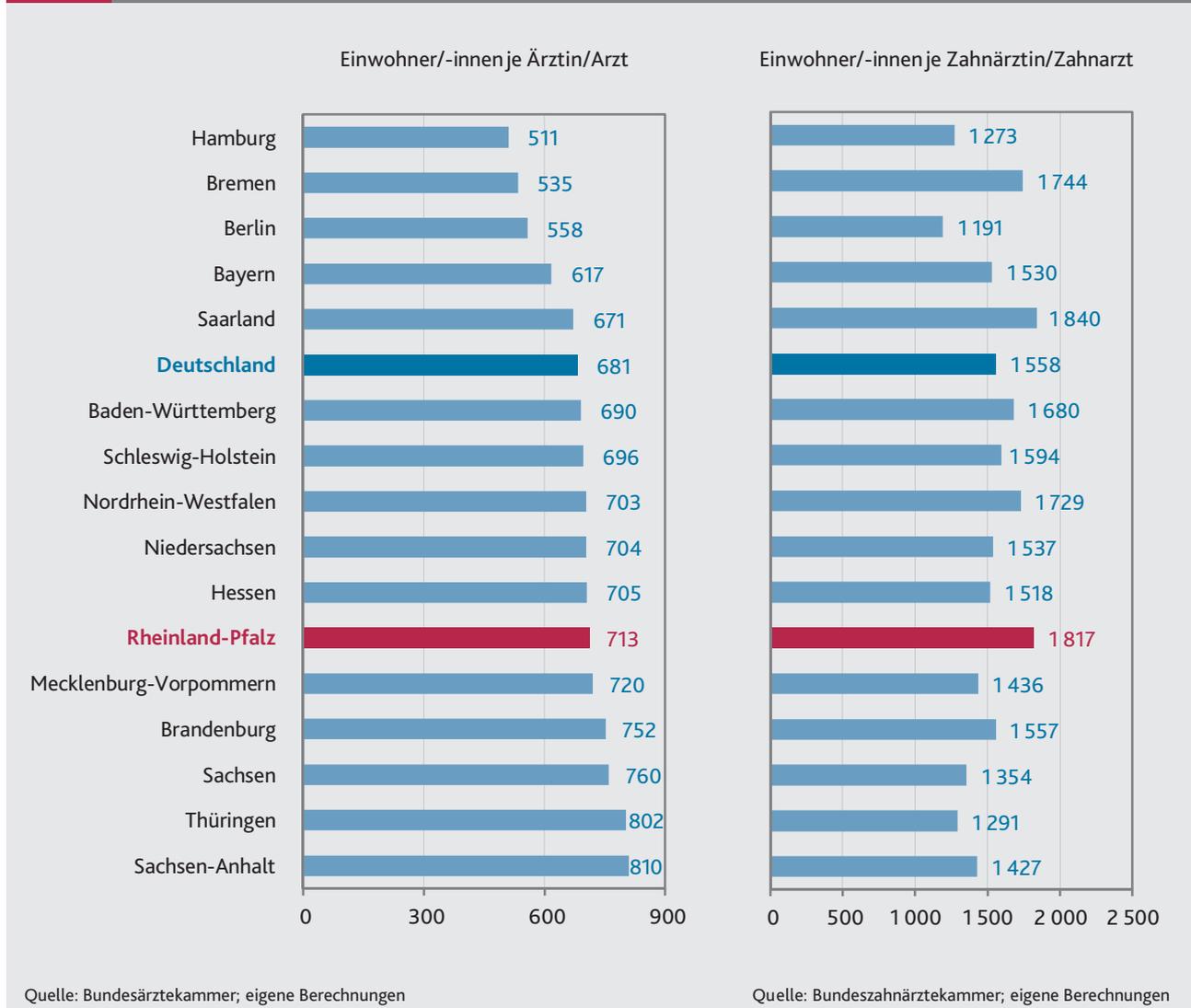
In Rheinland-Pfalz leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

Das Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote. Sie stellt den Anteil der Bevölkerung dar, dessen Einkommen mehr als 200 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt.

Im Jahr 2015 lag der Anteil der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler mit einem Einkommen über der 200-Prozent-Marke bei 8,6 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet dies Platz fünf. Die höchste Einkommensreichumsquote wird in Hamburg mit zwölf Prozent erreicht. Am niedrigsten war die Quote in den neuen Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt hatten nur 2,9 bzw. 3,1 Prozent der Bevölkerung Einkommen in der entsprechenden Größenordnung.

3 Gesundheit und Pflege

G 1 Niedergelassene Ärztinnen bzw. Ärzte und Zahnärztinnen und Zahnärzte 2015



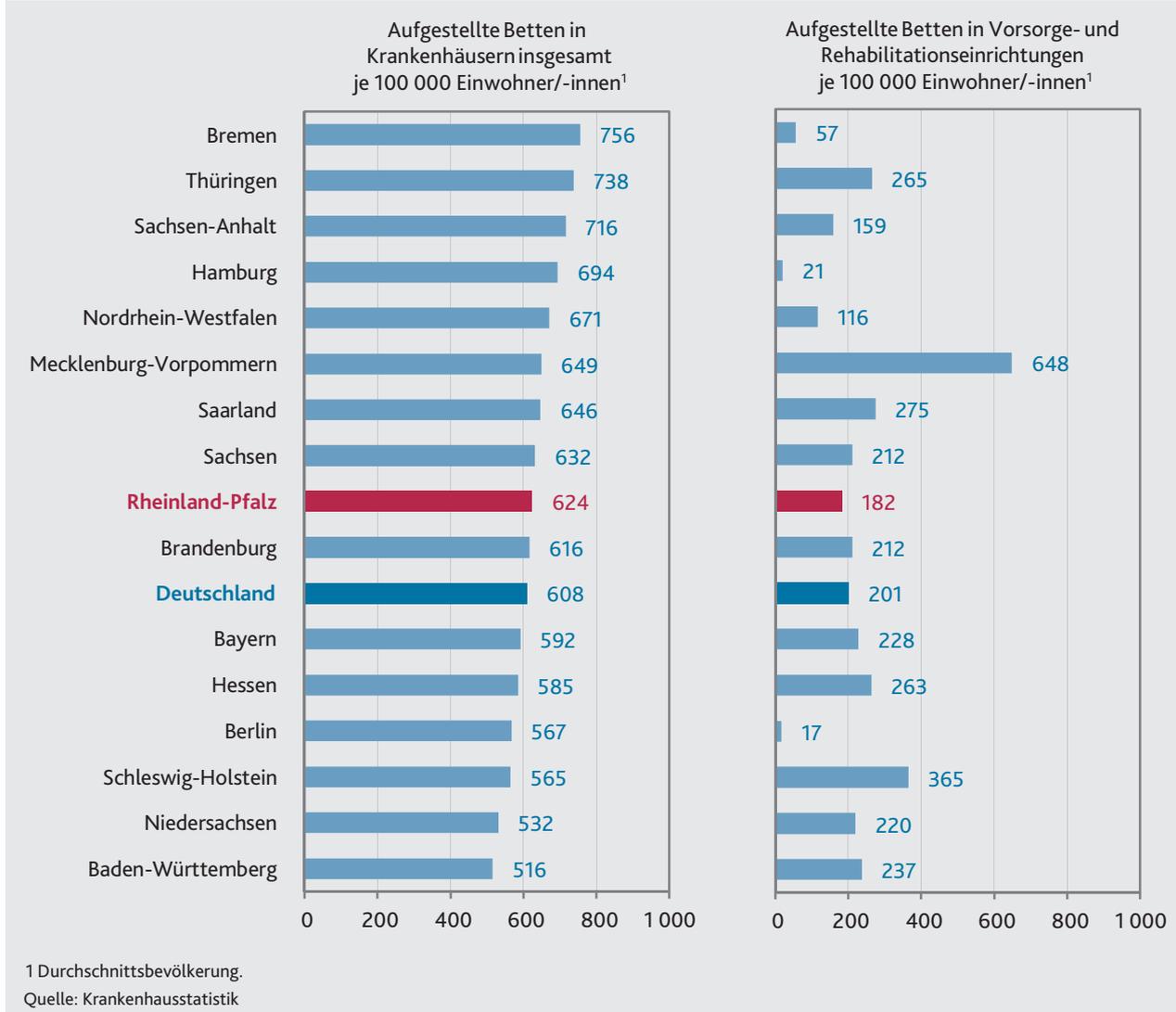
Unterdurchschnittliche Versorgung in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz kamen 2015 auf 713 Einwohnerinnen und Einwohner eine niedergelassene Ärztin bzw. ein niedergelassener Arzt. Damit ist der Versorgungsgrad hierzulande etwas niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt (681 Einwohnerinnen und Einwohner je niedergelassene Ärztin oder Arzt). Die mit Abstand höchste Arztdichte verzeichneten die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin.

Im bundesweiten Mittel wurden 1558 Einwohnerinnen und Einwohner von einer niedergelassenen Zahnärztin bzw. einem niedergelassenen Zahnarzt versorgt. Spitzenreiter war Berlin mit 1191 Einwohnerinnen und Einwohner je niedergelassener Zahnärztin oder -arzt. In Rheinland-Pfalz stand eine Zahnärztin bzw. ein Zahnarzt für 1817 Einwohnerinnen bzw. Einwohner zur Verfügung.

Zu den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten bzw. Zahnärztinnen und -ärzten werden nur solche gezählt, die eine eigene Praxis führen. In diesen Praxen angestellte Ärztinnen und Ärzte bzw. Zahnärztinnen und Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

G 2 Aufgestellte Betten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2015

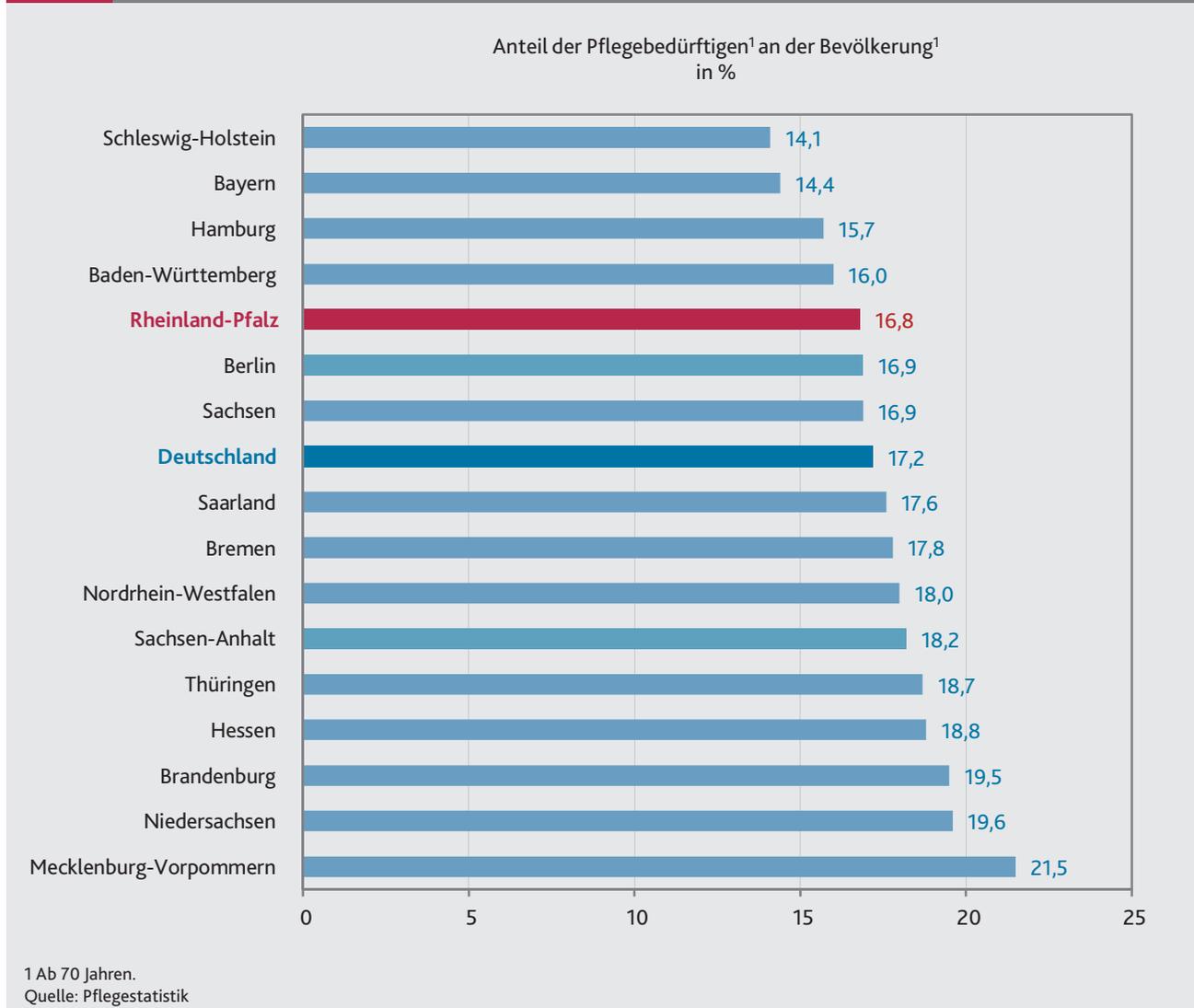


Langfristig deutlicher Bettenabbau in Krankenhäusern

Den Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz standen 2015 insgesamt 25 280 Krankenhausbetten zur Verfügung. Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag die Bettenzahl bei 624. Damit ist die Bettendichte in Rheinland-Pfalz um 16 Betten höher als im Bundesdurchschnitt (608 Betten). Reformen im Gesundheitswesen haben seit Anfang der 90er-Jahre bundesweit zu einem Bettenabbau in Krankenhäusern geführt. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist die Bettenkapazität in vielen Bundesländern deutlich gesunken. In Rheinland-Pfalz war der Abbau weniger stark als deutschlandweit (-7 bzw. -27 Betten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Auch in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sind die Kapazitäten langfristig gesunken. Zuletzt belief sich die Bettendichte in Rheinland-Pfalz auf 182 aufgestellte Betten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt waren es 201 Betten mehr. Die mit Abstand höchste Bettendichte erreicht Mecklenburg-Vorpommern (648). Aufgrund der Küstennähe gibt es dort besonders viele Einrichtungen.

G 3 Pflegequote 2015

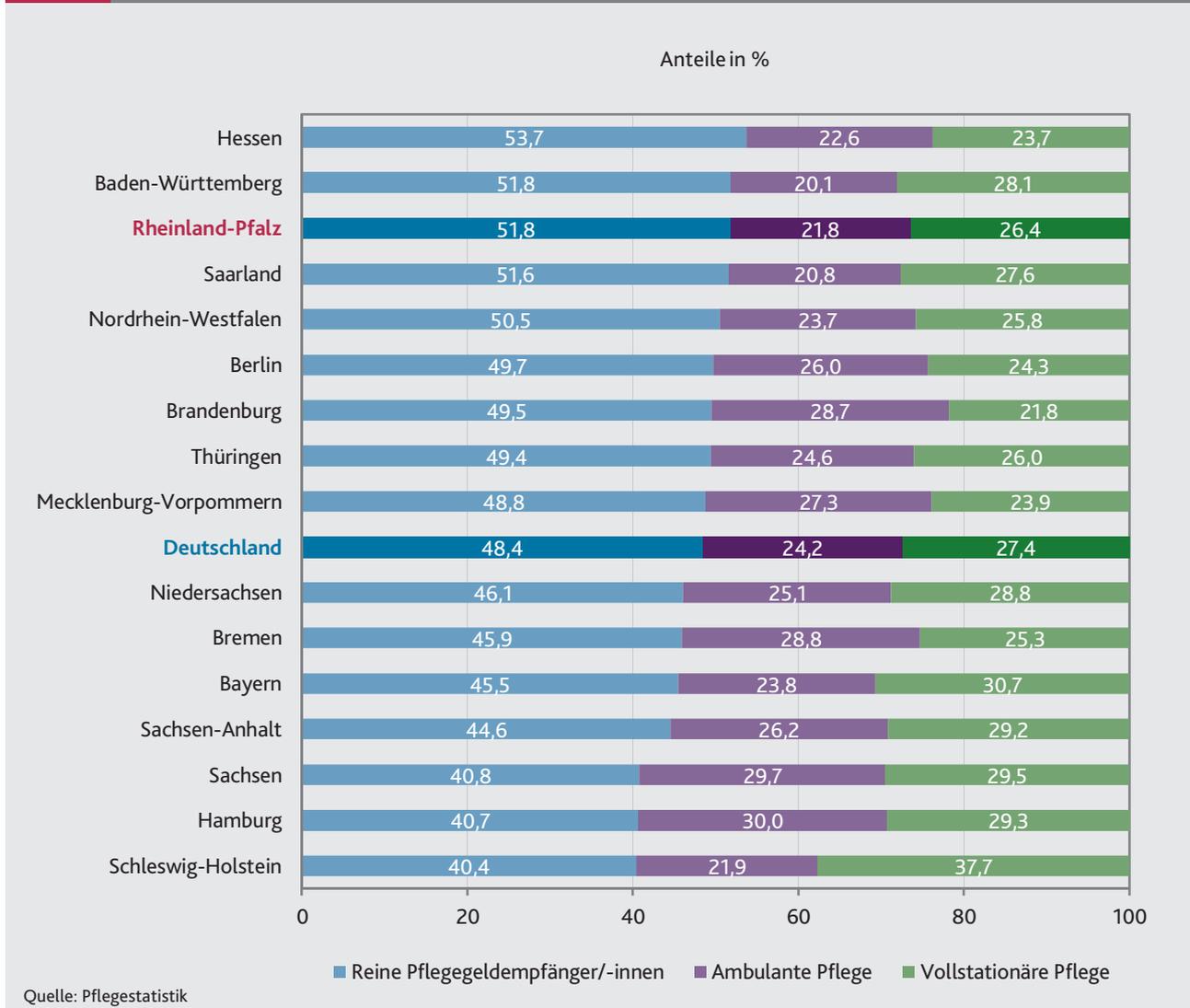


Unterdurchschnittliche Pflegequote

Im Dezember 2015 waren 132 283 Menschen in Rheinland-Pfalz pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Zu den Pflegebedürftigen zählen Personen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. 80 Prozent der Pflegebedürftigen waren 70 Jahre oder älter. Die Pflegequote der über 70-Jährigen setzt die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Alter ab 70 Jahren ins Verhältnis zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Alter. Die Pflegequote ist eine Kennzahl, die den Bevölkerungsteil misst, der pflegebedürftig ist und Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhält.

Im bundesweiten Durchschnitt waren 17,2 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 70 Jahren pflegebedürftig. Rheinland-Pfalz hatte mit einer Quote von 16,8 Prozent den fünften Rang unter den Bundesländern inne. In Schleswig-Holstein war die Zahl der Pflegebedürftigen bezogen auf die Einwohnerzahl mit 14 am geringsten. Die höchste Pflegequote verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit fast 22 Prozent.

G 4 Pflegebedürftige 2015 nach Art der Versorgung

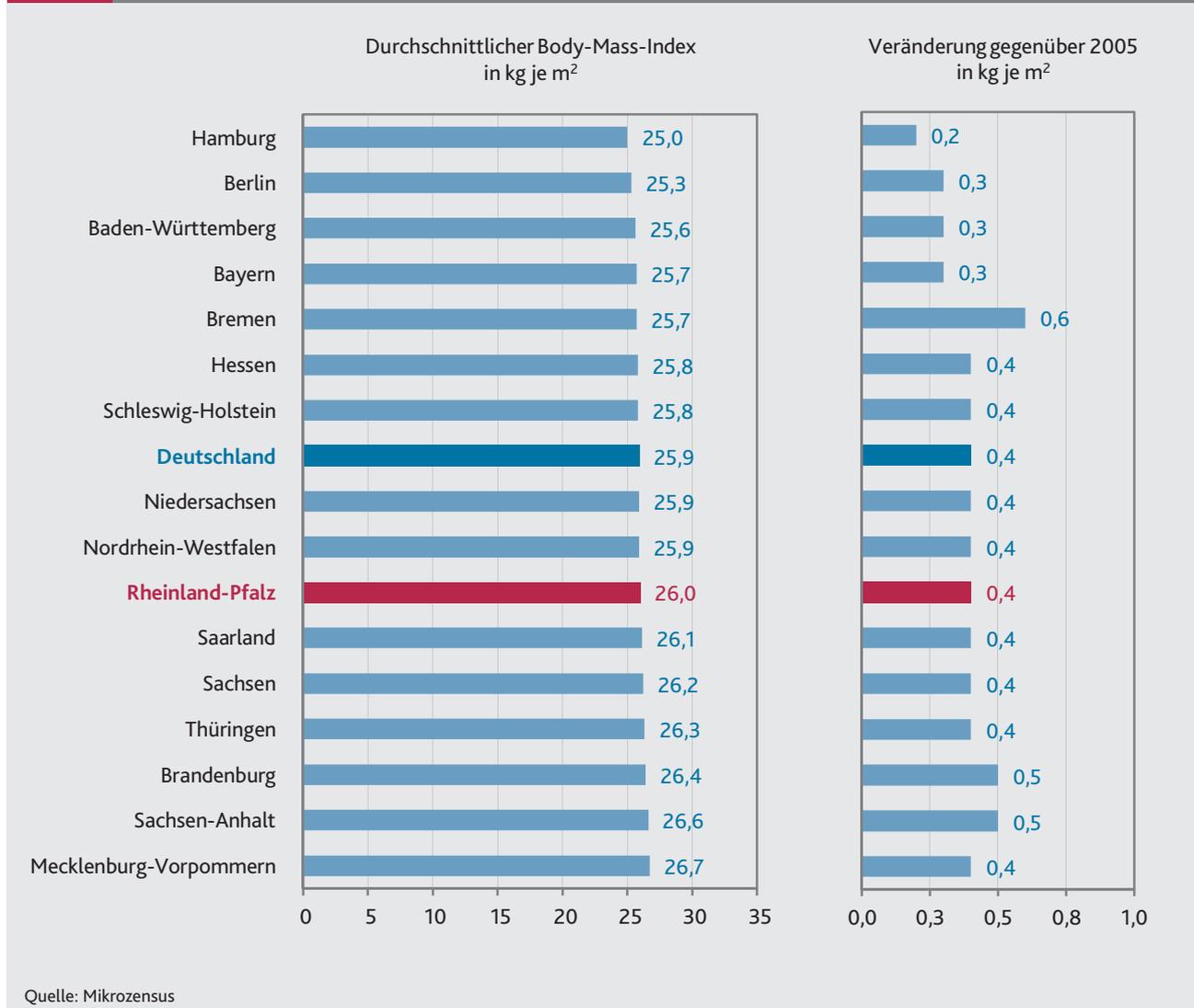


Großteil der Pflegebedürftigen wird zu Hause versorgt

Die Pflegebedürftigen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten, werden je nach Inanspruchnahme der pflegerischen Leistungen den drei Versorgungsarten reine Pflegegeldempfänger, ambulante bzw. stationäre Pflege zugeordnet.

In Rheinland-Pfalz erhielten 2015 fast 52 Prozent der Pflegebedürftigen ausschließlich finanzielle Unterstützung in Form von Pflegegeld. Nur in Hessen war der Anteil der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger höher (54 Prozent). Rund 22 Prozent der Pflegebedürftigen befanden sich in ambulanter Pflege. Insgesamt wurden somit in Rheinland-Pfalz fast 74 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, gut 26 Prozent wurden vollstationär betreut. Bundesweit wurden 27 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen versorgt. Deutlich überschritten wird dieser Durchschnittswert in Schleswig-Holstein (38 Prozent). In Brandenburg werden mit 22 Prozent die wenigsten pflegebedürftigen Menschen vollstationär betreut.

G 5 Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2013

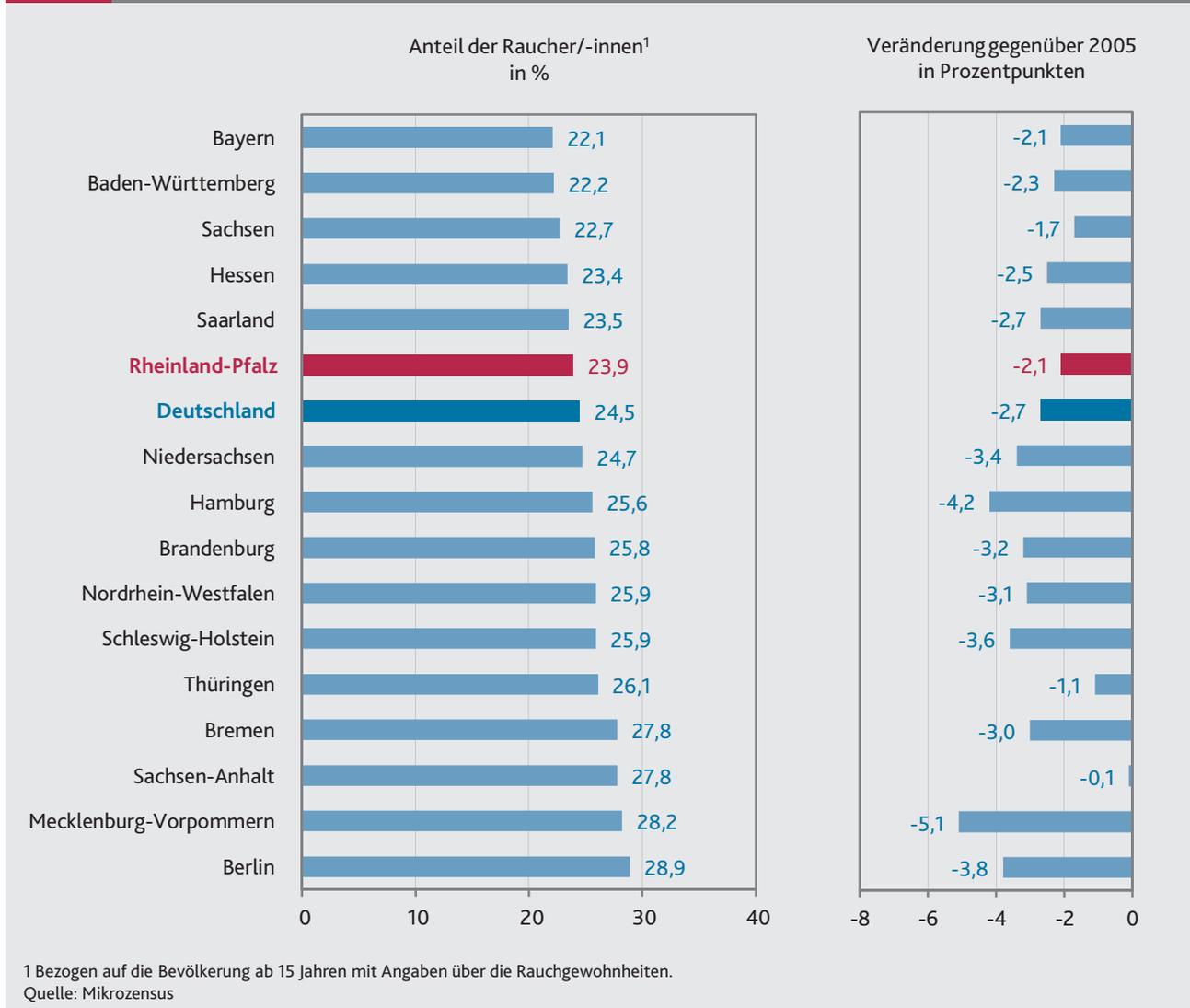


Mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Rheinland-Pfalz hat Übergewicht

Übergewicht wird nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) bestimmt. Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Eigenschaften wie Geschlecht, Alter oder Körperbau (z.B. Muskelmasse) bleiben bei der Berechnung allerdings unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, Werte über 30 gelten als starkes Übergewicht.

Im Jahr 2013 lag der durchschnittliche Body-Mass-Index in Rheinland-Pfalz bei 26. Insgesamt 54 Prozent der Erwachsenen – 62 Prozent der Männer und 45 Prozent der Frauen – waren übergewichtig. Im Bundesdurchschnitt war der Body-Mass-Index mit 25,9 ähnlich hoch. In Deutschland waren 2013 rund 53 Prozent der Erwachsenen übergewichtig – 62 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen. Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter steigt.

G 6 Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2013



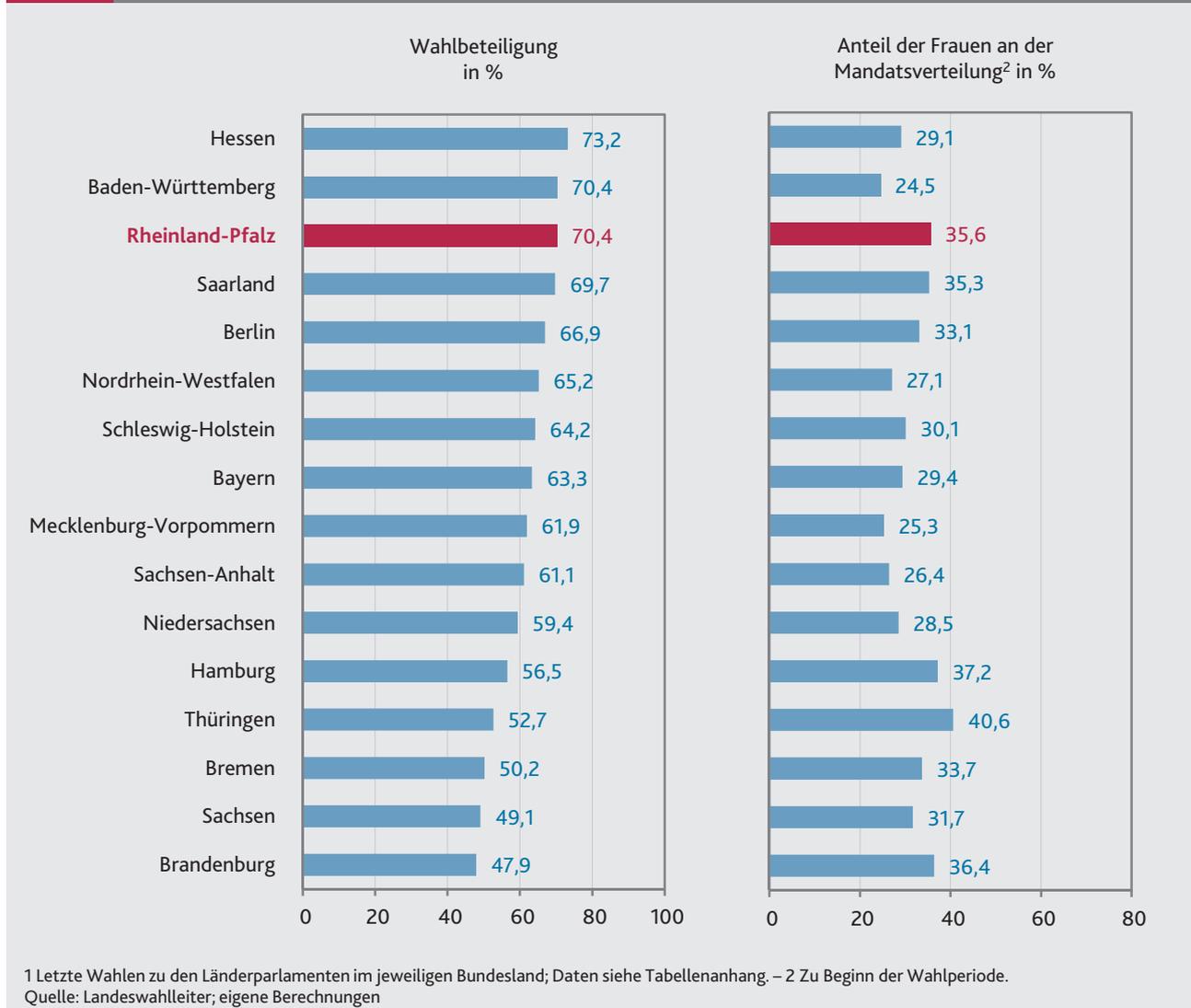
Drei Viertel der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler rauchen nicht

In Rheinland-Pfalz waren 2013 gut drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner über 15 Jahren Nichtraucher. Etwa 55 Prozent hatten noch nie und 21 Prozent früher geraucht.

Bei den Frauen liegt der Anteil der Nichtraucher mit 80 Prozent etwas höher als bei den Männern mit 72 Prozent. Von den Rauchern gab der überwiegende Teil (84 Prozent) an, regelmäßig zu rauchen. Von den aktiven Raucherinnen und Rauchern quantifizierte der Großteil (80 Prozent) den täglichen Konsum mit fünf bis 20 Zigaretten.

Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher bei 24,5 Prozent. Der geringste Raucher-Anteil wurde mit 22 Prozent in Bayern registriert. In der Bundeshauptstadt Berlin ist der Anteil der Raucher mit 29 Prozent am größten. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher in allen Bundesländern gesunken.

G 1 Landtagswahlen¹

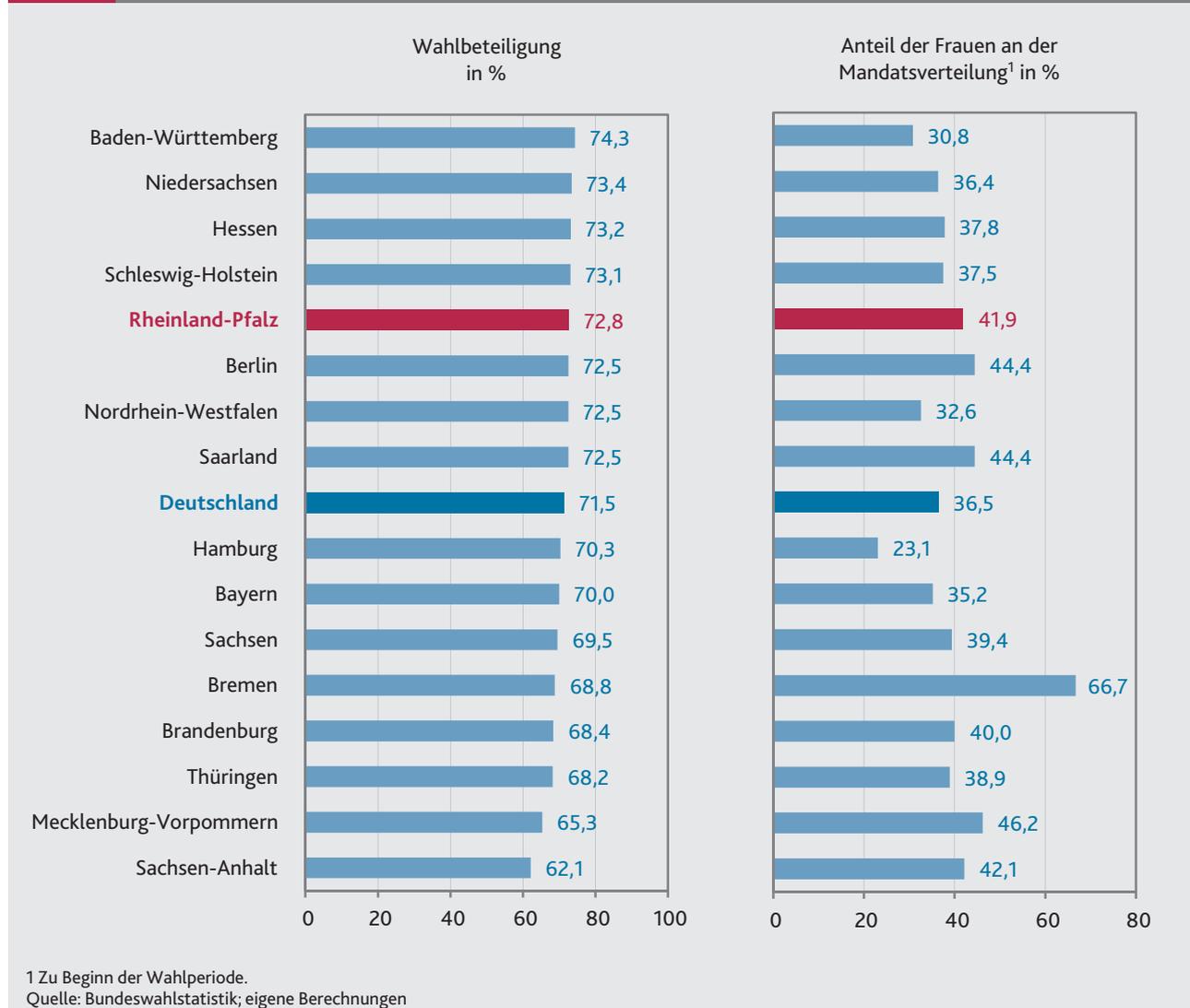


Hohe Wahlbeteiligung bei rheinland-pfälzischer Landtagswahl

Bei der Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag im Jahr 2016 stimmten 70,4 Prozent aller Wahlberechtigten ab. Das bedeutet gemeinsam mit Baden-Württemberg Rang zwei im Ländervergleich. Da die Wahlen zu den Länderparlamenten in unterschiedlichen Jahren stattfinden, wurde für die Gegenüberstellung die jeweils letzte Wahl herangezogen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2011 stieg die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz um 8,6 Prozentpunkte. Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit 73,2 Prozent 2013 in Hessen. Diese Wahl fand allerdings zusammen mit der Bundestagswahl statt, bei der das Wahlinteresse in der Regel höher als bei Landtagswahlen ist. Die geringste Wahlbeteiligung gab es mit 47,9 Prozent 2014 in Brandenburg.

Knapp 36 Prozent der Mandate gingen 2016 in Rheinland-Pfalz an Frauen. Damit belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer Platz vier hinter Thüringen, Hamburg und Brandenburg. Den geringsten Anteil an Mandatsträgerinnen hatten Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern; hier ging nur jeder vierte Parlamentssitz an Politikerinnen.

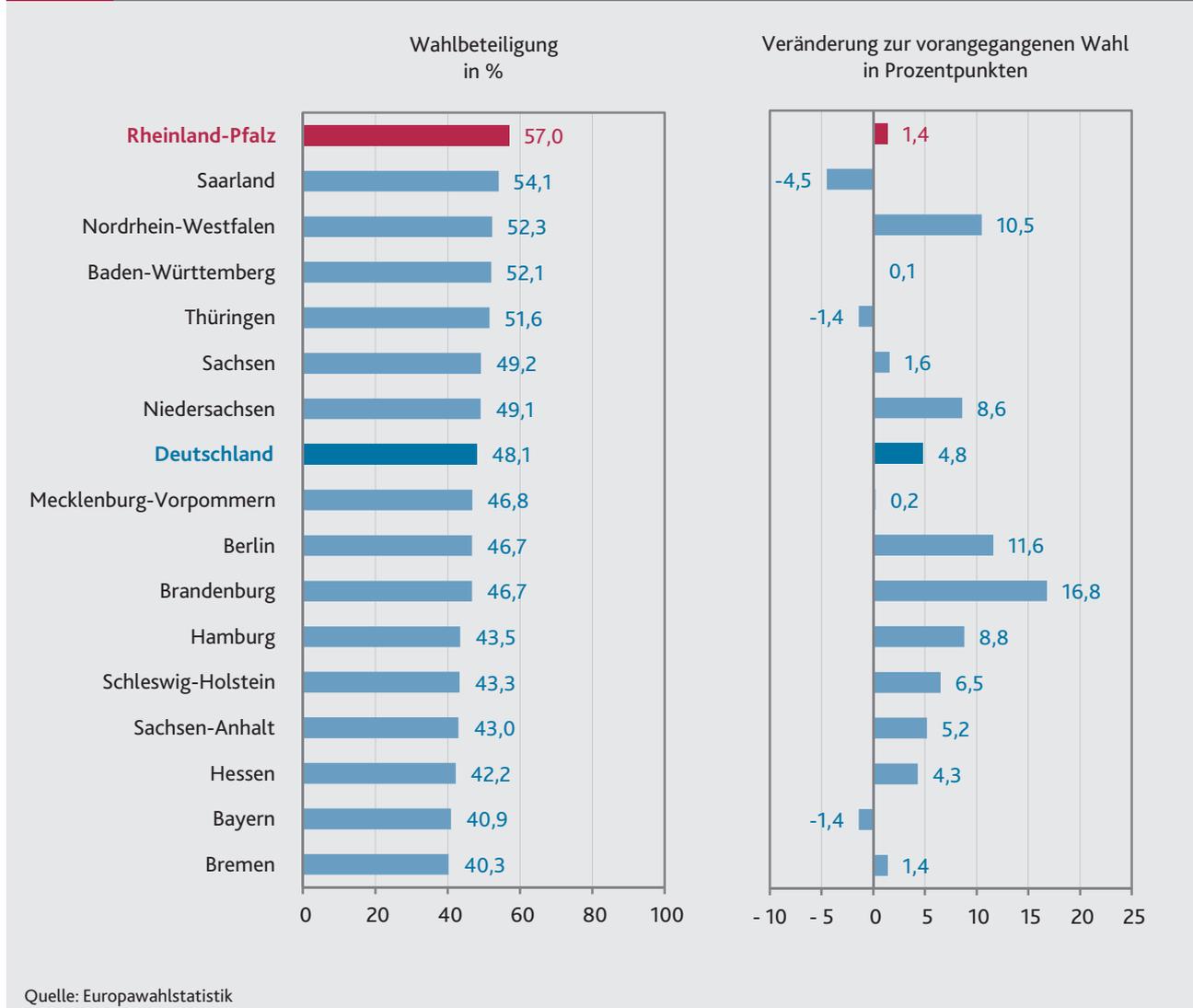
G 2 Bundestagswahl 2013



Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 wieder leicht gestiegen

An der Bundestagswahl 2013 beteiligten sich bundesweit 71,5 Prozent der Wahlberechtigten. Die Beteiligung ist damit gegenüber 2009 wieder etwas gestiegen. Damals war sie mit 70,8 Prozent so gering wie nie zuvor bei einer Wahl zum Deutschen Bundestag. In Rheinland-Pfalz machten überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch. Eine Wahlbeteiligung von 72,8 Prozent bedeutet Platz fünf im Ländervergleich. Die höchste Wahlbeteiligung erreichte Baden-Württemberg vor Niedersachsen (74,3 bzw. 73,4 Prozent). Am wenigsten gingen die Menschen in den neuen Ländern zur Wahl: In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gaben nur 62,1 bzw. 65,3 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Unter den 631 Abgeordneten im 18. Deutschen Bundestag sind 229 Parlamentarierinnen. Das entspricht einem Frauenanteil von 36 Prozent. Von den Mandatsträgern aus Rheinland-Pfalz sind 42 Prozent weiblich. Das ist im Vergleich der Länder Platz sechs. Mit Abstand am höchsten liegt der Frauenanteil mit 67 Prozent bei den Mandatsträgern aus Bremen. Am niedrigsten ist der Frauenanteil mit lediglich 23 Prozent in Hamburg.

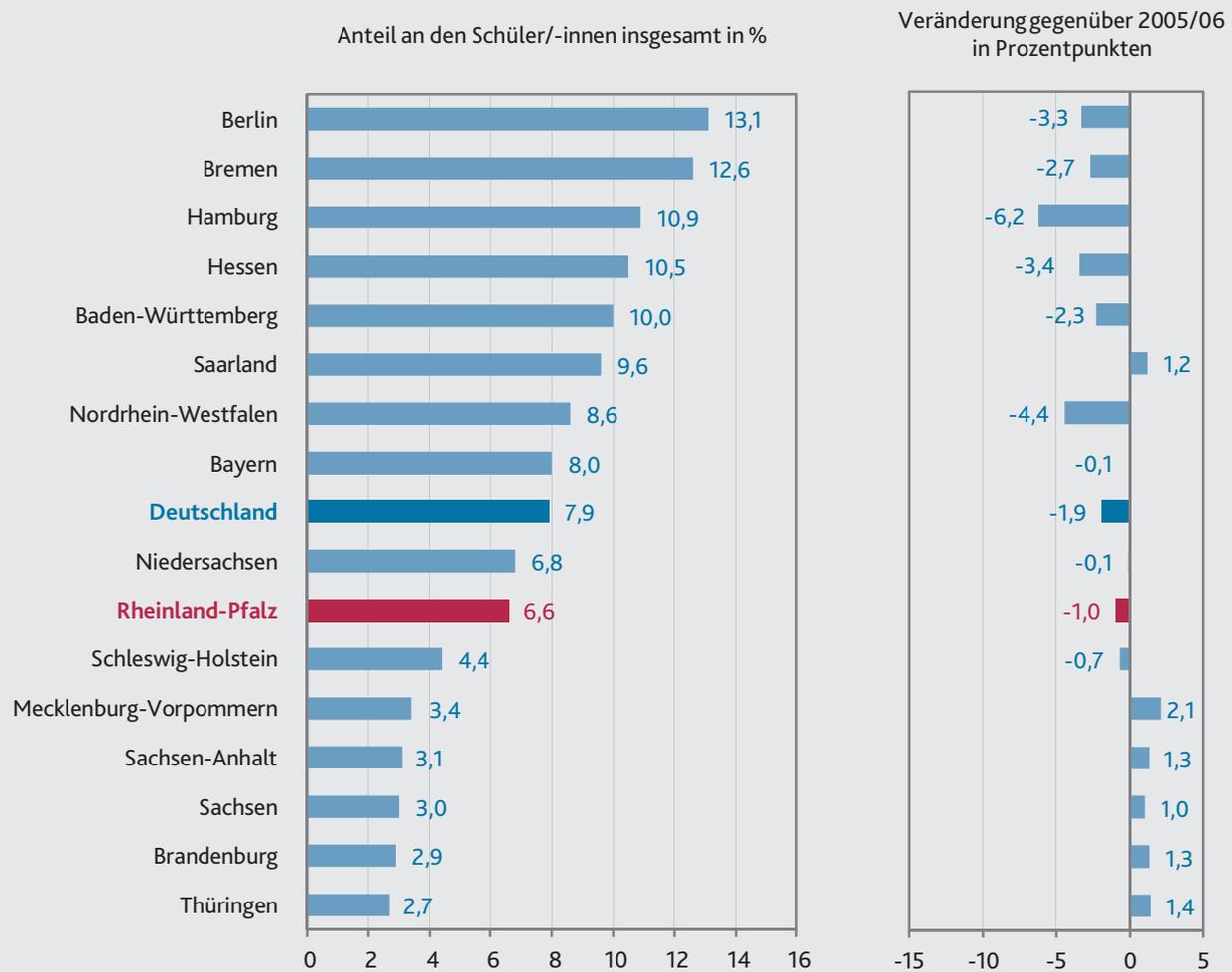


Beteiligung bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz am höchsten

In Rheinland-Pfalz gaben 57 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme bei der Europawahl 2014 ab. Mit einem leichten Anstieg der Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte wurde damit deutschlandweit der höchste Wert erreicht. Aufgrund der am gleichen Tag stattfindenden Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz stets hoch. Allerdings wurde auch in acht weiteren Ländern auf kommunaler Ebene gewählt. Am niedrigsten war das Interesse an der Europawahl in Bremen und Bayern (40,3 bzw. 40,9 Prozent).

Im internationalen Vergleich fiel die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 48,1 Prozent überdurchschnittlich hoch aus (+4,8 Prozent gegenüber 2009). In der Europäischen Union stimmten nur 43,1 Prozent der Wahlberechtigten ab. Die höchste Wahlbeteiligung wurde in Belgien und Luxemburg mit jeweils 90 Prozent ermittelt. Dort gibt es allerdings eine Wahlpflicht. Am niedrigsten war das Wahlinteresse mit nur 13 Prozent wieder in der Slowakei. Aber auch in Tschechien und in Slowenien beteiligte sich lediglich ein Fünftel der Wahlberechtigten an der Abstimmung zum Europäischen Parlament (19,5 bzw. 21 Prozent).

G 1 Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16



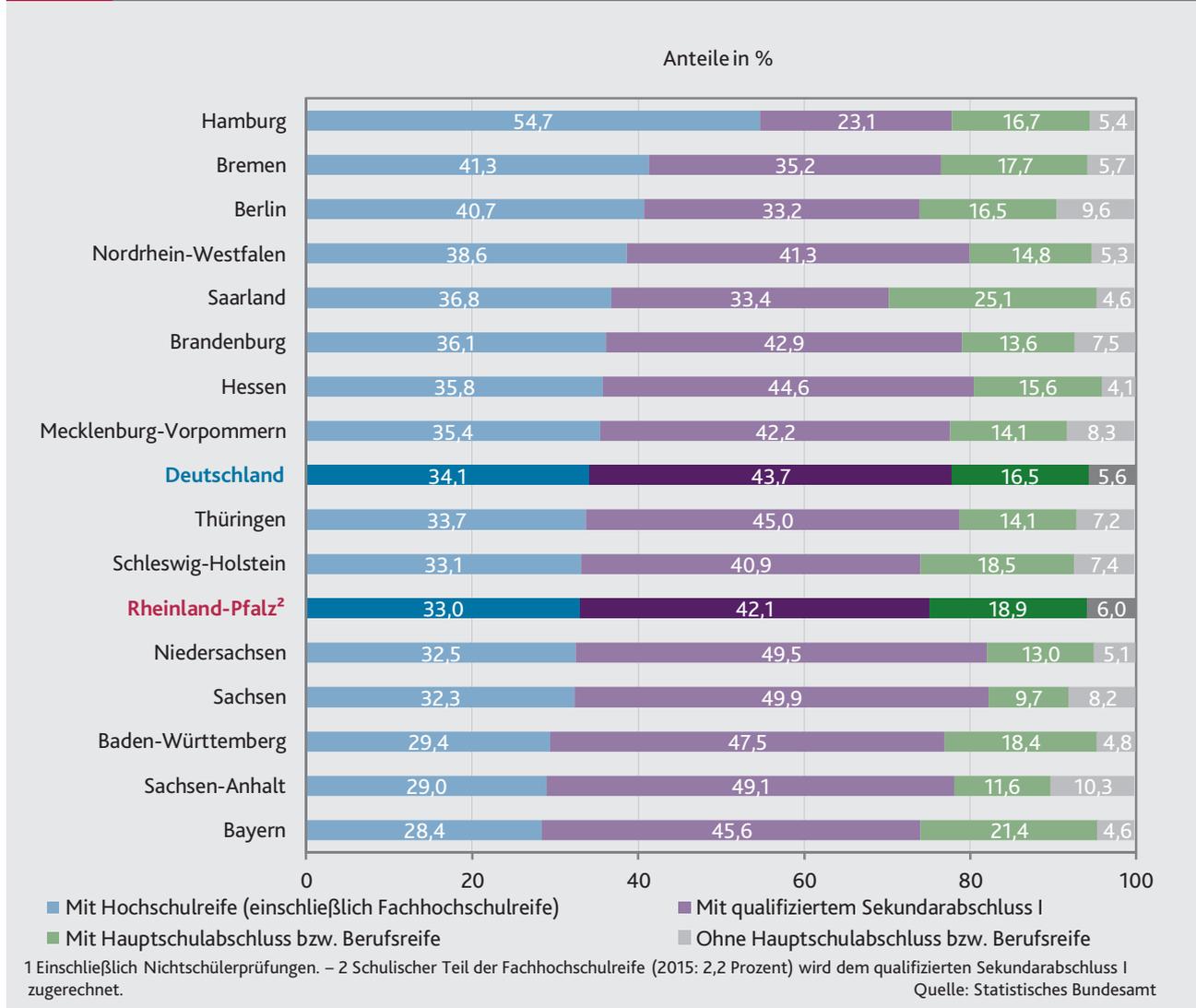
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler unter dem Bundesdurchschnitt

Im Schuljahr 2015/16 wurden an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz etwa 27 300 ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Bei insgesamt 415 500 Schülerinnen und Schülern entsprach dies einem Anteil von 6,6 Prozent. Dieser Wert ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (7,9 Prozent) verhältnismäßig gering. Den höchsten Anteil wies Berlin auf (13,1 Prozent), gefolgt von den Hansestädten Bremen und Hamburg (12,6 bzw. 10,9 Prozent).

Gegenüber dem Schuljahr 2005/06 ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz um einen Prozentpunkt zurückgegangen. In Deutschland sank der Anteil im gleichen Zeitraum um 1,9 Prozentpunkte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass schulpflichtige Schutz- und Asylsuchende aus den Krisenregionen Syrien und Afghanistan im Wesentlichen erst in der Schulstatistik 2016/17 erfasst wurden. In Rheinland-Pfalz stieg der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler 2016/17 auf 8,2 Prozent.

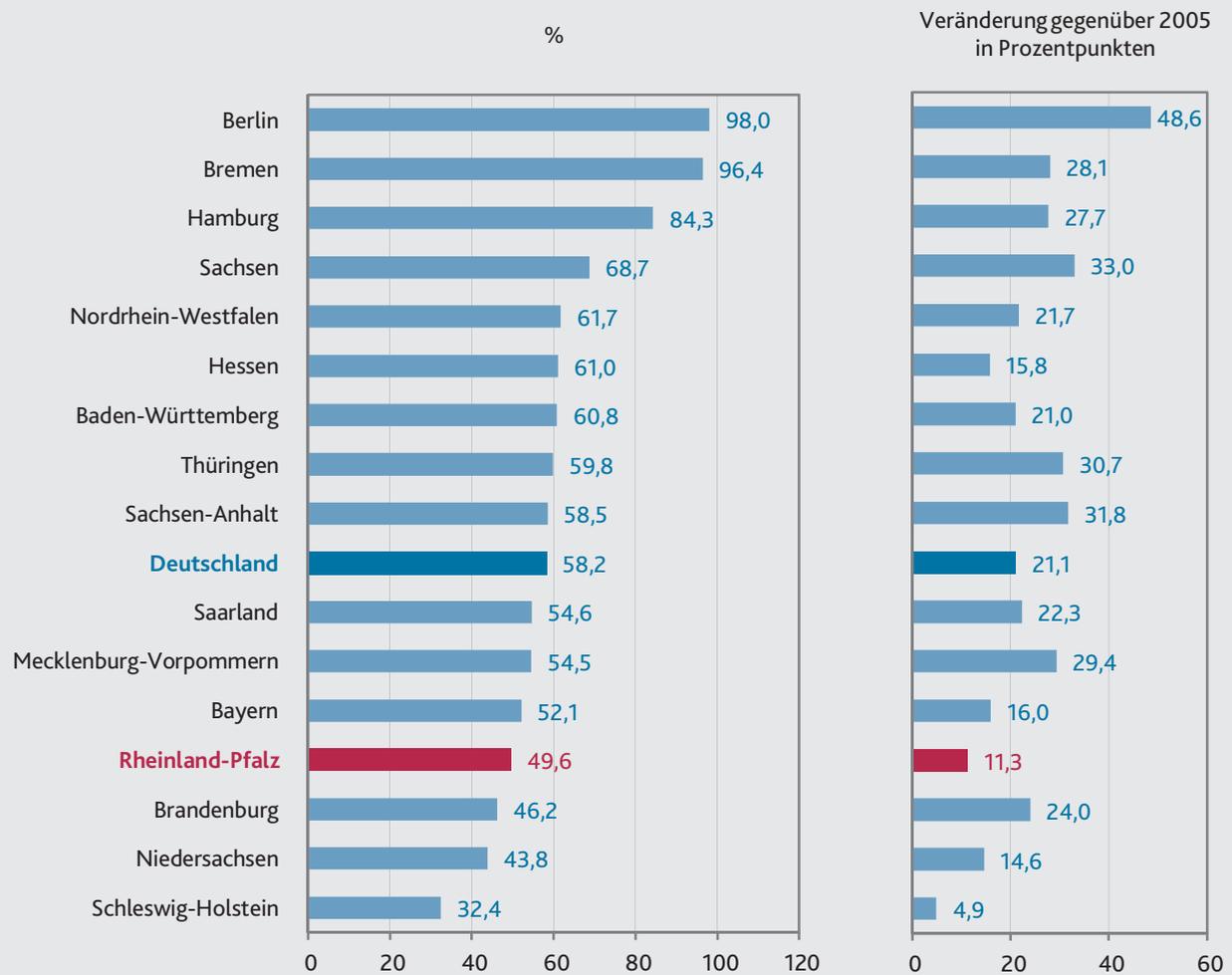
G 2 Schulabgänge¹ von allgemeinbildenden Schulen 2015 nach Abschlussart



Drei von zehn Schülerinnen und Schülern erlangen die Hochschulreife

Die Zahl der Schulentlassungen beschreibt – differenziert nach der Abschlussqualifikation – das Potenzial der Ausbildungs- und Studienplatzbewerberinnen und -bewerber. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife in Rheinland-Pfalz 33 Prozent. Bundesweit lag diese Quote mit 34 Prozent nur etwas höher. Weitere 42 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichten in Rheinland-Pfalz den qualifizierten Sekundarabschluss I („mittlere Reife“) und 19 Prozent die Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss). Sechs Prozent der Jugendlichen verließen das allgemeinbildende Schulsystem ohne die Berufsreife erlangt zu haben.

Bei dieser Betrachtung ist zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil von allgemeinbildenden Abschlüssen auch an berufsbildenden Schulen erreicht wird. In Rheinland-Pfalz erwarben 2015 rund 2900 Jugendliche und junge Erwachsene die allgemeine Hochschulreife, 120 die fachgebundene Hochschulreife und 7200 mindestens den schulischen Teil der Fachhochschulreife an berufsbildenden Schulen.

G 3 Studienanfängerquote 2015¹ nach Land des Studienortes

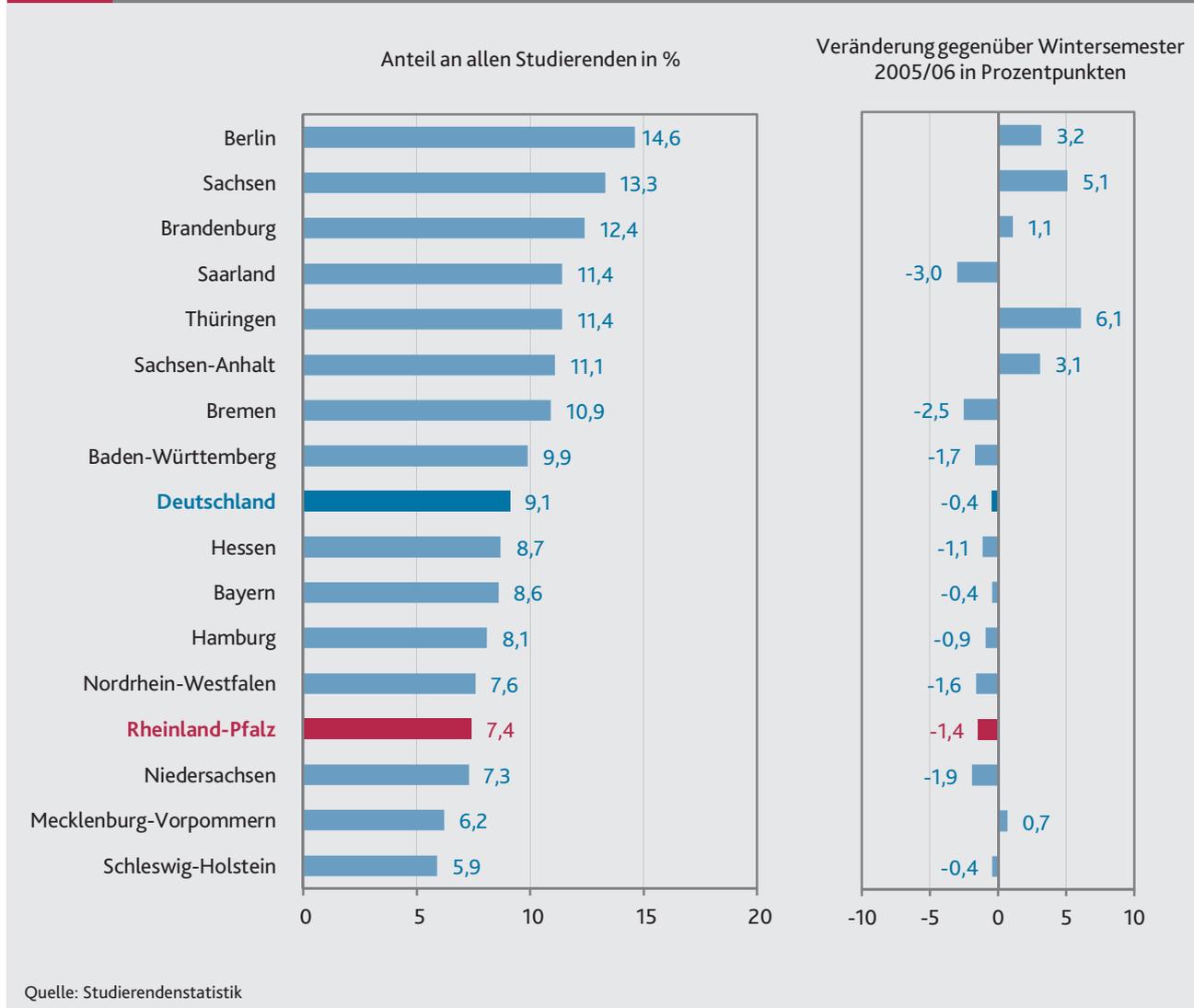
¹ Studienjahr 2015: Sommersemester 2015 und Wintersemester 2015/2016.
 Quellen: Studierendendatenstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Anhaltender Anstieg der Studienanfängerquote

Zur Ermittlung der Studienanfängerquote eines Jahres werden die Studierenden im ersten Hochschulsemester, und zwar die des Sommer- und die des nachfolgenden Wintersemesters, auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters im Land des Studienortes bezogen (Quotensummenverfahren).

Der Wissenschaftsrat setzte 2006 das Ziel, eine Studienanfängerquote von 40 Prozent zu erreichen. Dieser Wert wurde in Rheinland-Pfalz mit beinahe 50 Prozent 2015 deutlich übertroffen. Dennoch lag die Quote unter dem Bundesdurchschnitt, der mit 58 Prozent den dritthöchsten Wert der vergangenen zehn Jahre aufwies. Seit 2005 ist die Studienanfängerquote in Rheinland-Pfalz um elf und in Deutschland um 21 Prozentpunkte gestiegen. Damit nimmt ein immer größerer Teil der jungen Bevölkerung ein Studium auf. Der Anstieg der Quote ist im Wesentlichen auf die demografische Entwicklung und den Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zurückzuführen.

G 4 Bildungsausländer/-innen im Wintersemester 2015/16

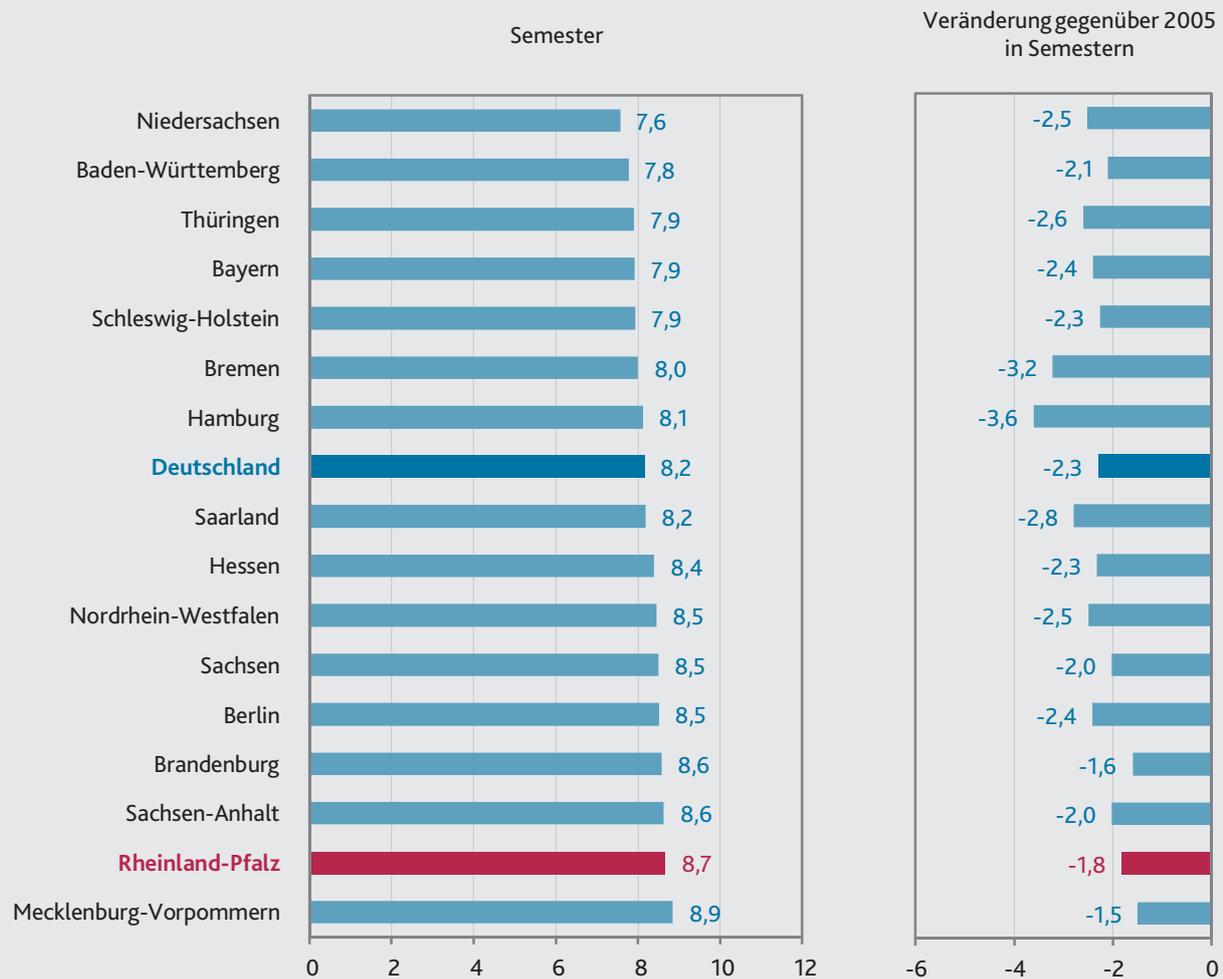


Vergleichsweise geringer Anteil an Bildungsausländerinnen und -ausländern

Als „Bildungsausländerin bzw. Bildungsausländer“ werden die ausländischen Studierenden bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erlangt haben. Ihr Anteil an der Zahl aller Studierenden gibt einen Anhaltspunkt für die Attraktivität eines Studienlandes aus der Sicht anderer Nationen.

Von den 12700 nicht deutschen Studierenden waren im Wintersemester 2015/16 rund 9100 junge Erwachsene eingeschrieben, die nicht nur eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder am internationalen Studienkolleg erworben haben. Ihr Anteil lag mit 7,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (9,1 Prozent). Obwohl der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Wintersemester 2005/06 um insgesamt 1,4 Prozentpunkte gesunken ist, stieg ihr Anteil von 2010 bis 2015 kontinuierlich an.

G 5 Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen im Prüfungsjahr 2015



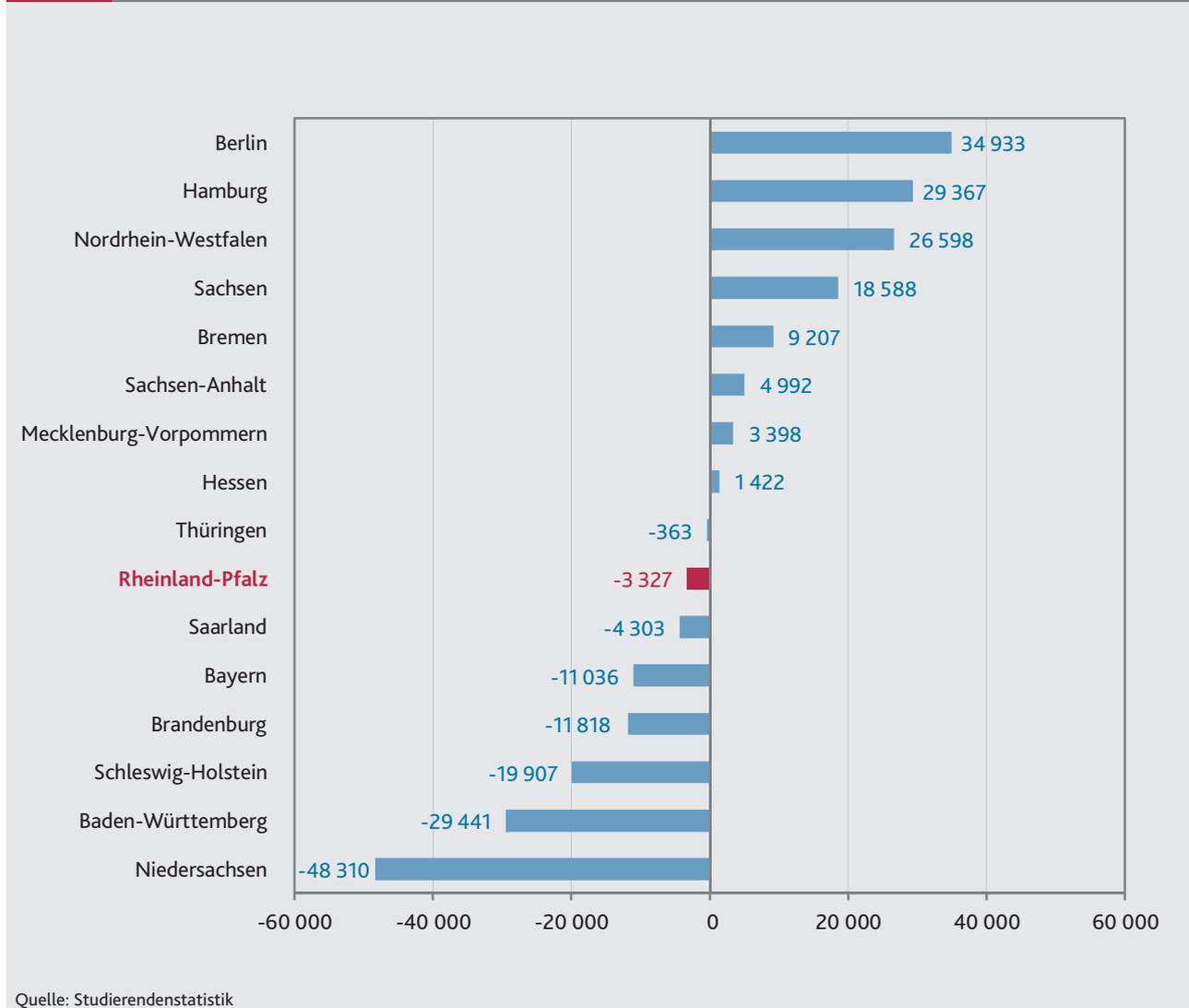
1 Prüfungsjahr 2015: Wintersemester 2014/2015 und Sommersemester 2015.
Quelle: Prüfungsstatistik

Studierende erreichen den ersten Studienabschluss immer schneller

Durchschnittlich 8,7 Fachsemester benötigten die deutschen Erstabsolventinnen und -absolventen an rheinland-pfälzischen Hochschulen, bis sie die angestrebte Abschlussprüfung mit Erfolg bestanden. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern (8,9 Fachsemester) benötigten die jungen Erwachsenen länger bis zum Abschluss ihres Erststudiums. Am schnellsten wurde in Niedersachsen (7,6 Fachsemester) sowie in Baden-Württemberg (7,8 Fachsemester) studiert.

Gegenüber dem Prüfungsjahr 2005 verkürzte sich die Fachstudienzeit in allen Bundesländern. Hintergrund hierfür ist die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die durch ihre kürzere Regelstudienzeit deutlich früher zum Abschluss führen als die „klassischen“ Diplom- oder Magisterstudiengänge. In Rheinland-Pfalz hat sich die Fachstudiendauer gegenüber 2005 um 1,8 Semester, also knapp ein Jahr, verkürzt. Im Bundesdurchschnitt benötigten die Studierenden bis zu ihrem ersten Studienabschluss durchschnittlich sogar 2,4 Fachsemester weniger als zehn Jahre zuvor.

G 6 Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2015/16

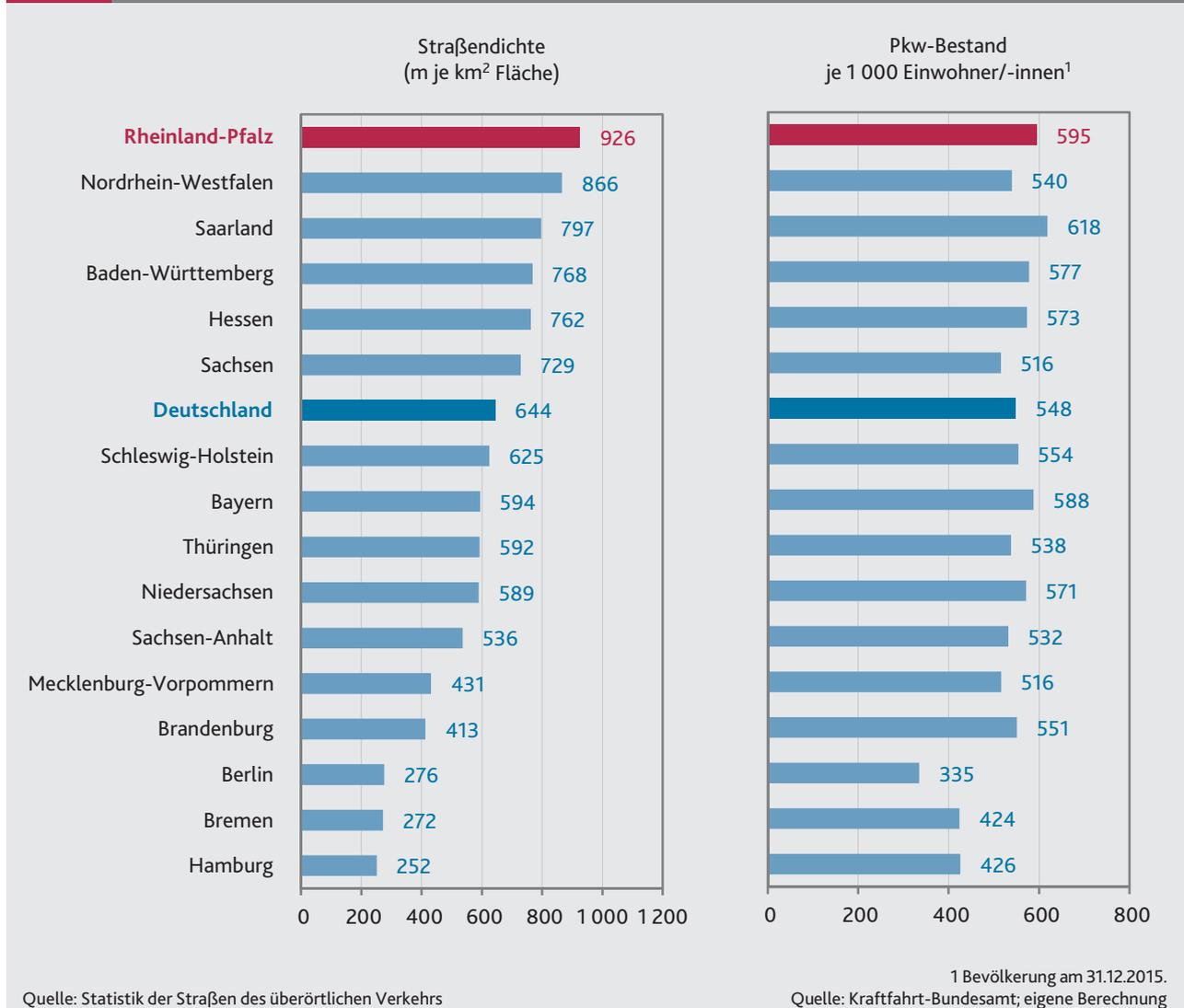


Viele rheinland-pfälzische Studienberechtigte zieht es in die Nachbarbundesländer

Rund 58 300 junge Erwachsene, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben, studierten im Wintersemester 2015/16 in Rheinland-Pfalz. Werden von den zugezogenen Studierenden die in andere Bundesländer abgewanderten Studienberechtigten abgezogen, ergibt sich der sogenannte Studierendenwanderungssaldo.

Obwohl aus dem Saarland (+5 600) und Hessen (+2 900) mehr Studierende nach Rheinland-Pfalz zugezogen als abgewandert sind, ist der Studierendenwanderungssaldo im Wintersemester 2015/16 mit –3 300 deutlich negativ ausgefallen. Dies ist darin begründet, dass wesentlich mehr rheinland-pfälzische Studienberechtigte in den Ländern Nordrhein-Westfalen (–4 600), Baden Württemberg (–4 000) und Berlin (–1 600) ein Studium aufgenommen haben als umgekehrt. In den letzten Jahren ging in Rheinland-Pfalz der zunächst positive Wanderungssaldo kontinuierlich zurück und ist seit 2014 negativ.

G 1 Straßendichte 2015 und Pkw-Bestand 2016

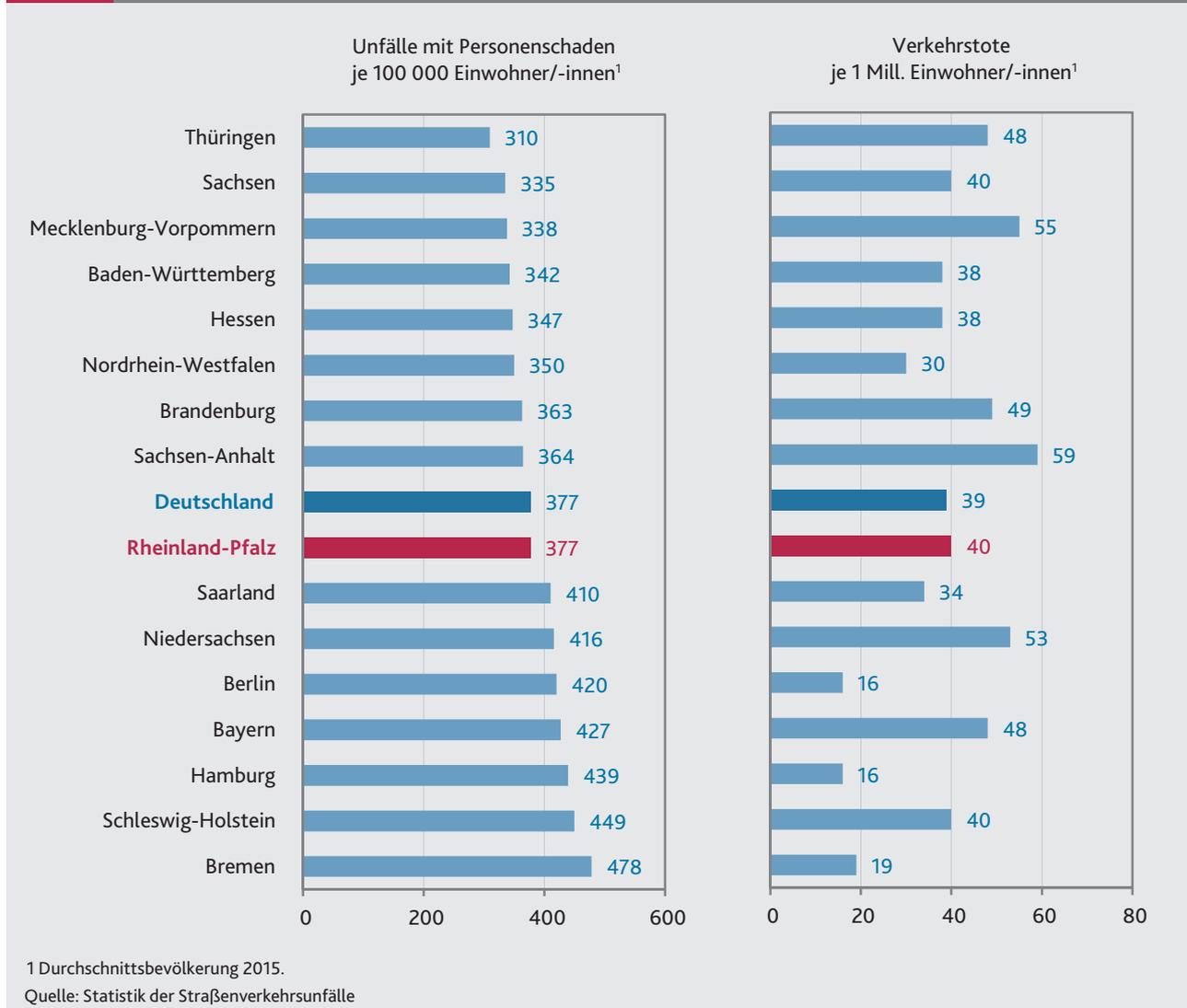


Höchste Straßendichte und zweithöchster Pkw-Bestand

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zur Fläche eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 926 Metern Straße des überörtlichen Verkehrs je Quadratkilometer Fläche über die höchste Straßendichte in Deutschland. Dies liegt zum Teil an der kleinteiligen Verwaltungsstruktur des Landes und der damit verbundenen hohen Dichte an Kreisstraßen.

Anfang 2017 waren in Rheinland-Pfalz 2,41 Millionen Pkw zugelassen. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 595 und damit Platz zwei im Vergleich der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr Pkw (618). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 548 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die geringste Pkw-Dichte weist Berlin auf (335), gefolgt von den beiden weiteren Stadtstaaten Bremen (424) und Hamburg (426). Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte hierzulande sind die vielen Pendlerinnen und Pendler und die vergleichsweise langen Arbeitswege.

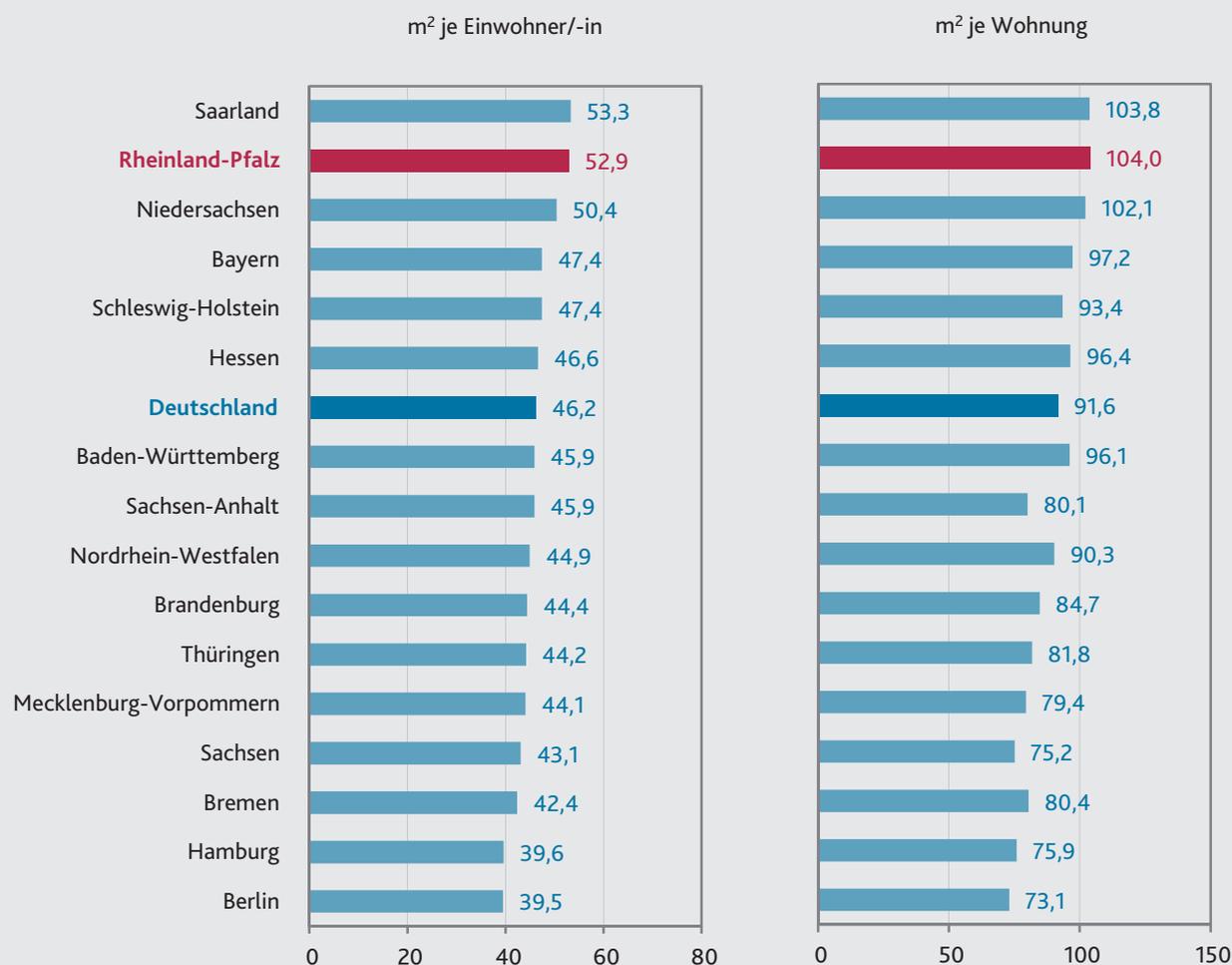
G 2 Straßenverkehrsunfälle 2016



Zahl der Verkehrstoten auf rheinland-pfälzischen Straßen erreicht Tiefststand

Im Jahr 2016 registrierte die Polizei insgesamt rund 142 700 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen. Bei etwa 15 200 Unfällen wurden Menschen verletzt oder getötet. Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bei 377. Dies entspricht dem bundesweiten Durchschnittswert und bedeutet im Ländervergleich Rang neun.

Die Zahl der Verkehrstoten ist tendenziell rückläufig. Hierzu tragen sicherlich auch Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens bei. Im Jahr 2016 wurden sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland neue Tiefststände registriert. Dennoch starben 2016 in Rheinland-Pfalz 161 Menschen bei Verkehrsunfällen. Bezogen auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner sind das 40 Getötete. Seit 2005 ist dieser Wert um 43 Prozent zurückgegangen. Im Ländervergleich steht Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Sachsen und Schleswig-Holstein auf Rang acht. Insgesamt starben 2016 auf deutschen Straßen 3 206 Menschen. Dies entspricht 39 Getöteten je eine Million Einwohnerinnen und Einwohner oder etwa neun Getöteten pro Tag.

G 1 Durchschnittliche Wohnfläche¹ 2015

¹ Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

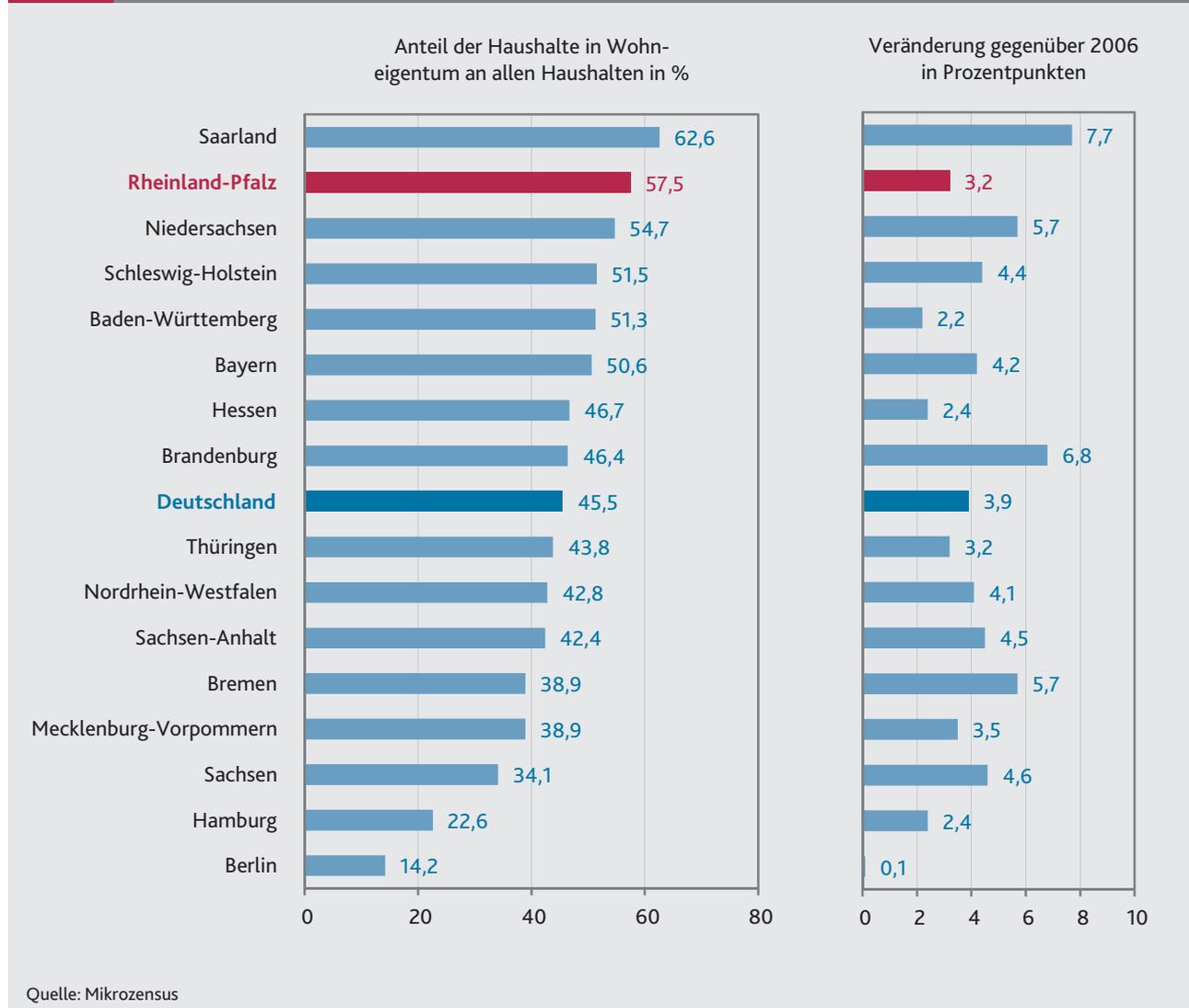
Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Spitzenplätze für Rheinland-Pfalz bei der Versorgung mit Wohnraum

Jeder Rheinland-Pfälerin und jedem Rheinland-Pfäler standen 2015 im Durchschnitt knapp 53 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich hinter dem Saarland auf Platz zwei. Im Bundesdurchschnitt waren es gut 46 Quadratmeter je Einwohnerin und Einwohner und damit fast sieben Quadratmeter weniger als hierzulande. Am geringsten ist die Ausstattung mit Wohnraum in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Bei der durchschnittlichen Wohnungsgröße belegt Rheinland-Pfalz vor dem Saarland den ersten Rang. Die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung beträgt hierzulande 104 Quadratmeter, während es im Bundesdurchschnitt nur knapp 92 Quadratmeter sind. Am kleinsten ist die Durchschnittswohnung in Berlin mit einer Wohnfläche von lediglich gut 73 Quadratmetern.

Die überdurchschnittlich großen Wohnflächen in Rheinland-Pfalz stehen im Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche in Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist tendenziell größer als in Mietwohnungen.

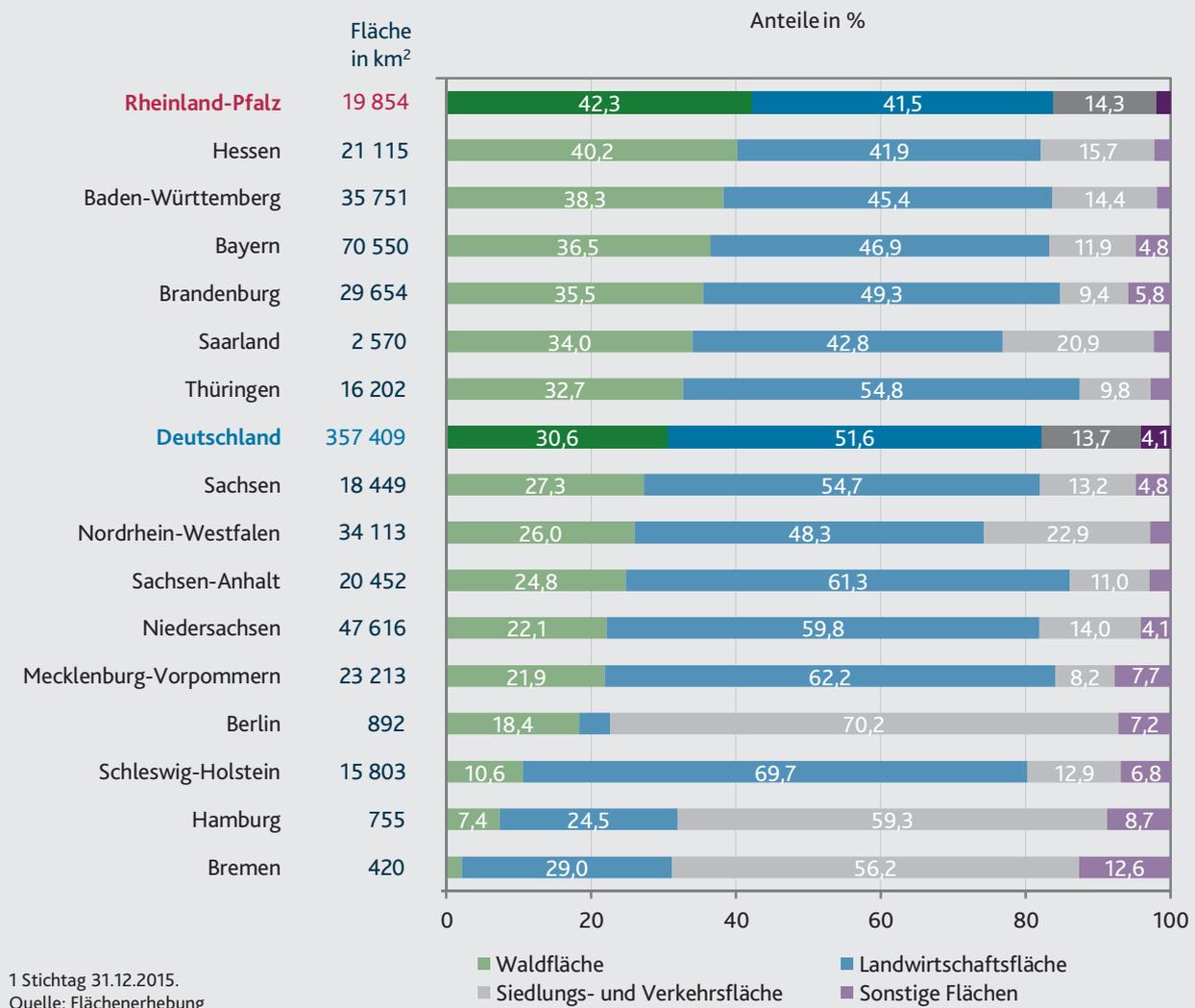
G 2 Wohneigentumsquote 2014



Nur im Saarland wohnen mehr Menschen in den eigenen vier Wänden

In Rheinland-Pfalz lebten 2014 rund 58 Prozent der Haushalte in Wohneigentum. Im Vergleich der Länder bedeutet dies Rang zwei; nur im Saarland ist die Quote höher (63 Prozent). Bundesweit wohnen knapp 46 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Am niedrigsten war die Wohneigentumsquote in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei den Flächenländern ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in den meisten westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich ist, liegt sie in den östlichen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg – unter dem Durchschnitt. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht unter anderem auf die ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.

Die Wohneigentumsquote dient als wichtiger Indikator für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge. Sie weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte aus.

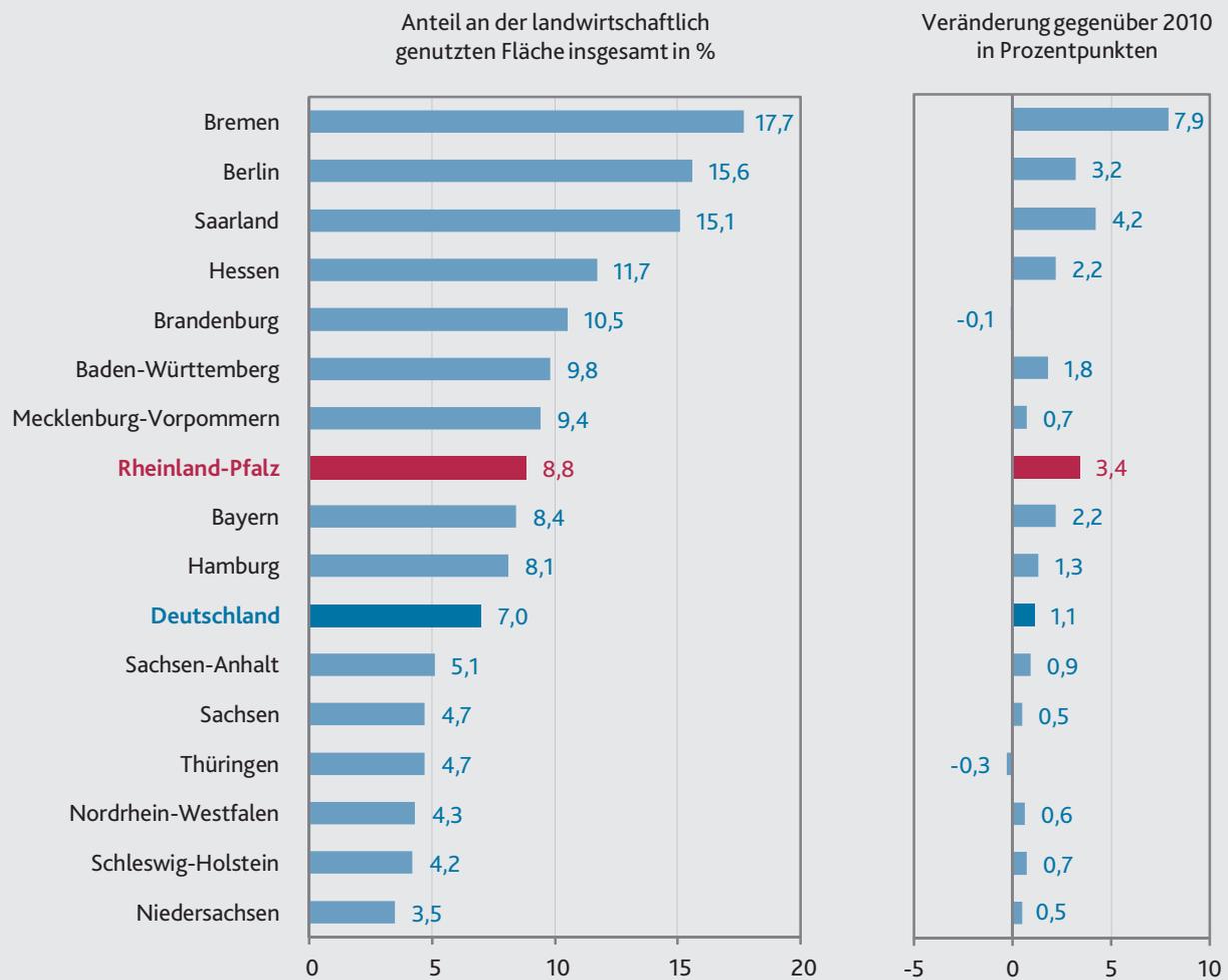
G 1 Nutzung der Bodenfläche 2015¹

Rheinland-Pfalz – waldreichstes Bundesland

Rheinland-Pfalz steht mit einer Landesfläche von 19 854 Quadratkilometern an neunter Stelle unter den Bundesländern. Das mit Abstand größte Land Bayern ist dreieinhalb mal so groß. Den höchsten Waldanteil von allen Ländern hat Rheinland-Pfalz (42 Prozent). Seit 2008 ist die Waldfläche in den meisten Bundesländern größer geworden. Dagegen nahm die Landwirtschaftsfläche in vielen Ländern ab. In Rheinland-Pfalz liegt die Abnahme mit $-0,5$ Prozentpunkten unter dem Bundesdurchschnitt ($-0,9$ Prozentpunkte). Die Landwirtschaftsfläche hat in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer den geringsten Anteil an der Bodenfläche (42 Prozent).

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist seit 2008 bundesweit um 0,5 Prozentpunkte auf rund 14 Prozent gestiegen. In dieser Zeit verzeichneten 13 Bundesländer eine Zunahme dieses Anteilswertes. Rheinland-Pfalz hatte die kleinste Veränderung ($+0,1$ Prozentpunkte). Für Siedlungs- und Verkehrszwecke werden in Rheinland-Pfalz 14 Prozent der Bodenfläche genutzt. Damit liegt das Land etwa im Bundesdurchschnitt.

G 2 Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2016



1 Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der ökologisch wirtschaftenden Betriebe einschließlich nicht umgestellter LF.
 Quellen: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung

Öko-Landbau hat deutlich zugenommen

Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat in Rheinland-Pfalz seit 2010 überdurchschnittlich stark zugenommen. Mit 8,8 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Land steht Rheinland-Pfalz an achter Stelle im Bundesvergleich. Die regionalen Unterschiede beruhen u. a. auf landesspezifischen Förderungen oder unterschiedlichen Standortbedingungen. Vor allem Futterbaubetriebe mit weniger geeigneten Flächen für eine intensive ackerbauliche Nutzung stellen auf ökologischen Landbau um. Bei diesen Betrieben werden in Rheinland-Pfalz 16 Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet (Deutschland: elf Prozent).

Bei Inanspruchnahme der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz ist – anders als nach den EG-Öko-Rahmenvorschriften – die vollständige Flächenumstellung des Betriebes vorgeschrieben. Der Anteil nicht umgestellter Flächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Öko-Betriebe liegt daher in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt (0,4 bzw. 2,3 Prozent).

G 3 Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2013



¹ Durchschnittsbevölkerung.

Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

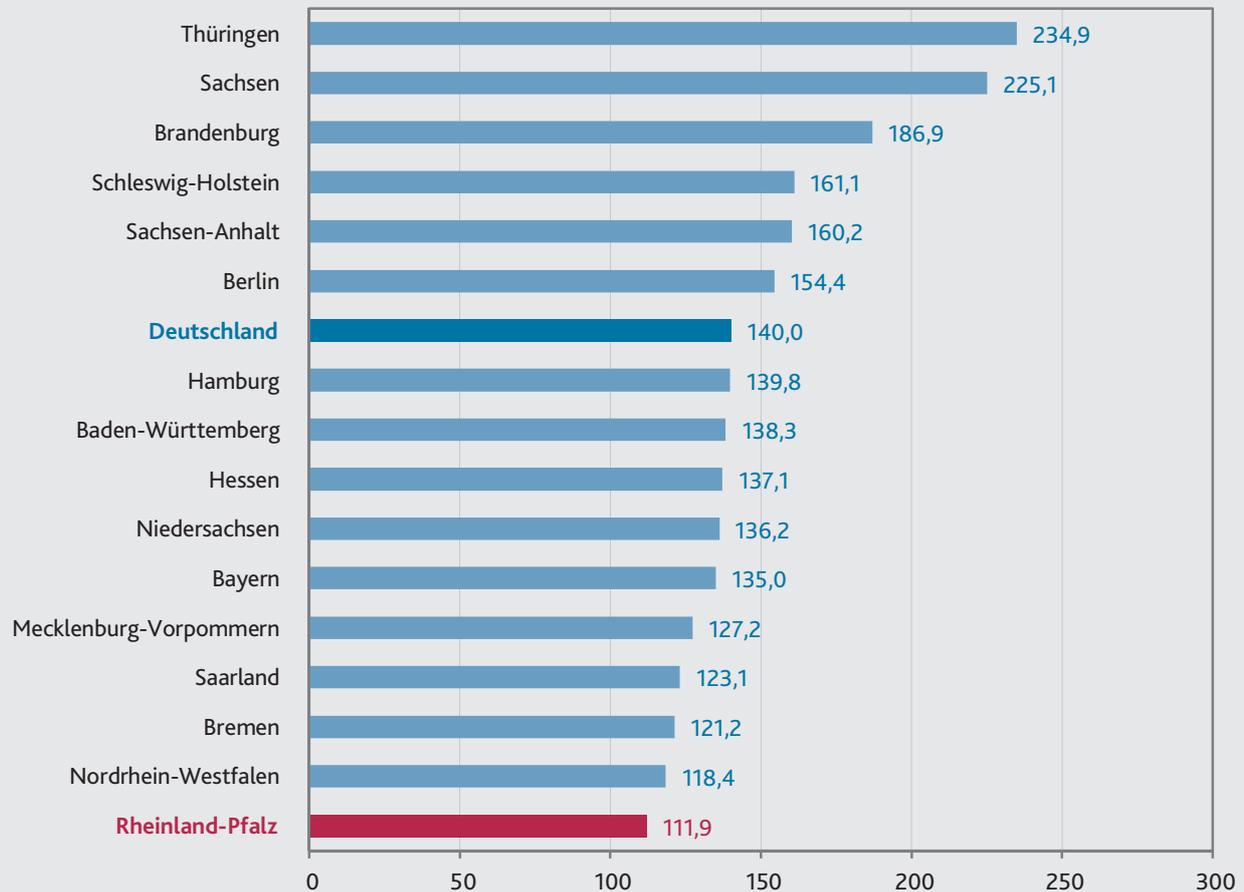
Beim Wasserverbrauch pro Kopf liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld

Die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler verbrauchen pro Kopf und Tag durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne. Zwischen 2013 und 2010 gab es keine Veränderung; gegenüber 2007 ist der Wasserverbrauch pro Kopf allerdings um 0,8 Liter gestiegen.

Der Pro-Kopf-Verbrauch im Land lag 2013 im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld (Platz 9), aber zwei Liter unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Bei der Interpretation der Werte ist zu beachten, dass zu den privaten Haushalten auch das Kleingewerbe zählt, also beispielsweise auch Friseursalons, Autowaschanlagen und Gastronomiebetriebe. Somit erhöht die größere Zahl an kleingewerblichen Betrieben in Ballungsräumen den Pro-Kopf-Verbrauch. Der deutlich unterdurchschnittliche Wasserverbrauch in den ostdeutschen Ländern zwischen 86 und 108 Litern dürfte allerdings auch auf relativ hohe Entgelte bei der Wasserversorgung zurückzuführen sein.

G 4 Energieproduktivität¹ 2013

Messzahl: 1991=100



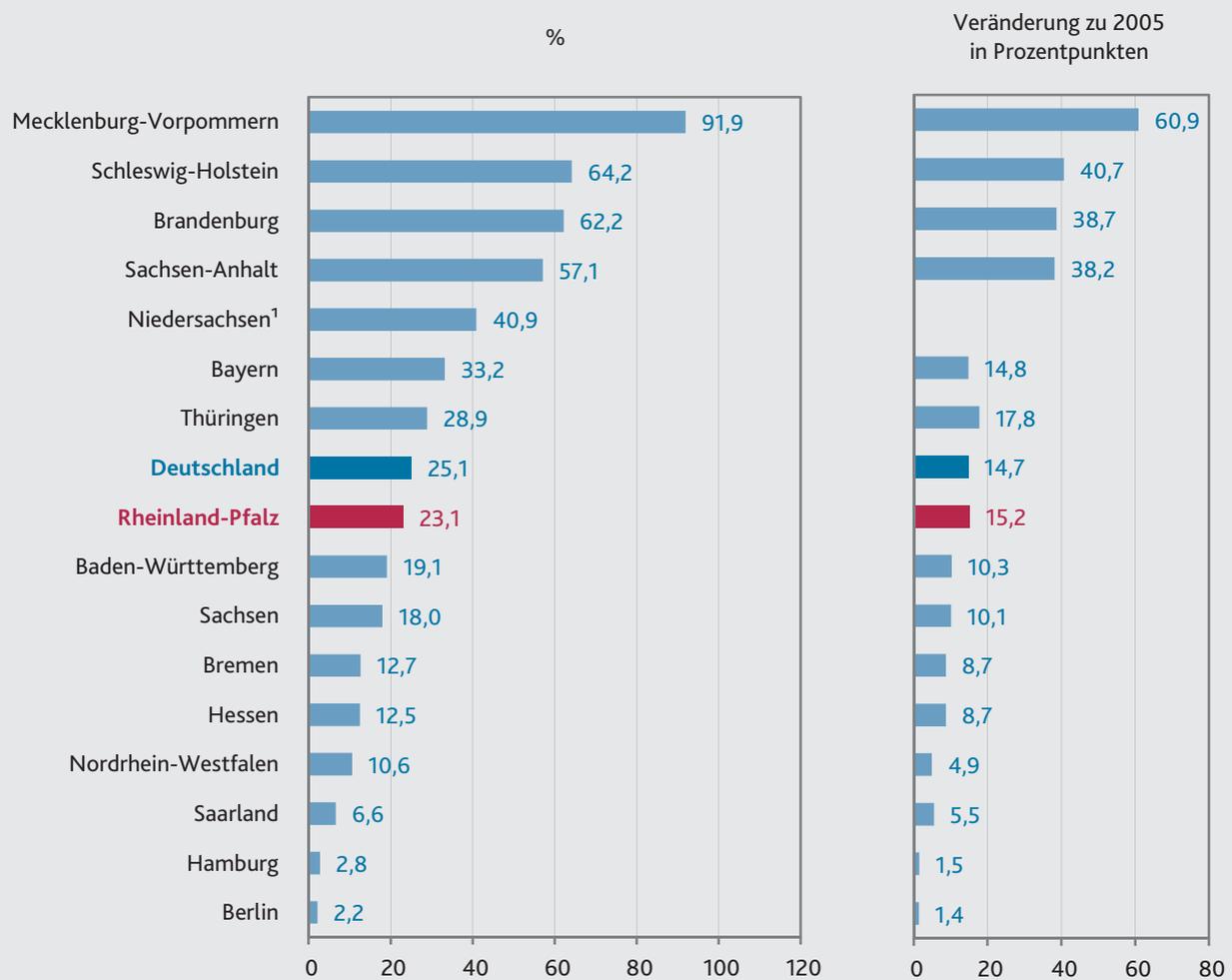
¹ Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je eingesetzter Einheit Energie (Primärenergieverbrauch).
Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen

Wirtschaftsstruktur beeinflusst Energieproduktivität

Die Energieproduktivität beschreibt, wie effizient in einer Volkswirtschaft Energie eingesetzt wird: Je höher die Wertschöpfung pro eingesetzter Energieeinheit ist, desto effizienter ist der Energieeinsatz.

Die größten Verbesserungen der Energieproduktivität seit 1991 verzeichneten die drei Bundesländer Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Dies ist vor allem auf die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in den frühen 90er-Jahren im Zuge der Wiedervereinigung zurückzuführen. Die Effizienzsteigerungen in diesen Ländern haben die Entwicklung der Energieproduktivität in Deutschland positiv beeinflusst (+40 Prozent). Die Mehrzahl der westdeutschen Bundesländer schneidet vergleichsweise schlecht ab. Die besonders schwache Position von Rheinland-Pfalz ist durch die hohe Bedeutung der energieintensiven Industrie im Land bedingt, die insbesondere in den 90er-Jahren noch wenig Effizienzgewinne verzeichnen konnte. Ein vollständiger Ländervergleich ist zurzeit nur bis 2013 möglich; im Jahr 2014 verringerte sich allerdings der Abstand zwischen Rheinland-Pfalz und Deutschland erstmals im Betrachtungszeitraum (-2 Prozentpunkte).

G 5 Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch 2013



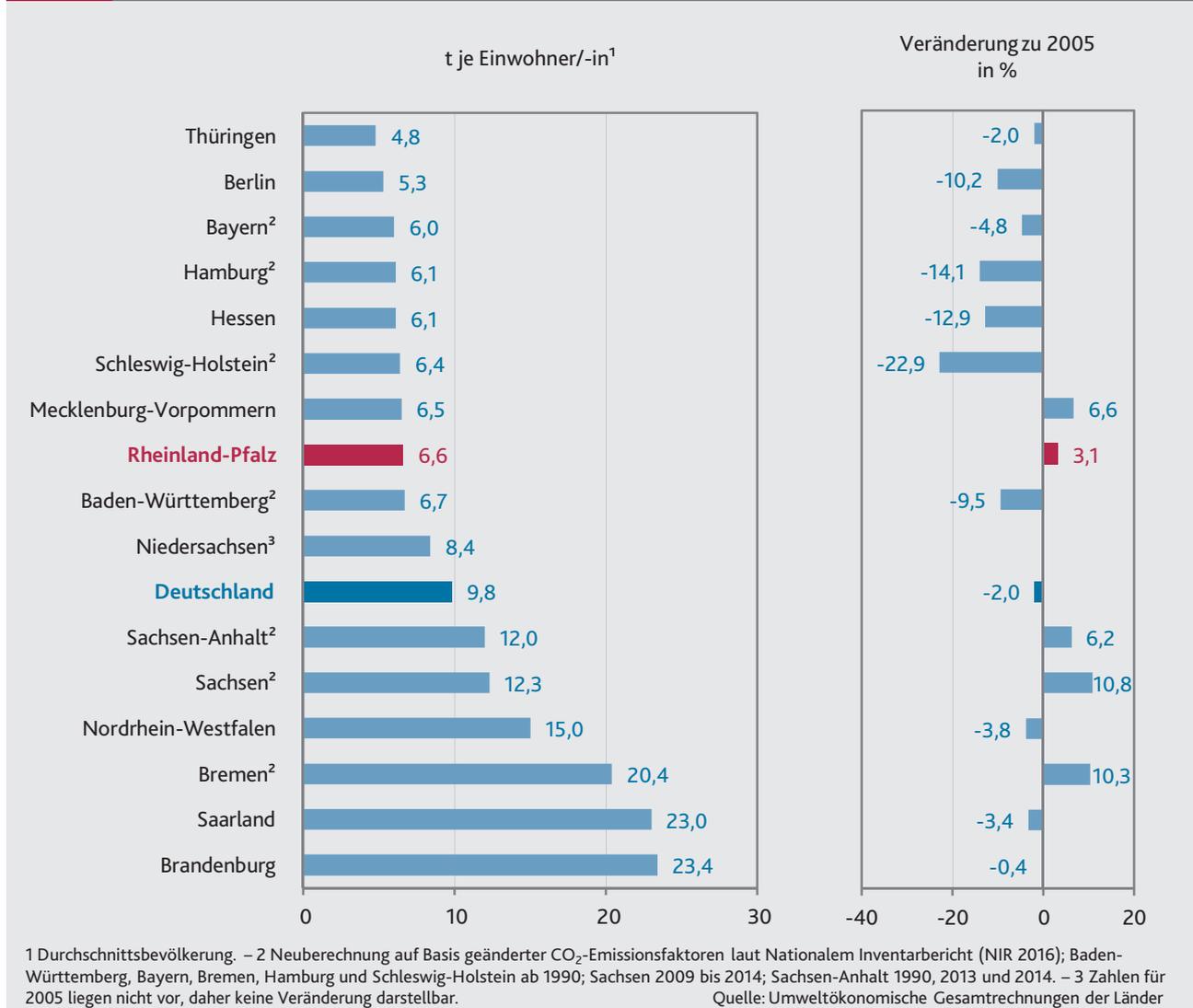
¹ Zahlen für 2005 liegen nicht vor, daher ist keine Veränderung darstellbar.
 Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

Ein Viertel des in Rheinland-Pfalz verbrauchten Stroms stammt aus erneuerbaren Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien trägt dazu bei, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu mindern. Der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch soll nach der Zielstellung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) bundesweit auf mindestens 40 Prozent bis 2025 und 80 Prozent bis 2050 steigen. In Rheinland-Pfalz belief sich der Anteil 2014 auf 25,6 Prozent (Deutschland: 27,4 Prozent).

Ein Vergleich aller Länder ist nur für das Jahr 2013 möglich: Zwischen den Ländern variierte der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch erheblich. Mecklenburg-Vorpommern konnte seinen Stromverbrauch bereits 2013 zu 92 Prozent durch erneuerbare Energien decken. Rheinland-Pfalz lag auf Position acht und damit im Mittelfeld. Schlusslichter sind die Stadtstaaten Hamburg und Berlin (2,8 bzw. 2,2 Prozent), die allein aufgrund der begrenzten Flächen nur wenig Möglichkeiten besitzen, die heimische Produktion von Ökostrom auszubauen.

G 6 CO₂-Emissionen 2013

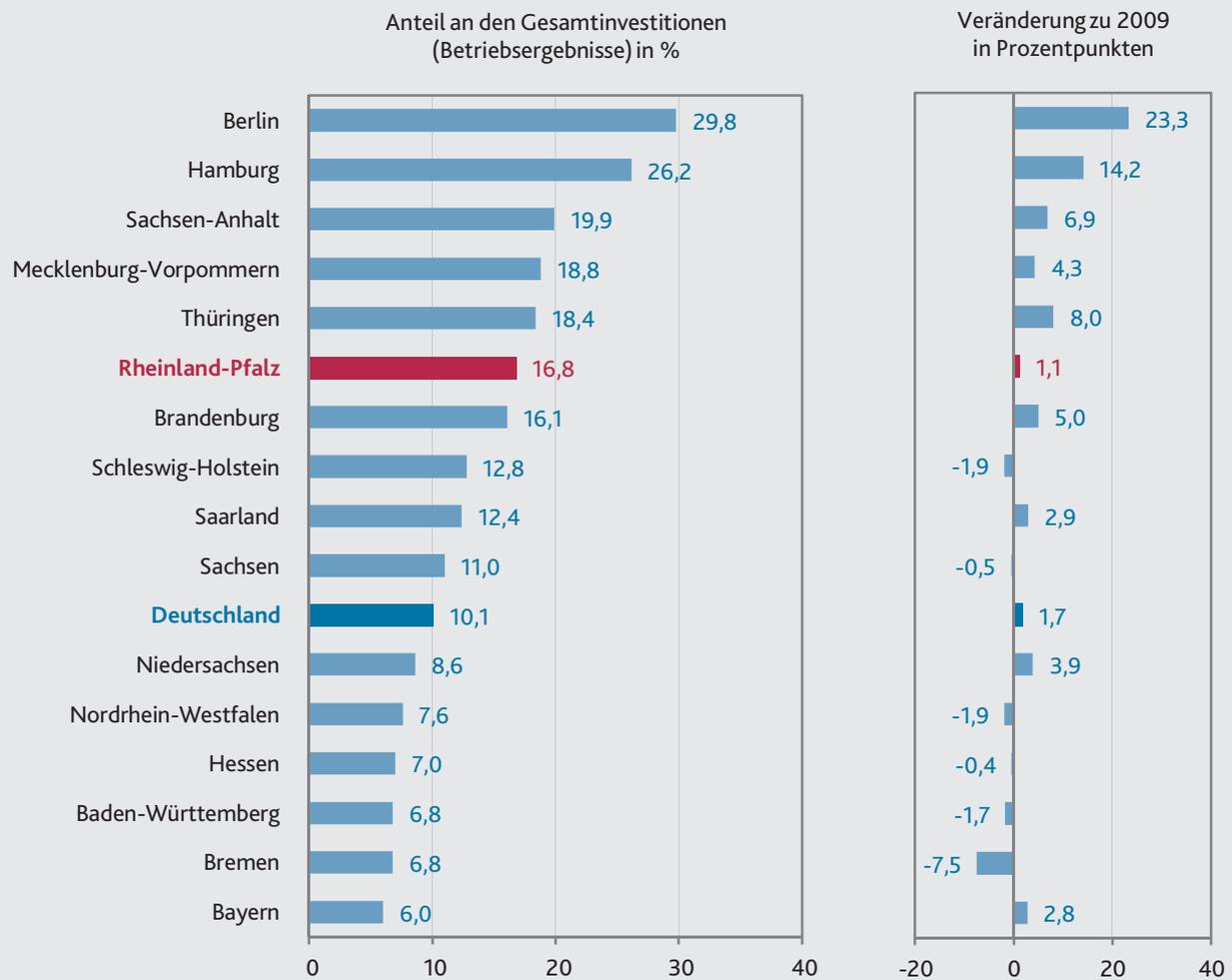


CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich

Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz. Dies bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner lagen 2013 bundesweit bei zehn Tonnen. Es gibt eine große Spannweite zwischen den Ländern, die vor allem durch Unterschiede beim Einsatz von fossilen Energieträgern und in der Wirtschaftsstruktur bedingt ist. Hohe Emissionen entstehen insbesondere in den Stromexportländern und bei den Produzenten von Kohlestrom: Brandenburg weist als Braunkohleproduzent und Stromexporteur mit 23 Tonnen CO₂ je Einwohnerin bzw. Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Emissionen auf. Rheinland-Pfalz schneidet als Stromimportland besser als der Durchschnitt ab, verursacht aber indirekt Emissionen in den anderen Bundesländern. Die niedrigsten Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner fielen nach der quellenbezogenen Betrachtung in Thüringen an (4,8 Tonnen).

G 7 Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2014



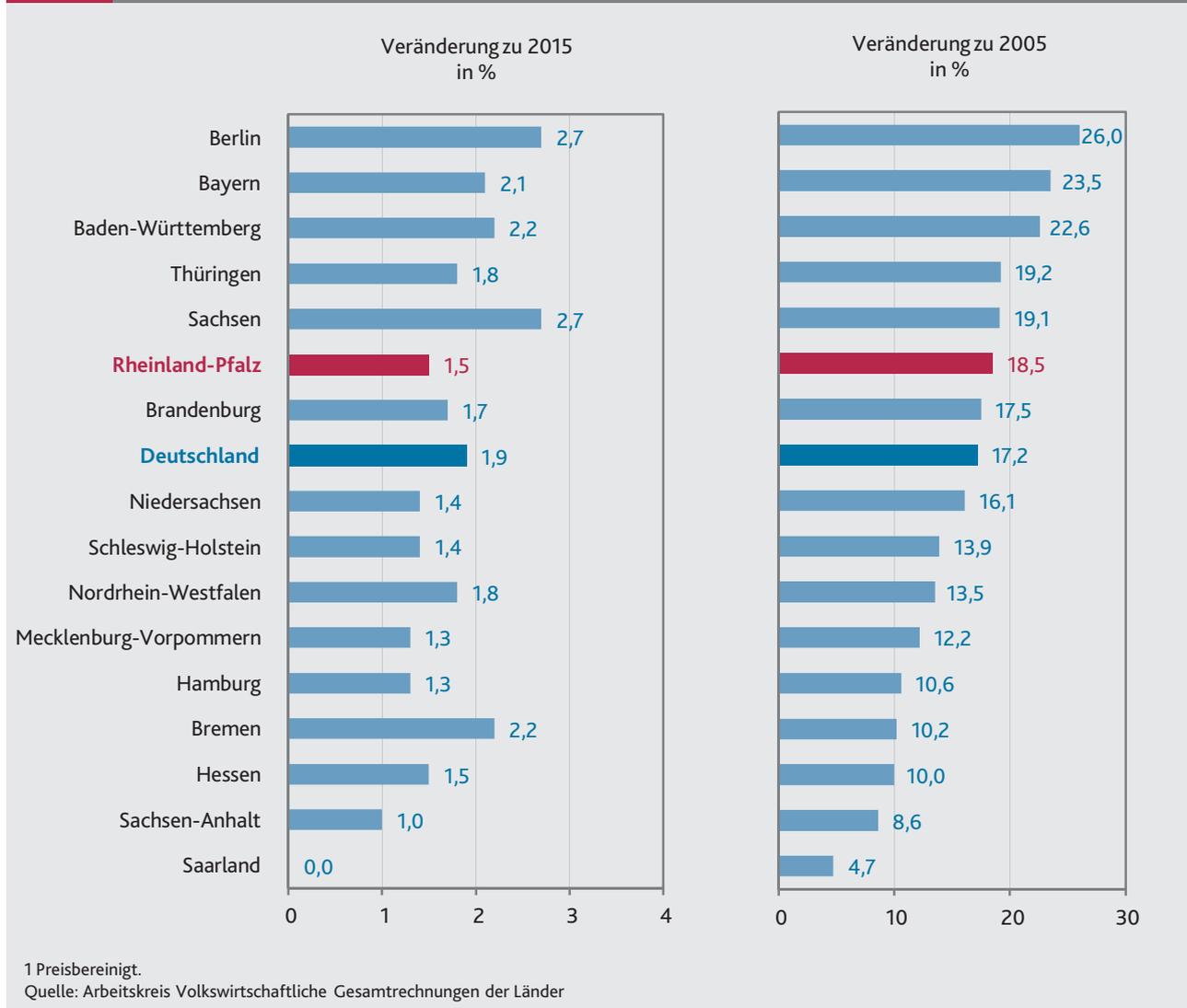
Quelle: Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz

Umweltschutzinvestitionen in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich

Umweltschutzinvestitionen tragen dazu bei, die Ressourceneffizienz in der Produktion zu steigern. Sie werden deshalb von den Unternehmen und Betrieben auch aus eigenem wirtschaftlichen Interesse und nicht nur aufgrund von gesetzlichen Auflagen oder altruistischen Motiven getätigt.

Die rheinland-pfälzischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) investierten 2014 etwa 668 Millionen Euro in den Umweltschutz. Dies entsprach 17 Prozent der gesamten Investitionen dieses Wirtschaftsbereichs. Damit lag das heimische Produzierende Gewerbe klar über dem Bundesdurchschnitt von zehn Prozent und rangierte im Vergleich der Länder auf dem sechsten Platz. Gegenüber 2009 stieg der Anteil um 1,1 Prozentpunkte. Diese Zunahme war geringer als in den meisten anderen Bundesländern und deshalb verlor Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz von 2009. Aufgeholt haben vor allem die Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Sie erreichten 2014 einen Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen von 30 bzw. 26 Prozent und damit die ersten beiden Positionen im Ländervergleich.

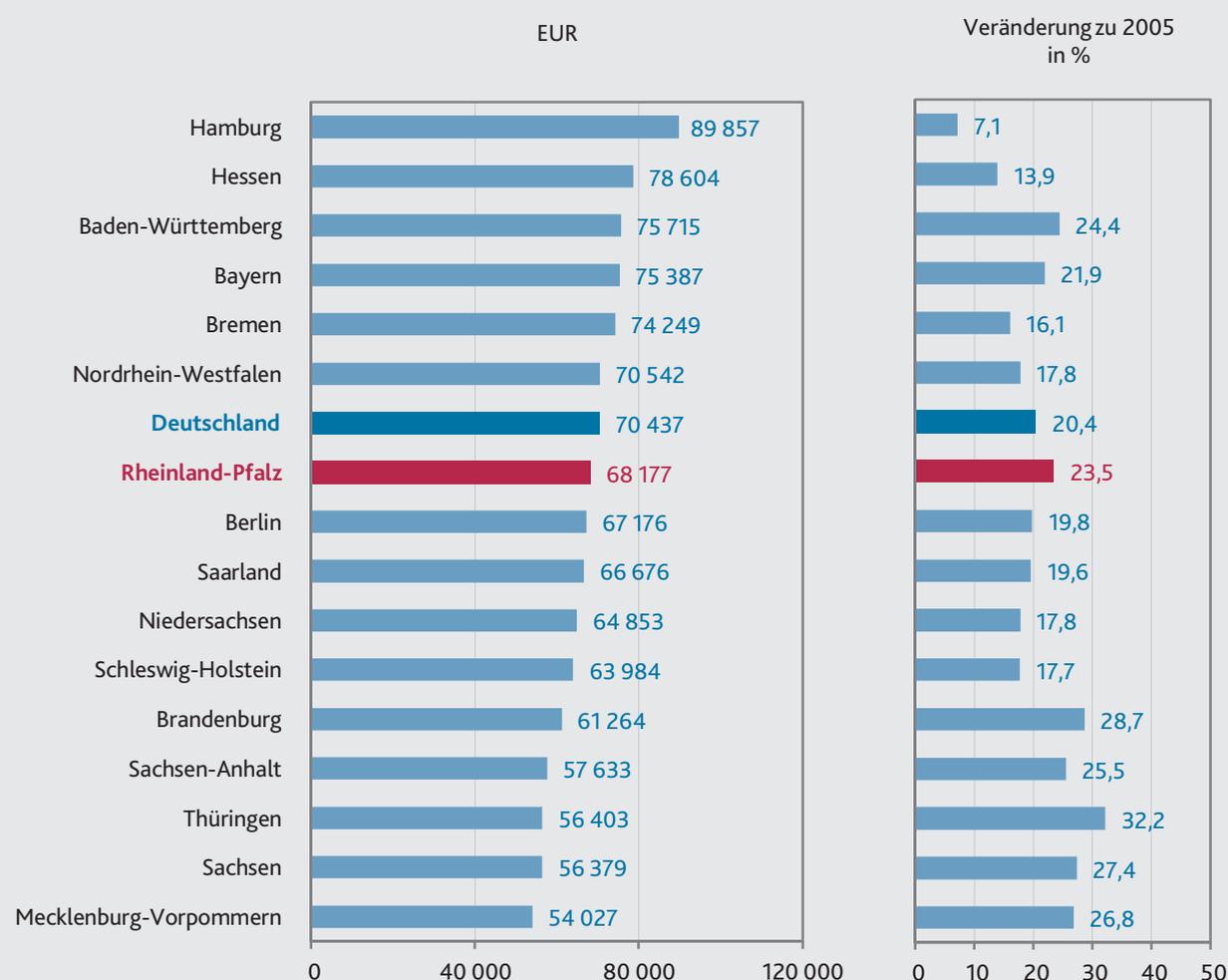
G 1 Bruttoinlandsprodukt¹ 2016



Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2016 um 1,5 Prozent gestiegen

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 weiter gewachsen; allerdings hat das Wachstum im Vergleich zum außergewöhnlich kräftigen Anstieg im Vorjahr (+3,1 Prozent) an Schwung verloren. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 1,5 Prozent, im Bundesdurchschnitt lag die Zuwachsrate bei 1,9 Prozent. Die Wachstumsimpulse kamen 2016 sowohl aus dem Produzierenden Gewerbe als auch aus dem Dienstleistungsbereich. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 1,6 Prozent und im Baugewerbe um 1,7 Prozent zu (Deutschland: +1,9 bzw. +2,8 Prozent). Die Bruttowertschöpfung der Dienstleister stieg preisbereinigt um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent).

Seit 2005 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz mit +19 Prozent stärker zu als im Bundesdurchschnitt (+17 Prozent). Den höchsten Zuwachs verzeichnete Berlin (+26 Prozent), am schwächsten wuchs die Wirtschaft im Saarland (+4,7 Prozent). Zum langfristigen Wachstum trugen das Produzierende Gewerbe (+19 Prozent), darunter insbesondere das Verarbeitende Gewerbe (+20 Prozent), sowie die Dienstleistungsbereiche (+19 Prozent) bei.

G 2 Bruttoinlandsprodukt¹ je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität) 2015

¹ In jeweiligen Preisen.

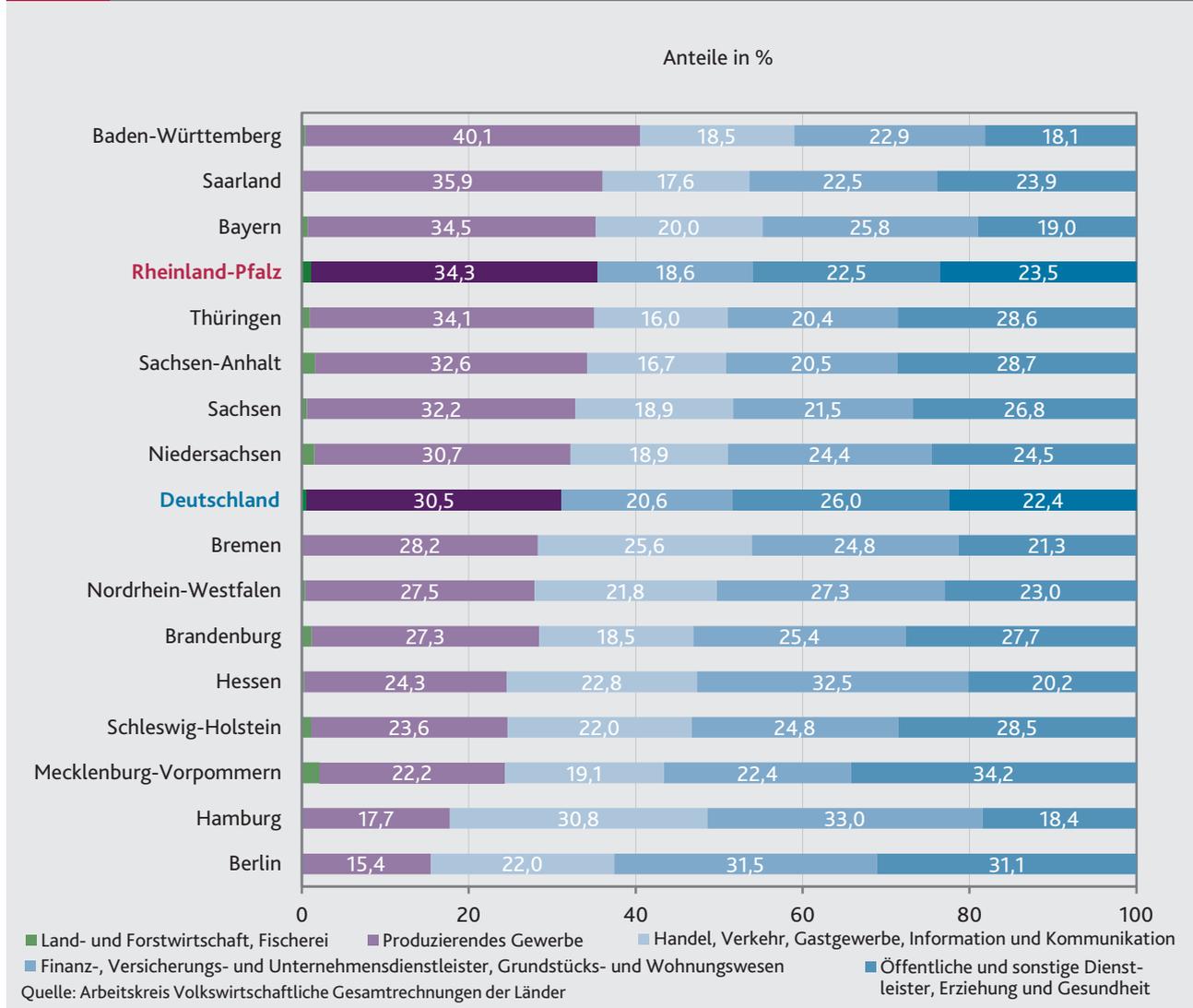
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen seit 2005 nominal um 24 Prozent gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2015 erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 68 177 Euro (Deutschland: 70 437 Euro). Damit stieg die Produktivität in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent). Preisbereinigt errechnet sich ein Anstieg um 2,1 Prozent gegenüber 2014 (Deutschland: +0,8 Prozent). Mit Abstand am höchsten ist die Arbeitsproduktivität in Hamburg mit 89 857 Euro. Rheinland-Pfalz belegt im Ländervergleich Platz sieben.

Seit 2005 nahm die nominale Produktivität in Rheinland-Pfalz mit knapp 24 Prozent etwas stärker zu als in Deutschland (+20 Prozent). Der Deutschlandwert wird wesentlich von den neuen Bundesländern beeinflusst, die allesamt den Durchschnitt übertreffen. Während das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz mit gut 34 Prozent stärker als in Deutschland (+32 Prozent) stieg, erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl mit +8,8 Prozent weniger als im Bundesdurchschnitt (+9,5 Prozent).

G 3 Bruttowertschöpfung 2016 nach Wirtschaftsbereichen



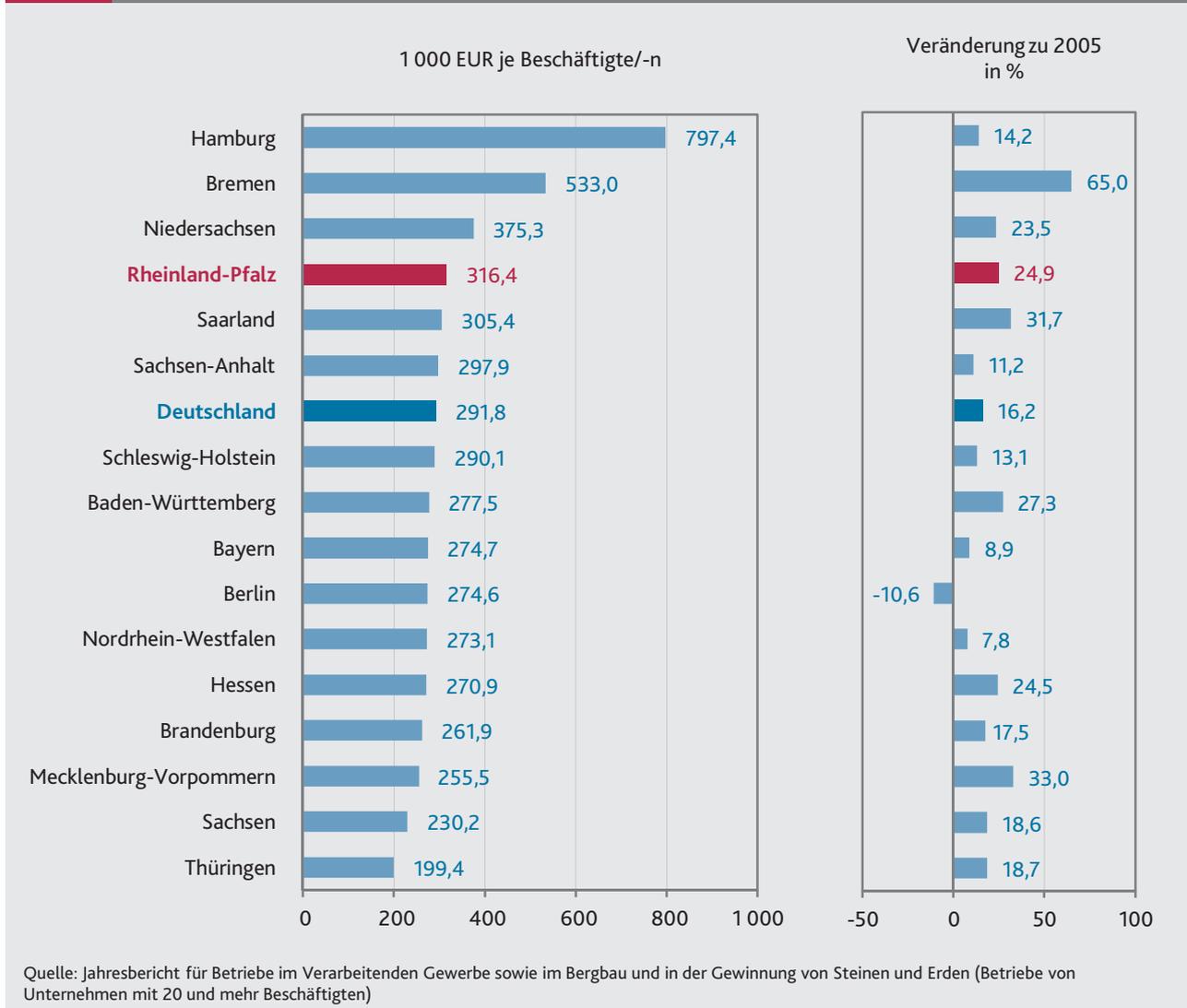
Überdurchschnittlicher Anteil des Produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz hat das Produzierende Gewerbe immer noch einen relativ hohen Anteil an der Wertschöpfung; er lag 2016 bei 34 Prozent. Damit nimmt Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern hinter Baden-Württemberg, dem Saarland und Bayern den vierten Platz ein (Deutschland: 30 Prozent). Der höhere Anteil beruht in erster Linie auf dem Verarbeitenden Gewerbe (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent; Deutschland: 23 Prozent). Auch der Wertschöpfungsanteil der Land- und Forstwirtschaft ist in Rheinland-Pfalz mit 1,2 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (0,6 Prozent).

Die Dienstleister tragen rund 64 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Die meisten Bundesländer weisen höhere Anteilswerte auf, sodass der Durchschnittswert für Deutschland bei 69 Prozent liegt. Insbesondere der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ hat mit 22 Prozent in Rheinland-Pfalz ein deutlich geringeres Gewicht als in Deutschland mit 26 Prozent.

G 4

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2016



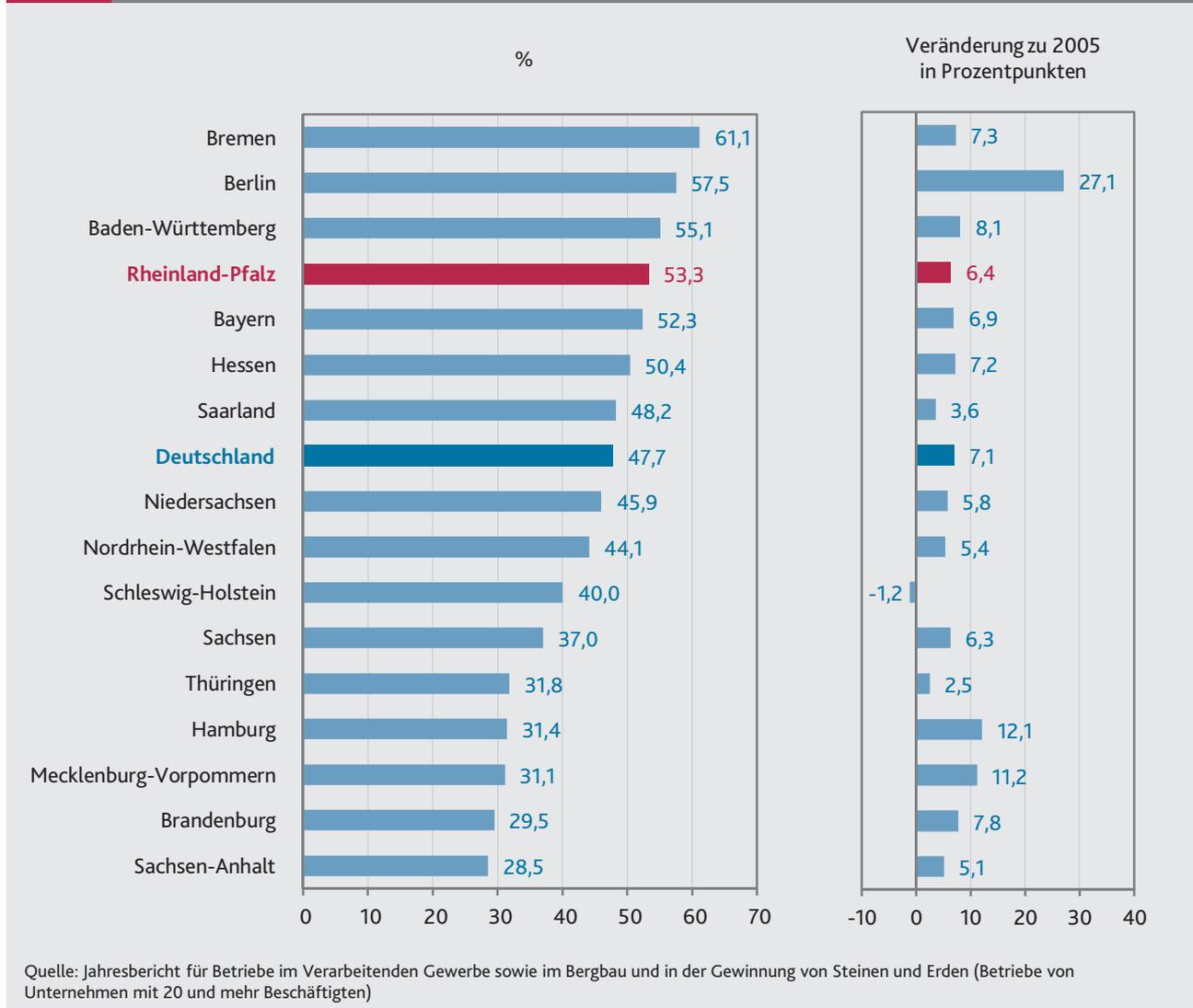
Umsatzproduktivität der rheinland-pfälzischen Industrie liegt über dem Durchschnitt

Die Umsatzproduktivität, also der Umsatz je Beschäftigten, gilt als Indikator für die Effizienz des im Produktionsprozess eingesetzten Faktors Arbeit. Jede bzw. jeder Beschäftigte im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erwirtschaftete 2016 im Durchschnitt einen Umsatz von 316 400 Euro. Im Bundesländervergleich belegte das Land Rang vier. Ein Grund für die vergleichsweise hohe Umsatzproduktivität ist der große Stellenwert der Chemieindustrie in Rheinland-Pfalz. In dieser Branche, die 2016 rund 28 Prozent zum Industrieumsatz des Landes beisteuerte, war die Produktivität mit 551 000 Euro je Beschäftigten weit überdurchschnittlich. Die Spitzenstellung Hamburgs ist u. a. auf die Unternehmen der Mineralölverarbeitung zurückzuführen, die mit relativ geringer Beschäftigtenzahl hohe Umsätze erzielen.

Die Umsatzproduktivität der rheinland-pfälzischen Industrie war 2016 um 25 Prozent höher als 2005. Der Anstieg lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+16 Prozent) und bedeutete Rang fünf im Ländervergleich.

G 5

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2016

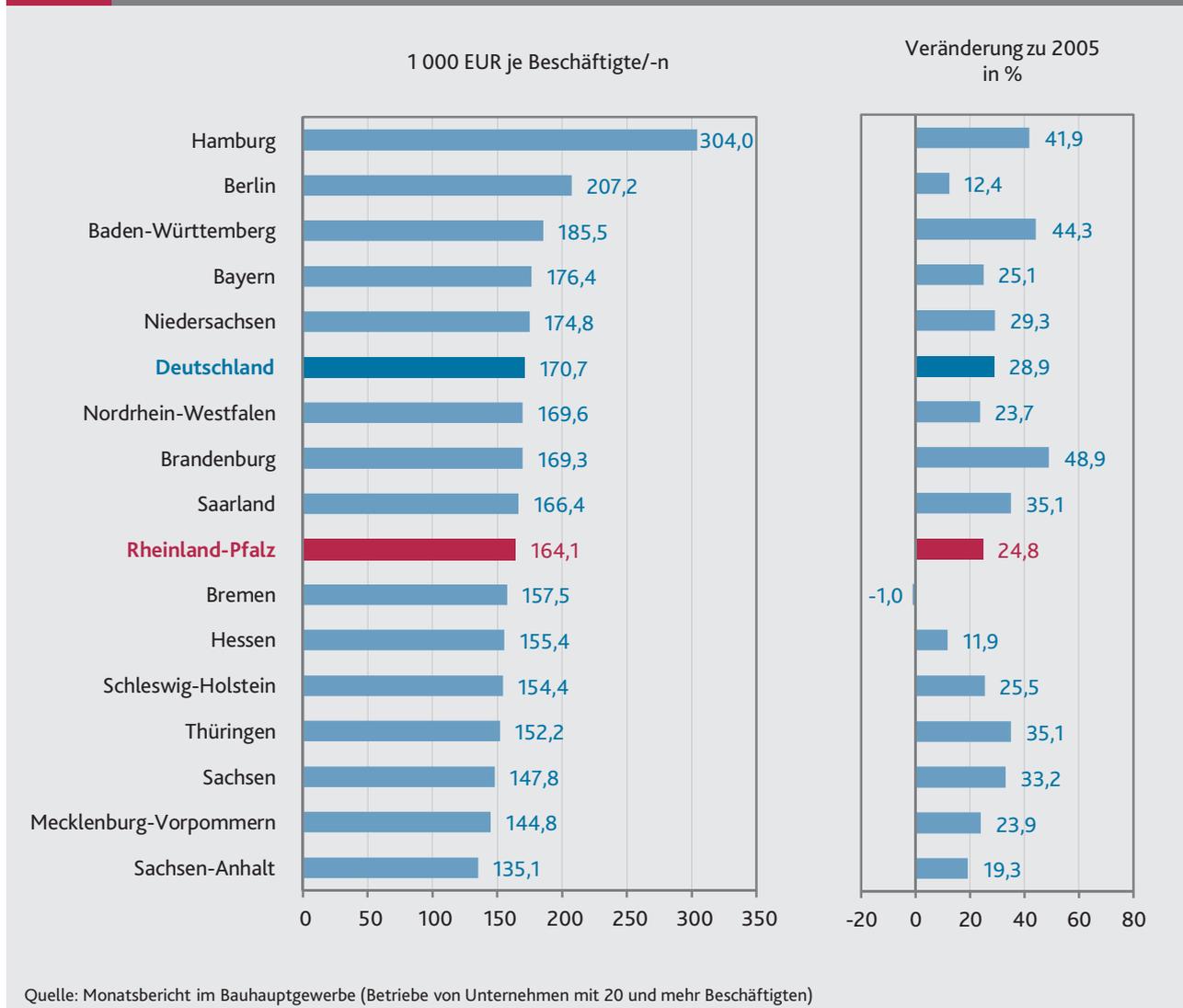


Auslandsgeschäft macht mehr als die Hälfte der Industrieumsätze aus

Der Export hat für die rheinland-pfälzische Industrie einen hohen Stellenwert. Die Unternehmen erzielen mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Im Jahr 2016 lag die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden bei gut 53 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (48 Prozent). Im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz Rang vier. Unter den Flächenländern wies nur Baden-Württemberg eine höhere Exportquote auf. Die den rheinland-pfälzischen Export bestimmenden Branchen sind die Chemische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Dort entfallen mehr als 60 Prozent – in der Chemie sogar rund 70 Prozent – der Erlöse auf das Auslandsgeschäft.

Die Handelsbeziehungen mit dem Ausland haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert. In fast allen Bundesländern ist die Exportquote gestiegen. In Rheinland-Pfalz war sie 2016 um 6,4 Prozentpunkte höher als 2005. Der Zuwachs lag im Ländervergleich etwas unter dem Durchschnitt; die deutsche Exportquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 7,1 Prozentpunkte.

G 6 Umsatz im Bauhauptgewerbe 2016

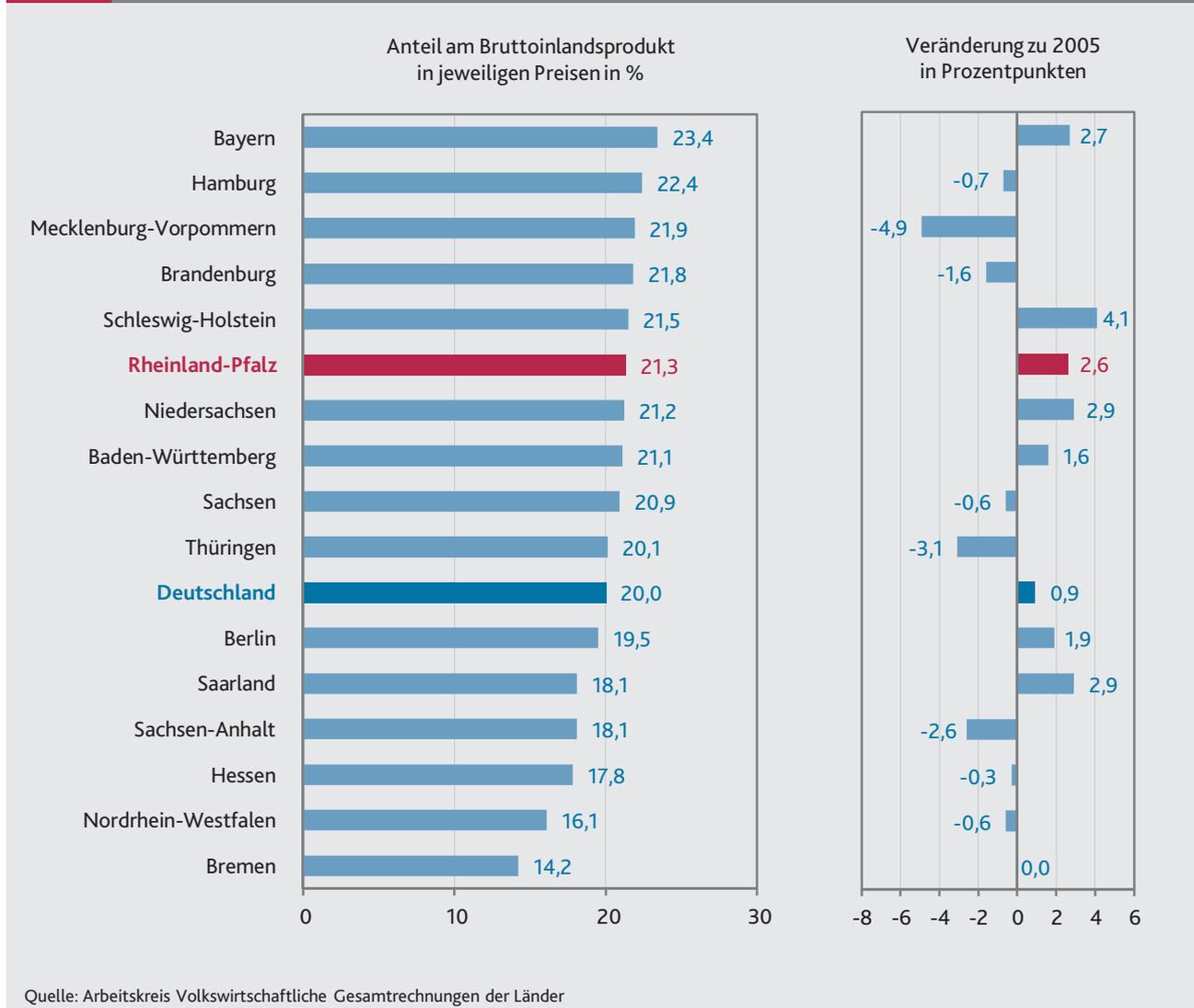


Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe unterdurchschnittlich

Beim Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe besteht eine große Spannweite zwischen den Ländern. Die mit Abstand höchste Umsatzproduktivität weisen die Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten in Hamburg auf. Ihr Gesamtumsatz je Beschäftigten lag 2016 bei 304 000 Euro. Am geringsten war die Produktivität dieser Betriebe in Sachsen-Anhalt mit 135 100 Euro je Beschäftigten. Rheinland-Pfalz belegte mit 164 100 Euro im Ländervergleich Rang neun.

Im Jahr 2016 war die Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe in fast allen Bundesländern höher als 2005. Den größten Zuwachs gab es in Brandenburg (+49 Prozent). Einem Umsatzplus von 37 Prozent stand ein Beschäftigungsrückgang um 7,7 Prozent gegenüber. Rheinland-Pfalz rangiert mit einer Produktivitätssteigerung um 25 Prozent im unteren Mittelfeld. Hier stieg sowohl der Umsatz (+38 Prozent) als auch die Beschäftigtenzahl (+10 Prozent). Nur in Bremen war die Umsatzproduktivität 2016 geringer als 2005 (-1 Prozent), weil die Beschäftigung stärker zunahm als die Erlöse.

G 7 Bruttoanlageinvestitionen 2014

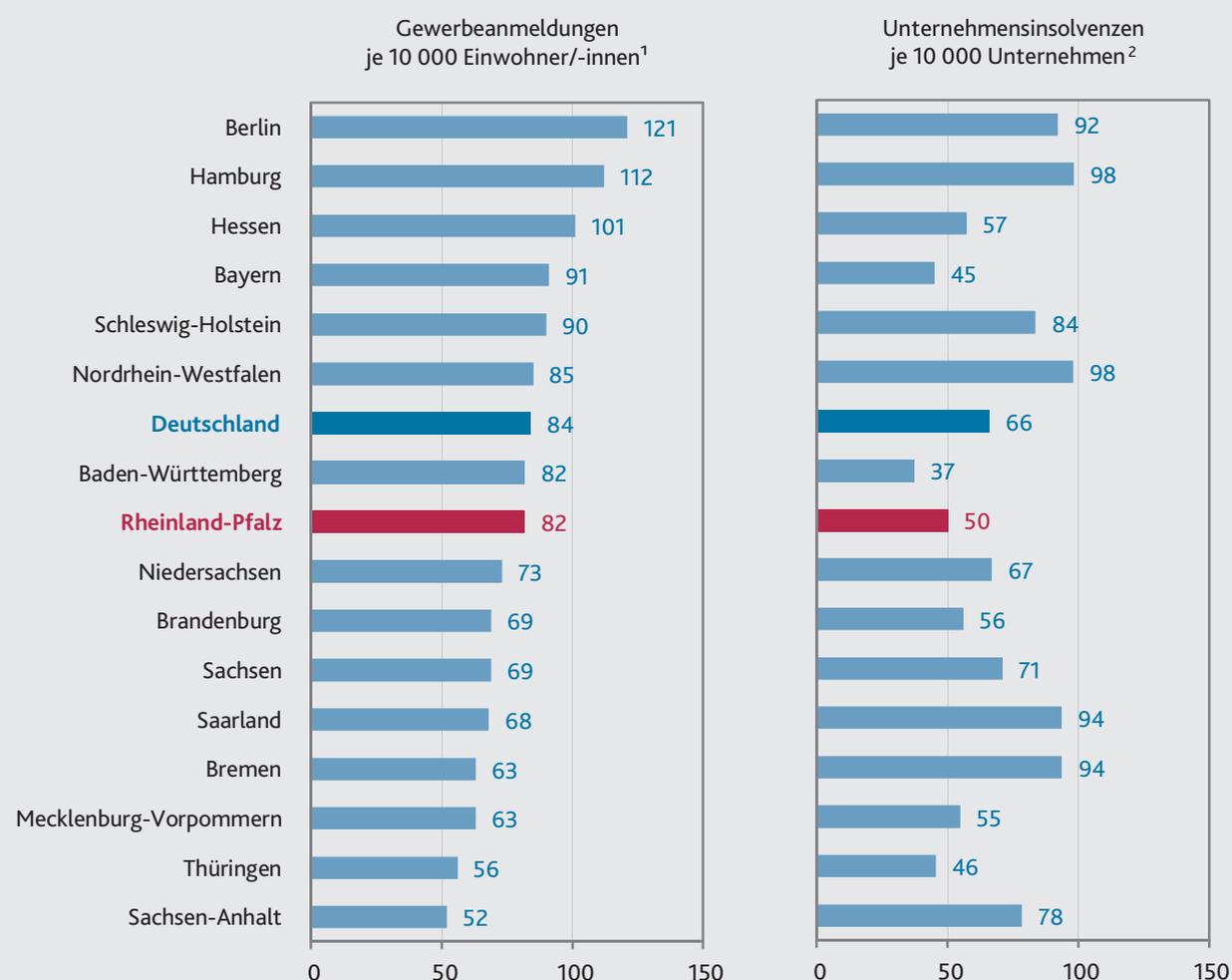


Bruttoanlageinvestitionen machten gut ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts aus

Rund 28,3 Milliarden Euro wurden 2014 in Rheinland-Pfalz in neue Anlagen investiert. Das waren 4,7 Prozent der gesamtdeutschen Investitionen. Unter Berücksichtigung des Saldos aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen machten die gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen 21,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Damit lag Rheinland-Pfalz an sechster Stelle unter den Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt betrug die Investitionsquote 20 Prozent. In der Hälfte der Bundesländer war die Investitionsquote 2014 niedriger als 2005, insbesondere in den neuen Ländern.

Der größte Teil der Investitionen fließt in neue Bauten. Im Jahr 2014 waren es in Rheinland-Pfalz mehr als 15 Milliarden Euro, also rund 54 Prozent der gesamten Ausgaben für neue Anlagen (Deutschland: 48 Prozent). Neben den Investitionen in Nichtwohngebäude sind hier auch die gesamten Investitionen in Wohngebäude enthalten. Für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden knapp 13 Milliarden Euro ausgegeben. Dazu gehören z. B. Maschinen und Fahrzeuge, aber auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

G 8 Gewerbebeanmeldungen und Unternehmensinsolvenzen 2016



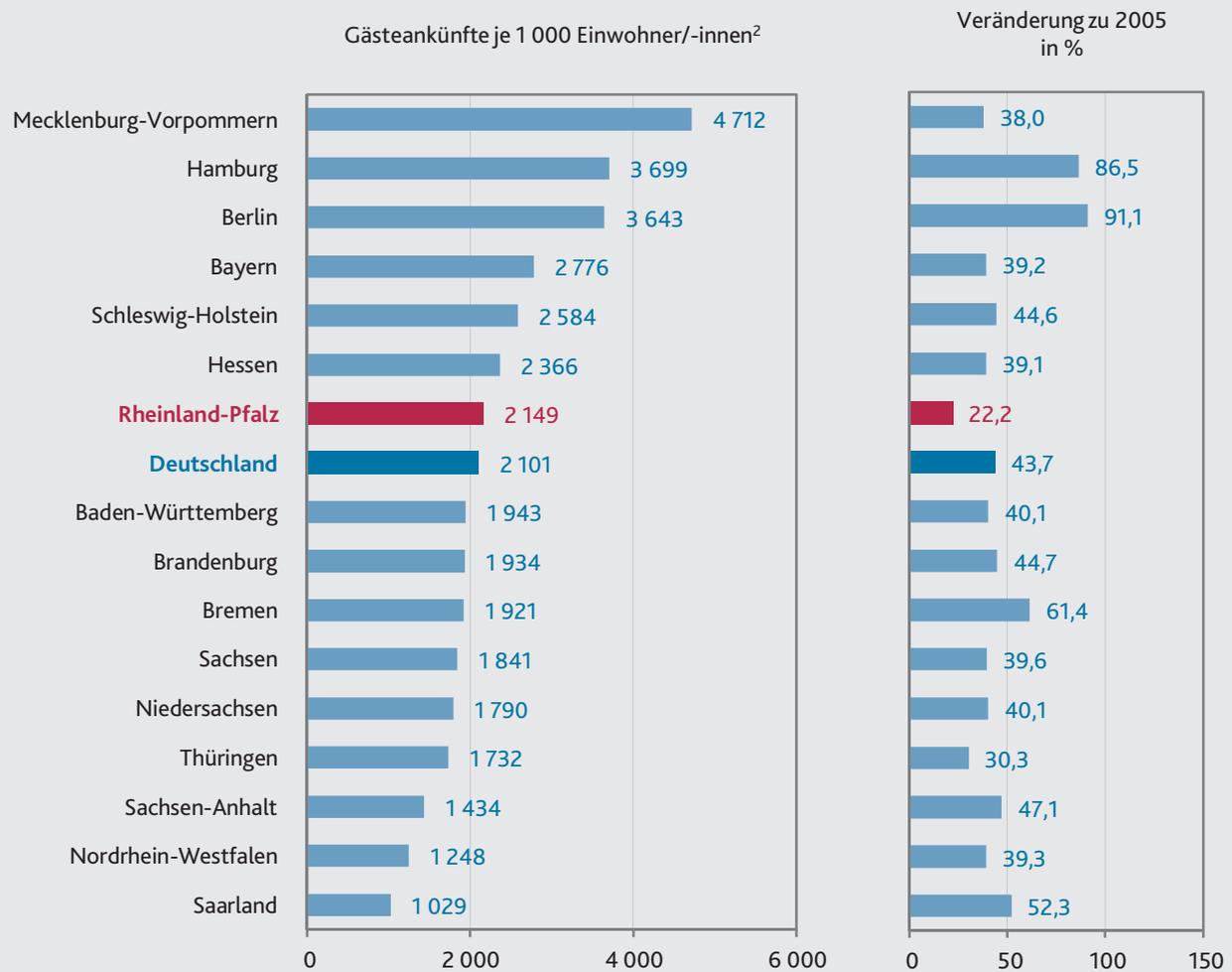
¹ Durchschnittsbevölkerung 2015. – ² Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 2015.
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Gewerbeanzeigenstatistik, Insolvenzstatistik

Weniger Gewerbebeanmeldungen, Unternehmensinsolvenzen auf tiefstem Stand seit 1994

Die Gewerbeämter in Rheinland-Pfalz verzeichneten 2016 insgesamt 33 100 Gewerbebeanmeldungen. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen damit 82 Gewerbebeanmeldungen. Mit diesem Wert liegt Rheinland-Pfalz geringfügig unter dem bundesweiten Durchschnitt (84) und im Vergleich der Bundesländer gemeinsam mit Baden-Württemberg auf Rang sieben. Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen ist in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland insgesamt seit Jahren rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um 5,3 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: –3 Prozent).

Im Jahr 2016 stellten 777 rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 14 Prozent und der geringste Wert seit 1994. Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl der Insolvenzanträge um sieben Prozent zurück. Die Insolvenzquote – errechnet als die Zahl der Insolvenzfälle je 10 000 umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen – lag 2016 mit 50 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (66). Im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz Platz vier.

G 9 Gästeintensität im Tourismus¹ 2016

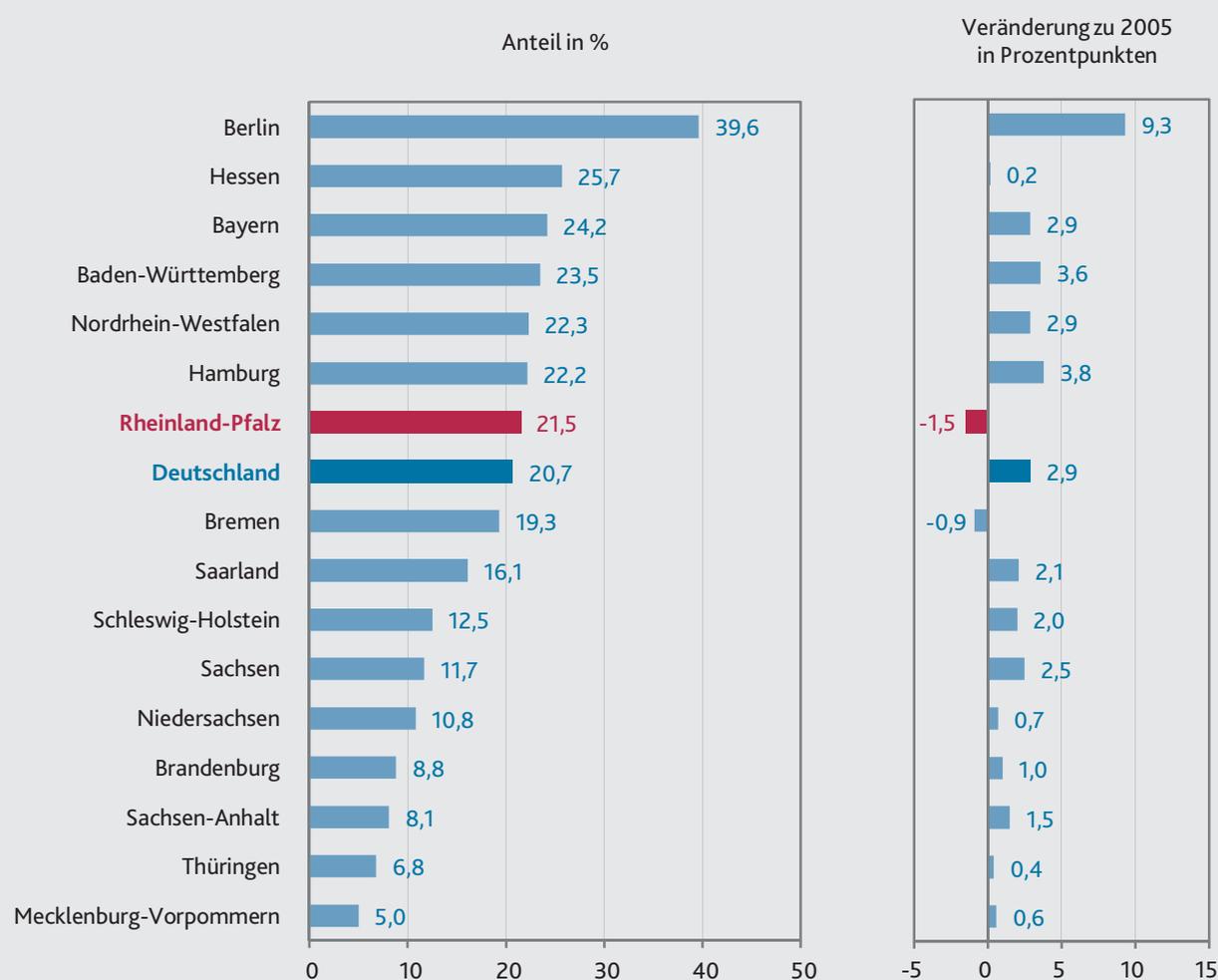


¹ Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – ² Durchschnittsbevölkerung 2015.
Quelle: Beherbergungsstatistik

Rheinland-Pfalz bei der Gästeintensität auf Rang sieben

Die sogenannte Gästeintensität – die Zahl der Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner – dient als Maß für die Bedeutung des Tourismus in einer Region. Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 2 149 Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt. Damit lag das Land auf Platz sieben im Bundesländervergleich. Mit großem Abstand an der Spitze stand Mecklenburg-Vorpommern mit 4 712 Gästen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, gefolgt von den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Am niedrigsten war die Gästeintensität im Saarland (1 029 Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

In allen Bundesländern war zwischen 2005 und 2016 ein Anstieg der Gästeintensität zu verzeichnen. Insbesondere die großen Städte zogen eine wachsende Zahl von Besucherinnen und Besuchern an. In Berlin erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner um 91 Prozent. Sehr dynamisch entwickelte sich die Gästeintensität auch in Hamburg und in Bremen. In Rheinland-Pfalz legte die Gästeintensität um 22 Prozent zu; dies war der schwächste Zuwachs unter den 16 Bundesländern.

G 10 Gäste aus dem Ausland im Tourismus¹ 2016

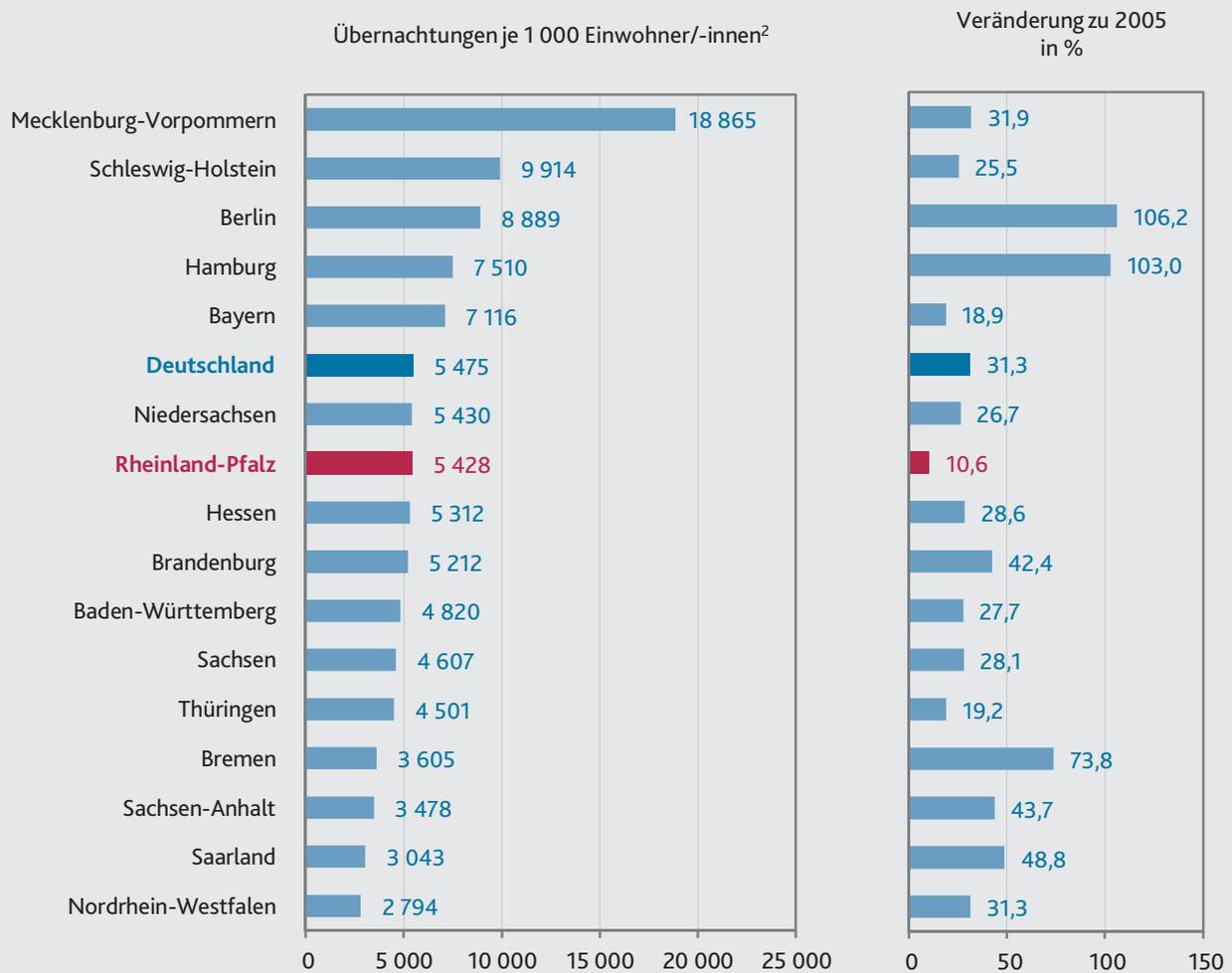
¹ Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere.
Quelle: Beherbergungsstatistik

Anteil der Gäste aus dem Ausland sinkt

Der Anteil der Übernachtungsgäste aus dem Ausland variiert stark zwischen den Bundesländern. Eine besondere Anziehungskraft übt die Hauptstadt Berlin aus – dort machten Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland 2016 rund 40 Prozent der Gäste aus. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Gäste aus dem Ausland mit 21 Prozent etwas über dem Bundesdurchschnitt. Im Bundesländervergleich belegte das Land Rang sieben. Am niedrigsten war der Gästeanteil aus dem Ausland in Mecklenburg-Vorpommern mit fünf Prozent.

In den vergangenen Jahren hat Deutschland als Reiseziel bei Gästen aus dem Ausland an Beliebtheit gewonnen. Der Anteil der Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland war 2016 um 2,9 Prozentpunkte höher als 2005. Ihr Anteil an den Gästen stieg in fast allen Bundesländern, insbesondere in Berlin (+9,3 Prozentpunkte). In Rheinland-Pfalz war der Anteil der Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland hingegen rückläufig (-1,5 Prozentpunkte), da die Gästezahl aus dem Inland stärker zunahm als die Zahl der Gäste aus dem Ausland. Damit war das Land bei der Entwicklung Schlusslicht im Bundesländervergleich.

G 11 Übernachtungsintensität im Tourismus¹ 2016

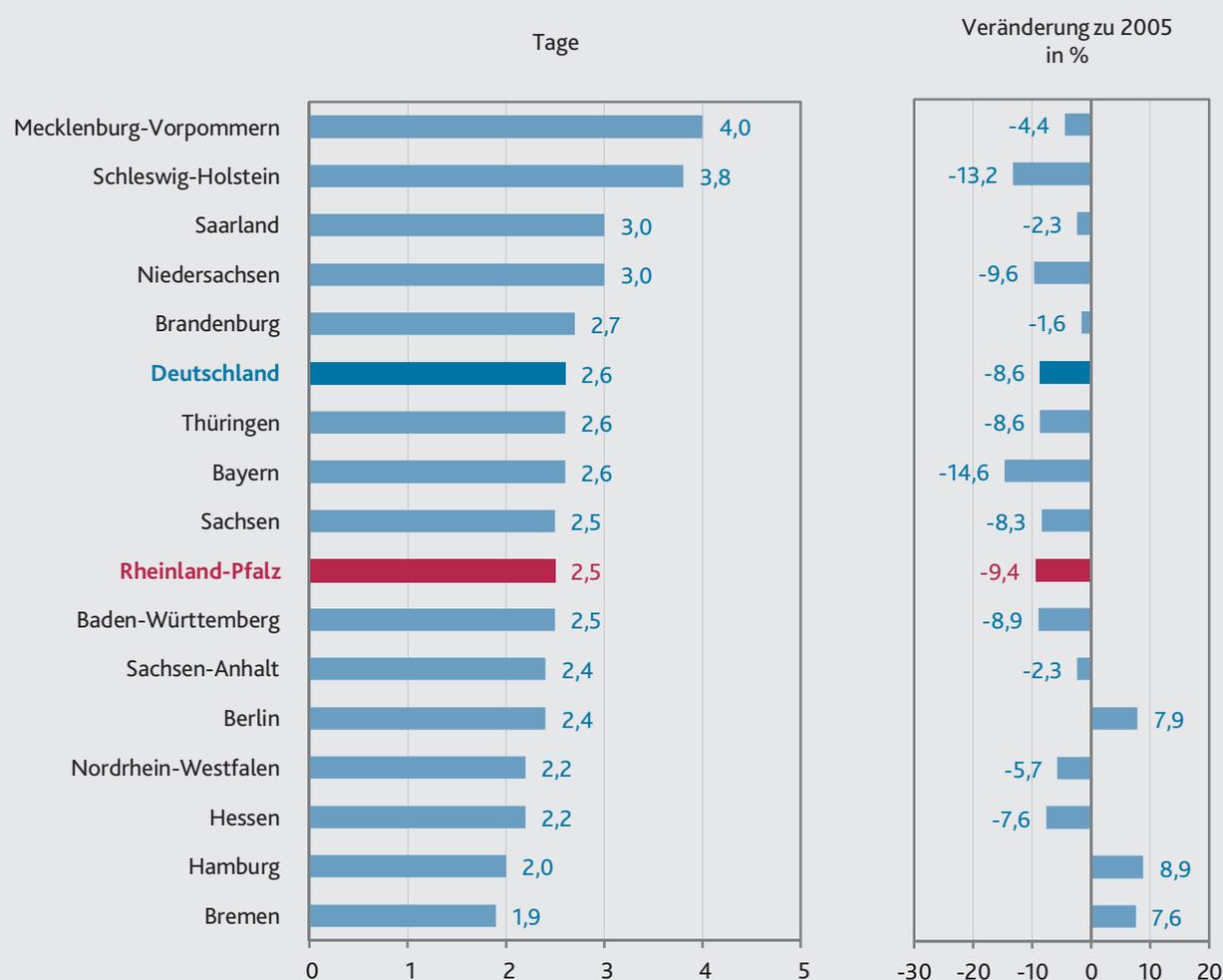


¹ Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – ² Durchschnittsbevölkerung 2015.
Quelle: Beherbergungsstatistik

Vergleichsweise schwacher Anstieg der Übernachtungsintensität

In Deutschland wurden 2016 rund 447 Millionen Gästeübernachtungen gezählt. Mit 21,9 Millionen Übernachtungen entfielen 4,9 Prozent auf Rheinland-Pfalz. Bei der Übernachtungsintensität ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge der Länder als bei der Gästeintensität. Mit 18 865 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner nahm Mecklenburg-Vorpommern den Spitzenplatz ein. Noch vor den Stadtstaaten Berlin und Hamburg an zweiter Stelle stand das Küstenland Schleswig-Holstein mit 9 914 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Rheinland-Pfalz belegte mit 5 428 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner Rang sieben und lag nah am Bundesdurchschnitt (5 475 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die geringste Übernachtungsintensität wies Nordrhein-Westfalen auf.

Die Übernachtungsintensität ist zwischen 2005 und 2016 in allen Bundesländern gestiegen. In Berlin und Hamburg hat sie sich sogar mehr als verdoppelt. In Rheinland-Pfalz war die Zahl der Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 nur um elf Prozent höher als 2005.

G 12 Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus¹ 2016

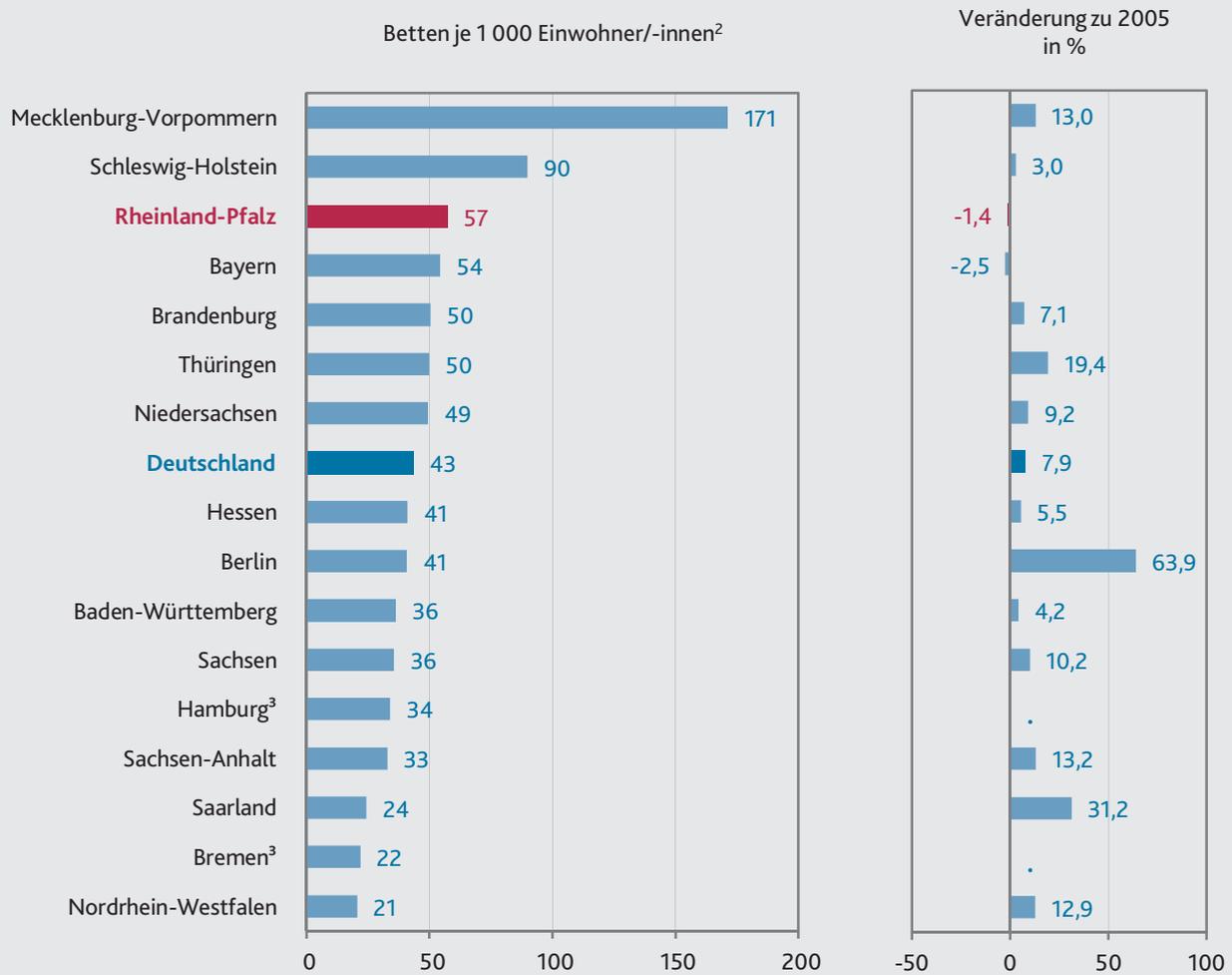
¹ Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere.
Quelle: Beherbergungsstatistik

Trend zum Kurzurlaub lässt die Verweildauer sinken

Bei der Verweildauer der Übernachtungsgäste gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. So blieben die Gäste 2016 in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich vier Tage und damit mehr als doppelt so lang wie in Bremen (1,9 Tage). Die Verweildauer der Gäste hängt stark vom Zweck ihres Aufenthalts ab; Urlauberinnen und Urlauber verweilen tendenziell länger als Geschäftsreisende. Daher rangieren die Küstenländer – neben Mecklenburg-Vorpommern auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen – auf den vorderen Plätzen, während die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen nur kurze Verweildauern aufweisen. Rheinland-Pfalz lag mit einer Verweildauer von 2,5 Tagen etwas unter dem Bundesdurchschnitt (2,6 Tage).

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zum Kurzurlaub hält an. In vielen Bundesländern war die durchschnittliche Verweildauer 2016 geringer als 2005. Eine Ausnahme bilden die Stadtstaaten, die 2016 alle längere Verweildauern aufwiesen. In Rheinland-Pfalz war der Rückgang mit –9,4 Prozent überdurchschnittlich.

G 13 Bettendichte im Tourismus¹ 2016



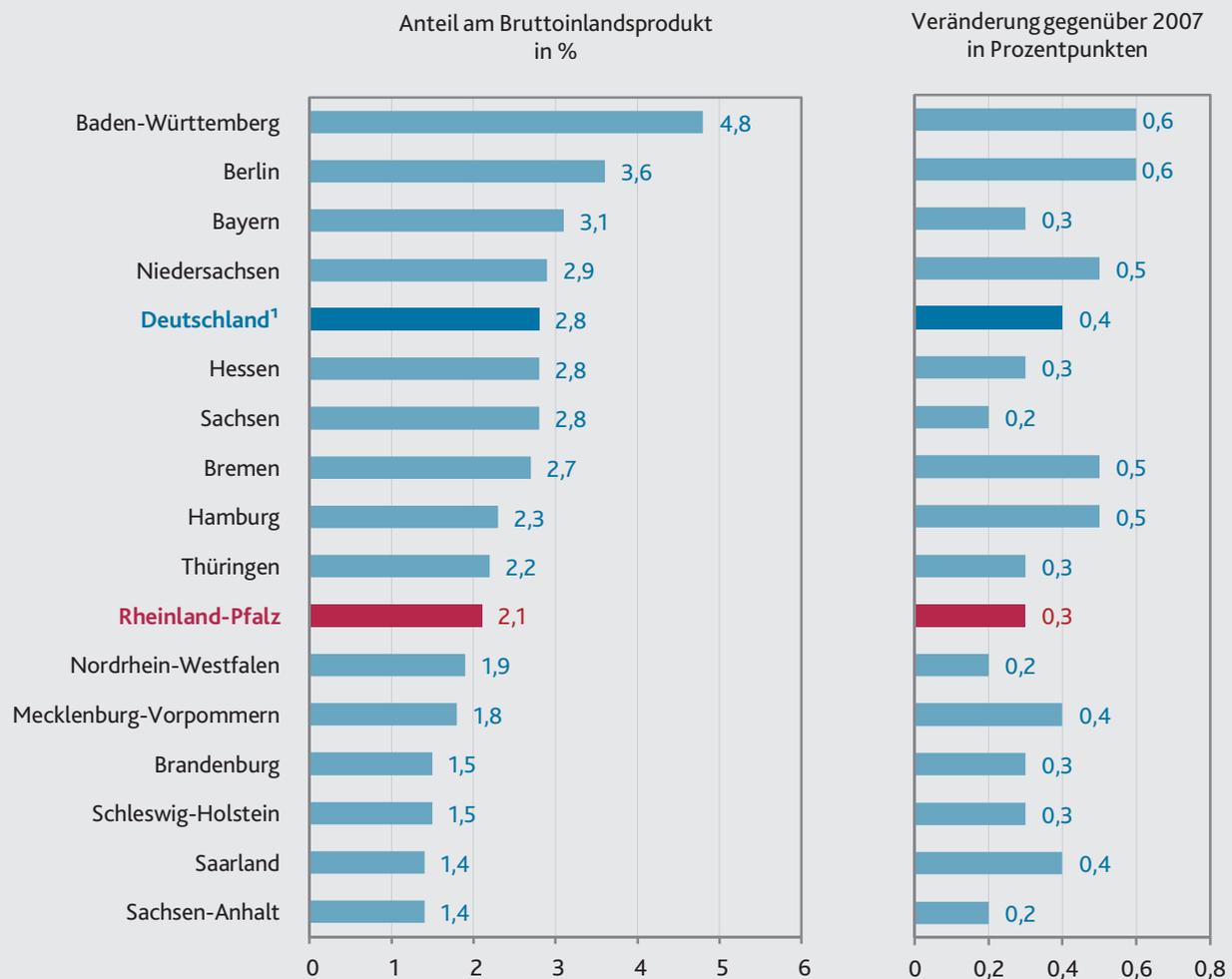
¹ Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – ² Bevölkerung am 31.12.2015. – ³ Wert 2005 geheim.
Quelle: Beherbergungsstatistik

Großes Beherbergungsangebot im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Nicht nur die touristische Nachfrage, sondern auch das Bettenangebot der Beherbergungsbetriebe hat sich in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren schwächer entwickelt als in den meisten anderen Bundesländern. Die Bettendichte – die Zahl der Betten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner – war 2016 um 1,4 Prozent geringer als 2005. Nur in Bayern fiel der Rückgang stärker aus (–2,5 Prozent). In Berlin gab es hingegen einen besonders dynamischen Kapazitätsaufbau; die Bettendichte erhöhte sich dort um 64 Prozent. Unter den Flächenländern verzeichnete das Saarland den größten Zuwachs, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau.

Trotz des Kapazitätsabbaus – die Zahl der Betten verringerte sich zwischen 2005 und 2016 um rund 3 800 – ist die Bettendichte in Rheinland-Pfalz weiterhin überdurchschnittlich: Im Jahr 2016 boten die Beherbergungsbetriebe sowie die Camping- und Reisemobilplätze 57 Schlafgelegenheiten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner an. Damit lag das Land hinter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an dritter Stelle und deutlich über dem Bundesdurchschnitt (43 Betten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

G 1 Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2013



¹ Alle Länder zusammen einschließlich nicht aufteilbarer Mittel der Hochschulen und ohne deutsche Einrichtungen mit Sitz im Ausland.
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, BMBF; eigene Berechnungen

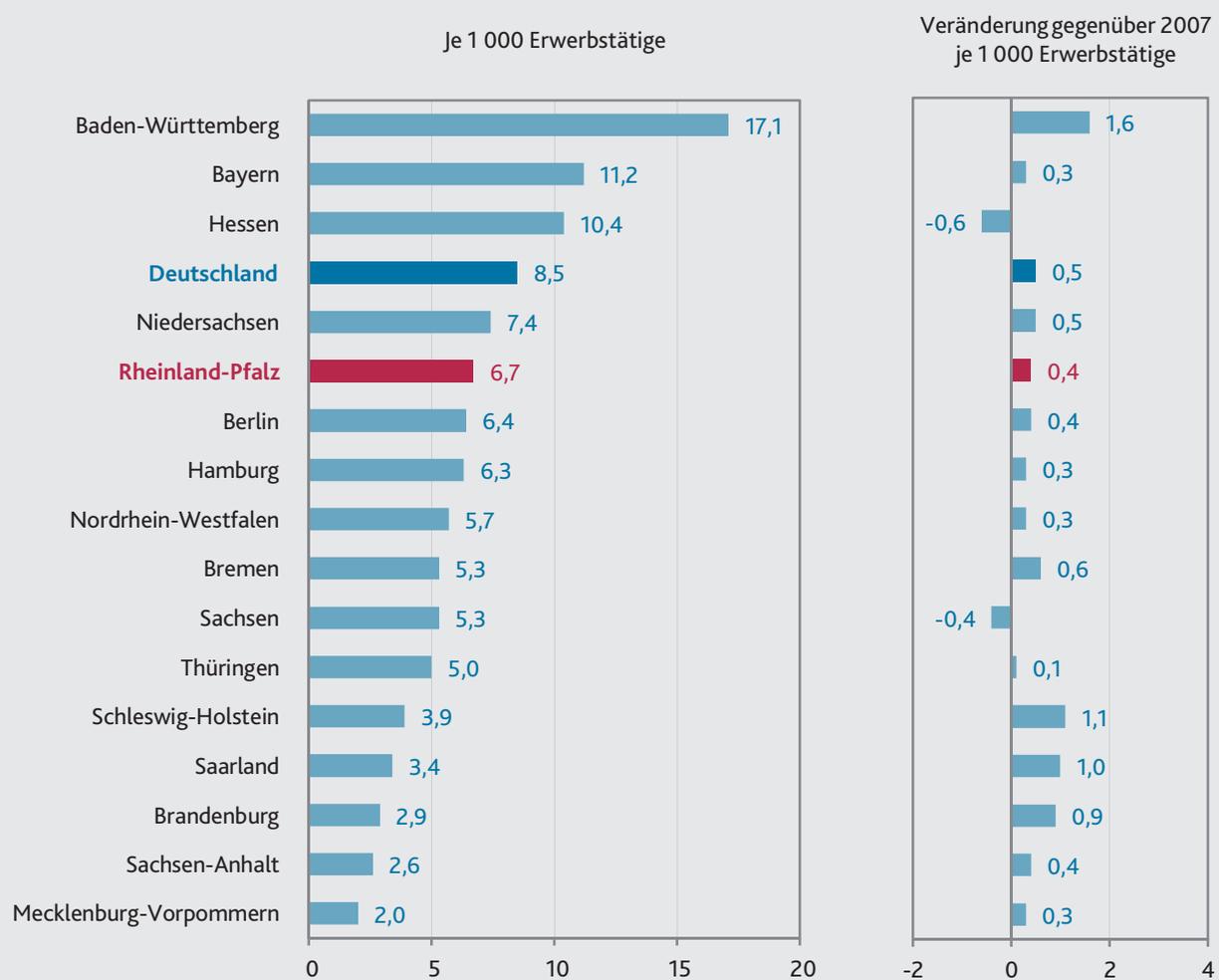
Ausgaben für Forschung und Entwicklung unterdurchschnittlich

Im Jahr 2013 belief sich der Anteil der Ausgaben für die Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) am rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt auf 2,1 Prozent. Das bedeutet Rang zehn im Ländervergleich. Der Anteil war in den vergangenen Jahren weitgehend stabil, blieb aber unter dem Bundesdurchschnitt, der mit 2,8 Prozent fast schon den Zielwert der Lissabon-Strategie (drei Prozent) erreichte. Ein Grund für den verhältnismäßig niedrigen Wert in Rheinland-Pfalz dürfte die vergleichsweise geringe Ausstattung mit institutionellen Forschungsstätten sein. Baden-Württemberg, Berlin und Bayern haben den Zielwert 2013 überschritten.

Immerhin zeigt sich die langfristige Entwicklung der FuE-Ausgaben in Relation zur Wirtschaftsentwicklung in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich dynamisch. Mit +0,3 Prozentpunkten war die Zunahme des Anteils am Bruttoinlandsprodukt niedriger als im Bundesschnitt (+0,4 Prozentpunkte). Die Dynamik von Baden-Württemberg wurde damit jedoch nicht erreicht: Trotz eines Anteils am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 von fast fünf Prozent war die Zunahme des Indikators mit 0,6 Prozentpunkten doppelt so hoch wie hierzulande.

10 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

G 2 FuE-Personal (Vollzeitäquivalente) im Wirtschaftssektor¹ 2013



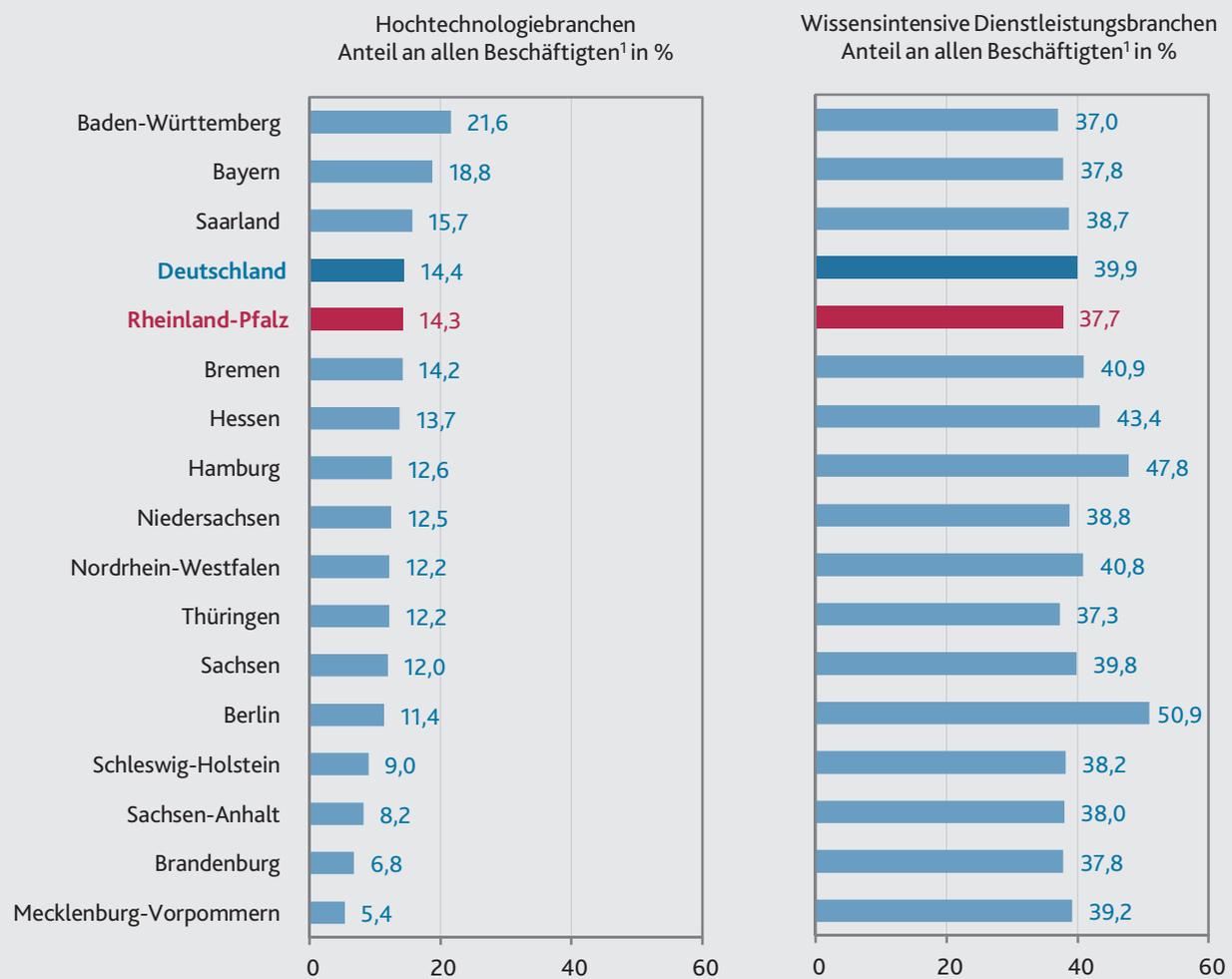
¹ Unternehmen und Institutionen für industrielle Gemeinschaftsforschung und experimentielle Gemeinschaftsentwicklung (IfG).
Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; eigene Berechnungen

Beschäftigung in den Forschungseinrichtungen der Wirtschaft nimmt zu

Forschung und Entwicklung sind Voraussetzungen für Entdeckungen und Erfindungen (Inventionen). Diese treiben den technischen Fortschritt voran. Erfolgreiche FuE schlägt sich in Patenten und letztlich in neuen Produkten nieder, die sich am Markt durchsetzen (Innovationen). Die Zahl der im FuE-Prozess eingesetzten Arbeitskräfte ist ein Indikator für die Innovationsanstrengungen.

Auf 1 000 Erwerbstätige kamen 2013 im FuE-Bereich der rheinland-pfälzischen Wirtschaft sieben Beschäftigte, das ist Platz fünf im Vergleich der Bundesländer. Im Durchschnitt der Länder sind es fast neun Erwerbstätige. In Baden-Württemberg sind es mit 17 FuE-Beschäftigten je 1 000 Erwerbstätige fast doppelt so viele. Die langfristige Entwicklung verlief im Ländervergleich sehr heterogen: Während sich der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Erwerbstätigen seit 2007 in Baden-Württemberg um 1,6 Beschäftigte je 1 000 Erwerbstätige erhöhte, ging er in Hessen um 0,6 und in Sachsen um 0,4 zurück.

G 3 Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2016



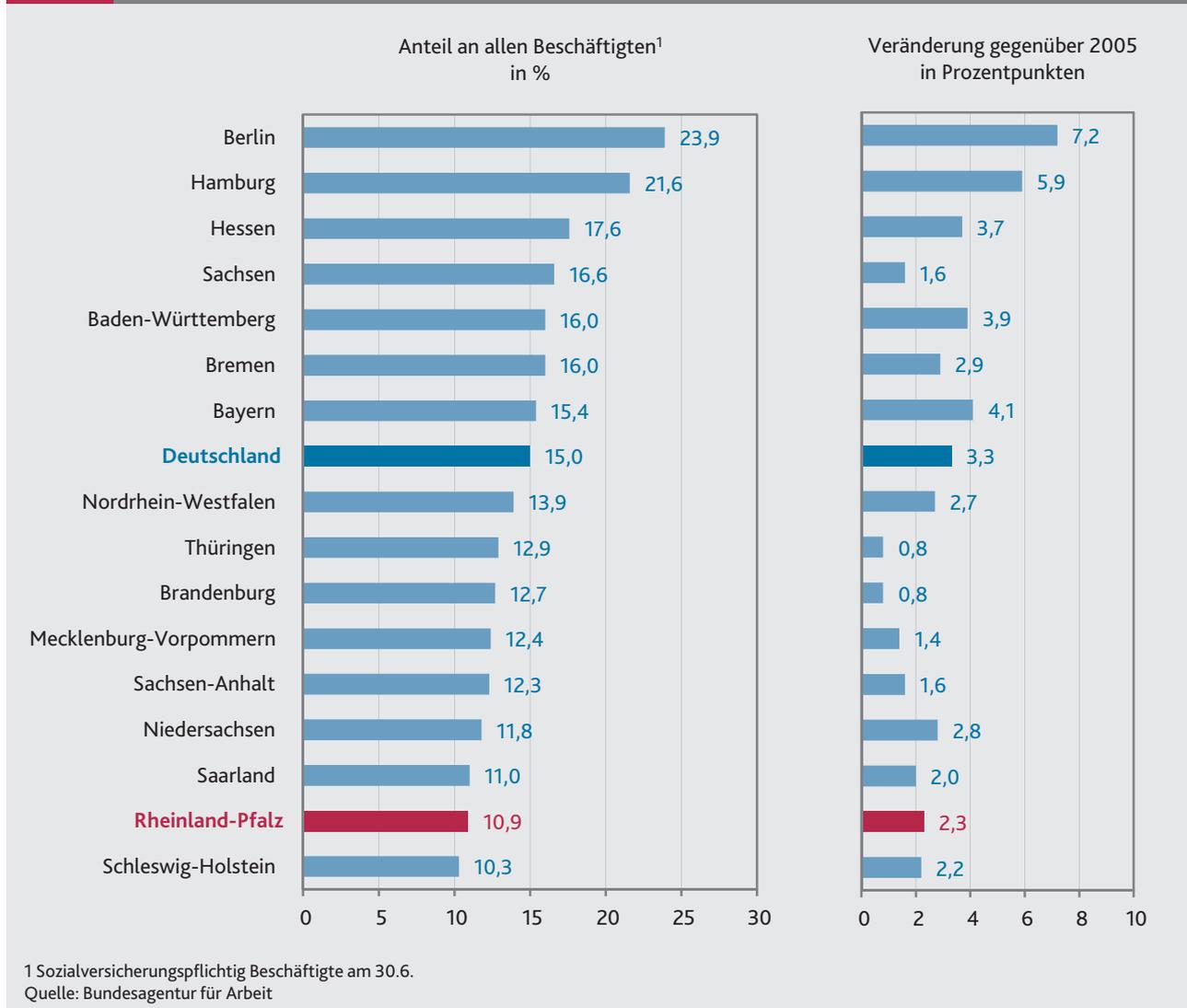
¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigung in den „Zukunftsbranchen“ leicht unterdurchschnittlich

Branchen, in denen unter Verwendung von Spitzentechnologie oder hoch qualifiziertem Personal produziert wird, werden oft als „Zukunftsbranchen“ bezeichnet, weil ihnen ein hohes Wertschöpfungspotenzial zugeschrieben wird. Diese Bereiche werden nach einer EU-Systematik in „Hochtechnologiebranchen“ (z. B. Chemische Industrie, Maschinenbau, Forschung und Entwicklung) bzw. „wissensintensive Dienstleistungsbranchen“ (z. B. Kredit- und Versicherungsgewerbe, Forschung und Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen) unterteilt. Im Juni 2016 waren in Rheinland-Pfalz in den Hochtechnologiebranchen 194 800 Personen tätig, das waren 14 Prozent aller Beschäftigten. Damit belegt das Land Rang vier und erreicht ein knapp unter dem Durchschnitt liegendes Ergebnis. In Baden-Württemberg ist mehr als jeder fünfte Beschäftigte im High-Tech-Bereich tätig. In den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen waren in Rheinland-Pfalz etwa 512 800 Personen beschäftigt und somit 38 Prozent aller Beschäftigten. Der bundesdurchschnittliche Anteil liegt bei 40 Prozent. Seit 2008 stieg die Zahl der Beschäftigten in diesen beiden Zukunftsbranchen in Rheinland-Pfalz um 6,9 bzw. 18 Prozent (Deutschland: +9,5 bzw. +20 Prozent).

10 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

G 4 Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2016

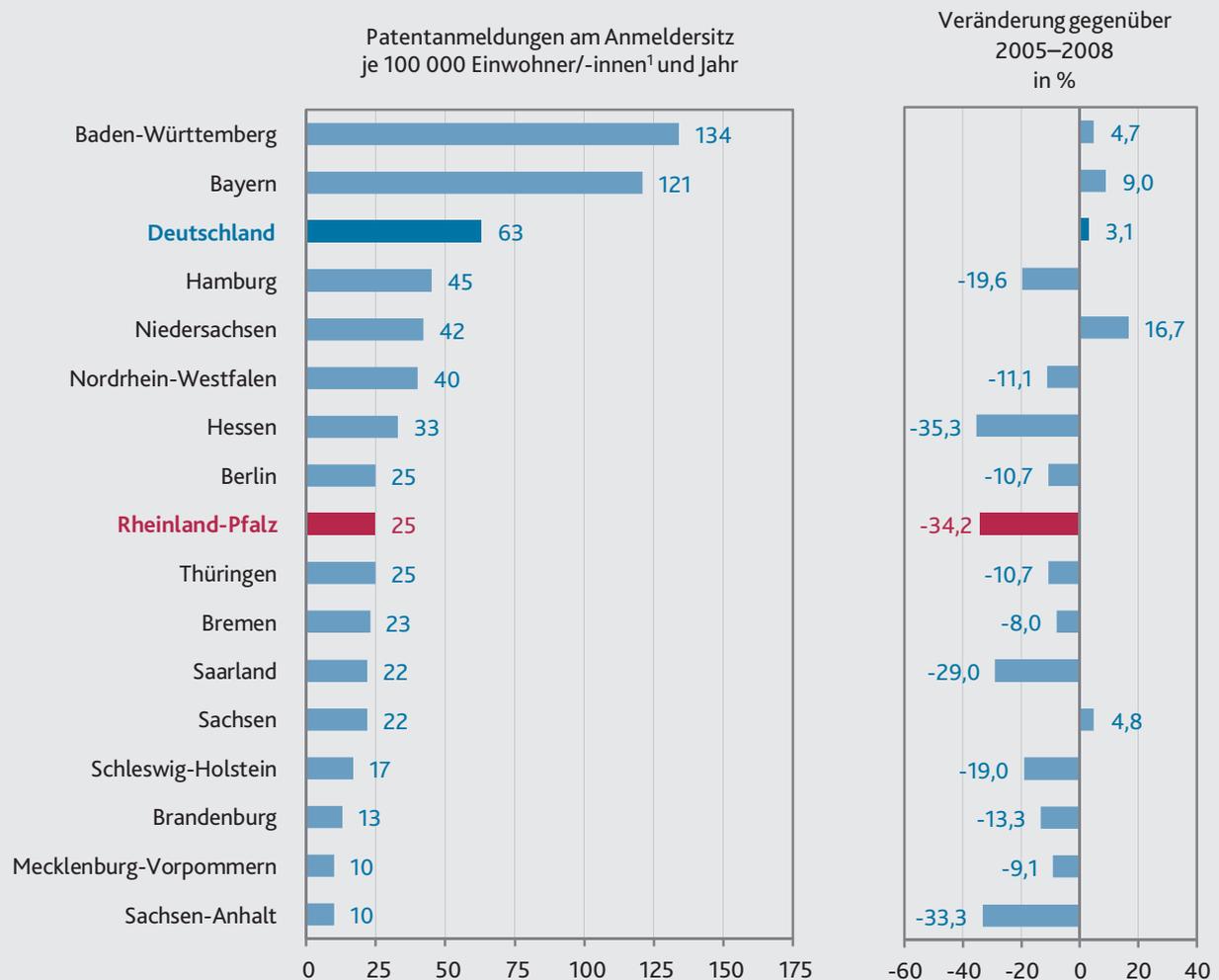


Vergleichsweise wenig Hochqualifizierte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Entwicklung und Herstellung hochtechnologischer Produkte und Produktionsverfahren setzen hohe Qualifikationen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen voraus. Diese werden in der Regel mit einem Hochschulabschluss erworben.

Im Jahr 2016 waren in Rheinland-Pfalz von 100 abhängig Beschäftigten lediglich elf Akademikerin bzw. Akademiker. Nur in Schleswig-Holstein war der Anteil noch geringer. In Berlin war er mit 24 Prozent dagegen mehr als doppelt so hoch wie hierzulande. Deutschlandweit haben 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Hochschulabschluss. Gegenüber 2005 nahm die Zahl der beschäftigten Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Rheinland-Pfalz um 50 Prozent zu (Deutschland: +53 Prozent). Der Akademikeranteil stieg dadurch um 2,3 Prozentpunkte. Im Bundesdurchschnitt erhöhte sich der Anteil um 3,3 Prozentpunkte. Den mit Abstand stärksten Anstieg verzeichnete Berlin mit 7,2 Prozentpunkten.

G 5 Patendichte 2013–2016



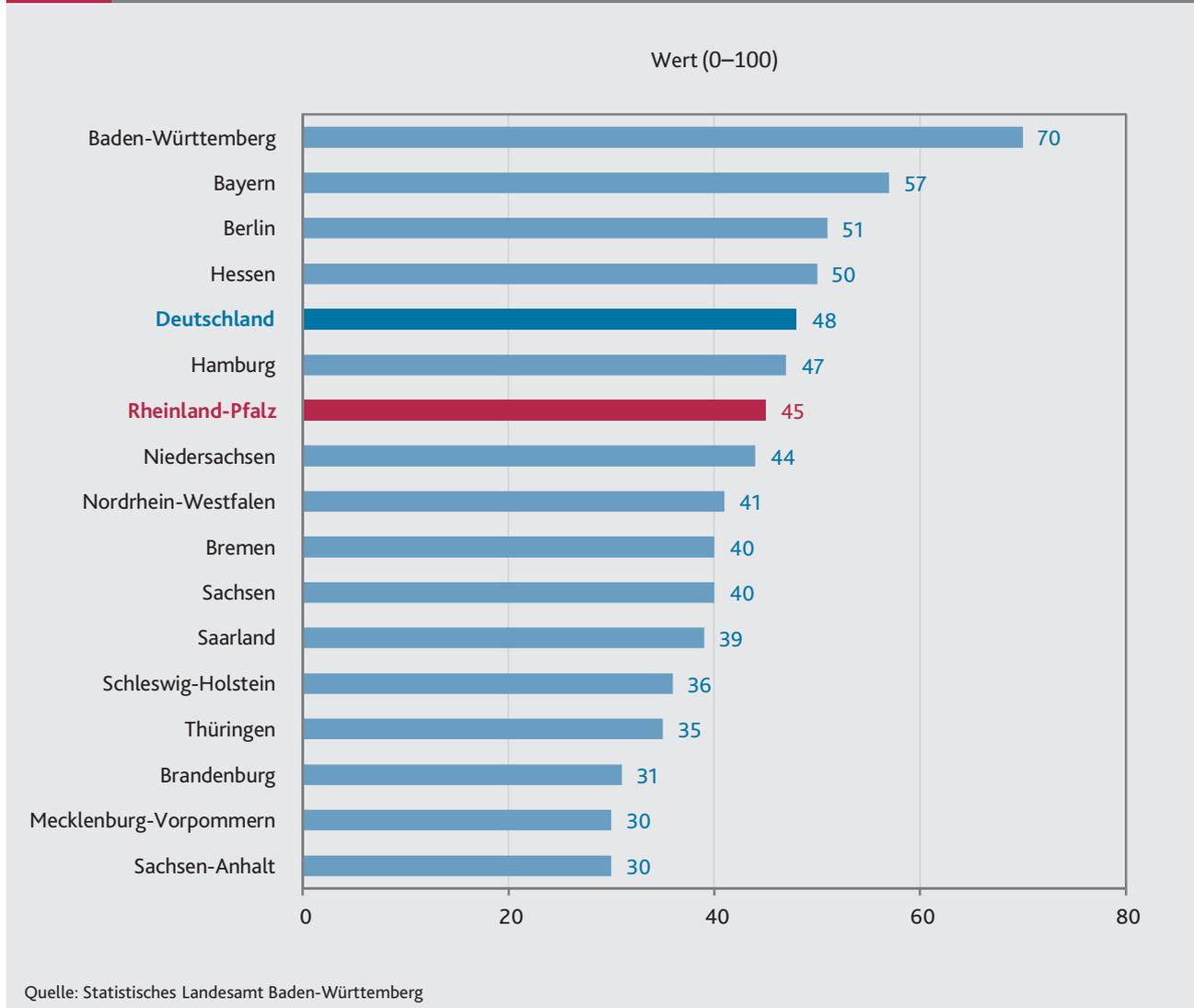
¹ Durchschnittsbevölkerung.
Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt; eigene Berechnungen

Patentaktivitäten rheinland-pfälzischer Erfinderinnen und Erfinder gehen zurück

Die Zahl der Patentanmeldungen gibt Hinweise über Innovationsanstrengungen. In den Jahren 2013 bis 2016 erfolgten beim Deutschen Patentamt je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner durchschnittlich 25 Patentanmeldungen von in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen oder Einzelerfinderinnen und -erfindern. Damit erreicht Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Berlin und Thüringen den siebten Rang im Ländervergleich. Wegen der herausragenden Positionen von Baden-Württemberg und Bayern liegt das Land aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 63 Patenten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mehr als 60 Prozent dieser Patentanmeldungen kamen aus Baden-Württemberg und Bayern.

In Rheinland-Pfalz hat die Zahl der Anmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2008 um mehr als ein Drittel abgenommen (–34 Prozent). Der stärkste Rückgang im Ländervergleich war in Hessen zu verzeichnen (–35 Prozent). Substanzielle Zunahmen waren lediglich in Niedersachsen (+17 Prozent), Bayern (+9 Prozent), Baden-Württemberg und Sachsen (jeweils +5 Prozent) festzustellen.

G 6 Innovationsindex 2016

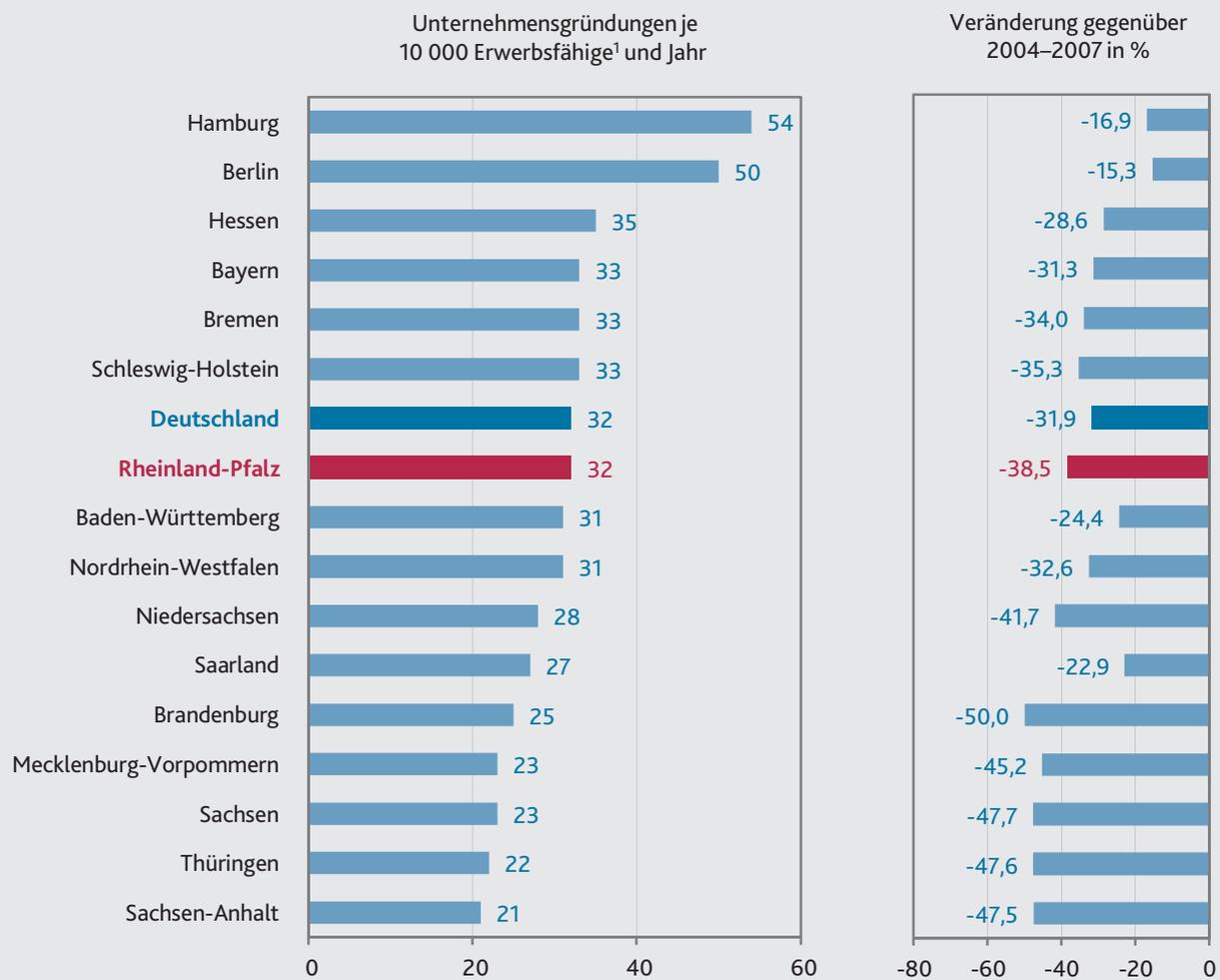


Rheinland-Pfalz mit Innovationskraft auf Rang sechs

Innovationen, d. h. neue oder verbesserte Produkte, Prozesse und Dienstleistungen, sind eine wichtige Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Rheinland-Pfalz belegt beim Innovationsindex 2016 unter den Bundesländern mit einem Indexwert von 45 Platz sechs. Deutscher wie europäischer Spitzenreiter ist Baden-Württemberg mit einem Wert von 70.

In den letzten Jahren hat sich Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer stetig verbessert. Beim Innovationsindex 2012 lag das Land noch auf Rang zehnte; bei der letzten Berechnung 2014 wurde Rang acht erreicht. Der Innovationsindex wird vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die Länder bzw. Regionen der Europäischen Union berechnet. Er setzt sich aus den Teilindizes „Niveau“ und „Dynamik“ zusammen, die im Verhältnis 75:25 in den Gesamtindex einfließen. Ausschlaggebend für die gute Position von Rheinland-Pfalz ist die Platzierung im Teilindex „Niveau“, d. h. der aktuellen Innovationskraft. Im Teilindex „Dynamik“, der die mittelfristige Entwicklung der Innovationskraft abbildet, schneidet Rheinland-Pfalz schwächer ab.

G 7 Gründungsintensität 2012–2015



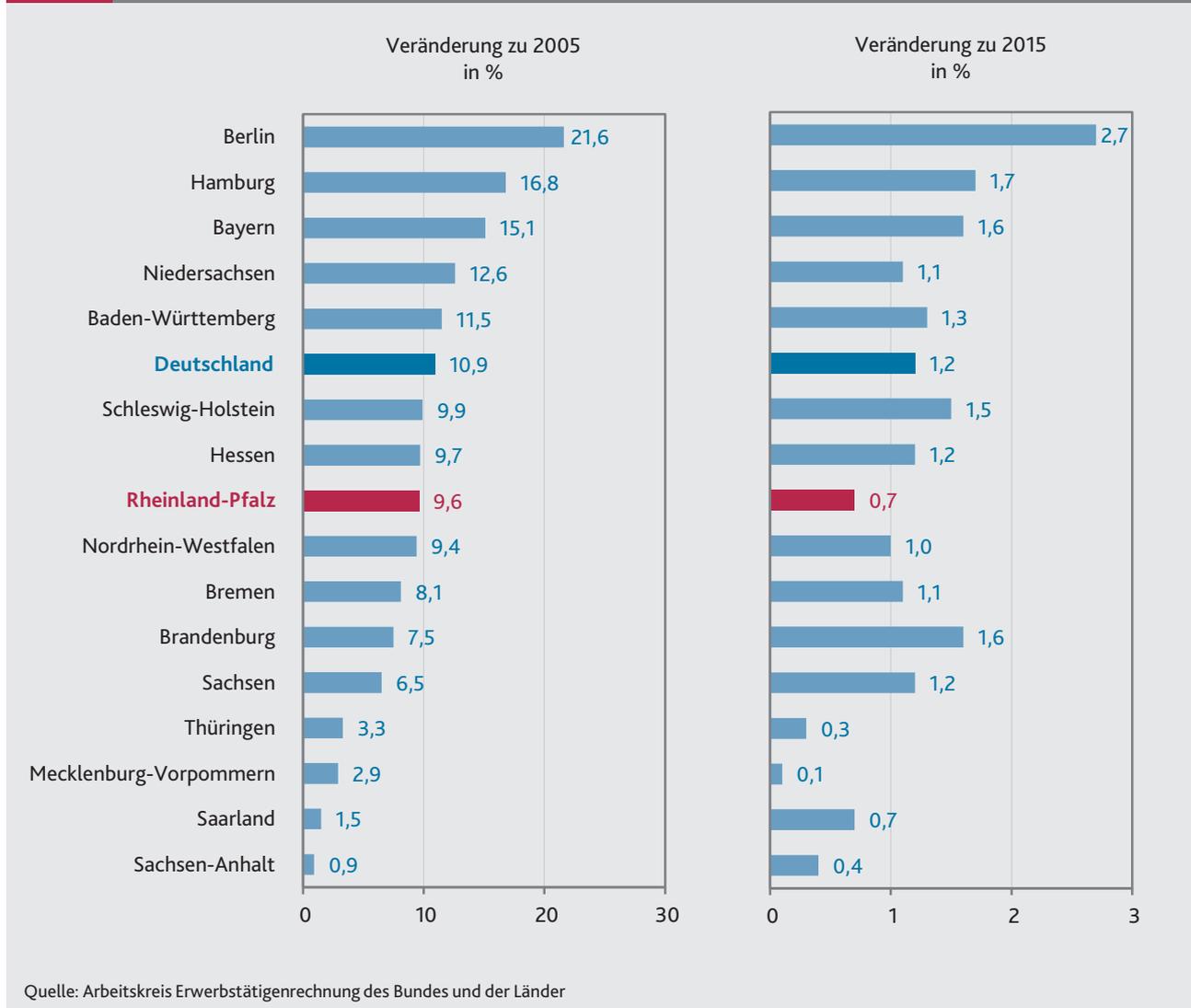
¹ Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahre.
Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

Nach hohem Niveau deutlich abnehmende Gründungsaktivitäten

In Rheinland-Pfalz sind die Unternehmensgründungen bezogen auf die Zahl der Erwerbsfähigen, wie in allen Bundesländern, rückläufig. Im Zeitraum 2004 bis 2007 war die Gründungsintensität mit 52 Unternehmensgründungen je 10 000 Erwerbsfähige noch sehr hoch. Im Ländervergleich stand Rheinland-Pfalz auf dem dritten Platz. Im Jahresdurchschnitt 2012 bis 2015 nimmt das Land mit 32 Gründungen nur noch den siebten Platz unter den Bundesländern ein. Gegenüber dem Vergleichszeitraum sind die Gründungsaktivitäten deutlich stärker gesunken als in den meisten anderen westlichen Bundesländern.

Unternehmensgründungen schaffen Beschäftigung und fördern durch neue Produkte und Dienstleistungen den Wettbewerb mit bestehenden Unternehmen. Der Schwerpunkt der Gründungsaktivitäten liegt in allen Ländern bei den konsumbezogenen Dienstleistungen, gefolgt von unternehmensnahen Dienstleistungen und dem Handel. Diese Branchen umfassen in Deutschland bei geringen Unterschieden zwischen den meisten Bundesländern rund drei Viertel der Aktivitäten.

G 1 Erwerbstätige am Arbeitsort 2016

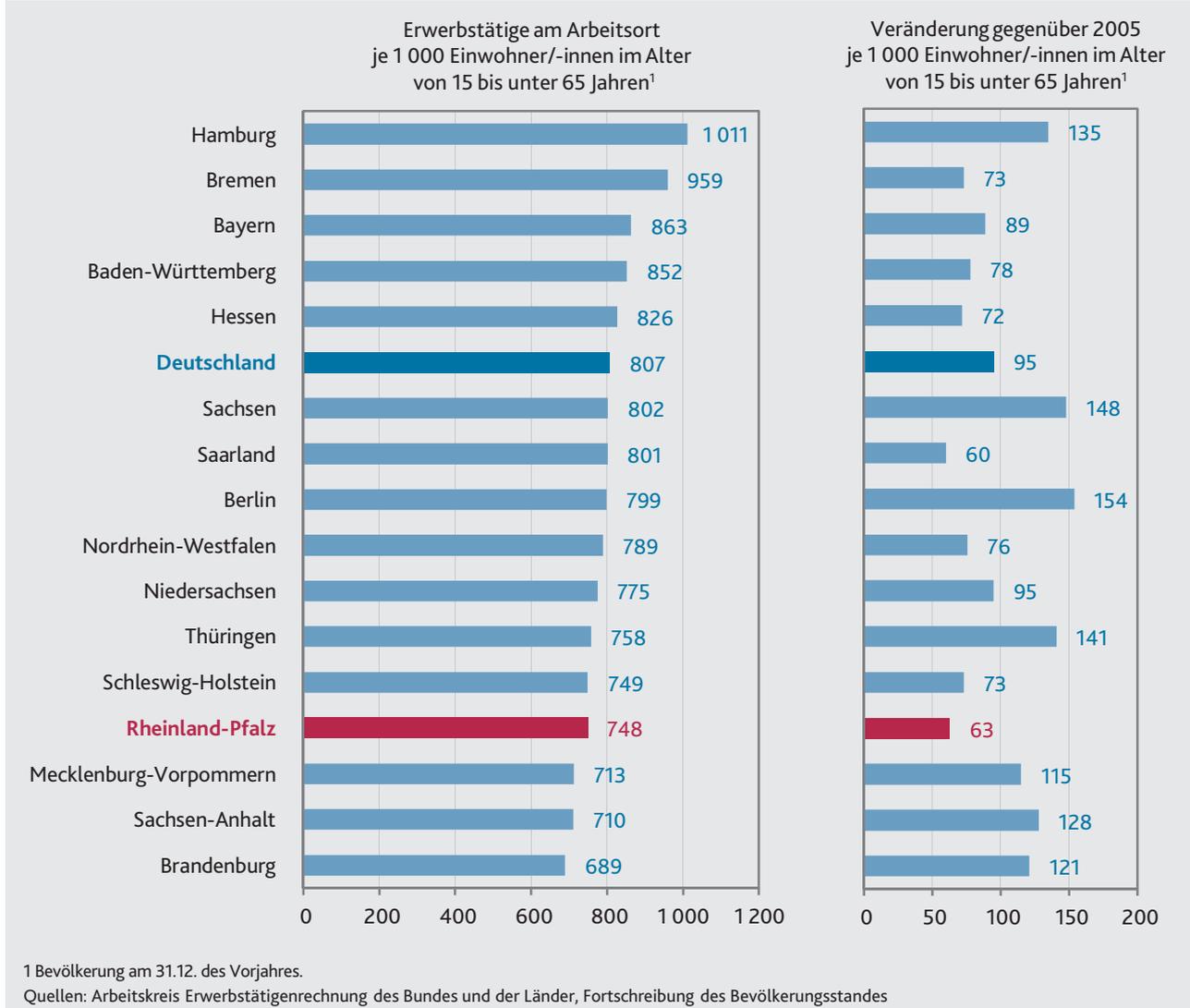


Seit 2005 rund 175 300 neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2016 hatten gut zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Damit erreichte die Erwerbstätigkeit einen neuen Höchststand. Seit 2005 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Land kräftig um 175 300. Das entspricht einem Zuwachs um 9,6 Prozent; im Bundesdurchschnitt war eine Zunahme um elf Prozent zu verzeichnen. Mit Abstand am stärksten stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin. Relativ wenige neue Arbeitsplätze entstanden in den ostdeutschen Ländern und im Saarland.

Auch am aktuellen Rand ist die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 0,7 Prozent zu. Im Bundesdurchschnitt war der Beschäftigungszuwachs mit einem Plus von 1,2 Prozent etwas stärker als in Rheinland-Pfalz. Impulse für den Arbeitsmarkt kamen wie in den Vorjahren vor allem aus dem Dienstleistungssektor (+1,1 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Auch das Baugewerbe verzeichnete einen Zuwachs (+0,8 Prozent; Deutschland: +1,1 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit dagegen um 0,2 Prozent ab (Deutschland: +0,3 Prozent).

G 2 Arbeitsplatzdichte 2016

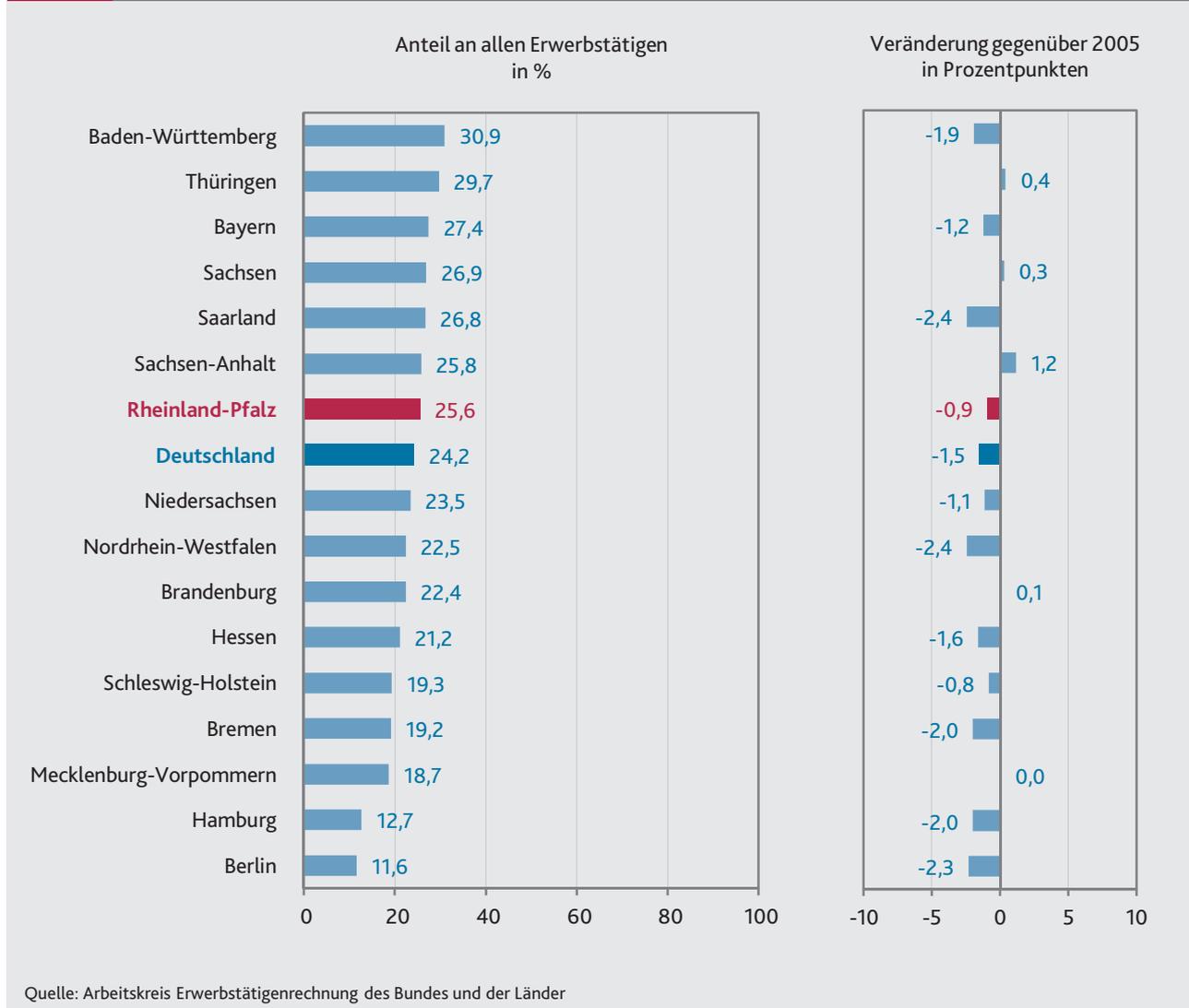


Arbeitsplatzdichte in Hamburg und Bremen am höchsten

Die Arbeitsplatzdichte in einem Bundesland errechnet sich aus der Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in diesem Bundesland haben, bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Im Jahr 2016 kamen in Rheinland-Pfalz 748 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter. Das sind 59 Erwerbstätige weniger als im Bundesdurchschnitt. Ein Grund für die relativ niedrige Arbeitsplatzdichte ist, dass es in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig viele Berufsauspendlerinnen und -pendler gibt, also Personen, die zwar im Land leben, aber über die Landesgrenze zum Arbeiten in ein anderes Bundesland pendeln. Spitzenreiter mit der höchsten Arbeitsplatzdichte sind die Stadtstaaten Hamburg und Bremen; die niedrigste Arbeitsplatzdichte weist Brandenburg auf.

Seit 2005 hat sich die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz um 63 Erwerbstätige je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter erhöht. Damit lag der Zuwachs deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (+95 Erwerbstätige); hohe Zuwächse verzeichneten Berlin, Hamburg und die neuen Länder.

G 3 Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2016

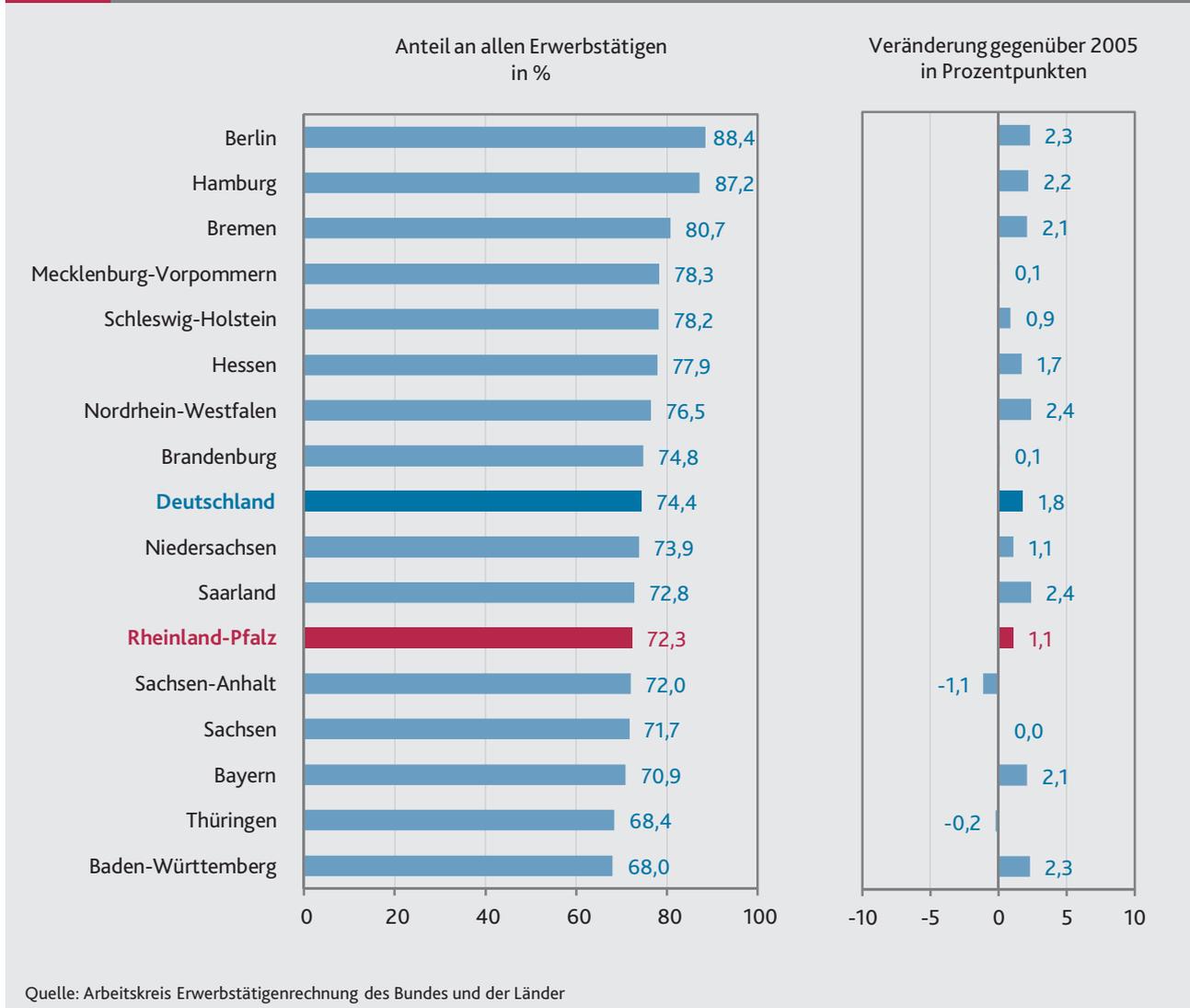


Überdurchschnittlicher Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfasst im Wesentlichen die beiden großen Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Im Jahr 2016 arbeitete bundesweit fast jeder vierte Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe. In Rheinland-Pfalz hatten rund 511200 Menschen ihren Arbeitsplatz in diesem Wirtschaftsbereich. Das entspricht einem Anteil von knapp 26 Prozent an allen Erwerbstätigen. Im industriegeprägten Baden-Württemberg waren 31 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, in der Bundeshauptstadt Berlin dagegen nur knapp zwölf Prozent.

Der seit Jahrzehnten zu beobachtende strukturelle Wandel vom sekundären zum tertiären Sektor spiegelt sich auch in einem sinkenden Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes wider. Seit 2005 reduzierte sich der Erwerbstätigenanteil im gesamten Bundesgebiet um 1,5 Prozentpunkte. In Rheinland-Pfalz war der Rückgang nicht ganz so stark (-0,9 Prozentpunkte).

G 4 Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2016

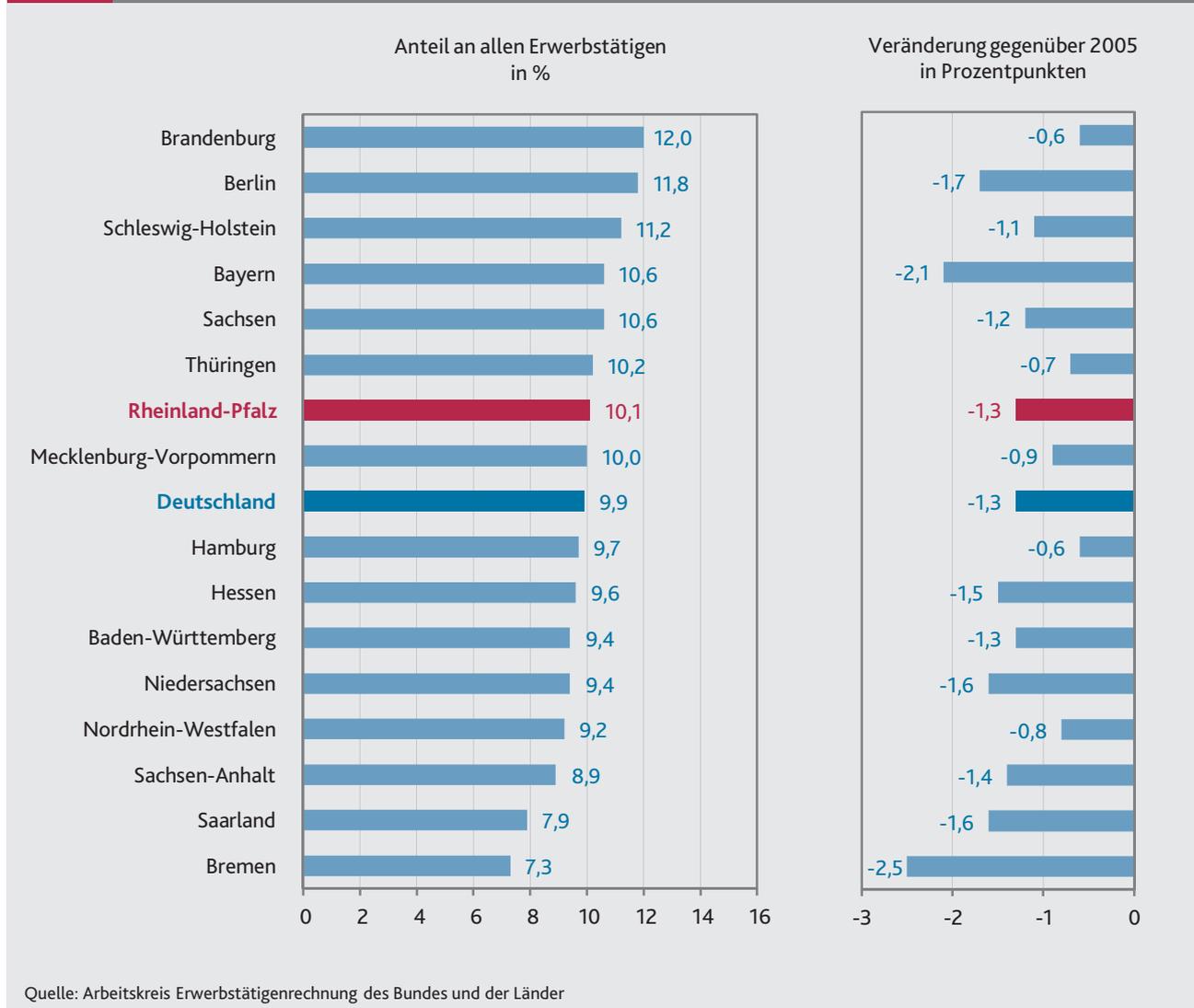


Erwerbstätigenanteil der Dienstleistungsbereiche steigt weiter

Der langfristige Trend zur Dienstleistungsgesellschaft hält an. Mittlerweile üben im Bundesdurchschnitt knapp drei Viertel aller Erwerbstätigen eine Dienstleistungstätigkeit aus. In den Stadtstaaten sind es sogar mehr als 80 Prozent. In Rheinland-Pfalz haben das Produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft ein etwas höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt; dementsprechend kommen die Dienstleistungsbe-
reiche nur auf einen unterdurchschnittlichen Anteil von 72 Prozent.

Spiegelbildlich zur Entwicklung im Produzierenden Gewerbe hat der Anteil des Dienstleistungssektors in fast allen Ländern seit 2005 zugenommen, in einigen Ländern stärker als die Abnahme des Produzierenden Gewerbes, da gleichzeitig die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft sank. Die kräftigsten Zuwächse verzeichneten Nordrhein-Westfalen und das Saarland. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil seit 2005 um 1,1 Prozentpunkte gewachsen (Deutschland: +1,8 Prozentpunkte).

G 5 Selbstständige 2016

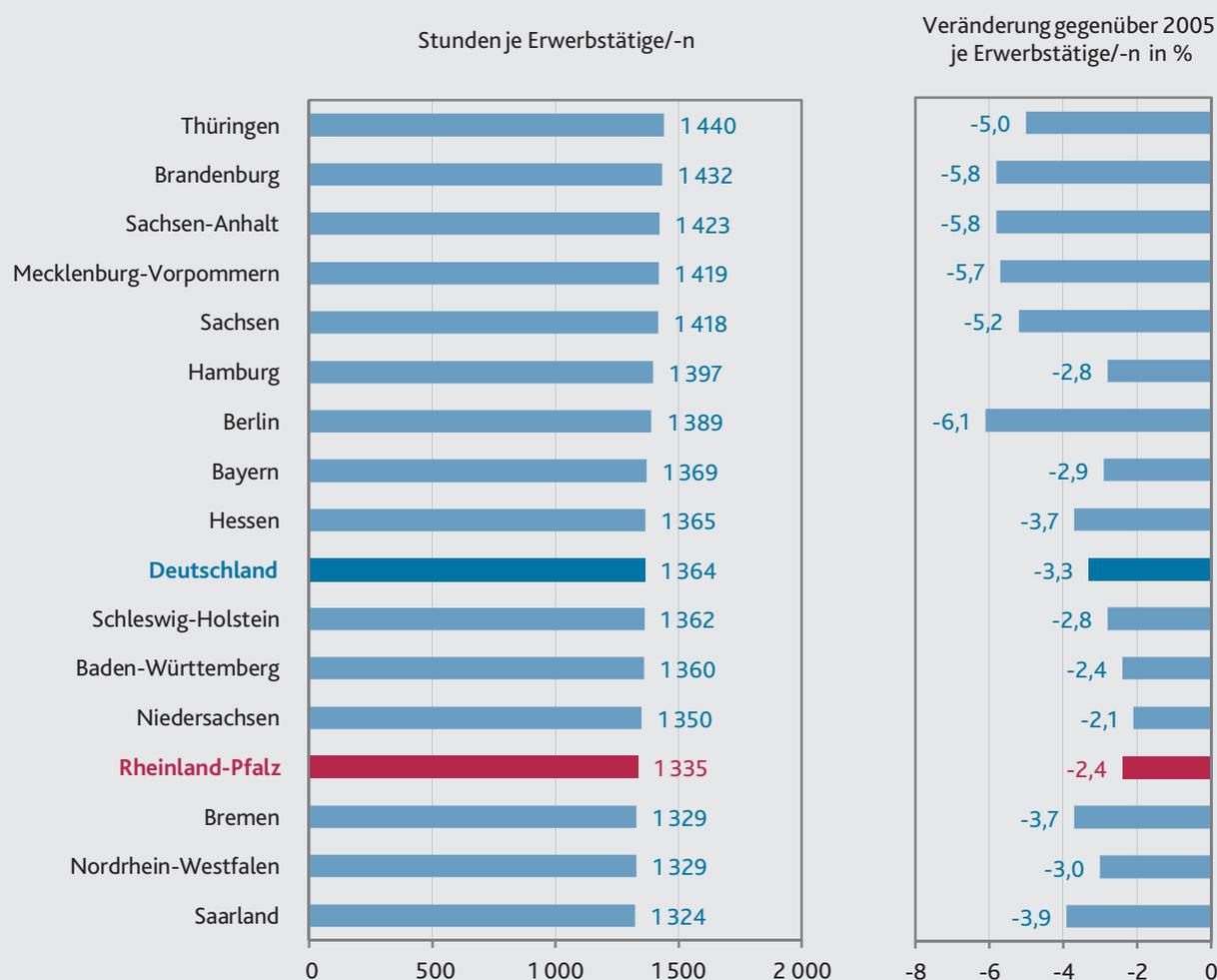


Gut zehn Prozent der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz sind selbstständig

Die Zahl der Erwerbstätigen setzt sich aus den abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte, marginal Beschäftigte) sowie den Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehörige) zusammen. Im Jahr 2016 waren von den zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 90 Prozent bzw. gut 1,8 Millionen abhängig beschäftigt, die anderen zehn Prozent bzw. gut 202 300 Personen waren selbstständig. Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Selbstständigenanteil ebenfalls bei knapp zehn Prozent. In Brandenburg sind mit zwölf Prozent die meisten Erwerbstätigen selbstständig.

In allen Bundesländern hat sich die Zahl der Selbstständigen in der langen Frist verringert. Am geringsten fiel der Rückgang in Brandenburg und Hamburg aus (-0,6 Prozentpunkte seit 2005). In Rheinland-Pfalz verringerte sich der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen um 1,3 Prozentpunkte, der Rückgang entsprach damit dem Durchschnitt der Länder.

G 6 Arbeitsvolumen 2016



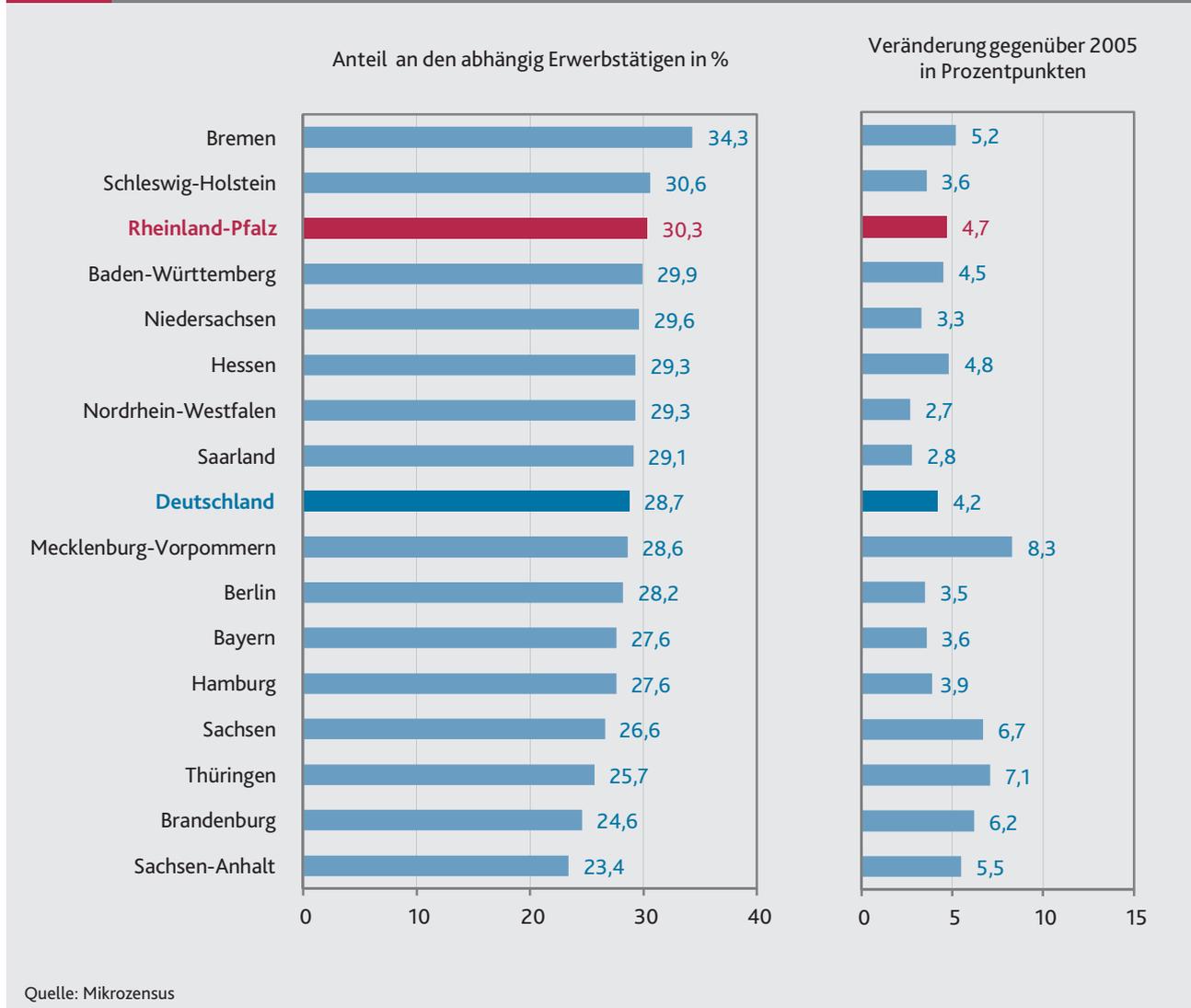
Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Rückgang des Arbeitsvolumens je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz am geringsten

In Rheinland-Pfalz wurden 2016 von den Erwerbstätigen insgesamt gut 2,7 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Durchschnittlich ergeben sich 1335 Arbeitsstunden für jeden Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren 29 Stunden weniger als im Bundesdurchschnitt. In allen neuen Bundesländern war das durchschnittliche Arbeitsvolumen höher als in den alten Ländern. Gegenüber dem Jahr 2005 ist das durchschnittliche Arbeitsvolumen in allen Ländern zurückgegangen. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 33 Stunden und damit etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt (-47 Stunden).

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird beeinflusst von der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der unterschiedlichen Bedeutung einzelner Erwerbsformen, insbesondere von Selbstständigkeit, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.

G 7 Teilzeitbeschäftigte 2015

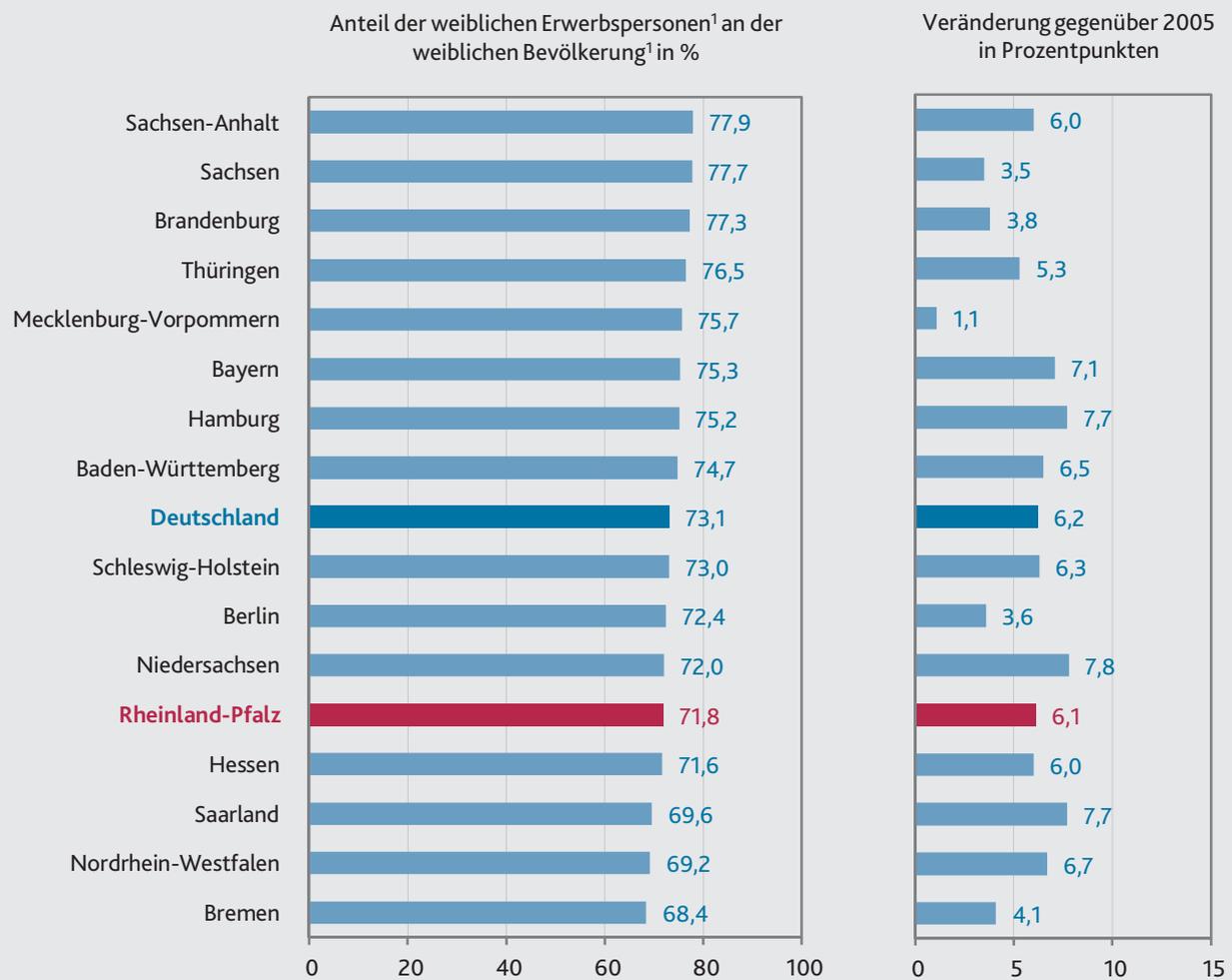


Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen sind teilzeitbeschäftigt

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter.

Von allen abhängig Erwerbstätigen waren 2015 im Land 30 Prozent teilzeitbeschäftigt (Deutschland: 29 Prozent). Damit belegt Rheinland-Pfalz den dritten Rang im Bundesländervergleich. Im Osten Deutschlands ist diese Beschäftigungsform zwar weniger verbreitet als in Westdeutschland, gleichwohl legte die Teilzeitquote in den neuen Flächenländern gegenüber 2005 überdurchschnittlich zu. Insbesondere Frauen gehen häufig einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Jahr 2015 waren in Rheinland-Pfalz 83 Prozent der Teilzeitkräfte weiblich. Im Bundesdurchschnitt lag der Wert bei 81 Prozent.

G 8 Frauenerwerbsquote 2015



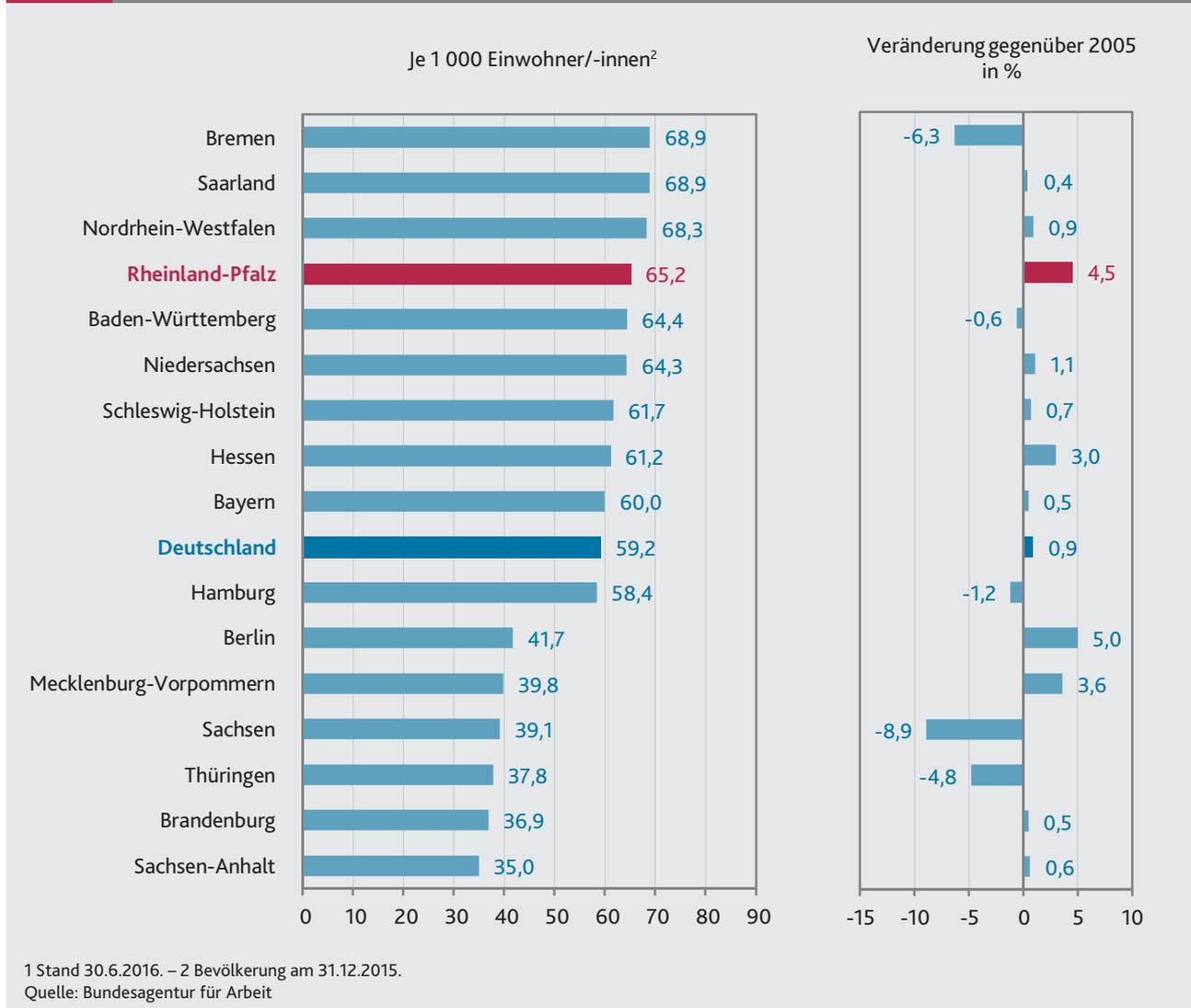
¹ Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.
Quelle: Mikrozensus

Vergleichsweise niedrige Frauenerwerbsquote in Rheinland-Pfalz

Die Frauenerwerbsquote gibt Auskunft über die Erwerbsbeteiligung der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Sie bezieht die weiblichen Erwerbspersonen auf die weibliche Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Traditionell beteiligen sich Frauen in den ostdeutschen Flächenländern stärker am Erwerbsleben als Frauen im Westen der Bundesrepublik. In den östlichen Bundesländern belief sich die Frauenerwerbsquote 2015 auf Werte zwischen 76 und 78 Prozent; in Rheinland-Pfalz lag sie bei 72 Prozent.

Obwohl sich die rheinland-pfälzische Quote seit 2005 um 6,1 Prozentpunkte erhöht hat, steht das Land im Bundesvergleich bei dieser Kennzahl an zwölfter Stelle. Nur in Bremen, Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Hessen beteiligen sich weniger Frauen am Erwerbsleben. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, der sich im Zuge des demografischen Wandels für die Zukunft abzeichnet, wird vor allem in den alten Bundesländern eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote erfordern.

G 9 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ 2016

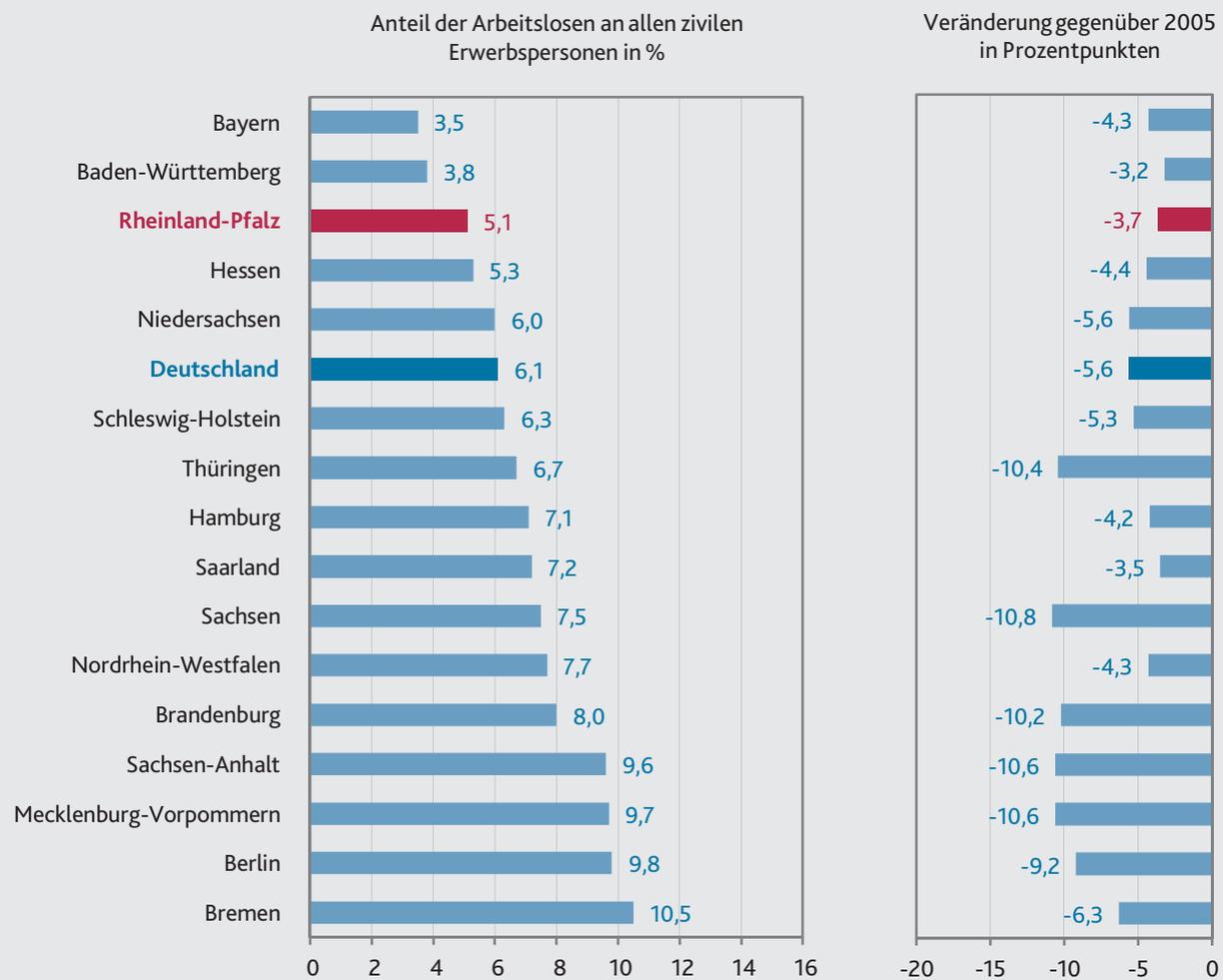


Überdurchschnittlich viele ausschließlich geringfügig Entlohnte in Rheinland-Pfalz

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung monatlich 450 Euro nicht übersteigt (bis Ende 2012 betrug die Obergrenze 400 Euro). Im Jahr 2016 gingen in Rheinland-Pfalz 65 von 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner einer ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung nach; rund 19 Prozent von ihnen waren 65 Jahre und älter. Deutschlandweit wurden 59 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner geringfügig entlohnt. In den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) ist diese Beschäftigungsart weniger verbreitet; auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen dort 2016 höchstens 42 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte.

Im langfristigen Vergleich veränderte sich die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung in den Bundesländern unterschiedlich. Am höchsten war der Zuwachs seit dem Jahr 2005 in der Bundeshauptstadt (+5 Prozent). In Sachsen ging diese Beschäftigungsart am stärksten zurück (-8,9 Prozent). Rheinland-Pfalz wies einen Anstieg von +4,5 Prozent auf und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+0,9 Prozent).

G 10 Arbeitslosenquote 2016



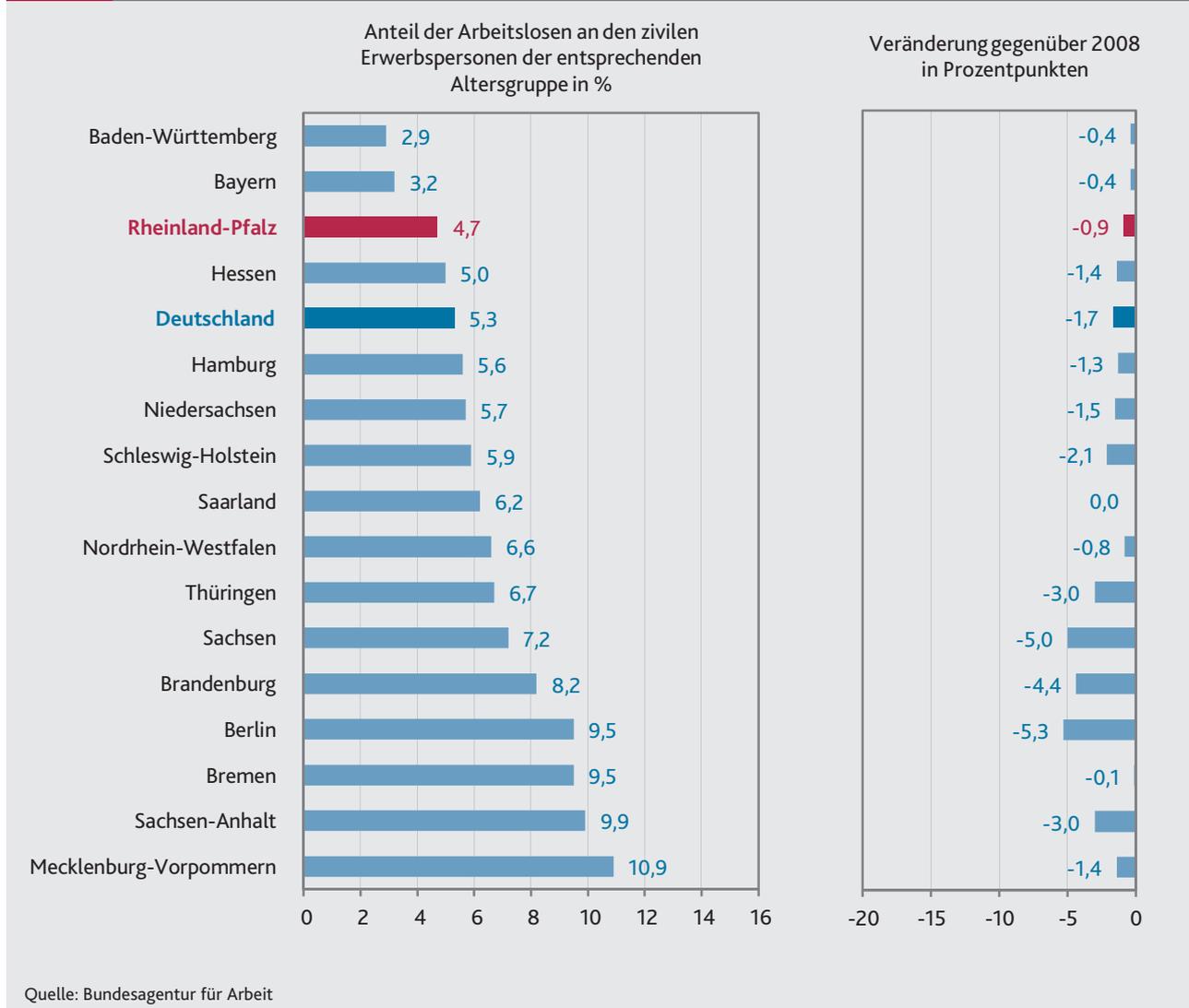
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Seit 2005 drittniedrigste Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz

Bei der Arbeitslosenquote, welche die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht, sind große regionale Unterschiede zu beobachten. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland höher als im Westen der Bundesrepublik. Allerdings haben sich die Abstände in den letzten Jahren deutlich verringert. Thüringen und Sachsen liegen im Jahr 2016 sogar auf dem siebten bzw. zehnten Platz und haben damit eine niedrigere Arbeitslosenquote als einige westdeutsche Bundesländer.

Im Jahr 2016 waren deutschlandweit 6,1 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, wobei Bremen mit 10,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote auswies. Rheinland-Pfalz belegt mit einer Quote von 5,1 Prozent den dritten Platz, hinter Bayern (3,5 Prozent) und Baden-Württemberg (3,8 Prozent).

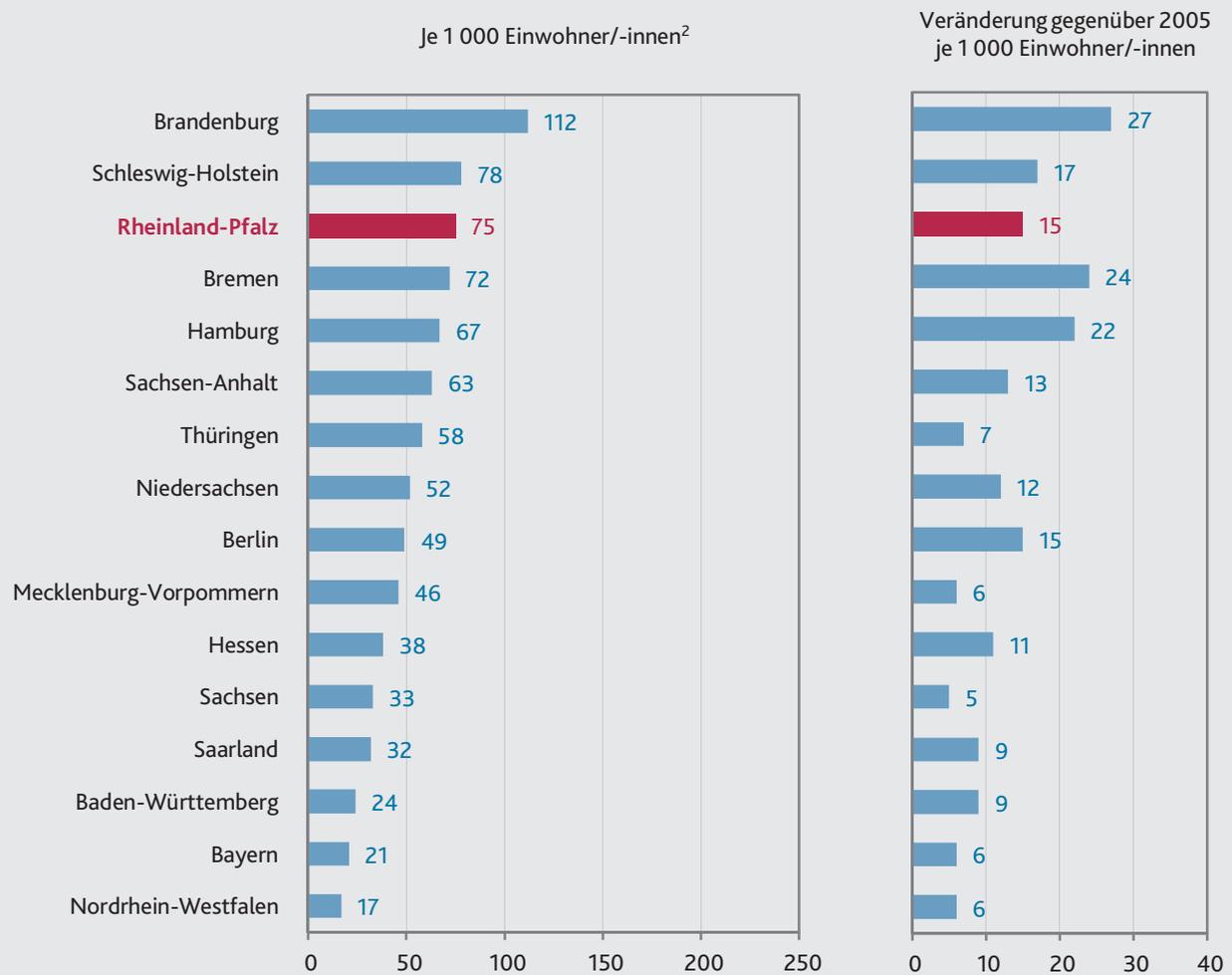
G 11 Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2016



Rheinland-Pfalz belegt bei der Jugendarbeitslosigkeit den dritten Rang

Eine besondere Herausforderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Jugendarbeitslosigkeit, denn die jungen Menschen sind das Zukunftspotenzial des Landes. Im Jahr 2016 waren im gesamten Bundesgebiet 5,3 Prozent der 15- bis 25-Jährigen auf der Suche nach Arbeit. In Rheinland-Pfalz belief sich die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen auf 4,7 Prozent. Wie bei der Gesamtquote bestehen auch bei der Jugendarbeitslosigkeit große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Mit Ausnahme von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen in den Ländern geringer als die Arbeitslosigkeit insgesamt. In Thüringen sind die Quoten identisch.

Verglichen mit 2008 ist die Jugendarbeitslosigkeit in allen Bundesländern zurückgegangen, am stärksten in den ostdeutschen Ländern und in Berlin. Dort ist sie aber nach wie vor ein größeres Problem als in den westdeutschen Ländern.

G 12 Berufsauspendler/-innen¹ 2016

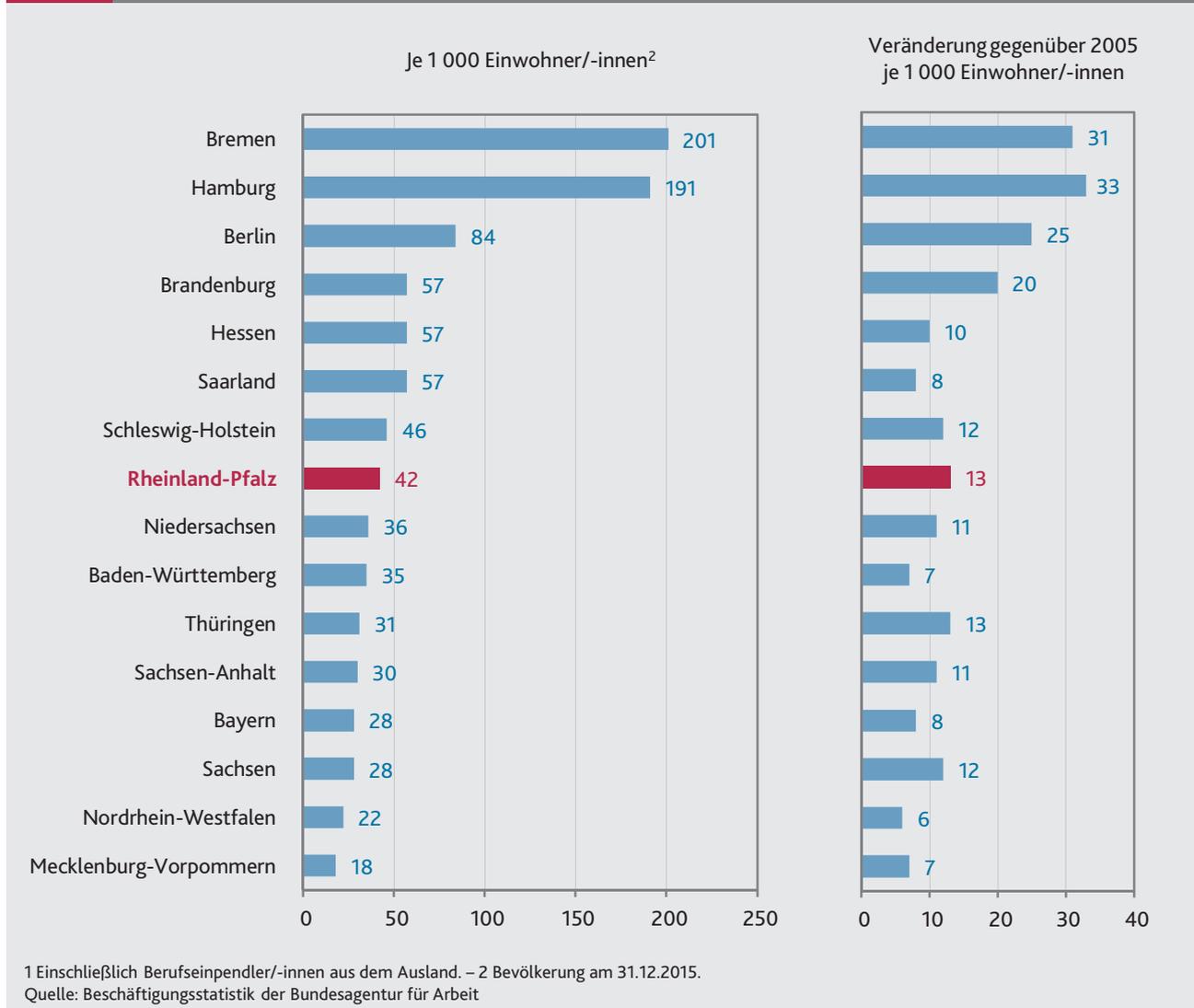
¹ Ohne Berufsauspendler/-innen ins Ausland (keine Daten verfügbar). – ² Bevölkerung am 31.12.2015.
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Viele Berufsauspendler/-innen fahren über die rheinland-pfälzische Landesgrenze zur Arbeit

Als Berufspendlerinnen und Berufspendler werden Personen bezeichnet, die zwischen Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg pendeln. Auspendlerinnen und Auspendler haben ihren Wohnsitz in einem Bundesland und arbeiten in einem anderen Bundesland. Attraktive Wohnstandorte, gute Verkehrsanbindungen sowie die geografische Lage eines Landes sind Ursachen für hohe Auspendlerzahlen. In Rheinland-Pfalz gibt es nicht zuletzt aus diesen Gründen viele Berufsauspendlerinnen und -pendler. Im Jahr 2016 hatten 75 von 1000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ihren Arbeitsort in einem anderen Bundesland. Gegenüber 2005 ist das bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Zunahme von 15 Auspendlern.

Deutschlandweit gab es in Brandenburg die mit Abstand meisten Berufsauspendlerinnen und -pendler (112 je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner); auch die Zunahme der Auspendlerquote seit 2005 fiel dort sehr hoch aus. Die vergleichsweise niedrige Arbeitsplatzdichte in Brandenburg sowie die räumliche Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin dürften hierbei eine Rolle spielen.

G 13 Berufseinpender/-innen¹ 2016

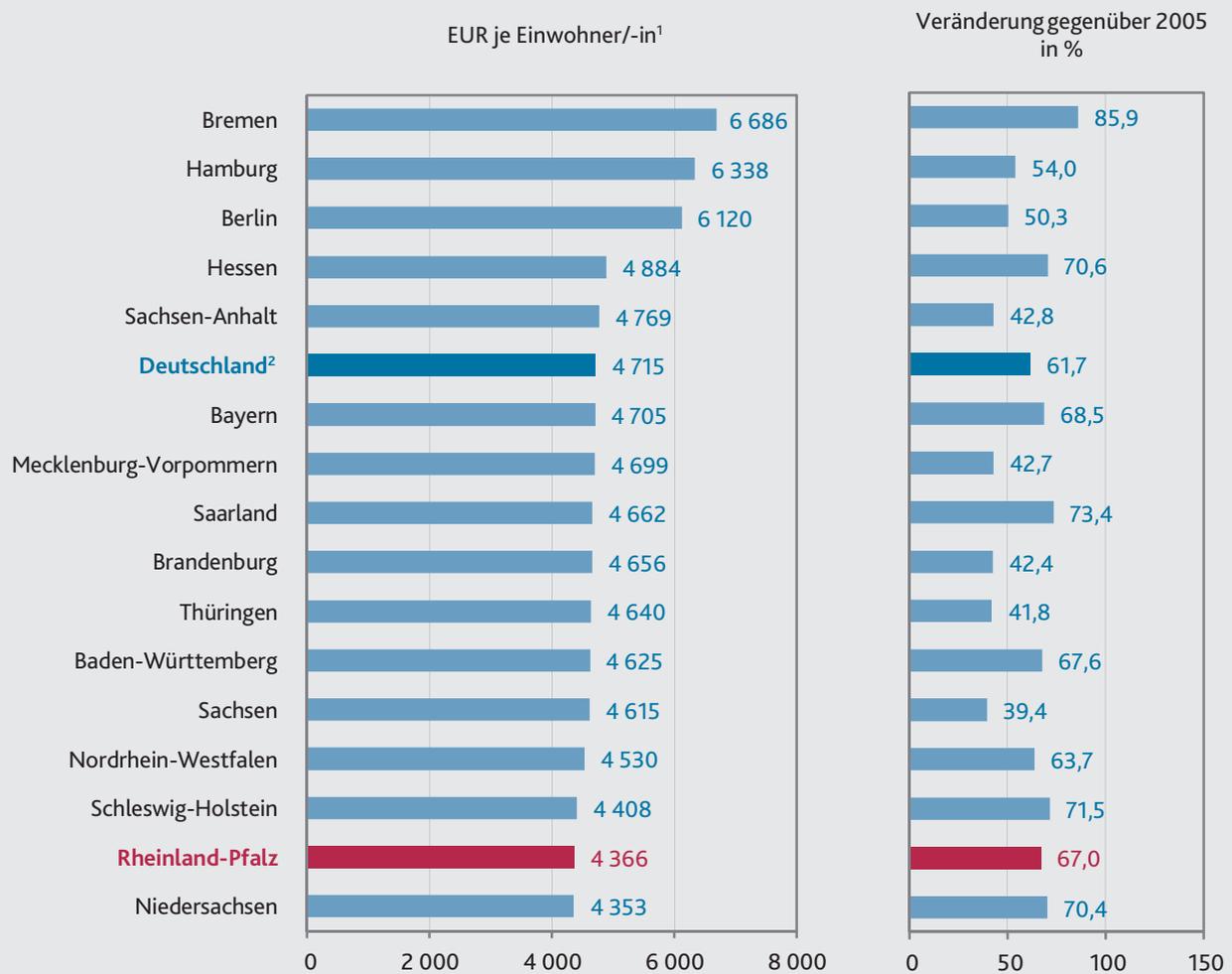


Vergleichsweise wenige Menschen pendeln zur Arbeit nach Rheinland-Pfalz

Berufseinpenderinnen und -pendler sind Personen, die zum Arbeiten in ein Land kommen, aber in einem anderen Land wohnen. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind attraktive Arbeitsorte für Menschen aus anderen Bundesländern, insbesondere aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf die Einwohnerzahl bezogen gab es 2016 in den beiden Hansestädten die mit Abstand meisten Berufseinpenderinnen bzw. -einpender (201 bzw. 191 Berufseinpenderinnen und -einpender je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Rheinland-Pfalz belegt im bundesweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld (42 Berufseinpenderinnen und -einpender).

Seit 2005 ist in Rheinland-Pfalz – wie auch in allen anderen Bundesländern – die Zahl der Einpendlerinnen und Einpendler gestiegen (+13 Einpendler je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die langfristigen Steigerungen der Pendlerbewegungen insgesamt zeigen, dass die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugenommen hat. Insbesondere hochqualifizierte Personen nehmen weite Fahrtstrecken zwischen Wohn- und Arbeitsort auf sich.

G 1 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2016



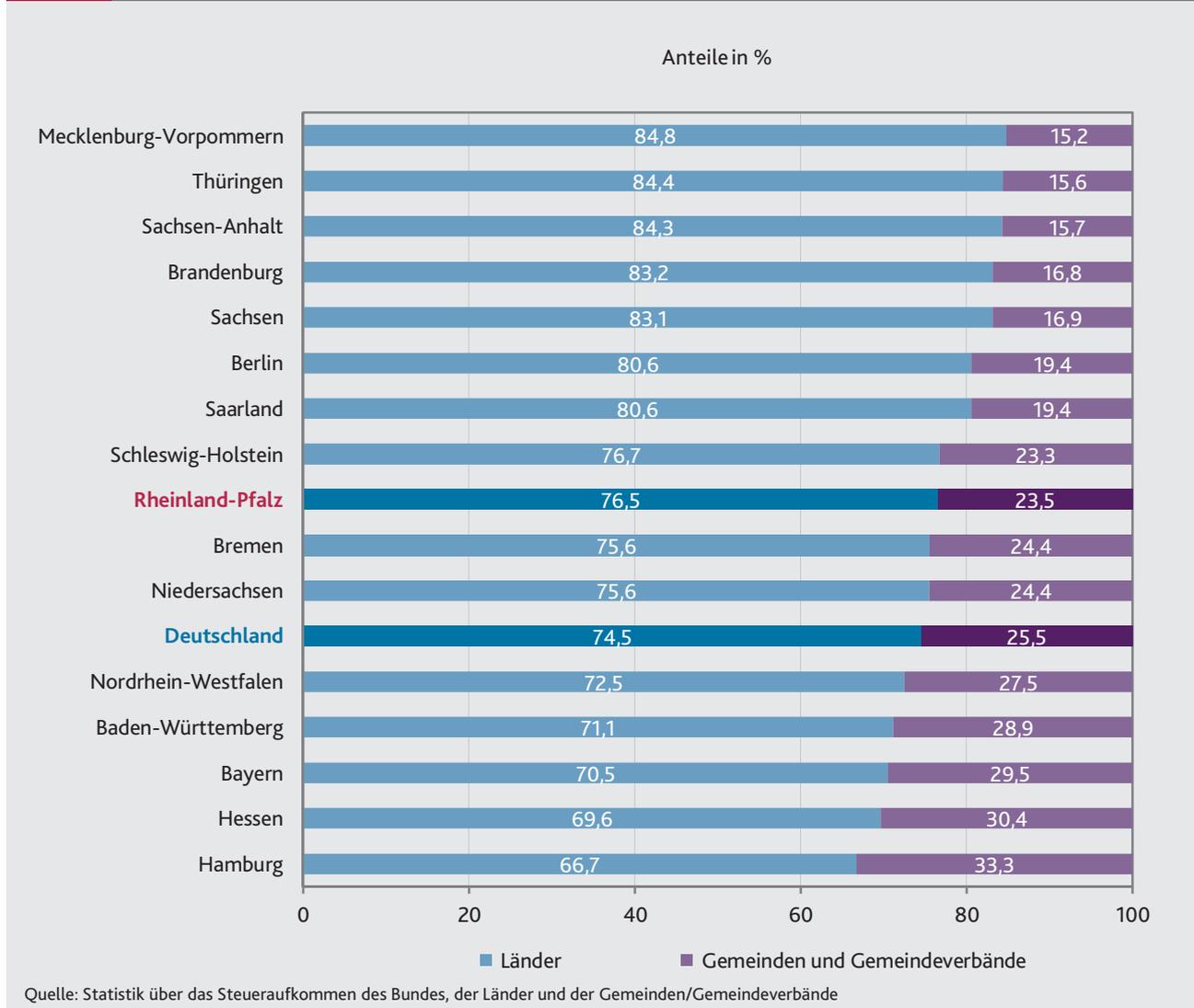
¹ Bevölkerung am 31.12.2015. – ² Diese Werte beziehen sich nicht auf das Bundesergebnis, sondern geben den Durchschnitt der Bundesländer an.
Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Allzeithoch bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind Steuereinnahmen, die innerhalb eines Kalenderjahres in die Kassen der Gebietskörperschaften fließen. Dabei ist es unerheblich, wann die Steuerschuld entstanden ist oder für welches Jahr die Steuerzahlung geleistet wird.

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 2016 auf 4 366 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Obwohl diese Steuereinnahmen ein Allzeithoch darstellten, belegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich nur den vorletzten Platz. Von 2005 bis 2016 sind die kassenmäßigen Steuereinnahmen pro Kopf in Rheinland-Pfalz um 67 Prozent gestiegen. Damit lag das Wachstum über dem Bundesdurchschnitt (61,7 Prozent). Regelmäßig belegen die Stadtstaaten die Spitzenplätze im Bundesvergleich. Bremen lag 2016 mit 6 686 Euro knapp an erster Stelle; dicht folgen Hamburg (6 338 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) und Berlin (6 120 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Mit deutlichem Abstand belegt Hessen mit 4 884 Euro den vierten Platz.

G 2 Kassenmäßige Steuereinnahmen 2016 nach Gebietskörperschaften



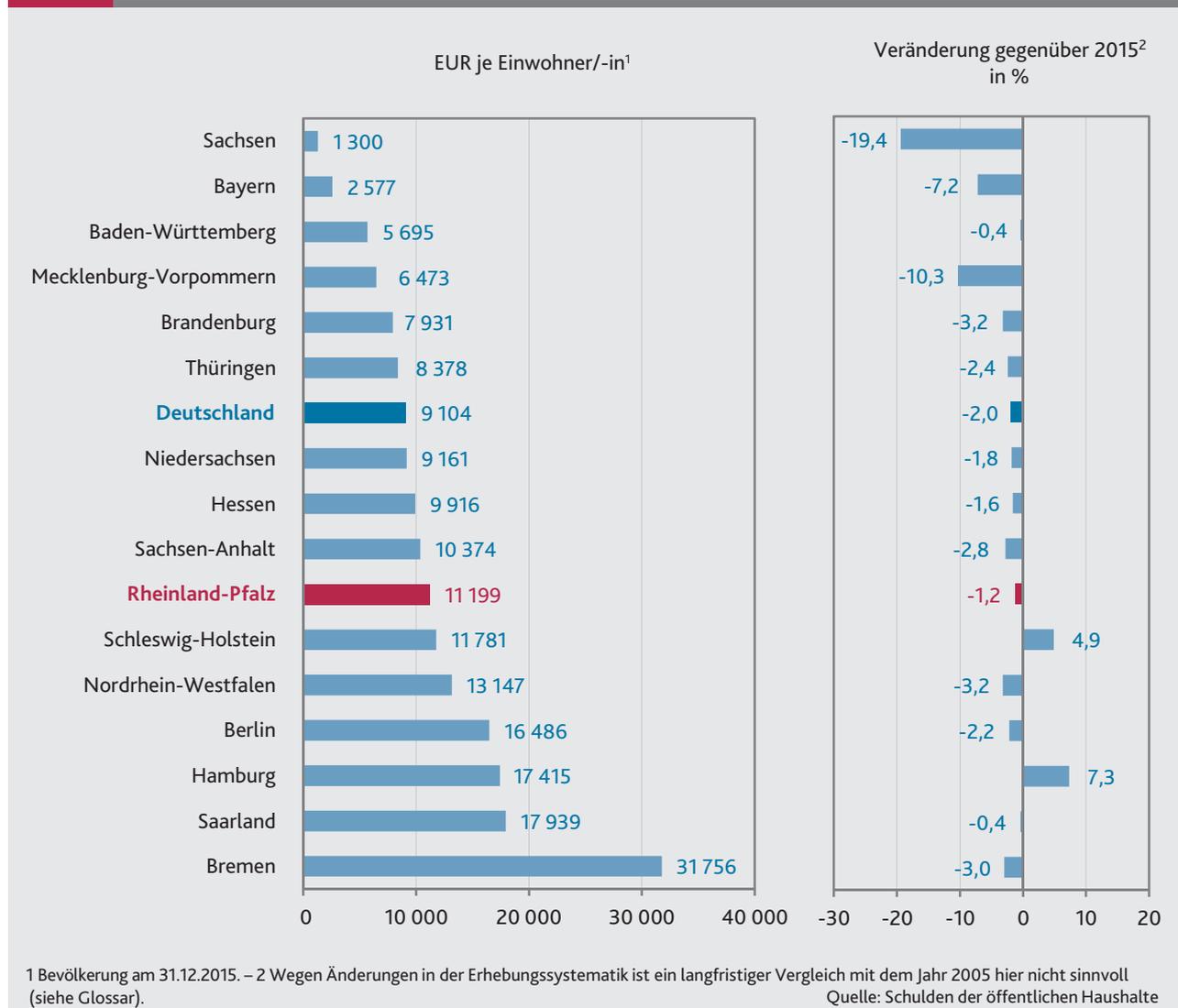
Kommunaler Anteil an den Steuereinnahmen nahezu konstant

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen kamen in Rheinland-Pfalz zu 77 Prozent dem Land und zu 23 Prozent den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugute. Der Anteil des Landeshaushalts ist somit etwas größer als im Durchschnitt aller Länder. Bundesweit vereinnahmten die Länder 75 Prozent der kassenmäßigen Steuereinnahmen. Innerhalb der Flächenländer wies Mecklenburg-Vorpommern mit 85 Prozent den höchsten Landesanteil auf, während er in Hamburg mit 67 Prozent am niedrigsten war.

Innerhalb der letzten elf Jahre haben sich die Anteilswerte in Rheinland-Pfalz nur geringfügig zugunsten der Kommunen verschoben: Der Anteil der Kommunen an den gesamten kassenmäßigen Steuereinnahmen betrug 2005 rund 24 Prozent. Mit dieser Verschiebung um einen Prozentpunkt liegt Rheinland-Pfalz nahezu exakt im Bundestrend.

G 3

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2016



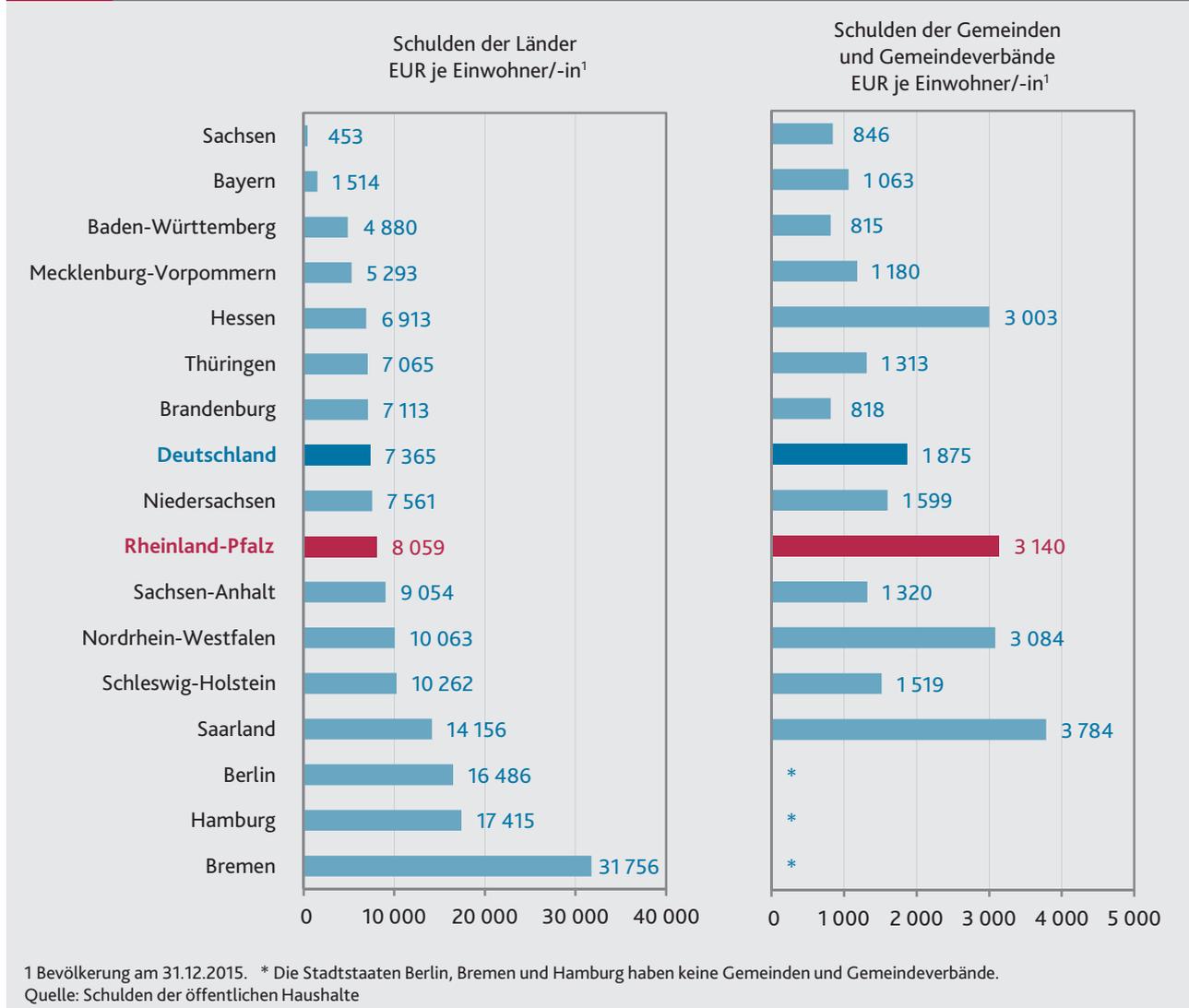
Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz liegt deutlich über dem Durchschnitt der Länder

Das Land Rheinland-Pfalz sowie seine Gemeinden und Gemeindeverbände hatten 2016 beim nicht-öffentlichen Bereich (z. B. bei Banken und Kreditinstituten) Schulden in Höhe von 11 199 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Der Bundesdurchschnitt liegt mit 9 104 Euro deutlich niedriger. Im Ländervergleich weist Rheinland-Pfalz die siebthöchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Lediglich die Stadtstaaten sowie das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren noch höher verschuldet.

Die mit Abstand niedrigsten Schulden wurden für Sachsen und Bayern ermittelt. Hier betragen die Schulden je Einwohnerin und Einwohner lediglich 1 300 bzw. 2 577 Euro. Mit deutlichem Abstand folgt Baden-Württemberg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5 695 Euro.

G 4

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2016



Großteil der Schulden entfällt auf die Haushalte der Länder

Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich (z. B. bei Banken und Kreditinstituten) betrifft zu 72 Prozent die Landesebene. Das Land Rheinland-Pfalz war 2016 mit 8 059 Euro je Einwohnerin und Einwohner verschuldet und lag im Ländervergleich auf Rang acht. Bei den Flächenländern variierte der Anteil des Landeshaushaltes an den Gesamtschulden zwischen 90 Prozent in Brandenburg und 35 Prozent in Sachsen.

Auf die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände entfielen 2016 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich in Höhe von 3 140 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Damit wiesen die rheinland-pfälzischen Kommunen im Ländervergleich die zweithöchsten Pro-Kopf-Schulden aus. Lediglich das Saarland ist mit 3 784 Euro je Einwohnerin und Einwohner noch höher verschuldet. Am anderen Ende der Skala steht Baden-Württemberg. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen betrug hier lediglich 815 Euro.

G 5 Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich 2016

Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner/-innen¹

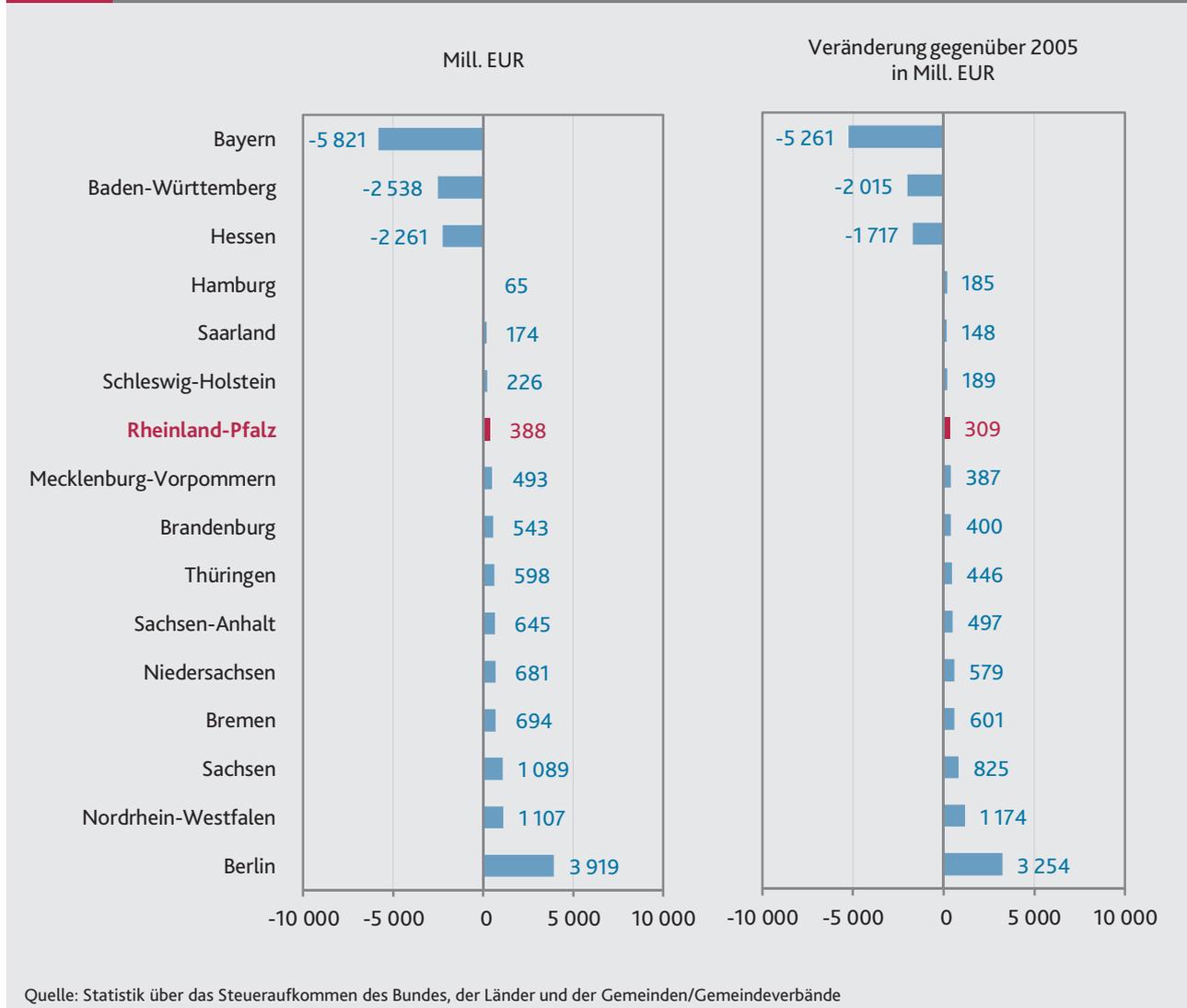
¹ Bevölkerung am 30.6.2015. – ² Diese Werte beziehen sich nicht auf das Bundesergebnis, sondern geben den Durchschnitt der Bundesländer an.
Quelle: Personalstandstatistik

Personalstand des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz knapp unterdurchschnittlich

Die Entwicklung des Personalstands im öffentlichen Dienst wurde in den letzten Jahren bundesweit durch die wachsende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung geprägt. Um den Personalstand angesichts regional unterschiedlicher und sich im Zeitverlauf verändernder Teilzeitquoten vergleichen zu können, ist eine Umrechnung der Beschäftigtenzahlen in Vollzeitäquivalente erforderlich. Vollzeitäquivalente berechnen sich durch Summierung des Beschäftigungsumfangs der Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen.

Der öffentliche Dienst umfasst die klassischen Behörden (z. B. Ministerien, Ämter, Gemeindeverwaltungen) sowie Sonderrechnungen (u. a. Landesbetriebe) und Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (u. a. Universität Mainz). Im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz waren 2016 rechnerisch 40,5 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner tätig. Damit lag die Personalausstattung leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 40,9 Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Den mit Abstand höchsten Wert verzeichnete Berlin (51,3 Vollzeitäquivalente).

G 6 Einnahmen im Länderfinanzausgleich 2016



Rheinland-Pfalz erhielt 388 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ist ein Mechanismus, bei dem „reichere“ Bundesländer (Geberländer) Ausgleichszahlungen an die „ärmeren“ Länder (Nehmerländer) leisten. Ob ein Bundesland Geber- oder Nehmerland ist, wird durch die Berechnung gesetzlich festgelegter Kennzahlen ermittelt.

Rheinland-Pfalz gehört seit mehreren Jahrzehnten zu den Nehmerländern. Das Land empfing 2016 Zuweisungen in Höhe von 388 Millionen Euro. Damit erhielt es 3,7 Prozent der verteilten Mittel. Am stärksten profitierte Berlin vom Länderfinanzausgleich. Die Zuweisungen an Berlin beliefen sich auf 3,9 Milliarden Euro. Somit flossen rund 37 Prozent der Verteilungsmasse an die Bundeshauptstadt. Geberländer sind zurzeit nur Bayern (5,8 Milliarden Euro), Baden-Württemberg (2,5 Milliarden Euro) und Hessen (2,3 Milliarden Euro). Das Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs belief sich 2016 auf 10,6 Milliarden Euro. Das Volumen ist in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Es war fast sechsmal so hoch wie im Jahr 2005.

Tabellenanhang



1 Bevölkerung

Bevölkerung	109
Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland	109
Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	109
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	110
Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	110
Jugendquotient	110
Altenquotient	111
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter an allen Frauen	111
Zusammengefasste Geburtenziffer	111
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	112
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	112
Eheschließungen	112
Ehescheidungen	113
Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	113
Haushalte	113
Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	114
Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten	114
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten	114

2 Wohlstand und Soziales

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	115
Sparquote der privaten Haushalte	115
Verbraucherinsolvenzen	115
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)	116
Betreuungsquoten unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	116
Betreuungsquoten 3- bis unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	116
Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	117
Anteil der Männer an den Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes	117
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Frauen nach Geburtsjahr des Kindes	117
Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Männer nach Geburtsjahr des Kindes	118
Armutsgefährdungsquote	118
Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen	118
Armutsgefährdungsquote der 65-Jährigen und Älteren	119
Einkommensreichumsquote	119

3 Gesundheit und Pflege

Niedergelassene Ärzte/-innen	119
Niedergelassene Zahnärzte/-innen	120

Tabellenanhang

Aufgestellte Betten in Krankenhäusern insgesamt	120
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	120
Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung	121
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen	121
Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen	121
Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen	122
Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung	122
Anteil der Raucher/-innen an der Bevölkerung	122
4 Wahlen	
Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen	123
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen	123
Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen	123
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen	124
Wahlbeteiligung bei den Europawahlen	124
5 Bildung	
Anteil der ausländischen Schüler/-innen an allen Schüler/-innen	124
Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	125
Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	125
Anteil der Schulabgänge mit qualifiziertem Sekundarabschluss I an allen Schulentlassungen	125
Anteil der Schulabgänge mit Hochschulreife an allen Schulentlassungen	126
Studienanfängerquote nach Land des Studienortes	126
Anteil der Bildungsausländer/-innen an allen Studierenden	126
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen	127
Wanderungssaldo der Studierenden	127
6 Verkehr	
Straßendichte	127
Pkw-Bestand	128
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden	128
Verkehrstote	128
7 Wohnen	
Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner/-in	129
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	129
Wohneigentumsquote	129
8 Umwelt	
Bodenfläche	130
Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	130

Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	130
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	131
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	131
Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag	131
Energieproduktivität	132
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch	132
CO ₂ -Emissionen (energiebedingt)	132
Anteil der Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)	133

9 Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	133
Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt, verkettet	133
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität)	134
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung	134
Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung	134
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung	135
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“	135
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“	135
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“	136
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	136
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	136
Umsatz im Bauhauptgewerbe	137
Bruttoanlageinvestitionen	137
Gewerbeanmeldungen	137
Unternehmensinsolvenzen	138
Gästeintensität im Tourismus	138
Anteil der Gäste aus dem Ausland an allen Gästen im Tourismus	138
Übernachtungsintensität im Tourismus	139
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	139
Bettendichte im Tourismus	139

10 Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)	140
FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente)	140

Tabellenanhang

Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	140
Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	141
Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	141
Patentdichte	141
Innovationsindex	142
Gründungsintensität	142

11 Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort	142
Arbeitsplatzdichte	143
Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen	143
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen	143
Anteil der Arbeitnehmer/-innen an allen Erwerbstätigen	144
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen	144
Arbeitsvolumen	144
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen	145
Frauenerwerbsquote	145
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	145
Arbeitslosenquote	146
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen	146
Berufsaupendler/-innen	146
Berufseinpender/-innen	147

12 Öffentliche Finanzen

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung	147
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder nach Steuerverteilung	147
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung	148
Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich	148
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich	148
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich	149
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente)	149
Einnahmen im Länderfinanzausgleich	149

Bevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	10 735 701	3	10 716 644	3	10 879 618	3	1,3	1,5
Bayern	12 468 726	2	12 691 568	2	12 843 514	2	3,0	1,2
Berlin	3 395 189	8	3 469 849	8	3 520 031	8	3,7	1,4
Brandenburg	2 559 483	10	2 457 872	10	2 484 826	10	-2,9	1,1
Bremen	663 467	16	661 888	16	671 489	16	1,2	1,5
Hamburg	1 743 627	13	1 762 791	13	1 787 408	13	2,5	1,4
Hessen	6 092 354	5	6 093 888	5	6 176 172	5	1,4	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 266	14	1 599 138	14	1 612 362	14	-5,6	0,8
Niedersachsen	7 993 946	4	7 826 739	4	7 926 599	4	-0,8	1,3
Nordrhein-Westfalen	18 058 105	1	17 638 098	1	17 865 516	1	-1,1	1,3
Rheinland-Pfalz	4 058 843	7	4 011 582	7	4 052 803	7	-0,1	1,0
Saarland	1 050 293	15	989 035	15	995 597	15	-5,2	0,7
Sachsen	4 273 754	6	4 055 274	6	4 084 851	6	-4,4	0,7
Sachsen-Anhalt	2 469 716	11	2 235 548	11	2 245 470	11	-9,1	0,4
Schleswig-Holstein	2 832 950	9	2 830 864	9	2 858 714	9	0,9	1,0
Thüringen	2 334 575	12	2 156 759	12	2 170 714	12	-7,0	0,6
Deutschland	82 437 995	x	81 197 537	x	82 175 684	x	-0,3	1,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,0	3	13,2	3	13,2	3	0,2	-
Bayern	15,1	2	15,6	2	15,6	2	0,5	-
Berlin	4,1	8	4,3	8	4,3	8	0,2	-
Brandenburg	3,1	10	3,0	10	3,0	10	-0,1	-
Bremen	0,8	16	0,8	16	0,8	16	-	-
Hamburg	2,1	13	2,2	13	2,2	13	0,1	-
Hessen	7,4	5	7,5	5	7,5	5	0,1	-
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	13	2,0	14	2,0	14	-0,1	-
Niedersachsen	9,7	4	9,6	4	9,6	4	-0,1	-
Nordrhein-Westfalen	21,9	1	21,7	1	21,7	1	-0,2	-
Rheinland-Pfalz	4,9	7	4,9	7	4,9	7	-	-
Saarland	1,3	15	1,2	15	1,2	15	-0,1	-
Sachsen	5,2	6	5,0	6	5,0	6	-0,2	-
Sachsen-Anhalt	3,0	11	2,8	11	2,7	11	-0,3	-0,1
Schleswig-Holstein	3,4	9	3,5	9	3,5	9	0,1	-
Thüringen	2,8	12	2,7	12	2,6	12	-0,2	-0,1
Deutschland	100	x	100	x	100	x	x	x

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,3	1	19,3	1	19,3	1	-2,0	-
Bayern	20,9	3	18,6	4	18,6	5	-2,3	-
Berlin	17,2	13	17,2	10	17,5	10	0,3	0,3
Brandenburg	17,6	12	16,1	12	16,5	11	-1,1	0,4
Bremen	18,2	9	17,4	9	17,9	9	-0,3	0,5
Hamburg	17,7	10	17,8	8	18,1	8	0,4	0,3
Hessen	20,0	7	18,6	4	18,8	4	-1,2	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	17,7	10	15,7	14	16,2	14	-1,5	0,5
Niedersachsen	21,3	1	19,0	2	19,0	2	-2,3	-
Nordrhein-Westfalen	20,9	3	18,7	3	18,9	3	-2,0	0,2
Rheinland-Pfalz	20,8	5	18,2	7	18,3	7	-2,5	0,1
Saarland	19,0	8	16,4	11	16,5	11	-2,5	0,1
Sachsen	16,4	16	15,9	13	16,5	11	0,1	0,6
Sachsen-Anhalt	16,7	15	14,9	16	15,5	16	-1,2	0,6
Schleswig-Holstein	20,8	5	18,6	4	18,6	5	-2,2	-
Thüringen	16,8	14	15,5	15	16,1	15	-0,7	0,6
Deutschland	20,0	x	18,2	x	18,3	x	-1,7	0,1

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Tabellenanhang

Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	60,5	11	60,9	7	60,9	4	0,4	-
Bayern	60,7	10	61,4	4	61,3	3	0,6	-0,1
Berlin	65,6	1	63,6	1	63,2	1	-2,4	-0,4
Brandenburg	62,6	3	60,8	10	60,2	11	-2,4	-0,6
Bremen	61,4	7	61,2	5	60,9	4	-0,5	-0,3
Hamburg	64,1	2	63,3	2	63,2	1	-0,9	-0,1
Hessen	61,2	9	61,1	6	60,9	4	-0,3	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	62,6	3	61,5	3	60,8	7	-1,8	-0,7
Niedersachsen	59,2	16	59,6	14	59,6	13	0,4	-
Nordrhein-Westfalen	59,8	13	60,6	11	60,5	10	0,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	59,5	14	60,9	7	60,7	8	1,2	-0,2
Saarland	59,9	12	60,9	7	60,6	9	0,7	-0,3
Sachsen	61,3	8	59,1	15	58,4	16	-2,9	-0,7
Sachsen-Anhalt	61,7	6	60,1	13	59,4	14	-2,3	-0,7
Schleswig-Holstein	59,5	14	58,9	16	58,8	15	-0,7	-0,1
Thüringen	62,5	5	60,4	12	59,7	12	-2,8	-0,7
Deutschland	60,8	x	60,8	x	60,6	x	-0,2	-0,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der 65-jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,2	15	19,8	14	19,8	14	1,6	-
Bayern	18,4	13	20,0	13	20,0	13	1,6	-
Berlin	17,2	16	19,2	15	19,3	15	2,1	0,1
Brandenburg	19,8	6	23,1	4	23,3	4	3,5	0,2
Bremen	20,4	5	21,4	8	21,2	9	0,8	-0,2
Hamburg	18,3	14	18,9	16	18,7	16	0,4	-0,2
Hessen	18,8	12	20,3	12	20,3	12	1,5	-
Mecklenburg-Vorpommern	19,7	8	22,8	5	23,0	5	3,3	0,2
Niedersachsen	19,5	10	21,4	8	21,4	8	1,9	-
Nordrhein-Westfalen	19,3	11	20,7	11	20,6	11	1,3	-0,1
Rheinland-Pfalz	19,7	8	20,9	10	21,0	10	1,3	0,1
Saarland	21,1	3	22,7	6	22,9	6	1,8	0,2
Sachsen	22,3	1	24,9	2	25,1	1	2,8	0,2
Sachsen-Anhalt	21,6	2	25,0	1	25,1	1	3,5	0,1
Schleswig-Holstein	19,8	6	22,6	7	22,6	7	2,8	-
Thüringen	20,7	4	24,0	3	24,2	3	3,5	0,2
Deutschland	19,3	x	21,0	x	21,1	x	1,8	0,1

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Jugendquotient¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	35,2	2	31,6	2	31,6	2	-3,6	-
Bayern	34,4	6	30,3	6	30,4	6	-4,0	0,1
Berlin	26,2	16	27,0	10	27,7	11	1,5	0,7
Brandenburg	28,1	11	26,5	13	27,5	12	-0,6	1,0
Bremen	29,7	9	28,4	8	29,4	8	-0,3	1,0
Hamburg	27,6	12	28,2	9	28,7	9	1,1	0,5
Hessen	32,7	7	30,4	5	30,8	5	-1,9	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	28,3	10	25,5	15	26,6	15	-1,7	1,1
Niedersachsen	36,0	1	31,9	1	31,9	1	-4,1	-
Nordrhein-Westfalen	34,9	3	30,9	4	31,2	4	-3,7	0,3
Rheinland-Pfalz	34,9	3	30,0	7	30,2	7	-4,7	0,2
Saarland	31,8	8	26,9	11	27,3	13	-4,5	0,4
Sachsen	26,8	14	26,9	11	28,2	10	1,4	1,3
Sachsen-Anhalt	27,0	13	24,8	16	26,1	16	-0,9	1,3
Schleswig-Holstein	34,9	3	31,6	2	31,6	2	-3,3	-
Thüringen	26,8	14	25,7	14	27,0	14	0,2	1,3
Deutschland	32,9	x	29,9	x	30,3	x	-2,6	0,4

¹ Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Altenquotient¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	30,1	3	32,5	3	32,5	3	2,4	-
Bayern	30,4	4	32,6	4	32,6	4	2,2	-
Berlin	26,3	1	30,2	2	30,5	2	4,2	0,3
Brandenburg	31,6	7	37,9	12	38,6	13	7,0	0,7
Bremen	33,3	12	35,0	8	34,9	8	1,6	-0,1
Hamburg	28,5	2	29,9	1	29,6	1	1,1	-0,3
Hessen	30,8	5	33,3	5	33,3	5	2,5	-
Mecklenburg-Vorpommern	31,4	6	37,0	10	37,9	11	6,5	0,9
Niedersachsen	32,9	9	36,0	9	36,0	9	3,1	-
Nordrhein-Westfalen	32,2	8	34,1	6	34,0	6	1,8	-0,1
Rheinland-Pfalz	33,0	10	34,3	7	34,6	7	1,6	0,3
Saarland	35,2	15	37,4	11	37,7	10	2,5	0,3
Sachsen	36,4	16	42,2	16	43,0	16	6,6	0,8
Sachsen-Anhalt	35,1	14	41,6	15	42,4	15	7,3	0,8
Schleswig-Holstein	33,3	12	38,3	13	38,5	12	5,2	0,2
Thüringen	33,2	11	39,7	14	40,6	14	7,4	0,9
Deutschland	31,7	x	34,6	x	34,7	x	3,0	0,1

1 Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter¹ an allen Frauen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	39,9	3	35,7	5	35,7	4	-4,2	-
Bayern	39,5	4	35,8	4	35,6	5	-3,9	-0,2
Berlin	42,4	1	38,9	2	38,9	2	-3,5	-
Brandenburg	38,7	7	28,7	15	28,5	15	-10,2	-0,2
Bremen	38,5	9	36,1	3	36,1	3	-2,4	-
Hamburg	42,4	1	40,3	1	40,3	1	-2,1	-
Hessen	39,2	5	35,3	6	35,3	6	-3,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	38,8	6	29,3	13	29,2	13	-9,6	-0,1
Niedersachsen	38,1	10	33,5	9	33,4	9	-4,7	-0,1
Nordrhein-Westfalen	38,6	8	34,5	7	34,4	7	-4,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	38,1	10	33,6	8	33,5	8	-4,6	-0,1
Saarland	36,6	16	31,6	11	31,6	11	-5,0	-
Sachsen	36,7	15	30,0	12	30,0	12	-6,7	-
Sachsen-Anhalt	36,8	14	28,2	16	28,0	16	-8,8	-0,2
Schleswig-Holstein	37,6	13	32,7	10	32,5	10	-5,1	-0,2
Thüringen	37,7	12	29,3	13	29,1	14	-8,6	-0,2
Deutschland	38,9	x	34,2	x	34,1	x	-4,8	-0,1

1 15- bis unter 45-Jährige. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Zusammengefasste Geburtenziffer¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 356	5	1 459	10	1 504	11	10,9	3,1
Bayern	1 337	7	1 447	14	1 481	13	10,8	2,3
Berlin	1 186	16	1 455	12	1 449	14	22,2	-0,4
Brandenburg	1 282	10	1 550	3	1 534	5	19,7	-1,0
Bremen	1 261	12	1 453	13	1 505	10	19,3	3,6
Hamburg	1 226	15	1 407	15	1 440	15	17,5	2,3
Hessen	1 360	4	1 459	10	1 499	12	10,2	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 287	9	1 490	6	1 543	3	19,9	3,6
Niedersachsen	1 391	1	1 525	4	1 520	6	9,3	-0,3
Nordrhein-Westfalen	1 372	3	1 483	7	1 513	7	10,3	2,0
Rheinland-Pfalz	1 346	6	1 463	9	1 511	9	12,3	3,3
Saarland	1 249	14	1 352	16	1 378	16	10,3	1,9
Sachsen	1 334	8	1 572	1	1 588	1	19,0	1,0
Sachsen-Anhalt	1 272	11	1 502	5	1 538	4	20,9	2,4
Schleswig-Holstein	1 374	2	1 480	8	1 512	8	10,0	2,2
Thüringen	1 260	13	1 551	2	1 559	2	23,7	0,5
Deutschland	1 338	x	1 472	x	1 499	x	12,0	1,8

1 Lebendgeborene je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren (Geburtsjahrmethode). – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	-	1	-5	3	-7	3	-7	-2
Bayern	-10	5	-8	4	-12	4	-2	-4
Berlin	-9	4	15	1	11	2	20	-4
Brandenburg	-32	12	-39	13	-47	13	-15	-8
Bremen	-29	10	-19	6	-20	6	9	-1
Hamburg	-7	2	13	2	12	1	19	-1
Hessen	-8	3	-11	5	-16	5	-8	-5
Mecklenburg-Vorpommern	-29	10	-38	11	-44	11	-15	-6
Niedersachsen	-20	7	-27	8	-32	9	-12	-5
Nordrhein-Westfalen	-18	6	-21	7	-25	7	-7	-4
Rheinland-Pfalz	-25	9	-27	8	-29	8	-4	-2
Saarland	-46	15	-53	15	-60	15	-14	-7
Sachsen	-38	13	-38	11	-44	11	-6	-6
Sachsen-Anhalt	-49	16	-61	16	-67	16	-18	-6
Schleswig-Holstein	-23	8	-31	10	-36	10	-13	-5
Thüringen	-38	13	-42	14	-50	14	-12	-8
Deutschland	-18	x	-19	x	-23	x	-5	-4

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	17	7	84	3	158	1	141	74
Bayern	30	4	73	7	128	9	98	55
Berlin	30	4	108	1	118	12	88	10
Brandenburg	-1	10	73	7	152	4	153	79
Bremen	33	3	77	5	157	2	124	80
Hamburg	58	1	76	6	113	15	55	37
Hessen	-5	11	87	2	147	6	152	60
Mecklenburg-Vorpommern	-43	14	53	12	124	11	167	71
Niedersachsen	12	8	70	9	157	2	145	87
Nordrhein-Westfalen	9	9	53	12	149	5	140	96
Rheinland-Pfalz	19	6	68	10	129	8	110	61
Saarland	-12	12	31	14	125	10	137	94
Sachsen	-15	13	58	11	116	13	131	58
Sachsen-Anhalt	-51	16	19	16	109	16	160	90
Schleswig-Holstein	38	2	81	4	131	7	93	50
Thüringen	-50	15	22	15	114	14	164	92
Deutschland	10	x	68	x	139	x	129	71

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Wanderungsstatistik

Eheschließungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	46,9	9	47,5	7	48,7	8	3,8	2,5
Bayern	47,9	6	49,3	5	51,0	5	6,5	3,4
Berlin	35,6	16	38,8	15	39,4	15	10,7	1,5
Brandenburg	44,9	10	52,2	3	53,9	3	20,0	3,3
Bremen	44,6	11	42,4	14	40,6	14	-9,0	-4,2
Hamburg	40,1	14	35,0	16	36,2	16	-9,7	3,4
Hessen	47,0	8	46,1	10	47,0	11	-	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	56,9	2	66,8	1	69,2	1	21,6	3,6
Niedersachsen	50,9	3	49,7	4	51,1	4	0,4	2,8
Nordrhein-Westfalen	47,4	7	46,8	9	47,9	9	1,1	2,4
Rheinland-Pfalz	49,9	4	49,0	6	50,4	6	1,0	2,9
Saarland	48,1	5	47,5	7	49,0	7	1,9	3,2
Sachsen	40,0	15	44,1	13	45,6	12	14,0	3,4
Sachsen-Anhalt	44,2	12	45,3	11	47,2	10	6,8	4,2
Schleswig-Holstein	60,5	1	56,4	2	59,3	2	-2,0	5,1
Thüringen	41,9	13	44,8	12	45,0	13	7,4	0,4
Deutschland	47,1	x	47,7	x	49,0	x	4,0	2,7

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Ehescheidungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	22,2	13	19,0	11	18,4	11	-17,1	-3,2
Bayern	22,8	10	19,3	9	19,0	9	-16,7	-1,6
Berlin	28,8	1	18,6	14	18,4	11	-36,1	-1,1
Brandenburg	22,6	11	19,9	8	19,6	8	-13,3	-1,5
Bremen	26,8	5	21,0	7	20,9	6	-22,0	-0,5
Hamburg	28,7	2	18,6	14	18,0	14	-37,3	-3,2
Hessen	25,5	8	21,7	4	20,9	6	-18,0	-3,7
Mecklenburg-Vorpommern	22,5	12	19,1	10	16,0	16	-28,9	-16,2
Niedersachsen	25,2	9	21,5	5	21,9	2	-13,1	1,9
Nordrhein-Westfalen	26,3	6	22,4	3	21,6	4	-17,9	-3,6
Rheinland-Pfalz	26,2	7	22,5	2	21,9	2	-16,4	-2,7
Saarland	27,8	4	21,5	5	21,5	5	-22,7	-
Sachsen	19,7	16	17,1	16	17,2	15	-12,7	0,6
Sachsen-Anhalt	21,1	14	18,7	12	18,3	13	-13,3	-2,1
Schleswig-Holstein	28,1	3	23,7	1	22,2	1	-21,0	-6,3
Thüringen	20,6	15	18,7	12	18,5	10	-10,2	-1,1
Deutschland	24,5	x	20,5	x	20,0	x	-18,4	-2,4

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der Ehescheidungen

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,9	4	12,6	5	13,9	5	2,0	1,3
Bayern	9,5	7	10,3	7	11,5	7	2,0	1,2
Berlin	13,7	2	14,3	1	15,5	1	1,8	1,2
Brandenburg	2,6	13	2,6	14	3,6	16	1,0	1,0
Bremen	12,7	3	13,4	3	15,2	2	2,5	1,8
Hamburg	14,2	1	13,9	2	14,7	3	0,5	0,8
Hessen	11,4	5	13,0	4	14,3	4	2,9	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	14	2,6	14	3,7	15	1,4	1,1
Niedersachsen	6,7	10	6,7	10	8,0	10	1,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	10,7	6	10,5	6	11,8	6	1,1	1,3
Rheinland-Pfalz	7,7	9	8,2	8	9,5	8	1,8	1,3
Saarland	8,3	8	7,9	9	9,2	9	0,9	1,3
Sachsen	2,8	12	2,9	12	3,9	12	1,1	1,0
Sachsen-Anhalt	1,9	16	2,7	13	3,9	12	2,0	1,2
Schleswig-Holstein	5,4	11	5,3	11	6,3	11	0,9	1,0
Thüringen	2,0	15	2,5	16	3,8	14	1,8	1,3
Deutschland	8,8	x	9,3	x	10,5	x	1,7	1,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 881	3	5 073	3	5 161	3	5,7	1,7
Bayern	5 787	2	6 219	2	6 305	2	9,0	1,4
Berlin	1 896	7	1 966	7	2 000	7	5,5	1,7
Brandenburg	1 218	10	1 235	10	1 245	10	2,2	0,8
Bremen	357	16	360	16	365	16	2,2	1,4
Hamburg	939	13	977	13	987	13	5,1	1,0
Hessen	2 870	5	2 943	5	2 991	5	4,2	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	834	14	829	14	837	14	0,4	1,0
Niedersachsen	3 763	4	3 829	4	3 902	4	3,7	1,9
Nordrhein-Westfalen	8 402	1	8 555	1	8 681	1	3,3	1,5
Rheinland-Pfalz	1 872	8	1 901	8	1 919	8	2,5	0,9
Saarland	502	15	492	15	490	15	-2,4	-0,4
Sachsen	2 186	6	2 157	6	2 172	6	-0,6	0,7
Sachsen-Anhalt	1 188	11	1 160	11	1 167	11	-1,8	0,6
Schleswig-Holstein	1 359	9	1 419	9	1 439	9	5,9	1,4
Thüringen	1 123	12	1 109	12	1 114	12	-0,8	0,5
Deutschland	39 177	x	40 224	x	40 775	x	4,1	1,4

Quelle: Mikrozensus

Tabellenanhang

Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	35,7	13	38,8	14	39,2	14	3,5	0,4
Bayern	37,0	7	40,8	5	41,3	5	4,3	0,5
Berlin	50,7	1	54,0	1	54,7	1	4,0	0,7
Brandenburg	33,7	16	37,5	15	38,4	15	4,7	0,9
Bremen	48,2	3	49,4	3	50,1	3	1,9	0,7
Hamburg	48,7	2	51,5	2	52,1	2	3,4	0,6
Hessen	36,3	9	39,4	12	40,1	11	3,8	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	36,2	10	40,4	6	40,7	10	4,5	0,3
Niedersachsen	37,5	5	40,2	9	41,1	6	3,6	0,9
Nordrhein-Westfalen	35,9	11	39,3	13	39,9	13	4,0	0,6
Rheinland-Pfalz	35,4	14	36,7	16	37,1	16	1,7	0,4
Saarland	37,3	6	40,4	6	40,0	12	2,7	-0,4
Sachsen	39,8	4	43,0	4	43,3	4	3,5	0,3
Sachsen-Anhalt	35,3	15	40,3	8	41,0	7	5,7	0,7
Schleswig-Holstein	35,8	12	40,1	10	41,0	7	5,2	0,9
Thüringen	36,5	8	39,8	11	40,8	9	4,3	1,0
Deutschland	37,5	x	40,8	x	41,4	x	3,9	0,6

Quelle: Mikrozensus

Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,5	12	33,1	12	33,0	12	0,5	-0,1
Bayern	32,1	14	32,6	13	32,3	13	0,2	-0,3
Berlin	30,5	16	28,3	16	28,1	16	-2,4	-0,2
Brandenburg	37,3	1	39,6	1	38,9	2	1,6	-0,7
Bremen	32,2	13	31,4	14	31,2	14	-1,0	-0,2
Hamburg	31,1	15	29,2	15	28,6	15	-2,5	-0,6
Hessen	34,4	8	33,7	11	33,8	11	-0,6	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	36,5	3	38,2	3	38,7	3	2,2	0,5
Niedersachsen	34,2	9	34,6	10	34,3	10	0,1	-0,3
Nordrhein-Westfalen	34,6	7	35,2	8	35,0	9	0,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	33,4	11	35,8	7	35,7	8	2,3	-0,1
Saarland	34,9	6	34,8	9	36,1	7	1,2	1,3
Sachsen	35,9	5	37,3	5	37,2	5	1,3	-0,1
Sachsen-Anhalt	36,3	4	39,1	2	39,0	1	2,7	-0,1
Schleswig-Holstein	37,0	2	36,5	6	36,2	6	-0,8	-0,3
Thüringen	34,0	10	37,9	4	37,8	4	3,8	-0,1
Deutschland	33,9	x	34,4	x	34,2	x	0,3	-0,2

Quelle: Mikrozensus

Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	31,8	1	28,1	1	27,8	1	-4,0	-0,3
Bayern	30,9	3	26,6	4	26,4	3	-4,5	-0,2
Berlin	18,8	16	17,7	16	17,3	16	-1,5	-0,4
Brandenburg	29,1	7	22,9	9	22,7	9	-6,4	-0,2
Bremen	19,3	15	18,9	15	18,4	15	-0,9	-0,5
Hamburg	20,2	14	19,3	14	19,4	14	-0,8	0,1
Hessen	29,2	6	26,9	3	26,2	4	-3,0	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	27,2	11	21,4	11	20,5	11	-6,7	-0,9
Niedersachsen	28,3	9	25,2	6	24,7	6	-3,6	-0,5
Nordrhein-Westfalen	29,5	4	25,5	5	25,1	5	-4,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	31,1	2	27,5	2	27,3	2	-3,8	-0,2
Saarland	27,9	10	24,8	7	24,1	7	-3,8	-0,7
Sachsen	24,4	13	19,7	13	19,5	13	-4,9	-0,2
Sachsen-Anhalt	28,5	8	20,4	12	20,1	12	-8,4	-0,3
Schleswig-Holstein	27,1	12	23,5	8	22,8	8	-4,3	-0,7
Thüringen	29,4	5	22,4	10	21,4	10	-8,0	-1,0
Deutschland	28,6	x	24,8	x	24,4	x	-4,2	-0,4

Quelle: Mikrozensus

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	19 512	3	22 958	3	23 540	3	20,6	2,5
Bayern	19 578	2	23 222	2	23 658	2	20,8	1,9
Berlin	16 402	11	18 604	11	19 095	11	16,4	2,6
Brandenburg	15 275	12	18 435	12	18 908	12	23,8	2,6
Bremen	17 623	8	20 257	9	20 729	9	17,6	2,3
Hamburg	21 347	1	23 494	1	23 862	1	11,8	1,6
Hessen	18 506	4	21 739	4	22 309	4	20,6	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	14 342	15	17 298	16	17 700	16	23,4	2,3
Niedersachsen	16 829	10	20 316	8	20 823	8	23,7	2,5
Nordrhein-Westfalen	18 064	6	21 014	7	21 336	7	18,1	1,5
Rheinland-Pfalz	18 157	5	21 697	5	22 292	5	22,8	2,7
Saarland	16 942	9	19 810	10	20 303	10	19,8	2,5
Sachsen	15 067	13	18 229	13	18 691	13	24,1	2,5
Sachsen-Anhalt	14 216	16	17 723	15	18 182	15	27,9	2,6
Schleswig-Holstein	18 059	7	21 479	6	21 964	6	21,6	2,3
Thüringen	14 624	14	17 898	14	18 398	14	25,8	2,8
Deutschland	17 848	x	21 118	x	21 583	x	20,9	2,2

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Sparquote der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,5	1	11,3	1	11,6	1	0,1	0,3
Bayern	11,3	2	10,9	2	11,2	2	-0,1	0,3
Berlin	9,0	9	7,7	10	7,7	11	-1,3	-
Brandenburg	8,6	11	7,6	11	8,2	10	-0,4	0,6
Bremen	7,4	13	6,7	12	6,6	13	-0,8	-0,1
Hamburg	9,6	7	9,2	6	9,8	5	0,2	0,6
Hessen	11,1	3	10,6	3	10,8	3	-0,3	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	7,2	16	5,4	16	6,0	16	-1,2	0,6
Niedersachsen	9,5	8	8,8	8	9,0	8	-0,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	10,1	6	8,9	7	9,2	7	-0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	10,3	4	9,9	4	10,2	4	-0,1	0,3
Saarland	8,7	10	8,2	9	8,6	9	-0,1	0,4
Sachsen	7,4	13	6,1	14	6,5	14	-0,9	0,4
Sachsen-Anhalt	7,4	13	5,9	15	6,2	15	-1,2	0,3
Schleswig-Holstein	10,2	5	9,6	5	9,5	6	-0,7	-0,1
Thüringen	7,5	12	6,5	13	6,7	12	-0,8	0,2
Deutschland	10,1	x	9,4	x	9,7	x	-0,4	0,3

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Verbraucherinsolvenzen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2016		2007–2016	2015–2016
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ^{1,2}	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	9,0	2	6,2	1	5,9	1	-34,4	-4,8
Bayern	8,8	1	6,3	2	6,1	2	-30,7	-3,2
Berlin	17,7	14	9,9	7	10,0	7	-43,5	1,0
Brandenburg	18,0	15	12,6	12	11,8	11	-34,4	-6,3
Bremen	18,4	16	16,2	16	18,8	16	2,2	16,0
Hamburg	16,1	9	12,6	12	11,8	11	-26,7	-6,3
Hessen	11,1	4	8,1	4	7,7	3	-30,6	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	11,8	5	10,8	8	10,4	8	-11,9	-3,7
Niedersachsen	17,1	12	14,2	14	14,0	14	-18,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	13,5	8	11,8	9	11,2	9	-17,0	-5,1
Rheinland-Pfalz	11,0	3	8,4	5	8,2	4	-25,5	-2,4
Saarland	16,2	10	15,3	15	14,9	15	-8,0	-2,6
Sachsen	12,4	6	8,9	6	8,3	5	-33,1	-6,7
Sachsen-Anhalt	17,2	13	12,5	10	12,0	13	-30,2	-4,0
Schleswig-Holstein	16,2	10	12,5	10	11,7	10	-27,8	-6,4
Thüringen	13,3	7	7,8	3	8,4	6	-36,8	7,7
Deutschland	12,8	x	9,8	x	9,5	x	-25,8	-3,1

1 Durchschnittsbevölkerung. – 2 Durchschnittsbevölkerung 2015. – Quelle: Insolvenzstatistik

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 100 unter 65-Jährige	Rang	je 100 unter Altersgrenze ²	Rang	je 100 unter Altersgrenze ²	Rang	Veränderung je 100 unter Altersgrenze ²	
Baden-Württemberg	5,6	2	4,9	2	5,2	2	-0,4	0,3
Bayern	5,2	1	4,0	1	4,3	1	-0,9	0,3
Berlin	20,4	16	19,4	16	19,1	16	-1,3	-0,3
Brandenburg	16,0	11	11,4	10	10,9	9	-5,1	-0,5
Bremen	18,6	13	18,2	15	18,7	15	0,1	0,5
Hamburg	13,8	9	12,4	12	12,6	12	-1,2	0,2
Hessen	8,6	4	8,4	4	8,5	4	-0,1	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	19,5	15	13,3	13	12,8	13	-6,7	-0,5
Niedersachsen	10,3	6	8,9	5	9,2	5	-1,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	11,0	8	11,4	10	11,6	10	0,6	0,2
Rheinland-Pfalz	7,6	3	6,8	3	7,2	3	-0,4	0,4
Saarland ³	10,0	5	10,3	8	11,6	10	1,6	1,3
Sachsen	16,3	12	11,1	9	10,5	8	-5,8	-0,6
Sachsen-Anhalt	18,9	14	14,6	14	14,2	14	-4,7	-0,4
Schleswig-Holstein	10,9	7	9,7	7	10,0	7	-0,9	0,3
Thüringen	14,3	10	9,5	6	9,3	6	-5,0	-0,2
Deutschland	10,4	x	9,1	x	9,2	x	-1,2	0,1

1 Dezember des jeweiligen Jahres. – 2 2015/16: Altersgrenze zum Renteneintritt nach § 7a SGB II. – 3 2005: Oktober. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2016		2007–2016	2015–2016
	je 100 Kinder unter 3 Jahren	Rang	je 100 Kinder unter 3 Jahren	Rang	je 100 Kinder unter 3 Jahren ²	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	11,5	11	27,8	13	27,7	13	16,2	-0,1
Bayern	10,7	12	27,5	14	27,2	14	16,5	-0,3
Berlin	39,8	4	45,9	6	45,9	6	6,1	-
Brandenburg	43,4	3	56,8	2	57,2	1	13,8	0,4
Bremen	10,5	13	27,1	15	27,0	15	16,5	-0,1
Hamburg	22,0	7	43,3	7	42,9	7	20,9	-0,4
Hessen	12,4	8	29,7	10	29,7	10	17,3	-
Mecklenburg-Vorpommern	44,1	2	56,0	3	56,0	3	11,9	-
Niedersachsen	6,9	15	28,3	11	28,4	12	21,5	0,1
Nordrhein-Westfalen	6,9	15	25,9	16	25,7	16	18,8	-0,2
Rheinland-Pfalz	12,0	10	30,6	9	29,9	9	17,9	-0,7
Saarland	12,1	9	28,3	11	28,6	11	16,5	0,3
Sachsen	34,6	6	50,6	5	50,6	5	16,0	-
Sachsen-Anhalt	51,8	1	57,9	1	57,0	2	5,2	-0,9
Schleswig-Holstein	8,2	14	31,4	8	30,9	8	22,7	-0,5
Thüringen	37,5	5	52,4	4	52,2	4	14,7	-0,2
Deutschland	15,5	x	32,9	x	32,7	x	17,2	-0,2

1 Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege. – 2 2015. – Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Betreuungsquote 3- bis unter 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2015		2016		2007–2016	2015–2016
	je 100 Kinder von 3- bis unter 6 Jahren	Rang	je 100 Kinder von 3- bis unter 6 Jahren	Rang	je 100 Kinder von 3- bis unter 6 Jahren ²	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	93,4	6	95,5	9	94,7	8	1,3	-0,8
Bayern	87,7	11	93,5	13	92,9	11	5,2	-0,6
Berlin	92,3	9	95,9	8	94,9	7	2,6	-1,0
Brandenburg	94,4	3	97,2	2	95,5	3	1,1	-1,7
Bremen	85,4	13	91,0	16	87,8	16	2,4	-3,2
Hamburg	81,2	16	92,5	15	90,0	15	8,8	-2,5
Hessen	91,1	10	93,6	12	92,8	12	1,7	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	93,2	7	96,3	6	95,4	5	2,2	-0,9
Niedersachsen	83,8	14	94,8	10	93,2	10	9,4	-1,6
Nordrhein-Westfalen	85,8	12	94,5	11	92,3	14	6,5	-2,2
Rheinland-Pfalz	94,7	2	97,3	1	96,6	1	1,9	-0,7
Saarland	93,9	4	96,7	5	95,4	5	1,5	-1,3
Sachsen	93,8	5	96,8	4	95,5	3	1,7	-1,3
Sachsen-Anhalt	93,0	8	96,0	7	94,1	9	1,1	-1,9
Schleswig-Holstein	83,1	15	93,2	14	92,7	13	9,6	-0,5
Thüringen	95,9	1	97,2	2	95,6	2	-0,3	-1,6
Deutschland	89,0	x	94,9	x	93,6	x	4,6	-1,3

1 Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege. – 2 2015. – Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2014		2009–2014	2013–2014
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	99	5	116	5	123	5	23,6	5,8
Bayern	104	3	120	3	125	4	20,9	4,6
Berlin	113	1	131	2	141	2	24,9	7,6
Brandenburg	89	12	98	11	104	11	16,1	5,4
Bremen	92	8	103	8	112	8	22,5	9,3
Hamburg	113	1	135	1	144	1	26,8	6,7
Hessen	98	6	109	6	115	6	17,5	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	92	8	96	13	99	14	7,5	3,4
Niedersachsen	91	10	101	9	110	9	21,2	8,1
Nordrhein-Westfalen	91	10	100	10	107	10	18,2	6,9
Rheinland-Pfalz	87	14	98	11	104	11	19,3	6,6
Saarland	74	16	80	16	89	16	20,2	10,7
Sachsen	103	4	119	4	126	3	21,9	5,8
Sachsen-Anhalt	81	15	91	15	95	15	17,1	4,4
Schleswig-Holstein	88	13	95	14	102	13	14,9	6,9
Thüringen	93	7	108	7	114	7	23,3	5,5
Deutschland	96	x	108	x	115	x	20,3	6,2

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

Anteil der Männer an den Elterngeldempfänger/-innen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2014		2009–2014	2013–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,8	7	27,0	5	28,2	5	8,4	1,2
Bayern	23,6	3	28,9	2	30,0	2	6,4	1,1
Berlin	23,9	1	28,1	3	28,9	4	5,0	0,8
Brandenburg	21,5	6	26,1	7	27,3	7	5,8	1,2
Bremen	16,2	14	21,1	13	21,9	15	5,7	0,8
Hamburg	21,7	5	27,0	5	28,1	6	6,4	1,1
Hessen	19,0	8	23,8	8	25,3	8	6,3	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	19,0	8	21,2	12	22,2	13	3,2	1,0
Niedersachsen	17,9	10	23,0	9	24,8	9	6,9	1,8
Nordrhein-Westfalen	15,8	15	20,8	14	22,0	14	6,2	1,2
Rheinland-Pfalz	16,9	11	21,7	10	23,5	10	6,6	1,8
Saarland	12,9	16	17,5	16	19,6	16	6,7	2,1
Sachsen	23,8	2	29,5	1	31,2	1	7,4	1,7
Sachsen-Anhalt	16,5	13	20,8	14	22,3	12	5,8	1,5
Schleswig-Holstein	16,6	12	21,6	11	23,3	11	6,7	1,7
Thüringen	22,2	4	27,2	4	29,3	3	7,1	2,1
Deutschland	19,5	x	24,9	x	26,2	x	6,7	1,3

Quelle: Statistik zum Elterngeld

Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Frauen nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009 ¹		2013		2014		2009–2014	2013–2014
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in EUR	
Baden-Württemberg	x		624	3	640	3	x	16
Bayern	x		641	2	657	2	x	16
Berlin	x		606	5	619	5	x	13
Brandenburg	x		594	6	610	7	x	16
Bremen	x		546	15	564	15	x	18
Hamburg	x		678	1	704	1	x	26
Hessen	x		618	4	630	4	x	12
Mecklenburg-Vorpommern	x		550	14	568	14	x	18
Niedersachsen	x		573	13	591	12	x	18
Nordrhein-Westfalen	x		581	9	595	11	x	14
Rheinland-Pfalz	x		584	8	596	10	x	12
Saarland	x		578	11	578	13	x	-
Sachsen	x		579	10	600	8	x	21
Sachsen-Anhalt	x		540	16	562	16	x	22
Schleswig-Holstein	x		593	7	611	6	x	18
Thüringen	x		577	12	600	8	x	23
Deutschland	x		601	x	617	x	x	16

1 Keine Werte verfügbar. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

Tabellenanhang

Durchschnittliche monatliche Höhe des Elterngeldes der Männer nach Geburtsjahr des Kindes

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009 ¹		2013		2014		2009–2014	2013–2014
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in EUR	
Baden-Württemberg	x		1 240	1	1 274	1	x	34
Bayern	x		1 237	2	1 265	2	x	28
Berlin	x		1 020	11	1 040	11	x	20
Brandenburg	x		985	12	988	12	x	3
Bremen	x		1 049	10	1 084	10	x	35
Hamburg	x		1 219	3	1 239	3	x	20
Hessen	x		1 184	4	1 216	4	x	32
Mecklenburg-Vorpommern	x		943	15	978	14	x	35
Niedersachsen	x		1 118	9	1 150	9	x	32
Nordrhein-Westfalen	x		1 143	7	1 171	7	x	28
Rheinland-Pfalz	x		1 154	5	1 177	5	x	23
Saarland	x		1 153	6	1 159	8	x	6
Sachsen	x		959	13	988	12	x	29
Sachsen-Anhalt	x		948	14	970	15	x	22
Schleswig-Holstein	x		1 141	8	1 173	6	x	32
Thüringen	x		936	16	963	16	x	27
Deutschland	x		1 143	x	1 170	x	x	27

¹ Keine Werte verfügbar. – Quelle: Statistik zum Elterngeld

Armutsgefährdungsquote¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,6	1	11,4	1	11,8	2	1,2	0,4
Bayern	11,4	2	11,5	2	11,6	1	0,2	0,1
Berlin	19,7	12	20,0	13	22,4	15	2,7	2,4
Brandenburg	19,2	10	16,9	8	16,8	8	-2,4	-0,1
Bremen	22,3	14	24,1	16	24,8	16	2,5	0,7
Hamburg	15,7	9	15,6	6	15,7	6	-	0,1
Hessen	12,7	3	13,8	3	14,4	3	1,7	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	16	21,3	14	21,7	14	-2,4	0,4
Niedersachsen	15,5	7	15,8	7	16,5	7	1,0	0,7
Nordrhein-Westfalen	14,4	6	17,5	9	17,5	10	3,1	-
Rheinland-Pfalz	14,2	5	15,5	5	15,2	5	1,0	-0,3
Saarland	15,5	7	17,5	9	17,2	9	1,7	-0,3
Sachsen	19,2	10	18,5	12	18,6	11	-0,6	0,1
Sachsen-Anhalt	22,4	15	21,3	14	20,1	13	-2,3	-1,2
Schleswig-Holstein	13,3	4	13,8	3	14,6	4	1,3	0,8
Thüringen	19,9	13	17,8	11	18,9	12	-1,0	1,1
Deutschland	14,7	x	15,4	x	15,7	x	1,0	0,3

¹ Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquote¹ der unter 18-Jährigen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,9	1	12,7	2	13,4	2	0,5	0,7
Bayern	13,9	2	11,9	1	12,3	1	-1,6	0,4
Berlin	26,7	10	26,8	13	29,8	15	3,1	3,0
Brandenburg	26,9	11	21,4	8	22,1	8	-4,8	0,7
Bremen	34,9	16	33,1	16	34,2	16	-0,7	1,1
Hamburg	23,2	9	20,4	7	21,0	6	-2,2	0,6
Hessen	17,8	4	16,8	3	18,2	3	0,4	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	34,2	15	26,9	14	29,0	14	-5,2	2,1
Niedersachsen	20,7	8	19,7	5	21,6	7	0,9	1,9
Nordrhein-Westfalen	20,4	7	23,6	11	22,9	9	2,5	-0,7
Rheinland-Pfalz	17,7	3	19,9	6	19,4	5	1,7	-0,5
Saarland	19,3	6	21,4	8	23,6	11	4,3	2,2
Sachsen	27,2	12	22,3	10	23,0	10	-4,2	0,7
Sachsen-Anhalt	33,8	14	28,7	15	27,2	13	-6,6	-1,5
Schleswig-Holstein	17,8	4	17,6	4	18,7	4	0,9	1,1
Thüringen	29,2	13	23,7	12	26,6	12	-2,6	2,9
Deutschland	19,5	x	19,0	x	19,7	x	0,2	0,7

¹ Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquote¹ der 65-Jährigen und Älteren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,8	9	12,5	5	12,7	5	1,9	0,2
Bayern	14,2	15	16,9	14	16,7	14	2,5	-0,2
Berlin	7,4	2	10,4	1	11,9	1	4,5	1,5
Brandenburg	9,5	6	12,3	4	12,6	4	3,1	0,3
Bremen	9,0	4	15,8	12	15,3	10	6,3	-0,5
Hamburg	8,1	3	12,1	3	12,3	3	4,2	0,2
Hessen	11,0	11	13,4	7	13,7	8	2,7	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	11,7	12	14,5	10	16,0	12	4,3	1,5
Niedersachsen	12,6	13	15,9	13	16,1	13	3,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	9,7	8	14,8	11	15,3	10	5,6	0,5
Rheinland-Pfalz	15,6	16	18,1	15	16,9	15	1,3	-1,2
Saarland	13,3	14	20,5	16	19,7	16	6,4	-0,8
Sachsen	7,2	1	11,6	2	12,2	2	5,0	0,6
Sachsen-Anhalt	10,8	9	14,2	9	14,4	9	3,6	0,2
Schleswig-Holstein	9,6	7	12,9	6	13,0	6	3,4	0,1
Thüringen	9,2	5	13,5	8	13,1	7	3,9	-0,4
Deutschland	11,0	x	14,4	x	14,6	x	3,6	0,2

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Einkommensreichumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,6	4	10,4	4	10,5	4	0,9	0,1
Bayern	9,8	3	10,7	2	10,7	2	0,9	-
Berlin	7,6	8	7,1	8	6,7	9	-0,9	-0,4
Brandenburg	4,1	12	4,7	12	5,2	12	1,1	0,5
Bremen	6,8	10	7,0	9	6,3	11	-0,5	-0,7
Hamburg	10,2	1	11,4	1	12,0	1	1,8	0,6
Hessen	10,2	1	10,5	3	10,7	2	0,5	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	15	2,7	16	2,9	16	0,4	0,2
Niedersachsen	7,2	9	7,0	9	7,0	8	-0,2	-
Nordrhein-Westfalen	8,1	5	7,8	7	7,8	7	-0,3	-
Rheinland-Pfalz	7,9	7	8,5	5	8,6	5	0,7	0,1
Saarland	5,7	11	6,7	11	6,5	10	0,8	-0,2
Sachsen	2,7	13	3,6	13	4,0	13	1,3	0,4
Sachsen-Anhalt	2,7	13	3,4	14	3,1	15	0,4	-0,3
Schleswig-Holstein	8,0	6	8,4	6	8,1	6	0,1	-0,3
Thüringen	2,3	16	3,4	14	3,7	14	1,4	0,3
Deutschland	7,7	x	8,2	x	8,2	x	0,5	-

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Niedergelassene Ärzte/-innen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	Rang	Veränderung Einwohner/-innen je Ärztin/Arzt	
Baden-Württemberg	648	6	663	6	690	6	42	27
Bayern	586	4	605	4	617	4	31	12
Berlin	498	2	599	3	558	3	60	-41
Brandenburg	798	16	747	14	752	13	-46	5
Bremen	506	3	492	1	535	2	29	43
Hamburg	485	1	499	2	511	1	26	12
Hessen	633	5	691	10	705	10	72	14
Mecklenburg-Vorpommern	714	11	706	12	720	12	6	14
Niedersachsen	716	12	690	9	704	9	-12	14
Nordrhein-Westfalen	689	10	686	8	703	8	14	17
Rheinland-Pfalz	671	9	699	11	713	11	42	14
Saarland	653	7	655	5	671	5	18	16
Sachsen	733	13	745	13	760	14	27	15
Sachsen-Anhalt	780	15	799	16	810	16	30	11
Schleswig-Holstein	664	8	683	7	696	7	32	13
Thüringen	734	14	783	15	802	15	68	19
Deutschland	653	x	668	x	681	x	28	13

Quelle: Bundesärztekammer; eigene Berechnungen

Niedergelassene Zahnärzte/-innen

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	Rang	Veränderung Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	
Baden-Württemberg	1 564	13	1 637	12	1 680	12	116	43
Bayern	1 434	8	1 501	8	1 530	8	96	29
Berlin	1 066	1	1 171	1	1 191	1	125	20
Brandenburg	1 524	12	1 524	10	1 557	10	33	33
Bremen	1 522	11	1 715	14	1 744	14	222	29
Hamburg	1 210	2	1 247	2	1 273	2	63	26
Hessen	1 401	7	1 485	7	1 518	7	117	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 315	4	1 387	6	1 436	6	121	49
Niedersachsen	1 461	9	1 505	9	1 537	9	76	32
Nordrhein-Westfalen	1 637	14	1 697	13	1 729	13	92	32
Rheinland-Pfalz	1 786	15	1 799	15	1 817	15	31	18
Saarland	1 820	16	1 835	16	1 840	16	20	5
Sachsen	1 320	5	1 332	4	1 354	4	34	22
Sachsen-Anhalt	1 387	6	1 380	5	1 427	5	40	47
Schleswig-Holstein	1 472	10	1 550	11	1 594	11	122	44
Thüringen	1 256	3	1 262	3	1 291	3	35	29
Deutschland	1 469	x	1 526	x	1 558	x	89	32

Quelle: Bundeszahnärztekammer; eigene Berechnungen

Aufgestellte Betten in Krankenhäusern insgesamt

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	572	15	528	16	516	16	-56	-12
Bayern	642	8	598	11	592	11	-50	-6
Berlin	599	12	577	13	567	13	-32	-10
Brandenburg	603	11	622	10	616	10	13	-6
Bremen	854	1	776	1	756	1	-98	-20
Hamburg	660	6	691	4	694	4	34	3
Hessen	609	10	593	12	585	12	-24	-8
Mecklenburg-Vorpommern	599	12	653	6	649	6	50	-4
Niedersachsen	553	16	540	15	532	15	-21	-8
Nordrhein-Westfalen	706	3	682	5	671	5	-35	-11
Rheinland-Pfalz	631	9	634	9	624	9	-7	-10
Saarland	696	4	653	6	646	7	-50	-7
Sachsen	646	7	642	8	632	8	-14	-10
Sachsen-Anhalt	694	5	726	3	716	3	22	-10
Schleswig-Holstein	573	14	571	14	565	14	-8	-6
Thüringen	713	2	750	2	738	2	25	-12
Deutschland	635	x	617	x	608	x	-27	-9

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Krankenhausstatistik

Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	259	7	240	6	237	6	-22	-3
Bayern	262	6	235	7	228	7	-34	-7
Berlin	.	x	18	15	17	16	.	-1
Brandenburg	217	9	213	10	212	9	-5	-1
Bremen	.	x	58	14	57	14	.	-1
Hamburg	.	x	17	16	21	15	.	4
Hessen	292	3	262	5	263	5	-29	1
Mecklenburg-Vorpommern	629	1	655	1	648	1	19	-7
Niedersachsen	222	8	222	8	220	8	-2	-2
Nordrhein-Westfalen	113	13	117	13	116	13	3	-1
Rheinland-Pfalz	200	11	188	11	182	11	-18	-6
Saarland	291	4	288	3	275	3	-16	-13
Sachsen	210	10	221	9	212	9	2	-9
Sachsen-Anhalt	148	12	159	12	159	12	11	-
Schleswig-Holstein	400	2	366	2	365	2	-35	-1
Thüringen	267	5	270	4	265	4	-2	-5
Deutschland	212	x	204	x	201	x	-11	-3

¹ Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Krankenhausstatistik

Anteil der Pflegebedürftigen¹ an der Bevölkerung¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005 ²		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,1	1	14,5	3	16,0	4	2,9	1,5
Bayern	15,0	6	13,5	2	14,4	2	-0,6	0,9
Berlin	18,9	16	16,2	9	16,9	6	-2,0	0,7
Brandenburg	17,3	15	18,1	15	19,5	14	2,2	1,4
Bremen	16,8	12	16,1	8	17,8	9	1,0	x
Hamburg	14,9	5	14,9	4	15,7	3	0,8	0,8
Hessen	16,1	9	17,1	12	18,8	13	2,7	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	17,1	14	19,5	16	21,5	16	4,4	2,0
Niedersachsen	16,8	12	17,7	14	19,6	15	2,8	1,9
Nordrhein-Westfalen	15,1	7	16,3	10	18,0	10	2,9	1,7
Rheinland-Pfalz	14,3	2	14,9	4	16,8	5	2,5	1,9
Saarland	14,6	4	15,6	7	17,6	8	3,0	2,0
Sachsen	14,5	3	14,9	4	16,9	6	2,4	2,0
Sachsen-Anhalt	16,6	11	17,1	12	18,2	11	1,6	1,1
Schleswig-Holstein	16,0	8	13,0	1	14,1	1	-1,9	1,1
Thüringen	16,1	9	17,0	11	18,7	12	2,6	1,7
Deutschland	15,4	x	15,7	x	17,2	x	1,8	1,5

1 Ab 70 Jahre. 2 Einschließlich Pflegebedürftige in teilstationärer Pflege. – Quelle: Pflegestatistik

Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2015		2005–2015	2013–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	44,7	11	48,4	8	51,8	2	7,1	3,4
Bayern	45,6	9	45,0	11	45,5	12	-0,1	0,5
Berlin	48,3	5	50,9	2	49,7	6	1,4	-1,2
Brandenburg	45,4	10	48,6	6	49,5	7	4,1	0,9
Bremen	42,8	13	43,5	13	45,9	11	3,1	2,4
Hamburg	37,2	16	39,3	15	40,7	15	3,5	1,4
Hessen	54,8	1	53,5	1	53,7	1	-1,1	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	45,7	8	48,0	9	48,8	9	3,1	0,8
Niedersachsen	44,1	12	45,6	10	46,1	10	2,0	0,5
Nordrhein-Westfalen	46,4	6	49,8	3	50,5	5	4,1	0,7
Rheinland-Pfalz	50,6	2	49,8	3	51,8	2	1,2	2,0
Saarland	48,9	4	48,6	6	51,6	4	2,7	3,0
Sachsen	40,6	14	39,9	14	40,8	14	0,2	0,9
Sachsen-Anhalt	46,2	7	44,5	12	44,6	13	-1,6	0,1
Schleswig-Holstein	39,6	15	39,3	15	40,4	16	0,8	1,1
Thüringen	49,3	3	49,0	5	49,4	8	0,1	0,4
Deutschland	46,1	x	47,4	x	48,4	x	2,3	1,0

Quelle: Pflegestatistik

Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2015		2005–2015	2013–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	20,6	12	21,2	14	20,1	16	-0,5	-1,1
Bayern	21,1	11	22,8	10	23,8	10	2,7	1,0
Berlin	23,8	7	24,7	7	26,0	7	2,2	1,3
Brandenburg	27,7	3	28,5	4	28,7	4	1,0	0,2
Bremen	29,0	2	28,7	3	28,8	3	-0,2	0,1
Hamburg	29,7	1	29,2	1	30,0	1	0,3	0,8
Hessen	19,2	16	21,7	12	22,6	12	3,4	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	24,2	6	26,3	5	27,3	5	3,1	1,0
Niedersachsen	22,7	9	23,6	9	25,1	8	2,4	1,5
Nordrhein-Westfalen	21,4	10	22,6	11	23,7	11	2,3	1,1
Rheinland-Pfalz	19,8	14	21,3	13	21,8	14	2,0	0,5
Saarland	19,7	15	21,2	14	20,8	15	1,1	-0,4
Sachsen	26,1	4	29,0	2	29,7	2	3,6	0,7
Sachsen-Anhalt	24,3	5	24,9	6	26,2	6	1,9	1,3
Schleswig-Holstein	20,4	13	20,3	16	21,9	13	1,5	1,6
Thüringen	23,1	8	24,1	8	24,6	9	1,5	0,5
Deutschland	22,2	x	23,4	x	24,2	x	2,0	0,8

Quelle: Pflegestatistik

Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2015		2005–2015	2013–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	34,7	2	30,4	7	28,1	7	-6,6	-2,3
Bayern	33,3	3	32,2	2	30,7	2	-2,6	-1,5
Berlin	27,9	13	24,4	15	24,3	13	-3,6	-0,1
Brandenburg	26,9	15	22,9	16	21,8	16	-5,1	-1,1
Bremen	28,2	12	27,8	10	25,3	12	-2,9	-2,5
Hamburg	33,1	6	31,5	3	29,3	4	-3,8	-2,2
Hessen	26,0	16	24,8	14	23,7	15	-2,3	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	30,1	9	25,7	13	23,9	14	-6,2	-1,8
Niedersachsen	33,2	5	30,8	5	28,8	6	-4,4	-2,0
Nordrhein-Westfalen	32,2	7	27,6	11	25,8	11	-6,4	-1,8
Rheinland-Pfalz	29,6	10	28,9	9	26,4	9	-3,2	-2,5
Saarland	31,4	8	30,2	8	27,6	8	-3,8	-2,6
Sachsen	33,3	3	31,1	4	29,5	3	-3,8	-1,6
Sachsen-Anhalt	29,5	11	30,6	6	29,2	5	-0,3	-1,4
Schleswig-Holstein	40,0	1	40,4	1	37,7	1	-2,3	-2,7
Thüringen	27,6	14	26,9	12	26,0	10	-1,6	-0,9
Deutschland	31,7	x	29,2	x	27,4	x	-4,3	-1,8

¹ 2005 teil- und vollstationäre Pflege, 2013 und 2015 vollstationäre Pflege. – Quelle: Pflegestatistik

Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2009		2013		2005–2013	2009–2013
	kg/m ²	Rang	kg/m ²	Rang	kg/m ²	Rang	Veränderung in kg/m ²	
Baden-Württemberg	25,3	4	25,4	3	25,6	3	0,3	0,2
Bayern	25,4	5	25,5	5	25,7	4	0,3	0,2
Berlin	25,0	2	25,2	2	25,3	2	0,3	0,1
Brandenburg	25,9	13	26,2	14	26,4	14	0,5	0,2
Bremen	25,1	3	25,4	3	25,7	4	0,6	0,3
Hamburg	24,8	1	25,0	1	25,0	1	0,2	-
Hessen	25,4	5	25,7	7	25,8	6	0,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	26,3	16	26,4	15	26,7	16	0,4	0,3
Niedersachsen	25,5	8	25,7	7	25,9	8	0,4	0,2
Nordrhein-Westfalen	25,5	8	25,7	7	25,9	8	0,4	0,2
Rheinland-Pfalz	25,6	10	25,9	10	26,0	10	0,4	0,1
Saarland	25,7	11	25,9	10	26,1	11	0,4	0,2
Sachsen	25,8	12	25,9	10	26,2	12	0,4	0,3
Sachsen-Anhalt	26,1	15	26,4	15	26,6	15	0,5	0,2
Schleswig-Holstein	25,4	5	25,6	6	25,8	6	0,4	0,2
Thüringen	25,9	13	26,1	13	26,3	13	0,4	0,2
Deutschland	25,5	x	25,7	x	25,9	x	0,4	0,2

¹ Bevölkerung ab 18 Jahre. – Quelle: Mikrozensus

Anteil der Raucher/-innen an der Bevölkerung¹

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2009		2013		2005–2013	2009–2013
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	24,5	3	22,8	1	22,2	2	-2,3	-0,6
Bayern	24,2	1	23,5	2	22,1	1	-2,1	-1,4
Berlin	32,7	15	31,3	16	28,9	16	-3,8	-2,4
Brandenburg	29,0	10	28,0	12	25,8	9	-3,2	-2,2
Bremen	30,8	14	30,5	15	27,8	13	-3,0	-2,7
Hamburg	29,8	13	26,7	8	25,6	8	-4,2	-1,1
Hessen	25,9	4	24,6	4	23,4	4	-2,5	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	33,3	16	30,4	14	28,2	15	-5,1	-2,2
Niedersachsen	28,1	9	26,1	7	24,7	7	-3,4	-1,4
Nordrhein-Westfalen	29,0	10	26,9	10	25,9	10	-3,1	-1,0
Rheinland-Pfalz	26,0	5	25,1	5	23,9	6	-2,1	-1,2
Saarland	26,2	6	25,3	6	23,5	5	-2,7	-1,8
Sachsen	24,4	2	23,8	3	22,7	3	-1,7	-1,1
Sachsen-Anhalt	27,9	8	28,9	13	27,8	13	-0,1	-1,1
Schleswig-Holstein	29,5	12	27,0	11	25,9	10	-3,6	-1,1
Thüringen	27,2	7	26,7	8	26,1	12	-1,1	-0,6
Deutschland	27,2	x	25,7	x	24,5	x	-2,7	-1,2

¹ Bevölkerung ab 15 Jahre mit Angaben über die Rauchgewohnheiten. – Quelle: Mikrozensus

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum	
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]–[2]	
							Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	2011	66,3	2	2016	70,4	2	4,1	
Bayern	2008	57,9	10	2013	63,3	8	5,4	
Berlin	2011	60,2	6	2016	66,9	5	6,7	
Brandenburg	2009	67,0	1	2014	47,9	16	-19,1	
Bremen	2011	55,5	13	2015	50,2	14	-5,3	
Hamburg	2011	57,3	11	2015	56,5	12	-0,8	
Hessen	2009	61,0	5	2013	73,2	1	12,2	
Mecklenburg-Vorpommern	2011	51,5	15	2016	61,9	9	10,4	
Niedersachsen	2008	59,4	9	2013	59,4	11	-	
Nordrhein-Westfalen	2012	59,6	8	2017	65,2	6	5,6	
Rheinland-Pfalz	2011	61,8	3	2016	70,4	2	8,6	
Saarland	2012	61,6	4	2017	69,7	4	8,1	
Sachsen	2009	52,2	14	2014	49,1	15	-3,1	
Sachsen-Anhalt	2011	51,2	16	2016	61,1	10	9,9	
Schleswig-Holstein	2012	60,2	6	2017	64,2	7	4,0	
Thüringen	2009	56,2	12	2014	52,7	13	-3,5	
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	

Quelle: Landeswahlleiter

 Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen¹

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum	
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]–[2]	
							Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	2011	18,1	16	2016	24,5	16	6,4	
Bayern	2008	31,0	11	2013	29,4	10	-1,6	
Berlin	2011	34,2	7	2016	33,1	7	-1,1	
Brandenburg	2009	39,8	3	2014	36,4	3	-3,4	
Bremen	2011	42,2	1	2015	33,7	6	-8,5	
Hamburg	2011	38,8	5	2015	37,2	2	-1,6	
Hessen	2009	28,8	14	2013	29,1	11	0,3	
Mecklenburg-Vorpommern	2011	28,2	15	2016	25,3	15	-2,9	
Niedersachsen	2008	29,2	13	2013	28,5	12	-0,7	
Nordrhein-Westfalen	2012	30,0	12	2017	27,1	13	-2,9	
Rheinland-Pfalz	2011	41,6	2	2016	35,6	4	-6,0	
Saarland	2012	39,2	4	2017	35,3	5	-3,9	
Sachsen	2009	31,1	10	2014	31,7	8	0,6	
Sachsen-Anhalt	2011	32,4	8	2016	26,4	14	-6,0	
Schleswig-Holstein	2012	31,9	9	2017	30,1	9	-1,8	
Thüringen	2009	38,6	6	2014	40,6	1	2,0	
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Landeswahlleiter; eigene Berechnungen

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2009		2013		2005–2013	2009–2013
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	78,7	4	72,4	5	74,3	1	-4,4	1,9
Bayern	77,9	8	71,6	7	70,0	10	-7,9	-1,6
Berlin	77,4	10	70,9	10	72,5	6	-4,9	1,6
Brandenburg	74,9	14	67,0	12	68,4	13	-6,5	1,4
Bremen	75,5	12	70,3	11	68,8	12	-6,7	-1,5
Hamburg	77,5	9	71,3	9	70,3	9	-7,2	-1,0
Hessen	78,7	4	73,8	1	73,2	3	-5,5	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	71,2	15	63,0	15	65,3	15	-5,9	2,3
Niedersachsen	79,4	1	73,3	4	73,4	2	-6,0	0,1
Nordrhein-Westfalen	78,3	7	71,4	8	72,5	6	-5,8	1,1
Rheinland-Pfalz	78,7	4	72,0	6	72,8	5	-5,9	0,8
Saarland	79,4	1	73,7	2	72,5	6	-6,9	-1,2
Sachsen	75,7	11	65,0	14	69,5	11	-6,2	4,5
Sachsen-Anhalt	71,0	16	60,5	16	62,1	16	-8,9	1,6
Schleswig-Holstein	79,1	3	73,6	3	73,1	4	-6,0	-0,5
Thüringen	75,5	12	65,2	13	68,2	14	-7,3	3,0
Deutschland	77,7	x	70,8	x	71,5	x	-6,2	0,7

Quelle: Bundeswahlstatistik

Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2009		2013		2005–2013	2009–2013
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	26,3	13	27,4	15	30,8	15	4,5	3,4
Bayern	33,7	7	27,5	14	35,2	13	1,5	7,7
Berlin	27,3	12	43,5	3	44,4	3	17,1	0,9
Brandenburg	47,6	1	52,6	1	40,0	7	-7,6	-12,6
Bremen	25,0	14	33,3	8	66,7	1	41,7	33,4
Hamburg	21,4	16	23,1	16	23,1	16	1,7	-
Hessen	32,6	8	35,6	7	37,8	10	5,2	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	38,5	5	35,7	6	46,2	2	7,7	10,5
Niedersachsen	38,7	4	37,1	5	36,4	12	-2,3	-0,7
Nordrhein-Westfalen	30,0	9	30,2	11	32,6	14	2,6	2,4
Rheinland-Pfalz	35,5	6	40,6	4	41,9	6	6,4	1,3
Saarland	30,0	9	30,0	12	44,4	3	14,4	14,4
Sachsen	27,8	11	31,4	10	39,4	8	11,6	8,0
Sachsen-Anhalt	39,1	2	47,1	2	42,1	5	3,0	-5,0
Schleswig-Holstein	22,7	15	29,2	13	37,5	11	14,8	8,3
Thüringen	38,9	3	33,3	8	38,9	9	-	5,6
Deutschland	31,8	x	32,8	x	36,5	x	4,7	3,7

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Bundeswahlstatistik; eigene Berechnungen

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2004		2009		2014		2004–2014	2009–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	53,1	4	52,0	4	52,1	4	-1,0	0,1
Bayern	39,7	10	42,3	7	40,9	15	1,2	-1,4
Berlin	38,6	11	35,1	14	46,7	9	8,1	11,6
Brandenburg	26,9	16	29,9	16	46,7	9	19,8	16,8
Bremen	37,3	13	38,9	10	40,3	16	3,0	1,4
Hamburg	34,9	15	34,7	15	43,5	11	8,6	8,8
Hessen	37,8	12	37,9	11	42,2	14	4,4	4,3
Mecklenburg-Vorpommern	45,1	6	46,6	6	46,8	8	1,7	0,2
Niedersachsen	40,1	9	40,5	9	49,1	7	9,0	8,6
Nordrhein-Westfalen	41,1	8	41,8	8	52,3	3	11,2	10,5
Rheinland-Pfalz	58,3	1	55,6	2	57,0	1	-1,3	1,4
Saarland	57,2	2	58,6	1	54,1	2	-3,1	-4,5
Sachsen	46,1	5	47,6	5	49,2	6	3,1	1,6
Sachsen-Anhalt	42,0	7	37,8	12	43,0	13	1,0	5,2
Schleswig-Holstein	36,4	14	36,8	13	43,3	12	6,9	6,5
Thüringen	53,7	3	53,0	3	51,6	5	-2,1	-1,4
Deutschland	43,0	x	43,3	x	48,1	x	5,1	4,8

Quelle: Bundeswahlstatistik

Anteil der ausländischen Schüler/-innen an allen Schüler/-innen¹

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2005/06 [1]		2014/15 [2]		2015/16 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,3	6	9,6	5	10,0	5	-2,3	0,4
Bayern	8,1	8	7,2	8	8,0	8	-0,1	0,8
Berlin	16,4	2	12,9	1	13,1	1	-3,3	0,2
Brandenburg	1,6	14	2,1	15	2,9	15	1,3	0,8
Bremen	15,3	3	11,6	2	12,6	2	-2,7	1,0
Hamburg	17,1	1	10,6	3	10,9	3	-6,2	0,3
Hessen	13,9	4	9,9	4	10,5	4	-3,4	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	15	2,4	13	3,4	12	2,1	1,0
Niedersachsen	6,9	10	5,9	9	6,8	9	-0,1	0,9
Nordrhein-Westfalen	13,0	5	8,2	7	8,6	7	-4,4	0,4
Rheinland-Pfalz	7,6	9	5,6	10	6,6	10	-1,0	1,0
Saarland	8,4	7	8,5	6	9,6	6	1,2	1,1
Sachsen	2,0	12	2,5	12	3,0	14	1,0	0,5
Sachsen-Anhalt	1,8	13	2,2	14	3,1	13	1,3	0,9
Schleswig-Holstein	5,1	11	3,5	11	4,4	11	-0,7	0,9
Thüringen	1,3	15	1,7	16	2,7	16	1,4	1,0
Deutschland	9,8	x	7,3	x	7,9	x	-1,9	0,6

1 An allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	6,7	1	4,9	4	4,8	4	-1,9	-0,1
Bayern	7,9	4	4,3	1	4,6	2	-3,3	0,3
Berlin	9,4	11	8,1	13	9,6	15	0,2	1,5
Brandenburg	9,6	12	8,0	12	7,5	12	-2,1	-0,5
Bremen	8,7	8	5,9	9	5,7	8	-3,0	-0,2
Hamburg	11,5	15	4,8	3	5,4	7	-6,1	0,6
Hessen	8,2	6	4,3	1	4,1	1	-4,1	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	10,7	14	8,7	15	8,3	14	-2,4	-0,4
Niedersachsen	9,1	9	4,9	4	5,1	5	-4,0	0,2
Nordrhein-Westfalen	6,9	2	5,5	8	5,3	6	-1,6	-0,2
Rheinland-Pfalz	7,5	3	5,4	7	6,0	9	-1,5	0,6
Saarland	8,4	7	5,0	6	4,6	2	-3,8	-0,4
Sachsen	9,1	9	8,4	14	8,2	13	-0,9	-0,2
Sachsen-Anhalt	11,8	16	9,7	16	10,3	16	-1,5	0,6
Schleswig-Holstein	9,8	13	7,7	11	7,4	11	-2,4	-0,3
Thüringen	7,9	4	7,0	10	7,2	10	-0,7	0,2
Deutschland	8,2	x	5,5	x	5,6	x	-2,6	0,1

1 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss¹ an allen Schulentlassungen²

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,3	4	19,0	6	18,4	5	-13,9	-0,6
Bayern	33,3	3	22,2	2	21,4	2	-11,9	-0,8
Berlin	21,6	9	17,0	7	16,5	8	-5,1	-0,5
Brandenburg	17,7	13	14,6	11	13,6	13	-4,1	-1,0
Bremen	20,8	10	20,1	3	17,7	6	-3,1	-2,4
Hamburg	23,5	7	15,9	9	16,7	7	-6,8	0,8
Hessen	25,8	6	16,0	8	15,6	9	-10,2	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	12	13,2	14	14,1	11	-3,7	0,9
Niedersachsen	20,3	11	13,8	13	13,0	14	-7,3	-0,8
Nordrhein-Westfalen	22,4	8	15,6	10	14,8	10	-7,6	-0,8
Rheinland-Pfalz	30,2	5	19,5	5	18,9	3	-11,3	-0,6
Saarland	34,5	1	26,4	1	25,1	1	-9,4	-1,3
Sachsen	13,0	15	11,0	16	9,7	16	-3,3	-1,3
Sachsen-Anhalt	9,0	16	12,2	15	11,6	15	2,6	-0,6
Schleswig-Holstein	33,5	2	19,6	4	18,5	4	-15,0	-1,1
Thüringen	17,3	14	14,3	12	14,1	11	-3,2	-0,2
Deutschland	24,8	x	17,2	x	16,5	x	-8,3	-0,7

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss I¹ an allen Schulentlassungen²

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	39,6	10	47,9	4	47,5	4	7,9	-0,4
Bayern	39,5	11	46,0	6	45,6	5	6,1	-0,4
Berlin	35,3	13	33,8	15	33,2	15	-2,1	-0,6
Brandenburg	43,4	6	41,5	11	42,9	8	-0,5	1,4
Bremen	40,2	8	35,6	13	35,2	13	-5,0	-0,4
Hamburg	29,9	16	24,2	16	23,1	16	-6,8	-1,1
Hessen	39,9	9	42,3	9	44,6	7	4,7	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	46,2	4	44,8	7	42,2	9	-4,0	-2,6
Niedersachsen	46,9	3	50,7	3	49,5	2	2,6	-1,2
Nordrhein-Westfalen	41,5	7	41,4	12	41,3	11	-0,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	38,0	12	43,9	8	42,1	10	4,1	-1,8
Saarland	33,0	14	35,5	14	33,4	14	0,4	-2,1
Sachsen	51,8	2	51,2	1	49,9	1	-1,9	-1,3
Sachsen-Anhalt	52,1	1	51,0	2	49,1	3	-3,0	-1,9
Schleswig-Holstein	32,5	15	41,8	10	40,9	12	8,4	-0,9
Thüringen	44,9	5	47,2	5	45,0	6	0,1	-2,2
Deutschland	41,6	x	44,2	x	43,7	x	2,1	-0,5

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabellenanhang

Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife¹ an allen Schulentlassungen²

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,1	14	28,3	14	29,4	14	8,3	1,1
Bayern	19,3	16	27,5	15	28,4	16	9,1	0,9
Berlin	33,6	1	41,1	2	40,7	3	7,1	-0,4
Brandenburg	29,2	4	35,9	6	36,1	6	6,9	0,2
Bremen	28,6	5	38,4	3	41,3	2	12,7	2,9
Hamburg	33,4	2	55,0	1	54,7	1	21,3	-0,3
Hessen	24,4	9	37,4	5	35,8	7	11,4	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	10	33,3	7	35,4	8	11,3	2,1
Niedersachsen	21,9	13	30,6	12	32,5	12	10,6	1,9
Nordrhein-Westfalen	25,9	7	37,5	4	38,6	4	12,7	1,1
Rheinland-Pfalz ³	23,2	12	31,1	10	33,0	11	9,8	1,9
Saarland	23,3	11	33,0	8	36,8	5	13,5	3,8
Sachsen	26,1	6	29,4	13	32,3	13	6,2	2,9
Sachsen-Anhalt	25,4	8	27,0	16	29,0	15	3,6	2,0
Schleswig-Holstein	20,8	15	30,9	11	33,1	10	12,3	2,2
Thüringen	29,9	3	31,4	9	33,7	9	3,8	2,3
Deutschland	24,1	x	33,1	x	34,1	x	10,0	1,0

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen und Fachhochschulreife. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – 3 Schulischer Teil der Fachhochschulreife (2005: 1,1 Prozent; 2014: 1,8 Prozent; 2015: 2,2 Prozent) wird dem qualifizierten Sekundarabschluss I zugerechnet. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Studienanfängerquote nach Land des Studienortes

Land	Studienjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	39,8	6	60,3	7	60,8	7	21,0	0,5
Bayern	36,1	8	51,1	12	52,1	12	16,0	1,0
Berlin	49,4	3	93,4	1	98,0	1	48,6	4,6
Brandenburg	22,2	16	46,7	14	46,2	14	24,0	-0,5
Bremen	68,3	1	90,4	2	96,4	2	28,1	6,0
Hamburg	56,6	2	83,9	3	84,3	3	27,7	0,4
Hessen	45,2	4	63,4	6	61,0	6	15,8	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	25,1	15	52,0	11	54,5	11	29,4	2,5
Niedersachsen	29,2	11	43,3	15	43,8	15	14,6	0,5
Nordrhein-Westfalen	40,0	5	63,5	5	61,7	5	21,7	-1,8
Rheinland-Pfalz	38,3	7	50,7	13	49,6	13	11,3	-1,1
Saarland	32,3	10	53,5	10	54,6	10	22,3	1,1
Sachsen	35,7	9	71,1	4	68,7	4	33,0	-2,4
Sachsen-Anhalt	26,7	14	55,5	9	58,5	9	31,8	3,0
Schleswig-Holstein	27,5	13	33,4	16	32,4	16	4,9	-1,0
Thüringen	29,1	12	60,3	7	59,8	8	30,7	-0,5
Deutschland	37,1	x	58,3	x	58,2	x	21,1	-0,1

Quellen: Studierendenstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Anteil der Bildungsausländer/-innen an allen Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2005/06 [1]		2014/15 [2]		2015/16 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,6	3	9,4	8	9,9	8	-1,7	0,5
Bayern	9,0	9	8,0	10	8,6	10	-0,4	0,6
Berlin	11,4	4	13,9	1	14,6	1	3,2	0,7
Brandenburg	11,3	5	11,8	3	12,4	3	1,1	0,6
Bremen	13,4	2	10,7	5	10,9	7	-2,5	0,2
Hamburg	9,0	9	7,9	11	8,1	11	-0,9	0,2
Hessen	9,8	6	8,5	9	8,7	9	-1,1	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	5,5	15	5,5	16	6,2	15	0,7	0,7
Niedersachsen	9,2	7	7,1	13	7,3	14	-1,9	0,2
Nordrhein-Westfalen	9,2	7	7,4	12	7,6	12	-1,6	0,2
Rheinland-Pfalz	8,8	11	6,9	14	7,4	13	-1,4	0,5
Saarland	14,4	1	11,6	4	11,4	4	-3,0	-0,2
Sachsen	8,2	12	12,5	2	13,3	2	5,1	0,8
Sachsen-Anhalt	8,0	13	10,3	6	11,1	6	3,1	0,8
Schleswig-Holstein	6,3	14	5,8	15	5,9	16	-0,4	0,1
Thüringen	5,3	16	10,3	6	11,4	4	6,1	1,1
Deutschland	9,5	x	8,7	x	9,1	x	-0,4	0,4

Quelle: Studierendenstatistik

Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen/-innen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Prüfungsjahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	Semester	Rang	Semester	Rang	Semester	Rang	Veränderung in Semestern	
Baden-Württemberg	9,9	1	7,8	1	7,8	2	-2,1	-
Bayern	10,3	5	8,0	5	7,9	3	-2,4	-0,1
Berlin	10,9	12	8,9	13	8,5	10	-2,4	-0,4
Brandenburg	10,2	3	8,7	11	8,6	13	-1,6	-0,1
Bremen	11,2	15	7,8	1	8,0	6	-3,2	0,2
Hamburg	11,7	16	8,2	7	8,1	7	-3,6	-0,1
Hessen	10,7	11	8,5	9	8,4	9	-2,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	10,4	6	8,9	13	8,9	16	-1,5	-
Niedersachsen	10,1	2	7,8	1	7,6	1	-2,5	-0,2
Nordrhein-Westfalen	11,0	13	8,9	13	8,5	10	-2,5	-0,4
Rheinland-Pfalz	10,5	7	8,7	11	8,7	15	-1,8	-
Saarland	11,0	13	8,3	8	8,2	8	-2,8	-0,1
Sachsen	10,5	7	8,5	9	8,5	10	-2,0	-
Sachsen-Anhalt	10,5	7	9,0	16	8,6	13	-2,0	-0,4
Schleswig-Holstein	10,2	3	7,9	4	7,9	3	-2,3	-
Thüringen	10,5	7	8,1	6	7,9	3	-2,6	-0,2
Deutschland	10,5	x	8,3	x	8,2	x	-2,3	-0,1

Quelle: Prüfungsstatistik

Wanderungssaldo der Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2005/06 [1]		2014/15 [2]		2015/16 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Absolute Veränderung	
Baden-Württemberg	-8 128	12	-27 063	15	-29 441	15	-21 313	-2 378
Bayern	4 043	7	-8 939	12	-11 036	12	-15 079	-2 097
Berlin	30 879	1	33 346	1	34 933	1	4 054	1 587
Brandenburg	-16 881	15	-13 117	13	-11 818	13	5 063	1 299
Bremen	10 015	4	8 795	5	9 207	5	-808	412
Hamburg	17 480	2	29 427	3	29 367	2	11 887	-60
Hessen	-1 442	8	2 152	8	1 422	8	2 864	-730
Mecklenburg-Vorpommern	-3 685	9	2 443	7	3 398	7	7 083	955
Niedersachsen	-26 994	16	-50 179	16	-48 310	16	-21 316	1 869
Nordrhein-Westfalen	11 352	3	29 727	2	26 598	3	15 246	-3 129
Rheinland-Pfalz	9 951	5	-592	9	-3 327	10	-13 278	-2 735
Saarland	-6 762	11	-6 012	11	-4 303	11	2 459	1 709
Sachsen	4 600	6	16 486	4	18 588	4	13 988	2 102
Sachsen-Anhalt	-5 521	10	3 680	6	4 992	6	10 513	1 312
Schleswig-Holstein	-8 980	13	-18 870	14	-19 907	14	-10 927	-1 037
Thüringen	-9 927	14	-1 284	10	-363	9	9 564	921
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Studierendenstatistik

Straßendichte¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	767	5	768	4	768	4	0,1	-
Bayern	592	10	594	8	594	8	0,3	-
Berlin	281	14	276	14	276	14	-1,8	-
Brandenburg	425	13	413	13	413	13	-2,8	-
Bremen	280	15	272	15	272	15	-2,9	-
Hamburg	266	16	252	16	252	16	-5,3	-
Hessen	772	4	762	5	762	5	-1,3	-
Mecklenburg-Vorpommern	428	12	430	12	431	12	0,7	0,2
Niedersachsen	593	9	589	10	589	10	-0,7	-
Nordrhein-Westfalen	872	2	867	2	866	2	-0,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	930	1	926	1	926	1	-0,4	-
Saarland	794	3	797	3	797	3	0,4	-
Sachsen	735	6	730	6	729	6	-0,8	-0,1
Sachsen-Anhalt	533	11	536	11	536	11	0,6	-
Schleswig-Holstein	627	8	625	7	625	7	-0,3	-
Thüringen	628	7	594	8	592	9	-5,7	-0,3
Deutschland	648	x	644	x	644	x	-0,6	-

¹ Straßenlänge je Quadratkilometer Fläche (Fläche des Vorjahres). – Quelle: Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs

Tabellenanhang

Pkw-Bestand

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015 ¹		2016 ^{1,2}		2005–2016	2015–2016
	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	574	5	576	4	577	4	3	1
Bayern	587	3	585	3	588	3	1	3
Berlin	360	16	336	16	335	16	-25	-1
Brandenburg	557	7	551	7	551	8	-6	-
Bremen	441	15	423	15	424	15	-17	1
Hamburg	482	14	426	14	426	14	-56	-
Hessen	584	4	572	5	573	5	-11	1
Mecklenburg-Vorpommern	522	13	516	12	516	12	-6	-
Niedersachsen	558	6	569	6	571	6	13	2
Nordrhein-Westfalen	539	10	537	10	540	9	1	3
Rheinland-Pfalz	588	2	592	2	595	2	7	3
Saarland	602	1	615	1	618	1	16	3
Sachsen	534	11	516	12	516	12	-18	-
Sachsen-Anhalt	529	12	532	11	532	11	3	-
Schleswig-Holstein	555	8	550	8	554	7	-1	4
Thüringen	544	9	540	9	538	10	-6	-2
Deutschland	550	x	547	x	548	x	-2	1

1 Ab 2008: Ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge. – 2 Bevölkerung am 31.12.2015. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt; eigene Berechnungen

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ^{1,2}	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	375	3	343	5	342	4	-33	-1
Bayern	446	12	422	11	427	13	-19	5
Berlin	408	6	429	13	420	12	12	-9
Brandenburg	402	5	347	7	363	7	-39	16
Bremen	461	13	505	16	478	16	17	-27
Hamburg	505	16	444	14	439	14	-66	-5
Hessen	408	6	345	6	347	5	-61	2
Mecklenburg-Vorpommern	436	10	337	3	338	3	-98	1
Niedersachsen	438	11	422	11	416	11	-22	-6
Nordrhein-Westfalen	371	1	339	4	350	6	-21	11
Rheinland-Pfalz	423	9	367	8	377	9	-46	10
Saarland	475	15	404	10	410	10	-65	6
Sachsen	372	2	332	2	335	2	-37	3
Sachsen-Anhalt	421	8	367	8	364	8	-57	-3
Schleswig-Holstein	461	13	446	15	449	15	-12	3
Thüringen	379	4	318	1	310	1	-69	-8
Deutschland	408	x	374	x	377	x	-31	3

1 Durchschnittsbevölkerung. – 2 2015 – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Verkehrstote

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1 Mill. Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 Mill. Einwohner/-innen ¹	Rang	je 1 Mill. Einwohner/-innen ^{1,2}	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	59	7	45	8	38	6	-21	-7
Bayern	79	11	48	10	48	11	-31	-
Berlin	20	1	14	2	16	1	-4	2
Brandenburg	105	15	72	16	49	13	-56	-23
Bremen	24	2	25	3	19	3	-5	-6
Hamburg	25	3	11	1	16	1	-9	5
Hessen	60	8	39	7	38	6	-22	-1
Mecklenburg-Vorpommern	116	16	58	13	55	15	-61	-3
Niedersachsen	88	13	58	13	53	14	-35	-5
Nordrhein-Westfalen	48	4	29	4	30	4	-18	1
Rheinland-Pfalz	70	10	48	10	40	8	-30	-8
Saarland	52	5	31	5	34	5	-18	3
Sachsen	68	9	47	9	40	8	-28	-7
Sachsen-Anhalt	97	14	65	15	59	16	-38	-6
Schleswig-Holstein	52	5	38	6	40	8	-12	2
Thüringen	84	12	53	12	48	11	-36	-5
Deutschland	65	x	42	x	39	x	-26	-3

1 Durchschnittsbevölkerung. – 2 2015 – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner/-in

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	m ² je Einwohner/-in	Rang	m ² je Einwohner/-in	Rang	m ² je Einwohner/-in	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	41,5	7	46,2	7	45,9	7	10,6	-0,6
Bayern	43,3	4	47,5	4	47,4	4	9,5	-0,2
Berlin	38,8	11	39,8	15	39,5	16	1,8	-0,8
Brandenburg	38,4	12	44,5	10	44,4	10	15,6	-0,2
Bremen	40,6	8	42,8	14	42,4	14	4,4	-0,9
Hamburg	36,0	16	39,7	16	39,6	15	10,0	-0,3
Hessen	42,2	5	47,0	6	46,6	6	10,4	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	37,5	15	44,2	12	44,1	12	17,6	-0,2
Niedersachsen	44,3	3	50,7	3	50,4	3	13,8	-0,6
Nordrhein-Westfalen	39,4	10	45,3	9	44,9	9	14,0	-0,9
Rheinland-Pfalz	45,8	2	53,1	2	52,9	2	15,5	-0,4
Saarland	46,8	1	53,4	1	53,3	1	13,9	-0,2
Sachsen	37,9	14	43,2	13	43,1	13	13,7	-0,2
Sachsen-Anhalt	39,6	9	46,0	8	45,9	7	15,9	-0,2
Schleswig-Holstein	42,1	6	47,5	4	47,4	4	12,6	-0,2
Thüringen	38,3	13	44,3	11	44,2	11	15,4	-0,2
Deutschland	41,2	x	46,4	x	46,2	x	12,1	-0,4

Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

 Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	91,3	5	96,0	6	96,1	6	5,3	0,1
Bayern	92,5	4	97,1	4	97,2	4	5,1	0,1
Berlin	70,0	15	73,0	16	73,1	16	4,4	0,1
Brandenburg	77,1	9	84,5	9	84,7	9	9,9	0,2
Bremen	76,3	11	80,2	11	80,4	11	5,4	0,2
Hamburg	71,7	14	75,8	14	75,9	14	5,9	0,1
Hessen	91,0	6	96,3	5	96,4	5	5,9	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	72,6	13	79,3	13	79,4	13	9,4	0,1
Niedersachsen	95,1	3	102,0	3	102,1	3	7,4	0,1
Nordrhein-Westfalen	84,5	8	90,2	8	90,3	8	6,9	0,1
Rheinland-Pfalz	97,9	1	103,9	1	104,0	1	6,2	0,1
Saarland	97,0	2	103,8	2	103,8	2	7,0	-
Sachsen	69,3	16	75,0	15	75,2	15	8,5	0,3
Sachsen-Anhalt	74,3	12	80,0	12	80,1	12	7,8	0,1
Schleswig-Holstein	87,0	7	93,3	7	93,4	7	7,4	0,1
Thüringen	76,4	10	81,7	10	81,8	10	7,1	0,1
Deutschland	85,8	x	91,4	x	91,6	x	6,8	0,2

1 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

 Wohneigentumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2006		2010		2014		2006–2014	2010–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	49,1	3	52,8	4	51,3	5	2,2	-1,5
Bayern	46,4	6	51,0	5	50,6	6	4,2	-0,4
Berlin	14,1	16	14,9	16	14,2	16	0,1	-0,7
Brandenburg	39,6	9	46,2	8	46,4	8	6,8	0,2
Bremen	35,4	12	37,2	12	38,9	12	3,5	1,7
Hamburg	20,2	15	22,6	15	22,6	15	2,4	-
Hessen	44,3	7	47,3	7	46,7	7	2,4	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	33,2	13	37,0	13	38,9	12	5,7	1,9
Niedersachsen	49,0	4	54,5	3	54,7	3	5,7	0,2
Nordrhein-Westfalen	38,7	10	43,0	10	42,8	10	4,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	54,3	2	58,0	2	57,5	2	3,2	-0,5
Saarland	54,9	1	63,7	1	62,6	1	7,7	-1,1
Sachsen	29,5	14	33,7	14	34,1	14	4,6	0,4
Sachsen-Anhalt	37,9	11	42,7	11	42,4	11	4,5	-0,3
Schleswig-Holstein	47,1	5	49,7	6	51,5	4	4,4	1,8
Thüringen	40,6	8	45,5	9	43,8	9	3,2	-1,7
Deutschland	41,6	x	45,7	x	45,5	x	3,9	-0,2

1 Anteil der Haushalte in Wohneigentum an allen Haushalten. – Quelle: Mikrozensus

Tabellenanhang

Bodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2008		2014		2015		2008–2015	2014–2015
	km ²	Rang	km ²	Rang	km ²	Rang	Veränderung in km ²	
Baden-Württemberg	35 751	3	35 751	3	35 751	3	-	-
Bayern	70 550	1	70 550	1	70 550	1	-	-
Berlin	892	14	892	14	892	14	-	-
Brandenburg	29 481	5	29 654	5	29 654	5	173	-
Bremen	404	16	419	16	420	16	16	1
Hamburg	755	15	755	15	755	15	-	-
Hessen	21 115	7	21 115	7	21 115	7	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	23 186	6	23 213	6	23 213	6	27	-
Niedersachsen	47 627	2	47 615	2	47 616	2	-11	1
Nordrhein-Westfalen	34 088	4	34 110	4	34 113	4	25	3
Rheinland-Pfalz ²	19 854	9	19 854	9	19 854	9	-	-
Saarland ²	2 570	13	2 570	13	2 570	13	-	-
Sachsen	18 419	10	18 420	10	18 449	10	30	29
Sachsen-Anhalt	20 448	8	20 452	8	20 452	8	4	-
Schleswig-Holstein	15 799	12	15 803	12	15 803	12	4	-
Thüringen	16 172	11	16 202	11	16 202	11	30	-
Deutschland	357 111	x	357 376	x	357 409	x	298	33

1 Stichtag jeweils 31.12. – 2 Einschließlich des gemeinsamen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2008		2014		2015		2008–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	38,3	3	38,3	3	38,3	3	-	-
Bayern	35,0	5	36,4	4	36,5	4	1,5	0,1
Berlin	18,2	13	18,4	13	18,4	13	0,2	-
Brandenburg	35,5	4	35,5	5	35,5	5	-	-
Bremen	2,0	16	1,9	16	2,1	16	0,1	0,2
Hamburg	6,2	15	6,8	15	7,4	15	1,2	0,6
Hessen	40,1	2	40,1	2	40,2	2	0,1	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	21,6	11	21,9	12	21,9	12	0,3	-
Niedersachsen	21,5	12	22,1	11	22,1	11	0,6	-
Nordrhein-Westfalen	25,5	9	25,9	9	26,0	9	0,5	0,1
Rheinland-Pfalz	41,9	1	42,1	1	42,3	1	0,4	0,2
Saarland	33,5	6	34,0	6	34,0	6	0,5	-
Sachsen	27,1	8	27,1	8	27,3	8	0,2	0,2
Sachsen-Anhalt	24,1	10	24,7	10	24,8	10	0,7	0,1
Schleswig-Holstein	10,4	14	10,6	14	10,6	14	0,2	-
Thüringen	31,9	7	32,7	7	32,7	7	0,8	-
Deutschland	30,1	x	30,6	x	30,6	x	0,5	-

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2008		2014		2015		2008–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	45,9	10	45,5	10	45,4	10	-0,5	-0,1
Bayern	49,6	7	46,9	9	46,9	9	-2,7	-
Berlin	4,6	16	4,3	16	4,3	16	-0,3	-
Brandenburg	49,3	9	49,3	7	49,3	7	-	-
Bremen	28,0	14	28,2	14	29,0	14	1,0	0,8
Hamburg	24,0	15	24,5	15	24,5	15	0,5	-
Hessen	42,2	12	42,0	12	41,9	12	-0,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	63,1	2	62,3	2	62,2	2	-0,9	-0,1
Niedersachsen	60,4	4	59,9	4	59,8	4	-0,6	-0,1
Nordrhein-Westfalen	49,4	8	48,5	8	48,3	8	-1,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	42,0	13	41,6	13	41,5	13	-0,5	-0,1
Saarland	43,7	11	42,8	11	42,8	11	-0,9	-
Sachsen	55,4	5	54,7	6	54,7	6	-0,7	-
Sachsen-Anhalt	62,1	3	61,4	3	61,3	3	-0,8	-0,1
Schleswig-Holstein	70,0	1	69,8	1	69,7	1	-0,3	-0,1
Thüringen	54,4	6	54,9	5	54,8	5	0,4	-0,1
Deutschland	52,5	x	51,7	x	51,6	x	-0,9	-0,1

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2008		2014		2015		2008–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	14,0	8	14,4	7	14,4	7	0,4	-
Bayern	11,1	12	11,8	12	11,9	12	0,8	0,1
Berlin	69,8	1	70,2	1	70,2	1	0,4	-
Brandenburg	9,1	14	9,4	15	9,4	15	0,3	-
Bremen	57,2	3	56,3	3	56,2	3	-1,0	-0,1
Hamburg	59,5	2	59,7	2	59,3	2	-0,2	-0,4
Hessen	15,4	6	15,7	6	15,7	6	0,3	-
Mecklenburg-Vorpommern	7,7	16	8,2	16	8,2	16	0,5	-
Niedersachsen	13,4	9	13,9	9	14,0	9	0,6	0,1
Nordrhein-Westfalen	22,2	4	22,8	4	22,9	4	0,7	0,1
Rheinland-Pfalz	14,2	7	14,3	8	14,3	8	0,1	-
Saarland	20,4	5	20,9	5	20,9	5	0,5	-
Sachsen	12,2	11	13,3	10	13,2	10	1,0	-0,1
Sachsen-Anhalt	11,0	13	11,0	13	11,0	13	-	-
Schleswig-Holstein	12,4	10	12,9	11	12,9	11	0,5	-
Thüringen	9,1	14	9,7	14	9,8	14	0,7	0,1
Deutschland	13,2	x	13,7	x	13,7	x	0,5	-

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt

Land	Jahr						Zeitraum	
	2010		2013		2016		2010–2016	2013–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,0	7	8,7	7	9,8	6	1,8	1,1
Bayern	6,2	9	6,9	8	8,4	9	2,2	1,5
Berlin	12,4	1	15,0	1	15,6	2	3,2	0,6
Brandenburg	10,6	3	10,5	5	10,5	5	-0,1	-
Bremen	9,8	4	11,8	3	17,7	1	7,9	5,9
Hamburg	6,8	8	6,9	8	8,1	10	1,3	1,2
Hessen	9,5	5	10,6	4	11,7	4	2,2	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	6	9,0	6	9,4	7	0,7	0,4
Niedersachsen	3,0	16	3,1	16	3,5	16	0,5	0,4
Nordrhein-Westfalen	3,7	14	4,3	13	4,3	14	0,6	-
Rheinland-Pfalz	5,4	10	6,7	10	8,8	8	3,4	2,1
Saarland	10,9	2	11,9	2	15,1	3	4,2	3,2
Sachsen	4,2	12	3,9	14	4,7	12	0,5	0,8
Sachsen-Anhalt	4,2	12	4,6	12	5,1	11	0,9	0,5
Schleswig-Holstein	3,5	15	3,6	15	4,2	15	0,7	0,6
Thüringen	5,0	11	5,1	11	4,7	12	-0,3	-0,4
Deutschland	5,9	x	9,2	x	7,0	x	1,1	-2,2

Quellen: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2010		2013		2007–2013	2010–2013
	Liter je Einwohner/-in ¹	Rang	Liter je Einwohner/-in ¹	Rang	Liter je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	116	7	115	8	116	8	-	0,9
Bayern	133	13	129	13	130	14	-2,3	0,8
Berlin	112	6	113	7	114	6	1,8	0,9
Brandenburg	98	4	105	4	108	5	10,2	2,9
Bremen	127	11	122	11	121	10	-4,7	-0,8
Hamburg	134	15	134	15	138	16	3,0	3,0
Hessen	123	10	121	10	124	11	0,8	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	100	5	106	5	105	4	5,0	-0,9
Niedersachsen	128	12	126	12	126	12	-1,6	-
Nordrhein-Westfalen	135	16	135	16	133	15	-1,5	-1,5
Rheinland-Pfalz	118	9	119	9	119	9	0,8	-
Saarland	116	7	112	6	114	6	-1,7	1,8
Sachsen	85	1	84	1	86	1	1,2	2,4
Sachsen-Anhalt	90	2	91	3	93	3	3,3	2,2
Schleswig-Holstein	133	13	133	14	129	13	-3,0	-3,0
Thüringen	90	2	89	2	88	2	-2,2	-1,1
Deutschland	122	x	121	x	121	x	-0,8	-

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Tabellenanhang

Energieproduktivität¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2014		2005–2014	2013–2014
	1991=100	Rang	1991=100	Rang	1991=100	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg ²	105,4	14	138,3	8	146,0	x	40,6	7,7
Bayern	117,9	9	135,0	11	...	x	x	x
Berlin	131,4	6	154,4	6	...	x	x	x
Brandenburg	173,9	3	186,9	3	...	x	x	x
Bremen	125,5	7	121,2	14	118,8	x	-6,7	-2,4
Hamburg	124,7	8	139,8	7	137,9	x	13,2	-1,9
Hessen ²	107,9	13	137,1	9	145,7	x	37,8	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	137,7	5	127,2	12	128,8	x	-8,9	1,6
Niedersachsen	.	x	136,2	10	139,4	x	x	3,2
Nordrhein-Westfalen	113,4	11	118,4	15	118,1	x	4,7	-0,3
Rheinland-Pfalz	101,0	15	111,9	16	122,9	x	21,9	11,0
Saarland	117,1	10	123,1	13	...	x	x	x
Sachsen	206,8	2	225,1	2	235,0	x	28,2	9,9
Sachsen-Anhalt	159,5	4	160,2	5	170,2	x	10,7	10,0
Schleswig-Holstein	113,1	12	161,1	4	169,1	x	56,0	8,0
Thüringen	210,1	1	234,9	1	257,2	x	47,1	22,3
Deutschland	119,5	x	140,0	x	149,2	x	29,7	9,2

1 BIP (preisbereinigt, verkettet) je eingesetzter Einheit Energie (Primärenergieverbrauch). – 2 2014 vorläufig. – Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, UGRdL, Arbeitsgem. Energiebilanzen e.V.

Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2014		2005–2014	2013–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,8	7	19,1	9	20,0	x	11,2	0,9
Bayern	18,4	5	33,2	6	...	x	x	x
Berlin	0,8	15	2,2	16	...	x	x	x
Brandenburg	23,5	2	62,2	3	...	x	x	x
Bremen	4,0	11	12,7	11	13,7	x	9,7	1,0
Hamburg	1,3	13	2,8	15	3,7	x	2,4	0,9
Hessen	3,8	12	12,5	12	14,2	x	10,4	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	31,0	1	91,9	1	112,0	x	81,0	20,1
Niedersachsen	...	x	40,9	5	45,6	x	x	4,7
Nordrhein-Westfalen	5,7	10	10,6	13	10,6	x	4,9	-
Rheinland-Pfalz	7,9	8	23,1	8	25,6	x	17,7	2,5
Saarland	1,1	14	6,6	14	7,8	x	6,7	1,2
Sachsen	7,9	8	18,0	10	19,1	x	11,2	1,1
Sachsen-Anhalt	18,9	4	57,1	4	62,2	x	43,3	5,1
Schleswig-Holstein	23,5	2	64,2	2	77,8	x	54,3	13,6
Thüringen	11,1	6	28,9	7	30,1	x	19,0	1,2
Deutschland	10,4	x	25,1	x	27,4	x	17,0	2,3

Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

CO₂-Emissionen (energiebedingt)

(niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2014		2005–2014	2013–2014
	Tonnen je Einwohner/-in	Rang	Tonnen je Einwohner/-in	Rang	Tonnen je Einwohner/-in	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg ²	7,4	8	6,7	9	6,2	x	-16,2	-7,5
Bayern ²	6,3	4	6,0	3	...	x	x	x
Berlin	5,9	2	5,3	2	...	x	x	x
Brandenburg	23,5	14	23,4	16	...	x	x	x
Bremen ²	18,5	13	20,4	14	19,6	x	5,9	-3,9
Hamburg ²	7,1	7	6,1	4	6,6	x	-7,0	8,2
Hessen	7,0	6	6,1	4	...	x	x	x
Mecklenburg-Vorpommern	6,1	3	6,5	7	...	x	x	x
Niedersachsen	.	x	8,4	10	...	x	x	x
Nordrhein-Westfalen	15,6	12	15,0	13	...	x	x	x
Rheinland-Pfalz	6,4	5	6,6	8	...	x	x	x
Saarland	23,8	15	23,0	15	...	x	x	x
Sachsen ²	11,1	10	12,3	12	...	x	x	x
Sachsen-Anhalt ²	11,3	11	12,0	11	11,4	x	0,9	-5,0
Schleswig-Holstein ²	8,3	9	6,4	6	6,1	x	-26,5	-4,7
Thüringen	4,9	1	4,8	1	...	x	x	x
Deutschland	10,0	x	9,8	x	9,2	x	-8,0	-6,1

1 Durchschnittsbevölkerung. – 2 Neuberechnung auf Basis geänderter CO₂-Emissionsfaktoren lt. NIR 2016; BW, BY, HB, HH und SH ab 1990; SN 2009 bis 2014; ST 1990, 2013 und 2014. – Quelle: UGRdL

Anteil der Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2009		2013		2014		2009–2014	2013–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,5	12	6,4	15	6,8	14	-1,7	0,4
Bayern	3,2	16	7,6	13	6,0	16	2,8	-1,6
Berlin	6,5	14	15,3	6	29,8	1	23,3	14,5
Brandenburg	11,1	8	10,8	10	16,1	7	5,0	5,3
Bremen	14,3	4	5,5	16	6,8	14	-7,5	1,3
Hamburg	12,0	6	36,3	1	26,2	2	14,2	-10,1
Hessen	7,4	13	11,7	9	7,0	13	-0,4	-4,7
Mecklenburg-Vorpommern	14,5	3	20,4	2	18,8	4	4,3	-1,6
Niedersachsen	4,7	15	7,6	13	8,6	11	3,9	1,0
Nordrhein-Westfalen	9,5	10	8,3	12	7,6	12	-1,9	-0,7
Rheinland-Pfalz	15,7	1	17,1	3	16,8	6	1,1	-0,3
Saarland	9,5	10	13,6	7	12,4	9	2,9	-1,2
Sachsen	11,5	7	9,0	11	11,0	10	-0,5	2,0
Sachsen-Anhalt	13,0	5	15,4	5	19,9	3	6,9	4,5
Schleswig-Holstein	14,7	2	15,6	4	12,8	8	-1,9	-2,8
Thüringen	10,4	9	12,6	8	18,4	5	8,0	5,8
Deutschland	8,4	x	10,1	x	10,1	x	1,7	-

1 An Gesamtinvestitionen (Betriebsergebnisse). – Quelle: Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	336 269	3	460 246	3	476 760	3	41,8	3,6
Bayern	396 911	2	548 360	2	567 972	2	43,1	3,6
Berlin	87 254	8	123 819	7	129 454	7	48,4	4,6
Brandenburg	48 716	11	66 350	11	68 508	11	40,6	3,3
Bremen	25 108	16	31 171	16	32 259	16	28,5	3,5
Hamburg	87 944	7	108 125	9	110 674	9	25,8	2,4
Hessen	212 255	4	262 159	4	269 390	4	26,9	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	30 830	14	40 183	14	41 429	14	34,4	3,1
Niedersachsen	195 794	5	256 705	5	264 087	5	34,9	2,9
Nordrhein-Westfalen	508 544	1	648 714	1	669 676	1	31,7	3,2
Rheinland-Pfalz	100 804	6	135 438	6	139 452	6	38,3	3,0
Saarland	28 726	15	34 625	15	35 103	15	22,2	1,4
Sachsen	84 653	9	113 549	8	118 457	8	39,9	4,3
Sachsen-Anhalt	45 864	12	57 868	13	59 378	13	29,5	2,6
Schleswig-Holstein	68 041	10	86 714	10	89 227	10	31,1	2,9
Thüringen	43 147	13	58 793	12	60 843	12	41,0	3,5
Deutschland	2 300 860	x	3 032 820	x	3 132 670	x	36,2	3,3

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt, verkettet

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Index: 2010=100	Rang	Index: 2010=100	Rang	Index: 2010=100	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	92,3	14	110,7	3	113,1	3	22,6	2,2
Bayern	92,9	13	112,3	1	114,7	1	23,5	2,1
Berlin	88,8	16	108,9	6	111,9	5	26,0	2,7
Brandenburg	93,4	11	107,9	7	109,7	7	17,5	1,7
Bremen	99,0	2	106,7	9	109,1	9	10,2	2,2
Hamburg	96,5	4	105,3	14	106,7	13	10,6	1,3
Hessen	98,2	3	106,4	10	108,0	10	10,0	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	93,6	10	103,6	15	105,0	15	12,2	1,3
Niedersachsen	92,2	15	105,5	12	107,0	12	16,1	1,4
Nordrhein-Westfalen	95,0	7	105,8	11	107,7	11	13,5	1,8
Rheinland-Pfalz	93,4	11	109,0	5	110,7	6	18,5	1,5
Saarland	100,7	1	105,4	13	105,4	14	4,7	-
Sachsen	94,1	9	109,1	4	112,0	4	19,1	2,7
Sachsen-Anhalt	95,6	6	102,7	16	103,8	16	8,6	1,0
Schleswig-Holstein	96,0	5	107,9	7	109,4	8	13,9	1,4
Thüringen	95,0	7	111,3	2	113,2	2	19,2	1,8
Deutschland	94,1	x	108,2	x	110,2	x	17,2	1,9

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Tabellenanhang

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Erwerbstätige/-n (Arbeitsproduktivität)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	60 854	5	72 648	4	75 715	3	24,4	4,2
Bayern	61 835	4	73 500	3	75 387	4	21,9	2,6
Berlin	56 051	7	65 008	8	67 176	8	19,8	3,3
Brandenburg	47 600	12	58 661	12	61 264	12	28,7	4,4
Bremen	63 943	3	71 537	5	74 249	5	16,1	3,8
Hamburg	83 909	1	87 688	1	89 857	1	7,1	2,5
Hessen	68 991	2	76 944	2	78 604	2	13,9	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	42 623	16	52 682	16	54 027	16	26,8	2,6
Niedersachsen	55 072	10	64 456	9	64 853	10	17,8	0,6
Nordrhein-Westfalen	59 901	6	69 307	6	70 542	6	17,8	1,8
Rheinland-Pfalz	55 219	9	65 649	7	68 177	7	23,5	3,9
Saarland	55 756	8	64 339	10	66 676	9	19,6	3,6
Sachsen	44 264	14	53 689	15	56 379	15	27,4	5,0
Sachsen-Anhalt	45 909	13	55 488	13	57 633	13	25,5	3,9
Schleswig-Holstein	54 353	11	62 616	11	63 984	11	17,7	2,2
Thüringen	42 653	15	53 729	14	56 403	14	32,2	5,0
Deutschland	58 507	x	68 537	x	70 437	x	20,4	2,8

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	0,6	10	0,4	10	0,4	10	-0,2	-
Bayern	0,9	8	0,7	8	0,7	8	-0,2	-
Berlin	-	16	-	16	-	15	-	-
Brandenburg	1,7	2	1,2	4	1,2	4	-0,5	-
Bremen	0,2	13	0,1	14	-	15	-0,2	-0,1
Hamburg	0,1	15	0,1	14	0,1	13	-	-
Hessen	0,4	11	0,3	12	0,3	12	-0,1	-
Mecklenburg-Vorpommern	2,6	1	2,5	1	2,1	1	-0,5	-0,4
Niedersachsen	1,5	4	1,4	3	1,5	3	-	0,1
Nordrhein-Westfalen	0,4	11	0,4	10	0,4	10	-	-
Rheinland-Pfalz	1,3	5	1,2	4	1,2	4	-0,1	-
Saarland	0,2	13	0,2	13	0,1	13	-0,1	-0,1
Sachsen	0,9	8	0,6	9	0,6	9	-0,3	-
Sachsen-Anhalt	1,6	3	1,5	2	1,6	2	-	0,1
Schleswig-Holstein	1,2	7	1,1	6	1,1	6	-0,1	-
Thüringen	1,3	5	1,0	7	1,0	7	-0,3	-
Deutschland	0,8	x	0,6	x	0,6	x	-0,2	-

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,8	1	40,1	1	40,1	1	2,3	-
Bayern	30,8	6	34,3	3	34,5	3	3,7	0,2
Berlin	16,9	15	15,5	16	15,4	16	-1,5	-0,1
Brandenburg	24,7	11	27,2	10	27,3	11	2,6	0,1
Bremen	28,0	10	27,0	11	28,2	9	0,2	1,2
Hamburg	16,4	16	17,4	15	17,7	15	1,3	0,3
Hessen	24,5	12	24,4	12	24,3	12	-0,2	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	19,7	14	21,8	14	22,2	14	2,5	0,4
Niedersachsen	31,3	5	30,7	8	30,7	8	-0,6	-
Nordrhein-Westfalen	28,9	9	27,8	9	27,5	10	-1,4	-0,3
Rheinland-Pfalz	33,6	3	34,3	3	34,3	4	0,7	-
Saarland	34,9	2	36,6	2	35,9	2	1,0	-0,7
Sachsen	29,3	8	32,1	7	32,2	7	2,9	0,1
Sachsen-Anhalt	30,0	7	32,8	6	32,6	6	2,6	-0,2
Schleswig-Holstein	23,7	13	24,0	13	23,6	13	-0,1	-0,4
Thüringen	31,9	4	33,9	5	34,1	5	2,2	0,2
Deutschland	29,4	x	30,5	x	30,5	x	1,1	-

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	61,6	16	59,5	16	59,5	16	-2,1	-
Bayern	68,3	11	65,0	13	64,8	13	-3,5	-0,2
Berlin	83,1	2	84,5	1	84,6	1	1,5	0,1
Brandenburg	73,7	6	71,6	8	71,5	8	-2,2	-0,1
Bremen	71,8	7	72,9	6	71,7	7	-0,1	-1,2
Hamburg	83,4	1	82,5	2	82,3	2	-1,1	-0,2
Hessen	75,2	4	75,3	4	75,5	4	0,3	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	77,8	3	75,7	3	75,7	3	-2,1	-
Niedersachsen	67,2	12	67,8	9	67,8	9	0,6	-
Nordrhein-Westfalen	70,6	8	71,8	7	72,1	6	1,5	0,3
Rheinland-Pfalz	65,2	14	64,5	14	64,5	14	-0,7	-
Saarland	64,9	15	63,3	15	64,0	15	-0,9	0,7
Sachsen	69,8	9	67,3	10	67,2	10	-2,6	-0,1
Sachsen-Anhalt	68,4	10	65,7	11	65,8	11	-2,6	0,1
Schleswig-Holstein	75,0	5	74,9	5	75,3	5	0,3	0,4
Thüringen	66,8	13	65,1	12	65,0	12	-1,8	-0,1
Deutschland	69,8	x	68,9	x	68,9	x	-0,9	-

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

 Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,3	15	18,5	11	18,5	12	0,2	-
Bayern	20,1	9	20,1	7	20,0	7	-0,1	-0,1
Berlin	21,9	6	21,9	4	22,0	4	0,1	0,1
Brandenburg	20,0	10	18,4	12	18,5	12	-1,5	0,1
Bremen	30,1	2	26,5	2	25,6	2	-4,5	-0,9
Hamburg	30,9	1	31,4	1	30,8	1	-0,1	-0,6
Hessen	22,3	4	22,6	3	22,8	3	0,5	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	7	19,0	9	19,1	8	-2,2	0,1
Niedersachsen	20,2	8	19,1	8	18,9	9	-1,3	-0,2
Nordrhein-Westfalen	22,4	3	21,7	6	21,8	6	-0,6	0,1
Rheinland-Pfalz	19,3	12	18,4	12	18,6	11	-0,7	0,2
Saarland	18,5	14	17,5	14	17,6	14	-0,9	0,1
Sachsen	19,3	12	18,8	10	18,9	9	-0,4	0,1
Sachsen-Anhalt	19,6	11	16,8	15	16,7	15	-2,9	-0,1
Schleswig-Holstein	22,3	4	21,9	4	22,0	4	-0,3	0,1
Thüringen	17,7	16	16,0	16	16,0	16	-1,7	-
Deutschland	21,1	x	20,6	x	20,6	x	-0,5	-

1 An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

 Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	24,9	8	23,1	10	22,9	10	-2,0	-0,2
Bayern	29,1	4	25,8	5	25,8	5	-3,3	-
Berlin	30,9	3	31,6	3	31,5	3	0,6	-0,1
Brandenburg	25,4	7	25,3	6	25,4	6	-	0,1
Bremen	22,4	14	25,0	7	24,8	7	2,4	-0,2
Hamburg	36,4	1	32,9	1	33,0	1	-3,4	0,1
Hessen	35,0	2	32,6	2	32,5	2	-2,5	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	22,9	12	22,6	11	22,4	13	-0,5	-0,2
Niedersachsen	23,8	10	24,3	9	24,4	9	0,6	0,1
Nordrhein-Westfalen	26,6	5	27,4	4	27,3	4	0,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	22,8	13	22,5	12	22,5	11	-0,3	-
Saarland	24,6	9	22,3	13	22,5	11	-2,1	0,2
Sachsen	23,6	11	21,9	14	21,5	14	-2,1	-0,4
Sachsen-Anhalt	20,2	16	20,5	16	20,5	15	0,3	-
Schleswig-Holstein	25,8	6	24,6	8	24,8	7	-1,0	0,2
Thüringen	20,6	15	20,6	15	20,4	16	-0,2	-0,2
Deutschland	27,2	x	26,1	x	26,0	x	-1,2	-0,1

1 An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Tabellenanhang

Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,5	14	17,9	16	18,1	16	-0,4	0,2
Bayern	19,1	13	19,1	14	19,0	14	-0,1	-0,1
Berlin	30,2	2	31,0	2	31,1	2	0,9	0,1
Brandenburg	28,3	5	27,9	6	27,7	6	-0,6	-0,2
Bremen	19,3	12	21,3	12	21,3	12	2,0	-
Hamburg	16,2	16	18,2	15	18,4	15	2,2	0,2
Hessen	17,9	15	20,2	13	20,2	13	2,3	-
Mecklenburg-Vorpommern	33,6	1	34,1	1	34,2	1	0,6	0,1
Niedersachsen	23,3	8	24,4	8	24,5	8	1,2	0,1
Nordrhein-Westfalen	21,6	11	22,6	11	23,0	11	1,4	0,4
Rheinland-Pfalz	23,1	9	23,6	9	23,5	10	0,4	-0,1
Saarland	21,9	10	23,5	10	23,9	9	2,0	0,4
Sachsen	26,8	7	26,7	7	26,8	7	-	0,1
Sachsen-Anhalt	28,6	3	28,4	4	28,7	3	0,1	0,3
Schleswig-Holstein	26,9	6	28,4	4	28,5	5	1,6	0,1
Thüringen	28,5	4	28,6	3	28,6	4	0,1	-
Deutschland	21,6	x	22,2	x	22,4	x	0,8	0,2

¹ An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	217 999	12	277 787	8	277 503	8	27,3	-0,1
Bayern	252 116	9	274 822	9	274 667	9	8,9	-0,1
Berlin	307 132	3	267 545	12	274 570	10	-10,6	2,6
Brandenburg	222 798	11	264 045	13	261 888	13	17,5	-0,8
Bremen	323 025	2	483 639	2	533 008	2	65,0	10,2
Hamburg	698 360	1	828 225	1	797 425	1	14,2	-3,7
Hessen	217 636	13	273 385	11	270 893	12	24,5	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	192 137	15	254 974	14	255 536	14	33,0	0,2
Niedersachsen	303 798	4	376 942	3	375 270	3	23,5	-0,4
Nordrhein-Westfalen	253 368	7	273 665	10	273 130	11	7,8	-0,2
Rheinland-Pfalz	253 299	8	315 514	4	316 367	4	24,9	0,3
Saarland	231 901	10	312 577	5	305 405	5	31,7	-2,3
Sachsen	194 053	14	232 415	15	230 200	15	18,6	-1,0
Sachsen-Anhalt	267 819	5	300 998	6	297 917	6	11,2	-1,0
Schleswig-Holstein	256 443	6	290 801	7	290 081	7	13,1	-0,2
Thüringen	167 960	16	193 149	16	199 371	16	18,7	3,2
Deutschland	251 087	x	292 279	x	291 807	x	16,2	-0,2

Quelle: Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	47,0	2	55,7	1	55,1	3	8,1	-0,6
Bayern	45,4	4	52,3	5	52,3	5	6,9	-
Berlin	30,4	11	53,7	4	57,5	2	27,1	3,8
Brandenburg	21,7	14	30,3	14	29,5	15	7,8	-0,8
Bremen	53,8	1	55,7	1	61,1	1	7,3	5,4
Hamburg	19,3	16	29,4	15	31,4	13	12,1	2,0
Hessen	43,2	6	49,5	6	50,4	6	7,2	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	19,9	15	33,2	12	31,1	14	11,2	-2,1
Niedersachsen	40,1	8	46,0	8	45,9	8	5,8	-0,1
Nordrhein-Westfalen	38,7	9	43,6	9	44,1	9	5,4	0,5
Rheinland-Pfalz	46,9	3	54,0	3	53,3	4	6,4	-0,7
Saarland	44,6	5	48,4	7	48,2	7	3,6	-0,2
Sachsen	30,7	10	37,6	10	37,0	11	6,3	-0,6
Sachsen-Anhalt	23,4	13	27,8	16	28,5	16	5,1	0,7
Schleswig-Holstein	41,2	7	37,4	11	40,0	10	-1,2	2,6
Thüringen	29,3	12	31,5	13	31,8	12	2,5	0,3
Deutschland	40,6	x	47,4	x	47,7	x	7,1	0,3

Quelle: Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Umsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	EUR je Beschäftigte/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	128 512	9	178 080	3	185 458	3	44,3	4,1
Bayern	141 094	4	169 528	5	176 440	4	25,1	4,1
Berlin	184 368	2	187 476	2	207 238	2	12,4	10,5
Brandenburg	113 732	13	155 959	9	169 335	7	48,9	8,6
Bremen	159 089	3	170 340	4	157 483	10	-1,0	-7,5
Hamburg	214 305	1	298 606	1	304 026	1	41,9	1,8
Hessen	138 871	5	154 144	10	155 437	11	11,9	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	116 833	12	133 189	16	144 783	15	23,9	8,7
Niedersachsen	135 217	7	164 572	6	174 821	5	29,3	6,2
Nordrhein-Westfalen	137 146	6	162 951	7	169 608	6	23,7	4,1
Rheinland-Pfalz	131 485	8	162 109	8	164 145	9	24,8	1,3
Saarland	123 192	10	149 413	11	166 386	8	35,1	11,4
Sachsen	110 944	16	144 723	12	147 831	14	33,2	2,1
Sachsen-Anhalt	113 289	14	134 764	15	135 142	16	19,3	0,3
Schleswig-Holstein	123 060	11	142 817	13	154 407	12	25,5	8,1
Thüringen	112 709	15	139 456	14	152 244	13	35,1	9,2
Deutschland	132 395	x	163 319	x	170 674	x	28,9	4,5

Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

 Bruttoanlageinvestitionen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2013		2014		2005–2014	2013–2014
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,5	8	21,3	3	21,1	8	1,6	-0,2
Bayern	20,7	6	23,0	1	23,4	1	2,7	0,4
Berlin	17,6	12	18,2	12	19,5	11	1,9	1,3
Brandenburg	23,4	2	21,6	2	21,8	4	-1,6	0,2
Bremen	14,2	16	16,3	15	14,2	16	-	-2,1
Hamburg	23,1	4	20,4	8	22,4	2	-0,7	2,0
Hessen	18,1	11	18,2	12	17,8	14	-0,3	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	26,8	1	20,9	6	21,9	3	-4,9	1,0
Niedersachsen	18,3	10	21,2	4	21,2	7	2,9	-
Nordrhein-Westfalen	16,7	14	15,7	16	16,1	15	-0,6	0,4
Rheinland-Pfalz	18,7	9	20,9	6	21,3	6	2,6	0,4
Saarland	15,2	15	17,3	14	18,1	12	2,9	0,8
Sachsen	21,5	5	21,1	5	20,9	9	-0,6	-0,2
Sachsen-Anhalt	20,7	6	19,4	10	18,1	12	-2,6	-1,3
Schleswig-Holstein	17,4	13	18,7	11	21,5	5	4,1	2,8
Thüringen	23,2	3	20,2	9	20,1	10	-3,1	-0,1
Deutschland	19,1	x	19,7	x	20,0	x	0,9	0,3

1 Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Gewerbebeanmeldungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 10 000 Einwohner/-innen ^{1,2}	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	104	8	84	8	82	7	-21,2	-2,4
Bayern	120	4	96	4	91	4	-24,2	-5,2
Berlin	130	1	121	1	121	1	-6,9	-
Brandenburg	103	10	70	12	69	10	-33,0	-1,4
Bremen	93	14	80	9	63	13	-32,3	-21,3
Hamburg	126	3	114	2	112	2	-11,1	-1,8
Hessen	129	2	104	3	101	3	-21,7	-2,9
Mecklenburg-Vorpommern	100	11	65	14	63	13	-37,0	-3,1
Niedersachsen	97	12	76	10	73	9	-24,7	-3,9
Nordrhein-Westfalen	104	8	86	7	85	6	-18,3	-1,2
Rheinland-Pfalz	107	6	87	6	82	7	-23,4	-5,7
Saarland	91	15	70	12	68	12	-25,3	-2,9
Sachsen	106	7	73	11	69	10	-34,9	-5,5
Sachsen-Anhalt	87	16	54	16	52	16	-40,2	-3,7
Schleswig-Holstein	114	5	93	5	90	5	-21,1	-3,2
Thüringen	95	13	58	15	56	15	-41,1	-3,4
Deutschland	109	x	87	x	84	x	-22,9	-3,4

1 Durchschnittsbevölkerung. – 2 2015. – Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik

Unternehmensinsolvenzen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	70	1	42	1	37	1	-47,1	-11,9
Bayern	82	2	53	4	45	2	-45,1	-15,1
Berlin	151	11	97	14	92	12	-39,1	-5,2
Brandenburg	158	12	47	2	56	6	-64,6	19,1
Bremen	140	8	97	14	94	13	-32,9	-3,1
Hamburg	104	4	88	11	98	15	-5,8	11,4
Hessen	94	3	61	7	57	7	-39,4	-6,6
Mecklenburg-Vorpommern	188	15	58	5	55	5	-70,7	-5,2
Niedersachsen	130	7	67	8	67	8	-48,5	-
Nordrhein-Westfalen	171	13	110	16	98	15	-42,7	-10,9
Rheinland-Pfalz	110	5	58	5	50	4	-54,5	-13,8
Saarland	118	6	88	11	94	13	-20,3	6,8
Sachsen	181	14	67	8	71	9	-60,8	6,0
Sachsen-Anhalt	217	16	84	10	78	10	-64,1	-7,1
Schleswig-Holstein	140	8	91	13	84	11	-40,0	-7,7
Thüringen	141	10	48	3	46	3	-67,4	-4,2
Deutschland	125	x	71	x	66	x	-47,2	-7,0

1 Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. – Quelle: Insolvenzstatistik

Gästeintensität im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ^{2,3}	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 387	8	1 887	8	1 943	8	40,1	3,0
Bayern	1 994	2	2 679	4	2 776	4	39,2	3,6
Berlin	1 906	4	3 539	2	3 643	3	91,1	2,9
Brandenburg	1 337	9	1 885	10	1 934	9	44,7	2,6
Bremen	1 190	13	1 887	8	1 921	10	61,4	1,8
Hamburg	1 984	3	3 536	3	3 699	2	86,5	4,6
Hessen	1 701	7	2 333	6	2 366	6	39,1	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 414	1	4 605	1	4 712	1	38,0	2,3
Niedersachsen	1 277	12	1 707	13	1 790	12	40,1	4,9
Nordrhein-Westfalen	896	15	1 223	15	1 248	15	39,3	2,0
Rheinland-Pfalz	1 760	6	2 107	7	2 149	7	22,2	2,0
Saarland	676	16	992	16	1 029	16	52,3	3,8
Sachsen	1 318	11	1 820	11	1 841	11	39,6	1,2
Sachsen-Anhalt	975	14	1 403	14	1 434	14	47,1	2,2
Schleswig-Holstein	1 787	5	2 472	5	2 584	5	44,6	4,6
Thüringen	1 329	10	1 715	12	1 732	13	30,3	1,0
Deutschland	1 462	x	2 042	x	2 101	x	43,7	2,9

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – 2 Durchschnittsbevölkerung. – 3 2015. – Quelle: Beherbergungsstatistik

Anteil der Gäste aus dem Ausland an allen Gästen im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,9	6	23,9	4	23,5	4	3,6	-0,4
Bayern	21,3	4	24,9	3	24,2	3	2,9	-0,8
Berlin	30,3	1	39,3	1	39,6	1	9,3	0,3
Brandenburg	7,8	13	9,0	13	8,8	13	1,0	-0,1
Bremen	20,3	5	19,9	8	19,3	8	-0,9	-0,6
Hamburg	18,4	8	22,3	5	22,2	6	3,8	0,0
Hessen	25,5	2	25,6	2	25,7	2	0,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	4,4	16	5,1	16	5,0	16	0,6	-0,1
Niedersachsen	10,1	11	11,0	12	10,8	12	0,7	-0,2
Nordrhein-Westfalen	19,4	7	22,1	7	22,3	5	2,9	0,3
Rheinland-Pfalz	23,0	3	22,2	6	21,5	7	-1,5	-0,7
Saarland	14,0	9	16,4	9	16,1	9	2,1	-0,3
Sachsen	9,2	12	11,7	11	11,7	11	2,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	6,6	14	8,3	14	8,1	14	1,5	-0,2
Schleswig-Holstein	10,4	10	13,1	10	12,5	10	2,0	-0,6
Thüringen	6,5	15	6,7	15	6,8	15	0,4	0,2
Deutschland	17,8	x	21,0	x	20,7	x	2,9	-0,2

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – Quelle: Beherbergungsstatistik

Übernachtungsintensität im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ^{2,3}	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 775	9	4 701	10	4 820	10	27,7	2,5
Bayern	5 984	3	6 901	5	7 116	5	18,9	3,1
Berlin	4 311	5	8 655	3	8 889	3	106,2	2,7
Brandenburg	3 661	11	5 066	9	5 212	9	42,4	2,9
Bremen	2 075	15	3 562	13	3 605	13	73,8	1,2
Hamburg	3 699	10	7 120	4	7 510	4	103,0	5,5
Hessen	4 131	7	5 243	8	5 312	8	28,6	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	14 300	1	18 352	1	18 865	1	31,9	2,8
Niedersachsen	4 285	6	5 245	7	5 430	6	26,7	3,5
Nordrhein-Westfalen	2 128	14	2 743	16	2 794	16	31,3	1,9
Rheinland-Pfalz	4 907	4	5 396	6	5 428	7	10,6	0,6
Saarland	2 045	16	3 004	15	3 043	15	48,8	1,3
Sachsen	3 596	12	4 602	11	4 607	11	28,1	0,1
Sachsen-Anhalt	2 421	13	3 396	14	3 478	14	43,7	2,4
Schleswig-Holstein	7 901	2	9 520	2	9 914	2	25,5	4,1
Thüringen	3 777	8	4 512	12	4 501	12	19,2	-0,2
Deutschland	4 171	x	5 340	x	5 475	x	31,3	2,5

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – 2 Durchschnittsbevölkerung. – 3 2015. – Quelle: Beherbergungsstatistik

 Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Tage	Rang	Tage	Rang	Tage	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2,7	8	2,5	9	2,5	8	-8,9	-0,4
Bayern	3,0	4	2,6	6	2,6	6	-14,6	-0,5
Berlin	2,3	14	2,4	11	2,4	11	7,9	-0,2
Brandenburg	2,7	8	2,7	5	2,7	5	-1,6	0,3
Bremen	1,7	16	1,9	16	1,9	16	7,6	-0,6
Hamburg	1,9	15	2,0	15	2,0	15	8,9	0,8
Hessen	2,4	12	2,2	13	2,2	13	-7,6	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	2	4,0	1	4,0	1	-4,4	0,5
Niedersachsen	3,4	3	3,1	3	3,0	3	-9,6	-1,3
Nordrhein-Westfalen	2,4	12	2,2	13	2,2	13	-5,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	2,8	6	2,6	6	2,5	8	-9,4	-1,4
Saarland	3,0	4	3,0	4	3,0	3	-2,3	-2,3
Sachsen	2,7	8	2,5	9	2,5	8	-8,3	-1,1
Sachsen-Anhalt	2,5	11	2,4	11	2,4	11	-2,3	0,2
Schleswig-Holstein	4,4	1	3,9	2	3,8	2	-13,2	-0,4
Thüringen	2,8	6	2,6	6	2,6	6	-8,6	-1,2
Deutschland	2,9	x	2,6	x	2,6	x	-8,6	-0,4

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – Quelle: Beherbergungsstatistik

 Bettendichte im Tourismus¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1000 Einwohner/-innen ³	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	35	9	37	10	36	10	4,2	-0,6
Bayern	56	4	55	4	54	4	-2,5	-1,8
Berlin	25	12	40	9	41	8	63,9	1,2
Brandenburg	47	5	51	5	50	5	7,1	-1,0
Bremen	.	x	22	15	22	15	.	-2,2
Hamburg	.	x	33	12	34	12	.	2,0
Hessen	39	8	41	8	41	8	5,5	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	152	1	174	1	171	1	13,0	-1,6
Niedersachsen	45	6	50	6	49	7	9,2	-0,5
Nordrhein-Westfalen	18	14	21	16	21	16	12,9	-3,1
Rheinland-Pfalz	58	3	57	3	57	3	-1,4	-0,2
Saarland	19	13	24	14	24	14	31,2	1,3
Sachsen	32	10	37	10	36	10	10,2	-3,3
Sachsen-Anhalt	29	11	33	12	33	13	13,2	-0,9
Schleswig-Holstein	87	2	90	2	90	2	3,0	-0,6
Thüringen	42	7	50	6	50	5	19,4	0,8
Deutschland	40	x	44	x	43	x	7,9	-1,2

1 Einschließlich Camping, ohne Privatquartiere. – 2 30.6. – 3 31.12.2015. – Quelle: Beherbergungsstatistik

Tabellenanhang

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2011		2013		2007–2013	2011–2013
	Anteil am BIP in %	Rang	Anteil am BIP in %	Rang	Anteil am BIP in %	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	4,2	1	4,8	1	4,8	1	0,6	-
Bayern	2,8	3	3,0	3	3,1	3	0,3	0,1
Berlin	3,0	2	3,3	2	3,6	2	0,6	0,3
Brandenburg	1,2	13	1,7	13	1,5	13	0,3	-0,2
Bremen	2,2	7	2,7	6	2,7	7	0,5	-
Hamburg	1,8	9	2,2	8	2,3	8	0,5	0,1
Hessen	2,5	5	2,9	4	2,8	5	0,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,4	12	2,0	10	1,8	12	0,4	-0,2
Niedersachsen	2,4	6	2,7	6	2,9	4	0,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	1,7	11	2,0	10	1,9	11	0,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	1,8	9	2,0	10	2,1	10	0,3	0,1
Saarland	1,0	16	1,5	14	1,4	15	0,4	-0,1
Sachsen	2,6	4	2,8	5	2,8	5	0,2	-
Sachsen-Anhalt	1,2	13	1,5	14	1,4	15	0,2	-0,1
Schleswig-Holstein	1,2	13	1,4	16	1,5	13	0,3	0,1
Thüringen	1,9	8	2,1	9	2,2	9	0,3	0,1
Deutschland	2,4	x	2,8	x	2,8	x	0,4	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, BMBF; eigene Berechnungen

FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2011		2013		2007–2013	2011–2013
	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	Veränderung je 1 000 Erwerbstätige	
Baden-Württemberg	15,5	1	16,8	1	17,1	1	1,6	0,3
Bayern	10,9	3	11,4	2	11,2	2	0,3	-0,2
Berlin	6,0	6	6,6	5	6,4	6	0,4	-0,2
Brandenburg	2,0	15	3,0	14	2,9	14	0,9	-0,1
Bremen	4,7	11	5,1	10	5,3	9	0,6	0,2
Hamburg	6,0	6	6,2	7	6,3	7	0,3	0,1
Hessen	11,0	2	11,1	3	10,4	3	-0,6	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,7	16	3,0	14	2,0	16	0,3	-1,0
Niedersachsen	6,9	4	7,2	4	7,4	4	0,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	5,4	9	6,0	8	5,7	8	0,3	-0,3
Rheinland-Pfalz	6,3	5	6,4	6	6,7	5	0,4	0,3
Saarland	2,4	13	3,1	13	3,4	13	1,0	0,3
Sachsen	5,7	8	5,7	9	5,3	9	-0,4	-0,4
Sachsen-Anhalt	2,2	14	2,6	16	2,6	15	0,4	-
Schleswig-Holstein	2,8	12	3,6	12	3,9	12	1,1	0,3
Thüringen	4,9	10	5,1	10	5,0	11	0,1	-0,1
Deutschland	8,0	x	8,6	x	8,5	x	0,5	-0,1

Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2015		2016		2008–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,4	1	21,7	1	21,6	1	-0,8	-0,1
Bayern	19,4	2	18,8	2	18,8	2	-0,6	-
Berlin	11,5	10	11,2	12	11,4	12	-0,1	0,2
Brandenburg	7,2	15	6,9	15	6,8	15	-0,4	-0,1
Bremen	14,5	6	13,9	5	14,2	5	-0,3	0,3
Hamburg	13,0	9	12,7	7	12,6	7	-0,4	-0,1
Hessen	14,6	5	13,7	6	13,7	6	-0,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	16	5,4	16	5,4	16	0,5	-
Niedersachsen	13,1	7	12,7	7	12,5	8	-0,6	-0,2
Nordrhein-Westfalen	13,1	7	12,4	9	12,2	9	-0,9	-0,2
Rheinland-Pfalz	15,0	4	14,5	4	14,3	4	-0,7	-0,2
Saarland	15,4	3	15,9	3	15,7	3	0,3	-0,2
Sachsen	11,5	10	12,0	10	12,0	11	0,5	-
Sachsen-Anhalt	7,8	14	8,2	14	8,2	14	0,4	-
Schleswig-Holstein	10,0	13	9,1	13	9,0	13	-1,0	-0,1
Thüringen	11,5	10	12,0	10	12,2	9	0,7	0,2
Deutschland	14,9	x	14,5	x	14,4	x	-0,5	-0,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2015		2016		2008–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	34,4	16	36,7	16	37,0	16	2,6	0,3
Bayern	34,8	15	37,4	13	37,8	12	3,0	0,4
Berlin	49,3	1	50,4	1	50,9	1	1,6	0,5
Brandenburg	37,6	8	37,4	13	37,8	12	0,2	0,4
Bremen	37,7	7	40,7	4	40,9	4	3,2	0,2
Hamburg	45,5	2	47,4	2	47,8	2	2,3	0,4
Hessen	42,0	3	43,4	3	43,4	3	1,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	39,8	4	39,0	7	39,2	7	-0,6	0,2
Niedersachsen	36,9	11	38,4	9	38,8	8	1,9	0,4
Nordrhein-Westfalen	37,6	8	40,5	5	40,8	5	3,2	0,3
Rheinland-Pfalz	35,9	14	37,5	12	37,7	14	1,8	0,2
Saarland	36,1	12	38,6	8	38,7	9	2,6	0,1
Sachsen	38,5	5	39,5	6	39,8	6	1,3	0,3
Sachsen-Anhalt	38,4	6	37,7	11	38,0	11	-0,4	0,3
Schleswig-Holstein	37,5	10	37,8	10	38,2	10	0,7	0,4
Thüringen	36,0	13	37,1	15	37,3	15	1,3	0,2
Deutschland	37,6	x	39,6	x	39,9	x	2,3	0,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,1	6	15,3	6	16,0	5	3,9	0,7
Bayern	11,3	9	14,7	7	15,4	7	4,1	0,7
Berlin	16,7	1	22,6	1	23,9	1	7,2	1,3
Brandenburg	11,9	8	12,4	10	12,7	10	0,8	0,3
Bremen	13,1	5	15,4	5	16,0	5	2,9	0,6
Hamburg	15,7	2	20,6	2	21,6	2	5,9	1,0
Hessen	13,9	4	16,9	3	17,6	3	3,7	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	11,0	11	12,2	11	12,4	11	1,4	0,2
Niedersachsen	9,0	13	11,3	13	11,8	13	2,8	0,5
Nordrhein-Westfalen	11,2	10	13,4	8	13,9	8	2,7	0,5
Rheinland-Pfalz	8,6	15	10,4	15	10,9	15	2,3	0,5
Saarland	9,0	13	10,7	14	11,0	14	2,0	0,3
Sachsen	15,0	3	16,2	4	16,6	4	1,6	0,4
Sachsen-Anhalt	10,7	12	12,1	12	12,3	12	1,6	0,2
Schleswig-Holstein	8,1	16	9,7	16	10,3	16	2,2	0,6
Thüringen	12,1	6	12,6	9	12,9	9	0,8	0,3
Deutschland	11,7	x	14,4	x	15,0	x	3,3	0,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Patentedichte

Land	Durchschnitte der Jahre						Zeitraum	
	2005–2008 [1]		2009–2012 [2]		2013–2016 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	128	1	138	1	134	1	4,7	-2,9
Bayern	111	2	108	2	121	2	9,0	12,0
Berlin	28	9	26	9	25	7	-10,7	-3,8
Brandenburg	15	14	13	14	13	14	-13,3	-
Bremen	25	11	24	12	23	10	-8,0	-4,2
Hamburg	56	3	52	3	45	3	-19,6	-13,5
Hessen	51	4	40	5	33	6	-35,3	-17,5
Mecklenburg-Vorpommern	11	16	11	16	10	15	-9,1	-9,1
Niedersachsen	36	7	38	6	42	4	16,7	10,5
Nordrhein-Westfalen	45	5	41	4	40	5	-11,1	-2,4
Rheinland-Pfalz	38	6	30	7	25	7	-34,2	-16,7
Saarland	31	8	26	9	22	11	-29,0	-15,4
Sachsen	21	12	26	9	22	11	4,8	-15,4
Sachsen-Anhalt	15	14	13	14	10	15	-33,3	-23,1
Schleswig-Holstein	21	12	19	13	17	13	-19,0	-10,5
Thüringen	28	9	27	8	25	7	-10,7	-7,4
Deutschland	65	x	63	x	63	x	-3,1	-

1 Durchschnittsbevölkerung. – Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

Tabellenanhang

Innovationsindex

Land	Jahr						Zeitraum	
	2012		2014		2016		2012–2016	2014–2016
	Wert (0–100) ¹	Rang	Wert (0–100) ¹	Rang	Wert (0–100) ¹	Rang	Veränderung des Rangs ²	
Baden-Württemberg	72	1	71	1	70	1	-	-
Bayern	57	2	57	2	57	2	-	-
Berlin	56	3	55	3	51	3	-	-
Brandenburg	37	14	35	15	31	14	-	1
Bremen	49	6	46	6	40	9	-3	-3
Hamburg	50	5	51	5	47	5	-	-
Hessen	53	4	53	4	50	4	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	38	13	36	14	30	15	-2	-1
Niedersachsen	43	9	43	9	44	7	2	2
Nordrhein-Westfalen	46	8	45	7	41	8	-	-1
Rheinland-Pfalz	42	10	44	8	45	6	4	2
Saarland	39	12	37	13	39	11	1	2
Sachsen	47	7	41	10	40	9	-2	1
Sachsen-Anhalt	31	16	30	16	30	15	1	1
Schleswig-Holstein	36	15	39	12	36	12	3	-
Thüringen	42	10	41	10	35	13	-3	-3
Deutschland	51	x	50	x	48	x	x	x

1 Indexwerte unterschiedlicher Jahre sind nicht vergleichbar. – 2 Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (-). – Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Gründungsintensität

Land	Durchschnitt der Jahre						Zeitraum	
	2004–2007 [1]		2008–2011 [2]		2012–2015 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	41	14	38	9	31	8	-24,4	-18,4
Bayern	48	8	43	4	33	4	-31,3	-23,3
Berlin	59	2	51	2	50	2	-15,3	-2,0
Brandenburg	50	5	35	11	25	12	-50,0	-28,6
Bremen	50	5	42	5	33	4	-34,0	-21,4
Hamburg	65	1	62	1	54	1	-16,9	-12,9
Hessen	49	7	42	5	35	3	-28,6	-16,7
Mecklenburg-Vorpommern	42	12	32	14	23	13	-45,2	-28,1
Niedersachsen	48	8	38	9	28	10	-41,7	-26,3
Nordrhein-Westfalen	46	10	40	8	31	8	-32,6	-22,5
Rheinland-Pfalz	52	3	41	7	32	7	-38,5	-22,0
Saarland	35	16	34	12	27	11	-22,9	-20,6
Sachsen	44	11	33	13	23	13	-47,7	-30,3
Sachsen-Anhalt	40	15	29	16	21	16	-47,5	-27,6
Schleswig-Holstein	51	4	47	3	33	4	-35,3	-29,8
Thüringen	42	12	31	15	22	15	-47,6	-29,0
Deutschland	47	x	40	x	32	x	-31,9	-20,0

Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

Erwerbstätige am Arbeitsort

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 526	3	6 079	3	6 159	3	11,5	1,3
Bayern	6 419	2	7 274	2	7 390	2	15,1	1,6
Berlin	1 557	8	1 843	8	1 893	8	21,6	2,7
Brandenburg	1 023	11	1 083	11	1 101	11	7,5	1,6
Bremen	393	16	420	16	424	16	8,1	1,1
Hamburg	1 048	10	1 203	10	1 224	10	16,8	1,7
Hessen	3 077	5	3 335	5	3 376	5	9,7	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	723	14	744	14	744	14	2,9	0,1
Niedersachsen	3 555	4	3 958	4	4 002	4	12,6	1,1
Nordrhein-Westfalen	8 490	1	9 196	1	9 292	1	9,5	1,0
Rheinland-Pfalz	1 826	7	1 987	7	2 001	7	9,6	0,7
Saarland	515	15	519	15	523	15	1,5	0,7
Sachsen	1 912	6	2 014	6	2 037	6	6,5	1,2
Sachsen-Anhalt	999	13	1 004	13	1 008	13	0,9	0,4
Schleswig-Holstein	1 252	9	1 355	9	1 376	9	9,9	1,5
Thüringen	1 012	12	1 042	12	1 045	12	3,3	0,3
Deutschland	39 326	x	43 057	x	43 595	x	10,9	1,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Arbeitsplatzdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Erwerbstätige ¹ je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen ²	
Baden-Württemberg	774	3	854	4	852	4	78	-2
Bayern	774	3	860	3	863	3	89	3
Berlin	645	12	786	9	799	8	154	13
Brandenburg	568	16	682	16	689	16	121	7
Bremen	886	1	960	2	959	2	73	-1
Hamburg	876	2	1 007	1	1 011	1	135	4
Hessen	754	5	826	5	826	5	72	-
Mecklenburg-Vorpommern	598	14	714	14	713	14	115	-1
Niedersachsen	680	9	776	10	775	10	95	-1
Nordrhein-Westfalen	713	7	791	8	789	9	76	-2
Rheinland-Pfalz	685	8	748	12	748	13	63	-
Saarland	741	6	798	6	801	7	60	3
Sachsen	654	11	793	7	802	6	148	9
Sachsen-Anhalt	582	15	706	15	710	15	128	4
Schleswig-Holstein	676	10	745	13	749	12	73	4
Thüringen	617	13	755	11	758	11	141	3
Deutschland	712	x	806	x	807	x	95	1

1 Am Arbeitsort. – 2 Von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12. des Vorjahrs. – Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,8	1	31,1	1	30,9	1	-1,9	-0,2
Bayern	28,6	4	27,5	3	27,4	3	-1,2	-0,1
Berlin	13,9	16	11,9	16	11,6	16	-2,3	-0,3
Brandenburg	22,3	11	22,6	10	22,4	10	0,1	-0,2
Bremen	21,2	12	19,0	13	19,2	13	-2,0	0,2
Hamburg	14,7	15	12,7	15	12,7	15	-2,0	-
Hessen	22,8	10	21,4	11	21,2	11	-1,6	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	18,7	14	18,9	14	18,7	14	-	-0,2
Niedersachsen	24,6	8	23,7	8	23,5	8	-1,1	-0,2
Nordrhein-Westfalen	24,9	7	22,9	9	22,5	9	-2,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	26,5	6	25,7	7	25,6	7	-0,9	-0,1
Saarland	29,2	3	27,2	4	26,8	5	-2,4	-0,4
Sachsen	26,6	5	27,0	5	26,9	4	0,3	-0,1
Sachsen-Anhalt	24,6	8	26,1	6	25,8	6	1,2	-0,3
Schleswig-Holstein	20,1	13	19,4	12	19,3	12	-0,8	-0,1
Thüringen	29,3	2	29,8	2	29,7	2	0,4	-0,1
Deutschland	25,7	x	24,4	x	24,2	x	-1,5	-0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	65,7	16	67,9	16	68,0	16	2,3	0,1
Bayern	68,8	14	70,6	14	70,9	14	2,1	0,3
Berlin	86,1	1	88,1	1	88,4	1	2,3	0,3
Brandenburg	74,7	7	74,5	8	74,8	8	0,1	0,3
Bremen	78,6	3	80,9	3	80,7	3	2,1	-0,2
Hamburg	85,0	2	87,1	2	87,2	2	2,2	0,1
Hessen	76,2	6	77,7	6	77,9	6	1,7	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	78,2	4	77,9	5	78,3	4	0,1	0,4
Niedersachsen	72,8	10	73,6	9	73,9	9	1,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	74,1	8	76,2	7	76,5	7	2,4	0,3
Rheinland-Pfalz	71,2	12	72,1	11	72,3	11	1,1	0,2
Saarland	70,4	13	72,3	10	72,8	10	2,4	0,5
Sachsen	71,7	11	71,5	13	71,7	13	-	0,2
Sachsen-Anhalt	73,1	9	71,8	12	72,0	12	-1,1	0,2
Schleswig-Holstein	77,3	5	78,1	4	78,2	5	0,9	0,1
Thüringen	68,6	15	68,2	15	68,4	15	-0,2	0,2
Deutschland	72,6	x	74,1	x	74,4	x	1,8	0,3

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Tabellenanhang

Anteil der Arbeitnehmer/-innen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	89,3	6	90,3	6	90,6	5	1,3	0,3
Bayern	87,3	15	89,1	13	89,4	12	2,1	0,3
Berlin	86,5	16	87,7	16	88,2	15	1,7	0,5
Brandenburg	87,4	14	88,2	15	88,0	16	0,6	-0,2
Bremen	90,2	2	92,4	1	92,7	1	2,5	0,3
Hamburg	89,7	4	90,2	7	90,3	8	0,6	0,1
Hessen	88,9	10	90,2	7	90,4	7	1,5	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	89,1	7	89,8	9	90,0	9	0,9	0,2
Niedersachsen	89,0	9	90,4	5	90,6	5	1,6	0,2
Nordrhein-Westfalen	90,0	3	90,7	4	90,8	4	0,8	0,1
Rheinland-Pfalz	88,6	11	89,8	9	89,9	10	1,3	0,1
Saarland	90,5	1	92,4	1	92,1	2	1,6	-0,3
Sachsen	88,2	12	89,3	12	89,4	12	1,2	0,1
Sachsen-Anhalt	89,7	4	91,0	3	91,1	3	1,4	0,1
Schleswig-Holstein	87,7	13	88,4	14	88,8	14	1,1	0,4
Thüringen	89,1	7	89,6	11	89,8	11	0,7	0,2
Deutschland	88,8	x	89,9	x	90,1	x	1,3	0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,7	11	9,7	11	9,4	11	-1,3	-0,3
Bayern	12,7	2	10,9	4	10,6	4	-2,1	-0,3
Berlin	13,5	1	12,3	1	11,8	2	-1,7	-0,5
Brandenburg	12,6	3	11,8	2	12,0	1	-0,6	0,2
Bremen	9,8	15	7,6	15	7,3	16	-2,5	-0,3
Hamburg	10,3	12	9,8	9	9,7	9	-0,6	-0,1
Hessen	11,1	7	9,8	9	9,6	10	-1,5	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	9	10,2	7	10,0	8	-0,9	-0,2
Niedersachsen	11,0	8	9,6	12	9,4	11	-1,6	-0,2
Nordrhein-Westfalen	10,0	14	9,3	13	9,2	13	-0,8	-0,1
Rheinland-Pfalz	11,4	6	10,2	7	10,1	7	-1,3	-0,1
Saarland	9,5	16	7,6	15	7,9	15	-1,6	0,3
Sachsen	11,8	5	10,7	5	10,6	4	-1,2	-0,1
Sachsen-Anhalt	10,3	12	9,0	14	8,9	14	-1,4	-0,1
Schleswig-Holstein	12,3	4	11,6	3	11,2	3	-1,1	-0,4
Thüringen	10,9	9	10,4	6	10,2	6	-0,7	-0,2
Deutschland	11,2	x	10,1	x	9,9	x	-1,3	-0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Arbeitsvolumen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Stunden je Erwerbstätige/-n	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 394	11	1 366	9	1 360	11	-2,4	-0,4
Bayern	1 410	9	1 376	8	1 369	8	-2,9	-0,5
Berlin	1 480	6	1 391	7	1 389	7	-6,1	-0,1
Brandenburg	1 520	1	1 439	2	1 432	2	-5,8	-0,5
Bremen	1 380	12	1 334	14	1 329	14	-3,7	-0,4
Hamburg	1 437	7	1 396	6	1 397	6	-2,8	0,1
Hessen	1 417	8	1 365	10	1 365	9	-3,7	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 505	4	1 423	4	1 419	4	-5,7	-0,3
Niedersachsen	1 379	13	1 351	12	1 350	12	-2,1	-0,1
Nordrhein-Westfalen	1 370	15	1 334	14	1 329	14	-3,0	-0,4
Rheinland-Pfalz	1 368	16	1 339	13	1 335	13	-2,4	-0,3
Saarland	1 378	14	1 332	16	1 324	16	-3,9	-0,6
Sachsen	1 495	5	1 422	5	1 418	5	-5,2	-0,3
Sachsen-Anhalt	1 511	3	1 427	3	1 423	3	-5,8	-0,3
Schleswig-Holstein	1 401	10	1 359	11	1 362	10	-2,8	0,2
Thüringen	1 515	2	1 449	1	1 440	1	-5,0	-0,6
Deutschland	1 411	x	1 368	x	1 364	x	-3,3	-0,3

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	25,5	7	29,7	3	29,9	4	4,4	0,2
Bayern	24,0	10	27,5	9	27,6	11	3,6	0,1
Berlin	24,7	8	28,2	8	28,2	10	3,5	-
Brandenburg	18,4	15	23,5	16	24,6	15	6,2	1,1
Bremen	29,1	1	32,4	1	34,3	1	5,2	1,9
Hamburg	23,7	11	27,5	9	27,6	11	3,9	0,1
Hessen	24,5	9	29,3	5	29,3	6	4,8	-
Mecklenburg-Vorpommern	20,3	12	26,4	12	28,6	9	8,3	2,2
Niedersachsen	26,3	4	29,2	6	29,6	5	3,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	26,6	3	28,8	7	29,3	6	2,7	0,5
Rheinland-Pfalz	25,6	6	29,5	4	30,3	3	4,7	0,8
Saarland	26,3	4	27,5	9	29,1	8	2,8	1,6
Sachsen	20,0	13	26,2	13	26,6	13	6,6	0,4
Sachsen-Anhalt	17,9	16	23,8	15	23,4	16	5,5	-0,4
Schleswig-Holstein	27,0	2	30,8	2	30,6	2	3,6	-0,2
Thüringen	18,6	14	24,4	14	25,7	14	7,1	1,3
Deutschland	24,5	x	28,3	x	28,7	x	4,2	0,4

1 Abhängig Erwerbstätige. – Quelle: Mikrozensus

 Frauenerwerbsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2014		2015		2005–2015	2014–2015
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	68,2	7	74,3	8	74,7	8	6,5	0,4
Bayern	68,2	7	75,1	6	75,3	6	7,1	0,2
Berlin	68,8	6	73,1	10	72,4	10	3,6	-0,7
Brandenburg	73,5	3	77,7	2	77,3	3	3,8	-0,4
Bremen	64,3	13	69,3	14	68,4	16	4,1	-0,9
Hamburg	67,5	9	74,6	7	75,2	7	7,7	0,6
Hessen	65,6	12	71,3	13	71,6	13	6,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	74,6	1	76,0	5	75,7	5	1,1	-0,3
Niedersachsen	64,2	14	71,8	11	72,0	11	7,8	0,2
Nordrhein-Westfalen	62,5	15	68,8	15	69,2	15	6,7	0,4
Rheinland-Pfalz	65,7	11	71,8	11	71,8	12	6,1	-
Saarland	61,9	16	68,1	16	69,6	14	7,7	1,5
Sachsen	74,2	2	77,9	1	77,7	2	3,5	-0,2
Sachsen-Anhalt	71,9	4	77,6	4	77,9	1	6,0	0,3
Schleswig-Holstein	66,7	10	73,3	9	73,0	9	6,3	-0,3
Thüringen	71,2	5	77,7	2	76,5	4	5,3	-1,2
Deutschland	66,9	x	72,9	x	73,1	x	6,2	0,2

1 Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. – Quelle: Mikrozensus

 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	64,8	4	65,9	5	64,4	5	-0,6	-2,3
Bayern	59,7	8	61,1	9	60,0	9	0,5	-1,8
Berlin	39,7	12	42,0	11	41,7	11	5,0	-0,7
Brandenburg	36,7	15	37,4	15	36,9	15	0,5	-1,3
Bremen	73,5	1	72,4	1	68,9	1	-6,3	-4,8
Hamburg	59,1	10	59,8	10	58,4	10	-1,2	-2,3
Hessen	59,4	9	62,3	8	61,2	8	3,0	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	38,4	14	40,4	12	39,8	12	3,6	-1,5
Niedersachsen	63,6	5	65,5	6	64,3	6	1,1	-1,8
Nordrhein-Westfalen	67,7	3	70,1	2	68,3	3	0,9	-2,6
Rheinland-Pfalz	62,4	6	66,0	4	65,2	4	4,5	-1,2
Saarland	68,6	2	69,9	3	68,9	1	0,4	-1,4
Sachsen	42,9	11	40,3	13	39,1	13	-8,9	-3,0
Sachsen-Anhalt	34,8	16	35,8	16	35,0	16	0,6	-2,2
Schleswig-Holstein	61,3	7	62,4	7	61,7	7	0,7	-1,1
Thüringen	39,7	12	38,2	14	37,8	14	-4,8	-1,0
Deutschland	58,7	x	60,4	x	59,2	x	0,9	-2,0

1 Stichtag jeweils 30.6. – 2 2015. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabellenanhang

Arbeitslosenquote (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	7,0	1	3,8	2	3,8	2	-3,2	-
Bayern	7,8	2	3,6	1	3,5	1	-4,3	-0,1
Berlin	19,0	14	10,7	15	9,8	15	-9,2	-0,9
Brandenburg	18,2	12	8,7	12	8,0	12	-10,2	-0,7
Bremen	16,8	10	10,9	16	10,5	16	-6,3	-0,4
Hamburg	11,3	6	7,4	8	7,1	8	-4,2	-0,3
Hessen	9,7	4	5,5	4	5,3	4	-4,4	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	20,3	16	10,4	14	9,7	14	-10,6	-0,7
Niedersachsen	11,6	7	6,1	5	6,0	5	-5,6	-0,1
Nordrhein-Westfalen	12,0	9	8,0	10	7,7	11	-4,3	-0,3
Rheinland-Pfalz	8,8	3	5,2	3	5,1	3	-3,7	-0,1
Saarland	10,7	5	7,2	7	7,2	9	-3,5	-
Sachsen	18,3	13	8,2	11	7,5	10	-10,8	-0,7
Sachsen-Anhalt	20,2	15	10,2	13	9,6	13	-10,6	-0,6
Schleswig-Holstein	11,6	7	6,5	6	6,3	6	-5,3	-0,2
Thüringen	17,1	11	7,4	8	6,7	7	-10,4	-0,7
Deutschland	11,7	x	6,4	x	6,1	x	-5,6	-0,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2015		2016		2008–2016	2015–2016
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	3,3	1	2,8	1	2,9	1	-0,4	0,1
Bayern	3,6	2	3,1	2	3,2	2	-0,4	0,1
Berlin	14,8	16	10,0	16	9,5	13	-5,3	-0,5
Brandenburg	12,6	14	7,5	12	8,2	12	-4,4	0,7
Bremen	9,6	10	9,4	14	9,5	13	-0,1	0,1
Hamburg	6,9	6	5,7	6	5,6	5	-1,3	-0,1
Hessen	6,4	5	5,0	4	5,0	4	-1,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	12,3	13	9,6	15	10,9	16	-1,4	1,3
Niedersachsen	7,2	7	5,5	5	5,7	6	-1,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	7,4	8	6,6	10	6,6	9	-0,8	-
Rheinland-Pfalz	5,6	3	4,6	3	4,7	3	-0,9	0,1
Saarland	6,2	4	6,0	7	6,2	8	-	0,2
Sachsen	12,2	12	6,8	11	7,2	11	-5,0	0,4
Sachsen-Anhalt	12,9	15	9,2	13	9,9	15	-3,0	0,7
Schleswig-Holstein	8,0	9	6,1	8	5,9	7	-2,1	-0,2
Thüringen	9,7	11	6,5	9	6,7	10	-3,0	0,2
Deutschland	7,0	x	5,3	x	5,3	x	-1,7	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Berufsauspendler/-innen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	15	14	22	14	24	14	9	2
Bayern	15	14	20	15	21	15	6	1
Berlin	34	10	48	9	49	9	15	1
Brandenburg	85	1	111	1	112	1	27	1
Bremen	48	6	70	4	72	4	24	2
Hamburg	45	7	63	5	67	5	22	4
Hessen	27	12	37	11	38	11	11	1
Mecklenburg-Vorpommern	40	8	45	10	46	10	6	1
Niedersachsen	40	8	51	8	52	8	12	1
Nordrhein-Westfalen	11	16	16	16	17	16	6	1
Rheinland-Pfalz	60	3	74	3	75	3	15	1
Saarland	23	13	31	13	32	13	9	1
Sachsen	28	11	33	12	33	12	5	-
Sachsen-Anhalt	50	5	63	5	63	6	13	-
Schleswig-Holstein	61	2	77	2	78	2	17	1
Thüringen	51	4	58	7	58	7	7	-
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

¹ Über die Landesgrenze; ohne Auspendler/-innen ins Ausland. – ² 2015. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Berufseinpender/-innen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	28	9	35	9	35	10	7	-
Bayern	20	11	26	13	28	13	8	2
Berlin	59	3	80	3	84	3	25	4
Brandenburg	37	6	54	6	57	4	20	3
Bremen	170	1	197	1	201	1	31	4
Hamburg	158	2	192	2	191	2	33	-1
Hessen	47	5	57	4	57	4	10	-
Mecklenburg-Vorpommern	11	16	17	16	18	16	7	1
Niedersachsen	25	10	34	10	36	9	11	2
Nordrhein-Westfalen	16	14	21	15	22	15	6	1
Rheinland-Pfalz	29	8	41	8	42	8	13	1
Saarland	49	4	57	4	57	4	8	-
Sachsen	16	14	26	13	28	13	12	2
Sachsen-Anhalt	19	12	28	12	30	12	11	2
Schleswig-Holstein	34	7	43	7	46	7	12	3
Thüringen	18	13	30	11	31	11	13	1
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

1 Über die Landesgrenze; einschließlich Einpendler/-innen aus dem Ausland. – 2 2015. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 759	12	4 358	12	4 625	11	67,6	6,1
Bayern	2 792	10	4 412	8	4 705	6	68,5	6,6
Berlin	4 073	2	5 799	3	6 120	3	50,3	5,5
Brandenburg	3 269	8	4 404	9	4 656	9	42,4	5,7
Bremen	3 596	3	6 005	1	6 686	1	85,9	11,3
Hamburg	4 116	1	5 940	2	6 338	2	54,0	6,7
Hessen	2 863	9	4 497	5	4 884	4	70,6	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 294	6	4 477	6	4 699	7	42,7	5,0
Niedersachsen	2 554	16	4 047	16	4 353	16	70,4	7,6
Nordrhein-Westfalen	2 768	11	4 271	13	4 530	13	63,7	6,1
Rheinland-Pfalz	2 615	14	4 139	15	4 366	15	67,0	5,5
Saarland	2 689	13	4 400	10	4 662	8	73,4	6,0
Sachsen	3 310	5	4 393	11	4 615	12	39,4	5,1
Sachsen-Anhalt	3 340	4	4 511	4	4 769	5	42,8	5,7
Schleswig-Holstein	2 570	15	4 159	14	4 408	14	71,5	6,0
Thüringen	3 273	7	4 435	7	4 640	10	41,8	4,6
Deutschland	2 916	x	4 432	x	4 715	x	61,7	6,4

1 2015. – Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 933	15	3 081	14	3 290	14	70,2	6,8
Bayern	1 983	11	3 092	13	3 318	13	67,3	7,3
Berlin	3 391	1	4 684	2	4 931	2	45,4	5,3
Brandenburg	2 880	6	3 661	8	3 873	7	34,5	5,8
Bremen	2 718	7	4 742	1	5 053	1	85,9	6,6
Hamburg	2 581	8	3 953	3	4 229	3	63,9	7,0
Hessen	1 961	12	3 120	12	3 401	10	73,4	9,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 960	2	3 812	5	3 986	5	34,7	4,6
Niedersachsen	1 916	16	3 036	16	3 289	15	71,7	8,3
Nordrhein-Westfalen	1 950	13	3 066	15	3 284	16	68,4	7,1
Rheinland-Pfalz	1 997	10	3 123	11	3 342	12	67,4	7,0
Saarland	2 070	9	3 523	9	3 758	9	81,5	6,7
Sachsen	2 886	5	3 663	7	3 837	8	33,0	4,8
Sachsen-Anhalt	2 948	3	3 833	4	4 021	4	36,4	4,9
Schleswig-Holstein	1 935	14	3 184	10	3 381	11	74,7	6,2
Thüringen	2 921	4	3 749	6	3 915	6	34,0	4,4
Deutschland	2 188	x	3 289	x	3 513	x	60,6	6,8

1 2015. – Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerverteilung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	826	4	1 277	4	1 335	5	61,6	4,5
Bayern	809	6	1 320	3	1 387	4	71,4	5,1
Berlin	682	7	1 115	7	1 189	7	74,3	6,6
Brandenburg	389	14	743	12	783	12	101,3	5,4
Bremen	878	3	1 263	5	1 633	2	86,0	29,3
Hamburg	1 535	1	1 987	1	2 109	1	37,4	6,1
Hessen	902	2	1 377	2	1 483	3	64,4	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	334	16	665	16	713	16	113,5	7,2
Niedersachsen	638	8	1 011	9	1 064	8	66,8	5,2
Nordrhein-Westfalen	819	5	1 205	6	1 246	6	52,1	3,4
Rheinland-Pfalz	618	11	1 017	8	1 025	10	65,9	0,8
Saarland	619	10	877	11	903	11	45,9	3,0
Sachsen	424	12	730	13	778	13	83,5	6,6
Sachsen-Anhalt	392	13	678	15	748	14	90,8	10,3
Schleswig-Holstein	635	9	974	10	1 027	9	61,7	5,4
Thüringen	352	15	686	14	725	15	106,0	5,7
Deutschland	728	x	1 142	x	1 202	x	65,1	5,3

1 2015. – Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 360	3	5 717	3	5 695	3	30,6	-0,4
Bayern	3 179	1	2 777	2	2 577	2	-18,9	-7,2
Berlin	16 919	15	16 849	14	16 486	13	-2,6	-2,2
Brandenburg	7 674	7	8 194	5	7 931	5	3,3	-3,2
Bremen	18 805	16	32 735	16	31 756	16	68,9	-3,0
Hamburg	12 239	14	16 227	13	17 415	14	42,3	7,3
Hessen	6 803	4	10 074	8	9 916	8	45,8	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	7 572	6	7 218	4	6 473	4	-14,5	-10,3
Niedersachsen	7 545	5	9 332	7	9 161	7	21,4	-1,8
Nordrhein-Westfalen	8 231	10	13 576	12	13 147	12	59,7	-3,2
Rheinland-Pfalz	7 949	8	11 331	11	11 199	10	40,9	-1,2
Saarland	9 597	13	18 019	15	17 939	15	86,9	-0,4
Sachsen	4 107	2	1 613	1	1 300	1	-68,3	-19,4
Sachsen-Anhalt	9 389	12	10 669	9	10 374	9	10,5	-2,8
Schleswig-Holstein	8 474	11	11 230	10	11 781	11	39,0	4,9
Thüringen	7 958	9	8 580	6	8 378	6	5,3	-2,4
Deutschland	7 113	x	9 294	x	9 104	x	28,0	-2,0

1 Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2005 eingeschränkt (siehe Glossar). – 2 2015. – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 685	3	4 928	3	4 880	3	32,4	-1,0
Bayern	1 878	1	1 666	2	1 514	2	-19,4	-9,1
Berlin	16 919	15	16 849	15	16 486	14	-2,6	-2,2
Brandenburg	6 761	10	7 356	7	7 113	7	5,2	-3,3
Bremen	18 805	16	32 735	16	31 756	16	68,9	-3,0
Hamburg	12 239	14	16 227	14	17 415	15	42,3	7,3
Hessen	4 962	4	6 968	5	6 913	5	39,3	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 291	8	5 942	4	5 293	4	-15,9	-10,9
Niedersachsen	6 075	6	7 737	8	7 561	8	24,5	-2,3
Nordrhein-Westfalen	6 060	5	10 459	12	10 063	11	66,1	-3,8
Rheinland-Pfalz	6 088	7	8 198	9	8 059	9	32,4	-1,7
Saarland	7 777	13	14 205	13	14 156	13	82,0	-0,3
Sachsen	2 821	2	566	1	453	1	-83,9	-20,0
Sachsen-Anhalt	7 740	12	9 297	10	9 054	10	17,0	-2,6
Schleswig-Holstein	7 394	11	9 736	11	10 262	12	38,8	5,4
Thüringen	6 715	9	7 263	6	7 065	6	5,2	-2,7
Deutschland	5 715	x	7 524	x	7 365	x	28,9	-2,1

1 Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2005 eingeschränkt (siehe Glossar). – 2 2015. – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in	Rang	EUR je Einwohner/-in ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	675	1	789	1	815	1	20,7	3,3
Bayern	1 301	7	1 110	4	1 063	4	-18,3	-4,2
Berlin	x	x	x	x	x	x	x	x
Brandenburg	913	2	838	2	818	2	-10,4	-2,4
Bremen	x	x	x	x	x	x	x	x
Hamburg	x	x	x	x	x	x	x	x
Hessen	1 841	11	3 106	10	3 003	10	63,1	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 281	5	1 276	5	1 180	5	-7,9	-7,5
Niedersachsen	1 470	8	1 595	9	1 599	9	8,8	0,3
Nordrhein-Westfalen	2 172	13	3 116	11	3 084	11	42,0	-1,0
Rheinland-Pfalz	1 862	12	3 133	12	3 140	12	68,6	0,2
Saarland	1 820	10	3 814	13	3 784	13	107,9	-0,8
Sachsen	1 286	6	1 047	3	846	3	-34,2	-19,2
Sachsen-Anhalt	1 648	9	1 372	7	1 320	7	-19,9	-3,8
Schleswig-Holstein	1 080	3	1 494	8	1 519	8	40,6	1,7
Thüringen	1 243	4	1 317	6	1 313	6	5,6	-0,3
Deutschland	1 397	x	1 770	x	1 875	x	34,2	5,9

1 Öffentlicher Gesamthaushalt, Vergleichbarkeit zu 2005 eingeschränkt (siehe Glossar). – 2 2015. – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Personal des öffentlichen Dienstes¹ im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	je 1 000 Einwohner/-innen ²	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner/-innen	
Baden-Württemberg	36,6	9	41,8	5	42,4	4	5,8	0,6
Bayern	35,0	10	41,1	9	41,7	8	6,7	0,6
Berlin	37,2	6	50,4	1	51,3	1	14,1	0,9
Brandenburg	37,9	5	38,8	13	39,2	13	1,3	0,4
Bremen	36,9	7	41,2	8	41,9	6	5,0	0,7
Hamburg	35,0	10	44,1	2	45,1	2	10,1	1,0
Hessen	34,0	12	39,3	12	39,6	12	5,6	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	40,4	2	40,5	10	40,2	11	-0,2	-0,3
Niedersachsen	32,9	14	38,0	15	38,7	14	5,8	0,7
Nordrhein-Westfalen	33,2	13	38,1	14	38,6	15	5,4	0,5
Rheinland-Pfalz	32,8	15	40,0	11	40,5	10	7,7	0,5
Saarland	36,7	8	41,7	6	41,7	8	5,0	-
Sachsen	38,6	3	41,7	6	41,9	6	3,3	0,2
Sachsen-Anhalt	44,9	1	43,4	3	43,7	3	-1,2	0,3
Schleswig-Holstein	30,9	16	36,2	16	37,2	16	6,3	1,0
Thüringen	38,1	4	42,2	4	42,1	5	4,0	-0,1
Deutschland	35,2	x	40,4	x	40,9	x	5,7	0,5

1 Vergleichbarkeit eingeschränkt, da ab 2010 inklusive Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. – 2 2015. – Quelle: Personalstandstatistik

Einnahmen im Länderfinanzausgleich (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2015		2016		2005–2016	2015–2016
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	-523	3	-2 313	2	-2 538	2	-2 015	-225
Bayern	-560	1	-5 449	1	-5 821	1	-5 261	-372
Berlin	665	16	3 613	16	3 919	16	3 254	306
Brandenburg	143	12	495	10	543	9	400	48
Bremen	93	9	626	13	694	13	601	68
Hamburg	-120	4	-112	4	65	4	185	177
Hessen	-544	2	-1 720	3	-2 261	3	-1 717	-541
Mecklenburg-Vorpommern	106	11	473	9	493	8	387	20
Niedersachsen	102	10	418	8	681	12	579	263
Nordrhein-Westfalen	-67	5	1 021	14	1 107	15	1 174	86
Rheinland-Pfalz	79	8	349	7	388	7	309	39
Saarland	26	6	152	5	174	5	148	22
Sachsen	264	15	1 023	15	1 089	14	825	66
Sachsen-Anhalt	148	13	597	12	645	11	497	48
Schleswig-Holstein	37	7	248	6	226	6	189	-22
Thüringen	152	14	581	11	598	10	446	17
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände



Glossar



Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Förderschulen, Kollegs und Abendgymnasien.

An den rheinland-pfälzischen Schulen können in der Regel drei unterschiedliche allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden: Die Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss), der qualifizierte Sekundarabschluss I (mittlerer Schulabschluss) und die Allgemeine Hochschulreife (Abitur). Zudem besteht die Möglichkeit, den schulischen Teil der Fachhochschulreife zu erlangen. Die vollständige Fachhochschulreife wird erst dann erreicht, wenn neben der schulischen Ausbildung ein außerschulisches Praktikum absolviert wurde.

Allgemeine Krankenhäuser

Krankenhäuser, die über Betten in vollstationären Fachabteilungen verfügen, wobei die Betten nicht ausschließlich für psychiatrische und neurologische Patienten/-innen vorgehalten werden.

Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Arbeitslose

Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben sowie sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Hierzu zählen keine Schüler/-innen, Studierende oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Personen, die arbeitsunfähig erkrankt sind.

Arbeitslosenquote

Anteil der (registrierten) Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose). Wegen der Arbeitsmarktreform 2005 liegen Ergebnisse

zur Arbeitslosenquote nach Altersgruppen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen erst ab 2008 vor.

Arbeitsplatzdichte

Erwerbstätige am Arbeitsort bezogen auf 1 000 Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Jahresdurchschnitt).

Arbeitsproduktivität

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wird als Maß für die Arbeitsproduktivität verwendet. Dabei wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der voll- und teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen bezogen.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer/-innen (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte/-innen, marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit, nicht zum Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen wird als Jahressumme nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) nachgewiesen.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der bundesdeutschen Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Ärzte/-innen, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Ärzten/-innen handelt es sich ausschließlich um Ärzte/-innen mit eigener Praxis. Angestellte Ärzte/-innen werden nicht berücksichtigt.

Ausländer/-innen

Ausländer/-innen sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind, einschließlich Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten errichten (einschließlich Fertigteilbauten) sowie Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Bereinigte Gesamtausgaben der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte nach Abzug der haushaltstechnischen Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen.

Berufsauspendler/-innen

Auspender/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Wohnort arbeiten. Dargestellt werden hier die Auspendler/-innen über die jeweilige Landesgrenze.

Berufseinpender/-innen

Einpender/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen. Dargestellt werden hier die Einpendler/-innen über die jeweilige Landesgrenze.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Betriebsgründung

Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Bettendichte

Anzahl der Schlafgelegenheiten in Beherbergungsbetrieben sowie auf Camping- und Reisemobilplätzen je 1000 Einwohner/-innen. Bei Camping- und Reisemobilplätzen wird von vier Schlafgelegenheiten je Stellplatz ausgegangen.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung eines Gebietes zählen alle Personen, die in diesem Gebiet ihre alleinige oder ihre Hauptwohnung (vorwiegend genutzte Wohnung) haben. Die zugrunde liegenden Zahlen des Bevölkerungsstandes beziehen sich i. d. R. auf den Stichtag 31. Dezember des betreffenden Jahres.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst alle Personen in dem Alter, in dem üblicherweise eine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder gesucht wird. Je nach Untersuchungsgegenstand sind unterschiedliche Altersabgrenzungen möglich. Für langfristige Vergleichszwecke wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter häufig mit der Altersgruppe der 20- bis 65-jährigen gleichgesetzt.

Bildungsausländer/-innen

Als Bildungsausländerinnen bzw. -ausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem internationalen Studienkolleg erworben haben.

Body-Mass-Index (BMI)

Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbsterstellten Anlagen) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept). Ausgehend von der in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung ermittelten Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich durch Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Sie ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Summierung der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ermittelten Bruttowertschöpfung

ergibt die gesamtwirtschaftliche „unbereinigte Bruttowertschöpfung“.

CO₂-Emissionen

Bei der Verbrennung fossiler Energieträger werden Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffoxide sowie das Klimagas Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz der Länder. Unter Primärenergie wird die Energie verstanden, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung steht (z. B. Kohle, Gas oder Wind). Die Darstellung erfolgt quellenbezogen, das bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Dienstleistungsbereiche

Zu den Dienstleistungsbereichen zählen die Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“, „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ und „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine Erhebung über die Lebensverhältnisse privater Haushalte. Sie wird alle fünf Jahre durchgeführt.

Einkommensreichumsquote

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Elterngeld

Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löst das bis dahin geltende Erziehungsgeld ab. Rechtsgrundlage der Statistik zum Elterngeld ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Mit Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 erstreckte sich die Erhebung der Statistik auf bewilligte Anträge von Elterngeld (so genannte Antragsstatistik). Ab dem 01. Januar 2008 wurde die Erhebung von der Antragsstatistik auf die gemeldeten beendeten Leistungsbezüge umgestellt. Mit dieser rückwirkenden Betrachtung steht die tatsächliche Inanspruchnahme von Elterngeld im Vordergrund.

Energieproduktivität

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität gilt als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen. Sie wird ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte/-innen, Angestellte und Arbeiter/-innen), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbstätige

Alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die als Arbeitnehmer/-innen (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte/-innen, marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit, der Regelmäßigkeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept).

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Forschung und Entwicklung (FuE)

FuE kann sich auf Natur- und Ingenieurwissenschaften, Informatik, Medizin, Agrarwissenschaften sowie auf Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften beziehen. FuE-Arbeiten sind Arbeiten, die mit dem Ziel ausgeübt werden:

- neue allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden und
- neue Dienstleistungen, Produkte oder Verfahren auf experimentelle Weise zu entwickeln oder
- durch wesentliche Änderungen weiterzuentwickeln.

Frauerwerbsquote

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Frauen im gebärfähigen Alter

Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren.

FuE-Gesamtaufwendungen

Diese umfassen interne FuE-Aufwendungen (für eigene und im Auftrag für andere in ihrem Unternehmen durchgeführte FuE) und externe FuE-Aufwendungen (für FuE-Aufträge, die nach außen vergeben wurden). Beiträge zur Gemeinschafts-FuE sind in jedem Falle auszuschließen, da diese bei den Institutionen für Gemeinschaftsforschung direkt erfragt werden.

FuE-Intensität

Die FuE-Intensität stellt die Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts dar.

FuE-Personal

FuE-Personal umfasst Personen, die direkt mit FuE-Arbeiten befasst sind oder indirekte Dienstleistungen für FuE erbringen, wie z. B. in Management und Verwaltung tätiges Personal sowie Bürokräfte. Eingeschlossen sind auch solche Personen, die auf Honorar- oder ähnlicher Vertragsbasis im Unternehmen für FuE arbeiten. Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einem Vollzeitbeschäftigten entspricht, der seine gesamte Arbeitszeit auf FuE verwendet. Bei der Berechnung wird z. B. ein Vollzeitbeschäftigter, der ein Viertel seiner Arbeitszeit auf FuE verwendet, als 0,25 VZÄ berechnet, ein Halbtagsbeschäftigter, der ausschließlich für FuE-Arbeiten eingesetzt wird, als 0,5 VZÄ.

Gästeintensität

Gäste je 1000 Einwohner/-innen (Tourismus).

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Beschäftigte, bei denen das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat bestimmte Einkommenshöchstgrenzen (seit 1. Januar 2013: 450 Euro) nicht übersteigt (Minijob). Die Ausübung einer geringfügig entlohnten Beschäftigung ist ausschließlich oder neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung (Nebenjob) möglich, ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung voll sozialversicherungspflichtig wird. Personen mit einem Nebenjob werden sowohl unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch unter den geringfügig entlohnten Beschäftigten nachgewiesen.

Geborenen-/Gestorbenenüberschuss

Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der Zahl der Gestorbenen in einem bestimmten Zeitraum.

Gewerbeanmeldung

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, bei der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes, wie durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt und bei Verlagerung des Betriebes in den Bereich einer anderen Meldebehörde.

Gründungsintensität

Die Gründungsintensität ist definiert als Anzahl der in einem Jahr gegründeten Unternehmen bezogen auf 10 000 erwerbsfähige Personen (zwischen

18 und 65 Jahren). Die erstmaligen Errichtungen von wirtschaftsaktiven, rechtlich selbstständigen Unternehmen werden im Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) identifiziert, das am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Kooperation mit dem Verband der Vereine Creditreform geführt wird. Unternehmen mit geringfügiger wirtschaftlicher Aktivität, Freiberufler (z. B. niedergelassene Ärzte), freie Mitarbeiter (Freelancer), Unternehmen im Agrarsektor sowie Nebenerwerbsunternehmen sind im MUP unterrepräsentiert. Angaben zu Branchen basieren auf Zusammenfassungen von Wirtschaftszweigen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

Am 1. Januar 2005 wurde die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) eingeführt. Die SGB II-Quote berechnet sich aus den Leistungsberechtigten nach dem SGB II, bezogen auf die Bevölkerung im Alter bis zur Regelaltersgrenze.

Haushalt

Einen privaten Haushalt bilden zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen sowie einzelne Personen, die alleine wohnen und wirtschaften.

Hochqualifizierte Beschäftigte

Unter hochqualifizierten Beschäftigten sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit akademischem Berufsabschluss zu verstehen, die ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer wissenschaftlichen Hochschule (bis 2011) bzw. mit Bachelor, Diplom/Magister/Master/Staatsexamen oder Promotion abgeschlossen haben.

Hochtechnologiebranchen

Zu den Hochtechnologiebranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) folgende Wirtschaftszweige: chemische Industrie, pharmazeutische Industrie, Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Geräten, Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen, Kinos, Tonstudios und Verlegen von Musik, Rundfunkveranstalter, Telekommunikation, IT- und Informationsdienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung.

Industrie

In dieser Analyse umfasst die Industrie die Wirtschaftsabschnitte „Verarbeitendes Gewerbe“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“.

Innovationsindex

Der Innovationsindex wird seit 2004 vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die Länder bzw. Regionen der Europäischen Union berechnet. Er setzt sich aus den beiden Teilindizes „Niveau“ und „Dynamik“ zusammen, die im Verhältnis 75:25 in die den Gesamtindex einfließen. Für die Berechnung der Teilindizes werden die Niveaus bzw. jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten von sechs Innovationsindikatoren auf den Wertebereich 0 (kleinster Indikatorwert) bis 100 (größter Indikatorwert) standardisiert und der Mittelwert gebildet. Die Indikatoren umfassen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), FuE-Personal, Erwerbstätige in Hochtechnologiebranchen, in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und in wissenschaftlich-technischen Berufen sowie die Zahl der Patentanmeldungen.

Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Kassenmäßige Steuereinnahmen (Steueraufkommen)

Ist-Einnahmen, die in dem Betrachtungszeitraum tatsächlich vereinnahmt wurden. Dabei ist es unerheblich, für welchen Zeitraum sie verrechnet werden.

Kindertagesbetreuung

Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Zentrale Kennziffer ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt. Angaben zu den betreuten Kindern werden im Rahmen der Statistiken der Kindertagesbetreuung erhoben. Seit dem Jahr 2006 erfolgt die Erhebung nicht mehr nur alle vier Jahre, sondern wird jährlich zum Stichtag 1. März (bis zum Jahr 2008: 15. März) durchgeführt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter; rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Unter Kreditmarktschulden werden die Schulden zusammengefasst, die von den Haushalten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zum Zweck

der Haushaltsfinanzierung über Verbindlichkeiten aus Obligationen und Schatzanweisungen sowie Forderungen inländischer und ausländischer Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen aufgenommen wurden. Ab 2010 wurde die Unterscheidung zwischen „Schulden bei öffentlichen Haushalten“ und „Kreditmarktschulden“ durch das Begriffspaar „Schulden beim öffentlichen Bereich“ und „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ abgelöst. Insofern sind die Daten von 2005 mit denen der Berichtsjahre 2015 und 2016 nur eingeschränkt vergleichbar.

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ist ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen den Ländern. Die Bezugsgröße ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Länder, deren tatsächliche Steuereinnahmen je Einwohner/-in den Bundesdurchschnitt unterschreiten, sind grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Bei Überschreiten des Bundesdurchschnitts sind die Länder grundsätzlich ausgleichspflichtig.

Mikrozensus

Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich mit einem Auswahlanteil von einem Prozent durchgeführt wird. Der Mikrozensus richtet sich an Haushalte und die darin lebenden Personen. Die Ergebnisse des Mikrozensus beruhen daher auf den Angaben der Befragten. So wird beispielsweise die Beteiligung am Erwerbsleben von der Person aus gesehen, im Gegensatz zu Erhebungen, in denen Unternehmen und Betriebe über die von ihnen Beschäftigten befragt werden.

Öffentliche Transferzahlungen

Öffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, (Brutto-) Pensionen, Arbeitslosenhilfe, laufende Übertragungen der Arbeitsförderung, Kindergeld. Nichtöffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-)Werks- und Betriebsrenten, Leistungen aus privaten Versicherungen, Unterstützung von privaten Haushalten.

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau verzichtet auf den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die auf chemisch-synthetischem Weg hergestellt werden. Die Anforderungen an die ökologische Erzeugung und Vermarktung sind seit 1992 auf europäischer Ebene geregelt, aktuell in der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91. Nach der

genannten EG-Verordnung kann auch für nur einen Produktionsbereich eines Betriebes die ökologische Bewirtschaftung eingeführt werden. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe umfasst die auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellten Flächen, die in Umstellung befindlichen und die nicht umgestellten Flächen.

Patente

Patente geben ihrem Inhaber ein exklusives, jedoch zeitlich befristetes Recht an einer Erfindung. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand der Erfinderin bzw. des Erfinders wird durch die Patenterteilung belohnt. Nach Ablauf der Schutzdauer steht die Erfindung der Allgemeinheit zur Verfügung. Im Ergebnis fördert das Schutzrecht Forschungsleistungen und Innovation (Vermarktung der Erfindung), sodass die Zahl der angemeldeten Patente eine Aussage über das Innovationspotenzial einer Gesellschaft erlaubt.

Patentdichte

Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen. Für 2016 stehen keine Angaben für die Durchschnittsbevölkerung zur Verfügung. Deshalb wurden die vom DPMA ausgewiesenen Werte verwendet (Datenquelle Bevölkerung hier nicht bekannt).

Personal im öffentlichen Dienst

Beschäftigte der Kernhaushalte, der Sonderrechnungen und der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Sonderrechnungen sind rechtlich unselbstständige Einheiten in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die über eine eigene Rechnungsführung verfügen und deren Einnahmen und Ausgaben folglich nicht in den Kernhaushalten enthalten sind (z. B. Landesbetriebe, kommunale Eigenbetriebe und Sondervermögen). Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform sind rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände stehen. Hierzu zählen Zweckverbände, nicht aber die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit. Bedingt durch Änderungen in der Darstellungssystematik konnten in der vorliegenden Veröffentlichung für das Jahr 2005 nur die bei den Zweckverbänden beschäftigten Personen, nicht aber das Personal der übrigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform berücksichtigt werden. Insofern sind die Werte von 2005 nur eingeschränkt mit denen der Jahre 2015 und 2016 vergleichbar.

Privatquartiere

Kleinbeherbergungsstätte, die für Gäste weniger als zehn Betten zur Verfügung stellt, für jeden zugänglich

ist und in der Gäste zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt aufgenommen werden. In den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes werden der Betriebsart „Privatquartiere“ sowohl gewerbliche Kleinbetriebe als auch nicht erlaubnispflichtige Beherbergungsstätten privater Vermieter zugeordnet.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energieversorgung, Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä. sowie Baugewerbe.

Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen, soweit sie durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung oder durch eine Schuldenurkunde fundiert sind und haushaltsmäßig vereinnahmt wurden. Der Schuldenstand insgesamt untergliedert sich in Schulden beim öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich zählen alle Schulden, die bei in- und ausländischen Kreditinstituten oder sonstigen in- und ausländischen Stellen aufgenommen worden sind einschließlich in der Regel zur kurzfristigen Liquiditätssicherung dienender Kassenkredite. Der Unterschied zu der bis zum Berichtsjahr 2009 üblichen Abgrenzung der Kreditmarktschulden besteht darin, dass die Schulden gegenüber der gesetzlichen Sozialversicherung und den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen nunmehr als Schulden beim öffentlichen Bereich nachgewiesen werden. Außerdem waren in den Kreditmarktschulden keine Kassenkredite enthalten. Diese wurden separat ausgewiesen. Da eine nachträgliche Aufteilung der Kassenkredite in vom öffentlichen oder nicht-öffentlichen Bereich gewährte Mittel nicht möglich ist, sind in den hier für das Jahr 2005 ausgewiesenen Werten auch dem öffentlichen Bereich zuzurechnende Kassenkredite enthalten. Insofern sind die Daten von 2005 mit denen der Berichtsjahre 2015 und 2016 nur eingeschränkt vergleichbar.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gebäude- und Freiflächen, die Betriebsflächen ohne das Abbau- und Erholungsflächen, die Verkehrsflächen und die Friedhofsflächen.

Sonstige Dienstleistungen

Die sonstigen Dienstleistungen als Teil des Dienstleistungsbereichs umfassen die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „sonstige öffentliche und private Dienstleister“.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind; dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten/-innen, Werkstudenten/-innen und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht einbezogen sind dagegen Beamte/-innen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten/-innen, Wehr- und Zivildienstleistende sowie geringfügig Beschäftigte. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den Arbeitsort.

Sparen der privaten Haushalte

Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Straßendichte

Straßenlänge in Meter je Quadratkilometer Fläche.

Studienanfängerquote

Anteil der Studierenden im ersten Hochschulsemester des Sommer- und nachfolgenden Wintersemesters an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Quotensummenverfahren).

Teilzeitbeschäftigung

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmer/-innen gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter.

Teilzeitquote

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängigen Erwerbstätigen.

Übernachtungsintensität

Übernachtungen je 1000 Einwohner/-innen (Tourismus).

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an

denen die Firma beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen. Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Umweltschutzinvestitionen

Zugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen) sowie zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen (produktbezogene Investitionen).

Unternehmensinsolvenz

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubigerinnen bzw. Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerinnen bzw. Schuldner oder in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan) zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren.

Verbraucherinsolvenz

Das Verbraucherinsolvenzverfahren stellt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren dar, das für Verbraucher/-innen gilt.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Es ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend vom Staat empfangen, und andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers abgezogen werden, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Verweildauer im Tourismus, durchschnittliche

Der als Quotient aus Übernachtungen und Ankünften im Reiseverkehr (Tourismus) errechnete Wert gibt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Beherbergungsbetrieb an.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu liefern. Sie stellen ein Auswertungssystem dar, in dem das Datenmaterial einer Vielzahl von Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu einem konsistenten Rechenwerk zusammengeführt wird. Im Rahmen der Inlandsproduktsberechnungen werden Angaben zur Entstehung, Verteilung und Verwendung (Drei-Seiten-Rechnung) des Bruttoinlandsprodukts ermittelt.

Vollzeitäquivalent

Maßeinheit für die Arbeitszeit, die dem Gegenwert eines Vollzeitbeschäftigten entspricht.

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Einrichtungen nach § 107 Abs. 2 SGB V, die hauptsächlich der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit zu beseitigen (Vorsorge) oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den erzielten Behandlungserfolg zu sichern (Rehabilitation).

Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung)

Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebietes im Zeitablauf durch dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts von Personen zwischen abgegrenzten Gebietseinheiten. Es ist zu unterscheiden zwischen Abwanderung (Fortzug aus der betrachteten Gebietseinheit) und Zuwanderung (Zuzug in die betrachtete Gebietseinheit).

Wissensintensive Dienstleistungsbranchen

Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der

OECD) folgende Wirtschaftszweige: Schifffahrt, Luftfahrt, Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (einschließlich Forschung und Entwicklung), Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Wach- und Sicherheitsdienst sowie Detekteien, öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ohne behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen), Kunst, Unterhaltung und Erholung.

Wohneigentumsquote

Die Wohneigentumsquote ist definiert als der Anteil der von Gebäude- und Wohnungseigentümern selbst bewohnten Wohnungen an den bewohnten Wohnungen insgesamt (wohnungsbezogene Eigentumsquote).

Zahnärzte/-innen, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Zahnärztinnen bzw. Zahnärzten handelt es sich ausschließlich um Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte mit eigener Praxis. Angestellte Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

Zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate)

Zur Berechnung dieser demografischen Maßzahl wird zunächst für jedes Altersjahr die Zahl der Lebendgeborenen eines bestimmten Zeitraums auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieses Altersjahrs im gleichen Zeitraum bezogen und üblicherweise mit 1 000 multipliziert. Die errechneten altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen im gebärfähigen Alter (in der Regel 15 bis unter 45 Jahre) werden summiert; die Summe heißt zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate).

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie kostenlos alle Statistischen Analysen herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im Oktober 2017

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/rlp-laendervergleich_2017.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.